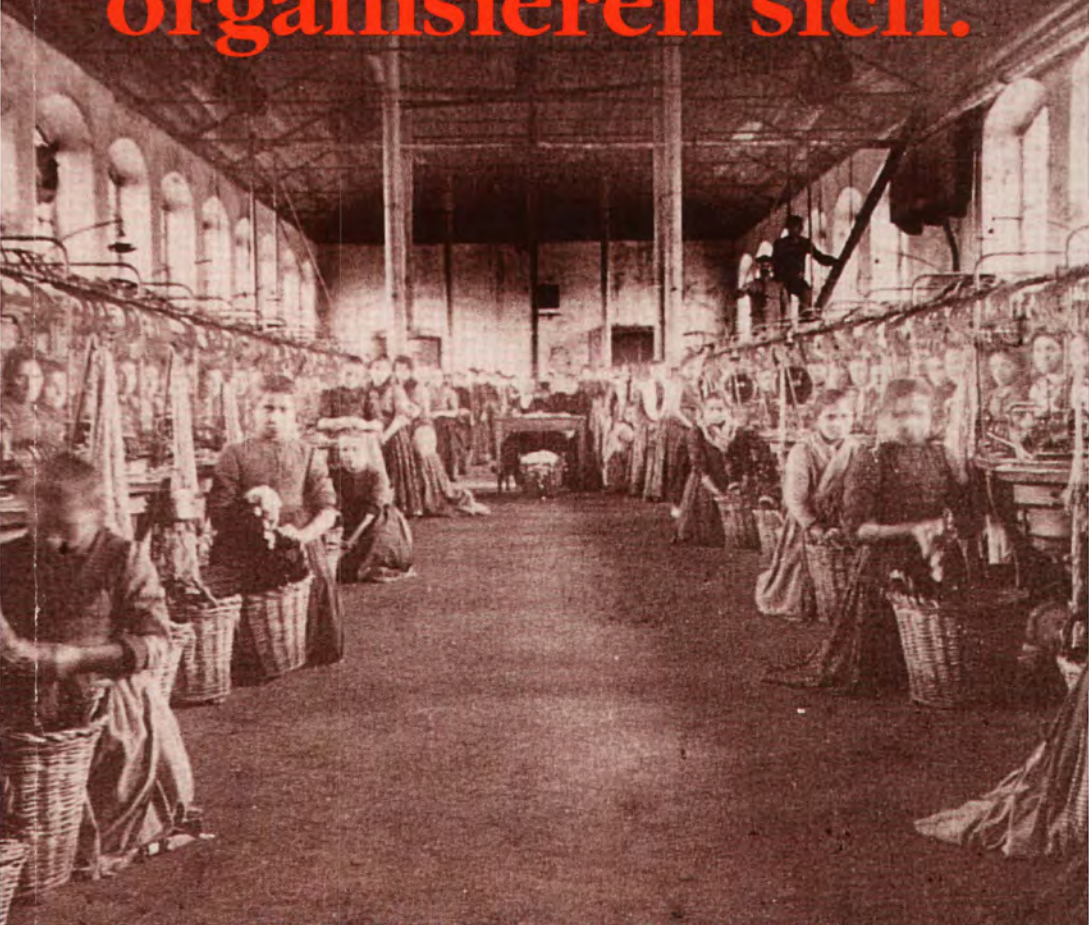


Die „Fabrikler“ organisieren sich.



100 Jahre Gewerkschaft
Textil, Bekleidung und Leder
Landesorganisation Vorarlberg

Bundschuh / Dreier / Mittersteiner
Die „Fabrikler“ organisieren sich.
100 Jahre Gewerkschaft Textil, Bekleidung und Leder
Landesorganisation Vorarlberg

Herausgegeben von der Gewerkschaft Textil, Bekleidung und Leder,
Landesorganisation Vorarlberg.
Gedruckt mit Unterstützung
von



Bank für Arbeit und Wirtschaft
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
Land Vorarlberg

Dr. WERNER BUNDSCHUH, Jg. 1951, Historiker und Lehrer in Dornbirn, Forschungen und Veröffentlichungen zur Vorarlberger Zeitgeschichte.

Dr. WERNER DREIER, Jg. 1956, Historiker und Lehrer in Bregenz, Forschungen und Veröffentlichungen zur Vorarlberger Zeitgeschichte.

Dr. REINHARD MITTERSTEINER, Jg. 1952, Historiker und Ausstellungsgestalter, Forschungen und Veröffentlichungen u.a. zur neueren Vorarlberger Geschichte.

Werner Bundschuh / Werner Dreier / Reinhard Mittersteiner

Die „Fabrikler“ organisieren sich.

100 Jahre

Gewerkschaft

Textil, Bekleidung und Leder

Landesorganisation Vorarlberg

VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

Titelmotiv:
Arbeiterinnen in der Seidenspinnerei
J.G. Ulmer, Dornbirn, um 1890

Impressum:
Vorarlberger Autoren Gesellschaft, Bregenz 1995
©für den Band bei der Gewerkschaft Textil, Bekleidung und
Leder, Landesorganisation Vorarlberg
©für die einzelnen Beiträge bei den Autoren
Alle Rechte vorbehalten
Im Auftrag der Gewerkschaft Textil, Bekleidung und Leder,
Landesorganisation Vorarlberg, Realschulstraße 6/4, A-6850
Dornbirn. (Verantwortlich: Franz Hötzeneder, Landessekretär)
Produktion und Gestaltung: Werner Dreier, Bregenz
Druck: J.N. Teutsch, Bregenz

Printed in Austria
ISBN 3-900754-17-9

Inhalt

Franz Hötzeneder, Landessekretär:

Vorwort (S. 7)

Reinhard Mittersteiner:

Zwischen Verzagen und Hoffen. Über den schwierigen Aufbau von
gewerkschaftlichen Textilarbeiterorganisationen im kaiserlichen
Vorarlberg (S.9)

Werner Dreier:

1918 - 1938: Die Freiheit versucht... (S. 81)

Werner Bundschuh:

Von der „Betriebsgemeinschaft“ zur Sozialpartnerschaft —
1938 - 1995 (S. 155)

Literatur (S. 305)

Abkürzungsverzeichnis (S. 312)

Bildquellen (S. 314)



*Letzte Betriebsversammlung bei Herrburger und Rhomberg, Dornbirn.
1983 ging die 1795 gegründete Textilfirma in Konkurs.*

Vorwort

Mit Solidarität Konflikte lösen

Die Gewerkschaften stehen heute vor einem unerwarteten Phänomen, nämlich der Entsolidarisierung unserer Gesellschaft.

Die Einsicht „Gemeinsam sind wir stark“, die vor 100 Jahren die Arbeiter zusammengeschweißt hat, scheint für viele Menschen ihre Gültigkeit verloren zu haben. Immer mehr Arbeitnehmer versuchen, sich auf eigene Faust Vorteile im Verteilungskampf zu verschaffen — und vergessen, daß diese Spaltung, diese Aufweichung von Strukturen, die bis vor einigen Jahren bei uns in Österreich noch fest gefügt waren, letztlich ihnen und ihren Kolleginnen und Kollegen mehr schaden als nützen kann.

Unter „Liberalisierung“ und „Deregulierung“ der Wirtschaft und der Gesellschaft kann wohl nicht die Verabschiedung von Werten verstanden werden, für die es sich ein Jahrhundert lang zu kämpfen gelohnt hat.

Diese Zeiterscheinung erinnert an ein Glücksspiel: Es gibt wenige Gewinner und viele Verlierer, und zu den Gewinnern gehört immer die Bank, die als Synonym steht für Großkapital und Geldadel.

Die Bedürfnisse der Menschen aber sind gleich geblieben. Wir brauchen wirtschaftliche Sicherheit, soziale Geborgenheit und Frieden. Diese Säulen unseres Wohlergehens werden wir auch weiterhin nur erreichen, wenn es dafür einen breiten Konsens gibt. Je größer die Einflüsse vom Ausland — und dazu kann man getrost auch die Europäische Union zählen — sind, desto fester muß der Schulterschuß der Arbeitnehmer sein, und auch Bauern, kleine Gewerbetreibende und Selbständige wären gut beraten, sich dieser Einsicht zu öffnen.



Unsere Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder ist hundert Jahre alt. Sie hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich, aus der sicherlich viel gelernt werden kann. Jedoch muß auch unsere Organisation auf die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen reagieren.

Wir werden eine erneuerte Gewerkschaftsbewegung brauchen, das ist klar, aber diese neue Gewerkschaft wird zwar neue Gesellschaftsschichten umfassen, jedoch alte Tugenden hochhalten. Und die wichtigsten Tugenden werden Rücksichtnahme, Hilfe und Solidarität sein.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hötzeneder Franz', written in a cursive style.

Franz Hötzeneder, Landessekretär

Zwischen Verzagen und Hoffen

Über den schwierigen Aufbau von gewerkschaftlichen Textilarbeiterorganisationen im kaiserlichen Vorarlberg

Reinhard Mittersteiner

„Langsam, sogar sehr langsam geht es vorwärts in der Arbeiterbewegung. Ist eine Anzahl Steine zu einer Schutzmauer gegen Überflutung durch den Kapitalismus zusammengetragen, so bricht unverhofft die kapitalistische Springflut hervor und reißt das kleine Mäuerchen wieder um. Wir fangen von vorne an zu bauen, fester, vorsichtiger.“¹

Nachdem die politische Behörde am 15. Juni 1895 die Statuten für einen „Centralverein der Textilarbeiter beider Geschlechter für Vorarlberg“ — so die offizielle Bezeichnung — bewilligt hatte, berief der damalige Führer der Vorarlberger Sozialdemokratie, Johann Coufal, für den 4. August 1895 im Dornbirner Gasthaus Zum Mohren die konstituierende Versammlung dieses neuen Gewerkschaftsvereines ein.²

Laut dem anwesenden Polizeikommissär Gran-Ruaz fanden sich etwa 150 Personen, darunter zwei „Frauenzimmer“, in der vom Dornbirner Buchbinder Albin Dünser geleiteten Versammlung ein. Da der aus Wien angeforderte und bewilligte Referent aus unbekanntem Grund nicht in Vorarlberg eingetroffen war — ein damals durchaus verbreitetes Phänomen³ —, hielt der „Vorkämpfer der Sozialdemokratie Vorarlbergs“⁴, der böhmische Tischlergeselle Johann Coufal, eine improvisierte Rede.

Von den 150 Versammelten traten 34 Personen der neuen, ganz Vorarlberg umfassenden Gewerkschaftssektion bei. Zum ersten Obmann wurde mit überwältigender Mehrheit Anton Drescig gewählt. Dem Vereinsausschuß — Gewerkschaften konnten um die Jahrhundertwende nur in der Struktur von Vereinen behördlich sanktioniert werden — gehörten folgende Personen an: Johann Drescig, Franz Ladinser, Josef

Anton Meusburger, Johann Jakob Heinzle, Anton Dünser, Johann Mäser, Josef Lutz, Johann Schwendinger, Hermann Ender, Friedolin Trost, Friedrich Oberholzer und Konrad Salzmann.⁵

Der Konstituierung vom 4. August 1895 war bereits eine rund eineinhalbjährige Aufbauphase vorangegangen. Am 3. März des Jahres 1894 berichtete das konservative Volksblatt, das Organ der Christlichsozialen Partei Vorarlbergs, daß der zweite Führer der Sozialdemokratie im Lande, der Schlossergeselle und nachmalige Handelsvertreter Ignaz Leimgruber, mit einer Offensive zur Gewinnung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen begonnen habe:

„Nun hat Leimgruber eine neue schwierige Arbeit unternommen; er hielt nämlich am Sonntag den 18. ds. Mts⁶ im Kronensaale eine öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie ab, wozu hauptsächlich die Spinner, Weber, Drucker, Färber, sowie die Sticker eingeladen wurden, um ihnen eine bessere Zukunft zu verschaffen. Auf der Tagesordnung standen 3 Punkte, nämlich:

- 1. Die Lage der Textilarbeiter und Arbeiterinnen.*
- 2. Der Zweck und Nutzen der Fachorganisation.*
- 3. Eventuelles.*

Leimgruber mußte allein diese Arbeitsleute durch seine Vorträge beglücken, weil Genosse Coufal von wiederholtem Blutbrechen krank im Bette liege⁷. Diese Vorträge seien nicht an taube Ohren gelangt, denn es sollen Arbeiterinnen schon ein Hoch auf Leimgruber gebracht haben.“⁸

Das Fazit des gegnerischen Berichterstatters:

„Alle Menschen möchten den Himmel schon auf dieser Welt genießen.“⁹

Interessante Details sind dem Bericht der sozialdemokratischen Volks-Zeitung anlässlich dieser ersten Textilarbeiterversammlung Vorarlbergs im Kronensaal von Dornbirn-Oberdorf zu entnehmen. So bestand das dreiköpfige Präsidium der Veranstaltung aus dem in der Krafftischen Lederfabrik in Lochau/Tannenbach beschäftigten Schuhmacher Karl Petrik, dem Dornbirner Dachdeckermeister Martin Fußenegger und dem



Politische Rechte, Achtstundentag, Arbeiterschutz. Gedenkblatt zu den sozialdemokratischen Forderungen aus dem Jahre 1891.



Kennelbach mit der im November 1838 eröffneten Baumwollspinnerei von Jenny & Schindler.

Tischler und nachmaligen Möbelhausbesitzer Albert Niederer aus Dornbirn.

Ganz offensichtlich hatte die politisch weit fortgeschrittenere und öffentlichkeitserfahrenere Gruppe der sozialdemokratischen Meister und Gesellen nach der geradzu durchbruchsartigen Hausse im Handwerkermilieu im Jahr 1893 das Heft auch bezüglich der Politisierung und Organisierung des örtlichen wie regionalen Textilproletariats übernommen. Zu dieser Einschätzung paßt auch die Tatsache, daß „als leitender Faktor für die äußeren Angelegenheiten“¹⁰ der jungen Gewerkschaft der aus dem böhmischen Kaaden stammende Feilenhauer Carl Nejedly eingesetzt wurde. Das heißt, Nejedly war eine Art unbezahlter Gewerkschaftssekretär, dem die Textilarbeiteragitation, einschließlich dem Organisieren und Einberufen von Versammlungen, anvertraut wurde.

Der zunächst in der Ganahlschen Maschinenfabrik in Frastanz beschäftigte Carl Nejedly hatte bereits eineinhalb Jahre zuvor versucht, unter dem dortigen Textilproletariat zu agitieren.¹¹ Es gelang ihm, für einige Zeit eine Gruppe von jungen Arbeitern in einem aufgelassenen Sticklokal zu versammeln und politisch zu schulen, „dem Lichte“, wie der örtliche Korrespondent des Volksblattes selbstherrlich meinte, „die Augen zu öffnen.“¹²

Da dem Licht kein Auge zu öffnen ist und da nicht sein kann, was nicht sein darf, wurde Carl Nejedly mit Hilfe von Polizei und Justiz aus Frastanz hinausgeworfen. Nach einem kurzen Aufenthalt in Lauterach, bei dem es ihm ähnlich erging wie in Frastanz, ließ sich der Feilenhauer in Dornbirn, Schmelzhüttenstraße 25, nieder.¹³

Carl Nejedly war auch bei seiner Aufgabe in Dornbirn kein Erfolg beschieden. Nach dem Herbst 1895 sind keine Aktivitäten des sozialdemokratischen Agitators aktenkundig geworden. Es ist zu vermuten, daß er — damals erst 24 Jahre alt — dem Brauch der jungen walzenden Gesellen folgte und Vorarlberg wieder verlassen hat.

Wie unbedeutend die sozialdemokratische Textilarbeiterorganisation auch in den folgenden Jahren blieb, beweist ein Briefwechsel der Vorarlberger Handelskammer mit der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch aus dem Jahre 1898. Die Kammer wollte wissen, seit wann es

in Vorarlberg eine Textilarbeitergewerkschaft gebe und über wieviele Mitglieder sie verfüge. Die lapidare Antwort der Bezirkshauptmannschaft: Die Gewerkschaft bestehe seit drei Jahren und umfasse lediglich 25 Mitglieder, die ausschließlich in Dornbirn leben und arbeiten. In den anderen großen Textilzentren des Landes sei die Gewerkschaft nicht präsent. Dabei hatte man ursprünglich geplant — zumindest legt dies der Paragraph 9 des Statuts nahe —, in den Städten und Fabriksdörfern eigene Ortsgruppen zu gründen.¹⁴

Ein Jahr später berichtete die politische Polizei an die vorgesetzte Statthalterei in Innsbruck über eine sozialdemokratische Volksversammlung vom 31. Mai 1899 anlässlich des großen Brünner Textilarbeiterstreiks, bei dem 12.000 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt hatten:

*„Bemerkenswert ist die Thatsache, daß zum größten Theile bei dieser Versammlung dieselben Personen anwesend waren, die an der Feier des 1. Mai in Dornbirn theilgenommen haben und welche sich, wie der Gefertigte in seiner Relation¹⁵ über die Maifeiern 1899 dargelegt hat, fast ausschließlich aus Gehilfen von Gewerbebetrieben rekrutierten, da am 1. Mai in sämtlichen Fabriken des Landes Vorarlberg gearbeitet wurde. Diese Wahrnehmung des Gefertigten bestätigte auch der Schriftführer Clement, der in offener Weise demselben gegenüber erklärte, daß nur etwa 15 Textilarbeiter anwesend seien.“*¹⁶

Starke Hoffnung auf Aufschwung verbanden die lokalen sozialdemokratischen Kader mit der Italieneroffensive knapp vor der Jahrhundertwende. Beginnend mit der italienischen Kolonie von Hard gelang es zwischen 1897 und 1900, rund 200 Personen aus dem Kreis der Arbeitsmigranten sozialdemokratisch und damit gewerkschaftlich zu organisieren. In Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz konstituierte sich je eine Società Italiana Lavoratori e Lavoratici. Die Mitglieder der Societàs rekrutierten sich hauptsächlich aus der Textilarbeiter- und Bauarbeiterschaft. In geringerer Zahl waren auch Selbständige wie Obst- und Gemüsehändler, Scherenschleifer, Bauakkordanten etc. Mitglieder der „italienischen Gesellschaften“.¹⁷

Nachdem die Vorarlberger Textilfabrikanten der drohenden Gefahr einer Organisierung des italienischen Proletariats gewahr wurden, leiteten sie umgehend massive Gegenmaßnahmen — Gewerkschaftssekretär Pechota nannte es Terrorismus — ein. So zitierte Hermann Gaßner, der Seniorchef von Getzner, Mutter & Cie., die Mitglieder der Società, die in seinen Bludenz und Bürser Fabriken arbeiteten, ins Büro und stellte die verunsicherten Italiener vor die Wahl: Wer nicht sofort aus dem politischen Verein austritt, ist hiermit „gefeuert“.¹⁸

Es ist verständlich, daß die in vielfacher Hinsicht abhängigen Migranten der Organisation den Rücken kehrten. Sie waren meist nur sehr bedingt der deutschen Sprache mächtig und hätten — in ein Stehgeldsystem eingeschnürt — bei ohnehin kärglichem Lohn große finanzielle Verluste erlitten. Die Vorarlberger Partei- und Gewerkschaftsleitung konnte dies voller Ingrimm nur tatenlos zur Kenntnis nehmen. Die Machtfülle der „Baumwollbarone“, vor allem jener des Oberlandes, konnte vorläufig nicht einmal angekratzt werden.

Um die Politik der Textilarbeitergewerkschaft in allen Regionen der Monarchie zu professionalisieren, wurde auf dem gesamtösterreichischen Verbandstag vom 24. und 25. März 1901 beschlossen, alle bisherigen selbständigen Landes- und Regionalfachvereine in Ortsgruppen der zentral geführten Union der Textilarbeiter umzuwandeln.¹⁹ Diesem Beschluß kam die Vorarlberger Organisation, die weiterhin nur aus der Ortsgruppe Dornbirn bestand, in der zweiten Jahreshälfte 1901 nach. Mit einem Erlaß der Statthalterei vom 12. Oktober 1901 wurde der Centralverein der Textilarbeiter beider Geschlechter für Vorarlberg aus dem Vereinskataster der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch gestrichen. Die halbamtliche Vorarlberger Landeszeitung gab am 2. Oktober 1901 die Auflösung der alten Organisation bekannt.²⁰

Die Umstrukturierung der Ortsgruppe brachte nun wieder etwas frischen Wind in die Textilarbeiterorganisation. Der im Sommer 1900 eingestellte erste Vorarlberger sozialdemokratische Gewerkschafts- und Parteisekretär Franz Pechota vermerkte in seinem Rechenschaftsbericht über das Jahr 1901:

*„In Dornbirn besteht eine Ortsgruppe der Schneider (40 Mitglieder)
... und eine Ortsgruppe der Textilarbeiterunion mit 38 Mitgliedern,*

gegen 15 im Jänner 1901. Die Zahl der Arbeiter in den Textilfabriken Dornbirns beträgt 1042 männliche und 1443 weibliche. Davon einheimische 1597, fremde 888. Der Terrorismus der Unternehmer hat bisher die Entwicklung der Organisation behindert, ja sogar unmöglich gemacht. In der letzten Zeit, besonders seit der Umwandlung des Landesvereines in eine Unionsgruppe, wurde eine lebhaft Agitation entfaltet, welche auch nicht ganz erfolglos war. An Lohnbewegungen ist nur ein 14tägiger Streik der Schneider zu verzeichnen, der mit vollem Erfolg beendet wurde (10 Prozent Lohnerhöhung und Reduzierung der Arbeitszeit von zwölf auf elf Stunden).“²¹

An anderer Stelle des Rechenschaftsberichtes referierte der Sekretär über den absolut erfolglos gebliebenen ersten Versuch der Sozialdemokratie Vorarlbergs, bei den haus- und fabriksindustriellen Stickern Terrain zu gewinnen.

„Ein Versuch, die Sticker zu organisieren, mißlang vollständig, trotzdem eine Zeitlang eine lebhafte Agitation entfaltet wurde. Die Sticker sind zum großen Theil noch Besitzer eines kleinen Anwesens und sind daher für eine gewerkschaftliche Organisation nicht zu haben.“²²

Die Bedingungen für sozialdemokratische Organisationsarbeit waren im nach wie vor weitgehend ländlich dominierten Vorarlberg nicht nur wegen der aus der Tradition erwachsenen Beharrungskräfte schwierig. Es lassen sich auch gute soziale und ökonomische Gründe ausmachen, weshalb große Teile der Fabriksarbeiterschaft, besonders aber die fabriks- und hausindustriellen Sticker praktisch unorganisierbar waren.

Im Gegensatz zur Annahme der ideologischen Väter der sozialistischen Arbeiterbewegung, die eine rasche und unabdingbare Entwicklung zur Großindustrie — und damit verknüpft die Bildung des Proletariats als Klasse — voraussetzten, entstanden vielfach Existenzformen, die nicht rein industrieproletarisch, sondern in einem hausindustriell-agrarisch-proletarischen Mischmilieu angesiedelt waren. Familienverbände gehörten oft mehreren Produktions- und Reproduktionssystemen an.

In der Praxis mochte das zum Beispiel so aussehen: Der Vater arbeitete auf einer von der örtlichen Raiffeisenkassa vorfinanzierten Schifflestickmaschine als hausindustrieller Sticker für ein St. Galler Großhandels- haus. Die Mutter verrichtete landwirtschaftliche Arbeit auf eigenem oder zugepachtetem Boden, unter gelegentlicher Mithilfe anderer Familienmitglieder. Die größeren Töchter gingen in eine der benachbarten Textilfabriken, während die schulpflichtigen Kinder vor und nach dem Unterricht, vielfach auch statt des Unterrichts, dem Vater „fädelten“, d.h. gerissene Fäden knüpften und andere Hilfsdienste erbrachten. Die erwachsenen Söhne arbeiteten in einem Gewerbebetrieb oder waren wie ihre Schwestern „Fabrikler“.

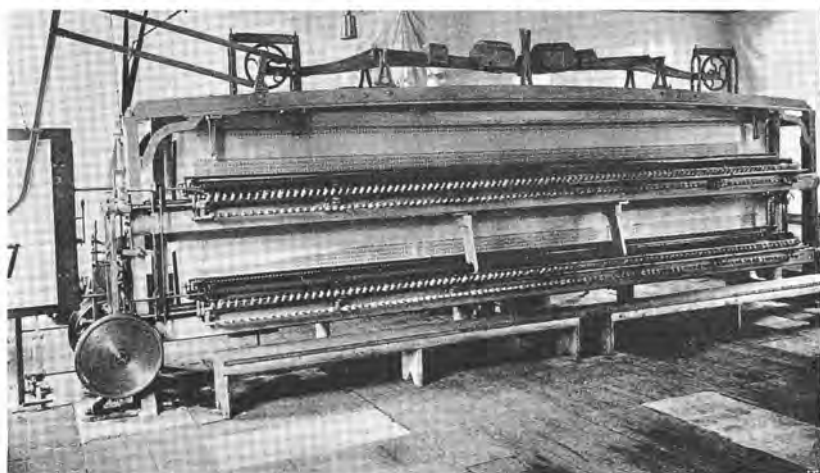
Hatte die hausindustrielle Stickerei Hochkonjunktur und ließen sich hohe Gewinne erwirtschaften, verlegten die Familienmitglieder ihren Arbeitsplatz ins Sticklokal. Es wurde eventuell eine zweite Maschine angeschafft, zumindest aber die vorhandene intensivst ausgenutzt. In der Hochkonjunktur der Jahre 1906/07 stellte der Gewerbeinspektor zum Beispiel fest, daß die durchschnittliche Arbeitszeit in den Vorarlberger Stickereien auf 12 Stunden gestiegen war und daß vielfach Doppelschichten gefahren wurden.²³

Geriet die Stickerei in eine ihrer zahlreichen Krisen, versuchten die Familienmitglieder wieder in Industrie und Gewerbe unterzukommen oder die vernachlässigte Landwirtschaft zu reaktivieren. Ein Redakteur der Zeitschrift Vorarlberger Volksfreund hielt dazu während der Stickereiflaute von 1891/92 fest:

*„Seitdem eine wirkliche Krisis dieses Gewerbes eingetreten ist, die teuren Maschinen wertlos geworden sind, wendet man sich mit mehr Interesse und Fleiß auf's Neue dem Landwirtschaftsbetriebe zu.“*²⁴

Zeitweilige Dienstbotenarbeit und vorübergehende Arbeitsmigration zum Beispiel in die Schweiz oder in den süddeutschen Raum konnten eine weitere Variante dieses Mischmilieus bilden.

Als wesentlich bleibt festzuhalten: Unter den geschilderten Bedingungen blieb auch bei einer — vielfach temporären — Beschäftigung in der Fabrik die Bindung an traditionelle Systeme sozialer und kultureller Vernetzung erhalten.



In Vorarlberg entstanden Existenzformen, die sich auf die ganze Familie bezogen und als Mischmilieus anzusprechen sind, bestehend aus haus-industrieller Stickerei, Landwirtschaft und Fabriksarbeit.

Schifflestickmaschine der Firma Hofer, Bösch & Cie, Lustenau, vor 1898 (oben). Mechanische Weberei und Textildruckerei Franz M. Rhomberg in Dornbirn/Schmelzhütten und Dornbirn/Rohrbach, vor 1898 (unten).



Daß gemischtökonomische Systeme — beginnend von der Früh- bis weit hinein in die Hochindustrialisierung — mit all ihren Implikationen keineswegs eine Vorarlberger Besonderheit sind, zeigt unter anderem eine umfangreiche Studie von Peter Borscheid, der die soziale Lage und Mobilität der Textilarbeiterschaft in Württemberg untersucht hat:

„Die Existenz von Fabriksarbeitern besagt nicht, daß diese ihren Lebensunterhalt allein, vorwiegend oder über einen längeren Zeitraum aus dieser einen Quelle bezogen. Diese Feststellung hat vor allem für die Textilarbeiter Gültigkeit. Die Textilindustrie diente während des gesamten 19. Jahrhunderts den meisten Arbeitern lediglich als kurzzeitliche Nebenverdienstquelle.“²⁵

Zieht man eine Zwischenbilanz der ersten fünf Jahre der Existenz der Vorarlberger sozialdemokratischen Textilarbeitergewerkschaft, so sind folgende Punkte hervorzuheben. Erstens: Nach durchaus vielversprechendem Start geriet die Organisation zunehmend in einen Zustand des Vor-sich-hin-Dümpelns. Es gelang nicht, das Dornbirner Beispiel auf andere Städte und Gemeinden zu übertragen. Dornbirn blieb die einzige Vorarlberger Kommune, in der eine Ortsgruppe der Textilarbeitergewerkschaft — wenn auch nicht besonders kräftig — agierte, zumindest aber vorhanden war. Zweitens: Sowohl die Offensive zur Organisation der italienischen Arbeitsmigranten als auch jene zur Organisation der haus- und fabriksindustriellen Sticker brach in sich zusammen. Drittens: Mit der Umwandlung des regionalbezogenen Centralvereins in eine Ortsgruppe der kronlandweit agierenden Union der Textilarbeiter läßt sich ein gewisser Aufschwung feststellen.

Die heutige Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder umfaßt auch die Beschäftigten der Leder- und Bekleidungsindustrie. Es scheint daher sinnvoll, auch auf die gewerkschaftlichen Anfänge in den beiden letztgenannten Branchen einzugehen, auch wenn sie im hier fraglichen Zeitraum organisatorisch in keiner Verbindung miteinander standen.

Die erste Schneidergewerkschaft Vorarlbergs wurde 1893 in Dornbirn gegründet und war somit zwei Jahre älter als die Textilarbeiterorganisation. Der behördlich korrekte Name lautete „Ortsgruppe Dornbirn der Schneider und Schneiderinnen und deren verwandten

Berufsgenossen in Tirol und Vorarlberg“. Der Paragraph 1 der Statuten definierte den Zuständigkeitsbereich:

„Die Ortsgruppe hat ihren Sitz in Dornbirn und erstreckt ihre Thätigkeit auf den politischen Bezirk Feldkirch.“²⁶

Die Initiative zu dieser Gründung hatte bereits im Frühjahr 1892 der aus Wien zugewanderte und in Hohenems beschäftigte Josef Thallacker gesetzt. Er organisierte für den 10. April 1892 im Gasthaus Zum Schiff in Hohenems eine erste öffentliche Schneider- und Schneiderinnenversammlung, bei der die Statuten zu einer Vorarlberger Schneidergewerkschaft erörtert wurden.²⁷

Nach knapp einjähriger Vorbereitungszeit konnte dann am 12. März 1893 im Gasthaus Zu den drei Königen in Dornbirn die konstituierende Versammlung abgehalten werden. Zum ersten Obmann wurde der aus Bayern zugewanderte Anton Simmel, zum stellvertretenden Obmann der aus Deutschböhmen stammende Karl Glöckner gewählt. Weitere Mitglieder des engeren Ausschusses waren Franz Petz aus Mähren, Simon Reisberger aus Tirol, sowie der Württemberger Johann Bauerle. Einziger Dornbirner im Kreis der regionalen Gewerkschaftsleitung war der Kassier Johann Wehinger aus der Bergstraße Nr. 4. Josef Thallacker selbst, der sich intensiv um den Parteaufbau in Hohenems kümmerte, ließ sich als Beisitzer nur in das erweiterte Leitungsgremium wählen.²⁸

Nach der Jahrhundertwende wurden dann Ortsgruppen der Schneidergewerkschaft in Feldkirch (1904)²⁹, Bludenz (1904)³⁰, Bregenz (1905)³¹ und Lustenau (1907)³² gegründet.

Noch älter als die Schneidergewerkschaft war jene der Schuhmacher, die während der Monarchie über zwei Stützpunkte in Vorarlberg verfügte: Bregenz und Dornbirn. Die Anfänge der Bregenzer Lokalorganisation gehen bis in das Jahr 1889 zurück.³³ Dieses frühe Etablieren einer Fachgewerkschaft hat damit zu tun, daß Bregenz, korrekt gesagt die zum Weichbild der Stadt gehörende Parzelle Lochau/Tannenbach, von der aus Baden stammenden Schuh- und Lederfabrik Krafft als Standort für ihre österreichische Produktion ausgewählt wurde.

Die Lederfabrik beschäftigte durchschnittlich 100 Arbeiter, fast ausschließlich männlichen Geschlechts, und galt als Hochburg der

Bregenzer Sozialdemokratie. Die Freie Gewerkschaft — so die Eigenbezeichnung der sozialdemokratisch orientierten gewerkschaftlichen Organisationen — erreichte in ausgesuchten Jahren einen Organisationsgrad von rund 50 Prozent.³⁴ Ein Wert, der als sensationell gelten mußte, wenn man den durchschnittlichen Organisationsgrad von wenigen Prozentpunkten in praktisch allen Gewerbeklassen Vorarlbergs bedenkt.

Am 8. März 1892 bewilligte die Statthalterei in Innsbruck die Statuten einer zweiten Vorarlberger Schuhmachergewerkschaft, jener von Dornbirn. Die exakte Bezeichnung lautete: „Ortsgruppe Dornbirn des Fachvereines der Schuhmacher für Tirol und Vorarlberg“.³⁵ In den übrigen Städten oder gar Landgemeinden verhinderte die relativ geringe Anzahl von Personen dieser Berufsgruppe die Konstituierung entsprechender Fachgewerkschaften. Sozialdemokratisch gesinnte Meister oder Gesellen organisierten sich in diesen Fällen in sogenannten Gemischten oder Allgemeinen Gewerkschaften.

Angesichts der Betriebsansiedelung der Krafftischen Schuhfabrik am Rande von Bregenz leuchtet die Konstituierung eines einschlägigen Gewerkschaftsvereines in der späteren Landeshauptstadt auf den ersten Blick ein. Im Falle von Dornbirn bedarf es einer etwas genaueren Analyse.

Im Gefolge der expandierenden Baumwollindustrie erlebte das Dornbirner Gewerbe einen überproportional starken Zuzug von Handwerkern. In Dornbirn betreute ein Meisterbetrieb 1911 durchschnittlich 476 Einwohner. In den Umlandgemeinden Lustenau, Hohenems, Schwarzach, Lauterach, Alberschwende und Ebnet hingegen entfielen auf einen Meisterbetrieb durchschnittlich 1.160 Personen. Dornbirn wies damit eine etwa zweieinhalbfach höhere Betriebsdichte auf als seine Nachbargemeinden, ohne sich in der Struktur — abgesehen von der Größe — zu unterscheiden. Zumindest unterschieden sie sich mit absoluter Sicherheit nicht in der Reparaturanfälligkeit des Dornbirner Leders oder der größeren schuhbezogenen Repräsentationslust der dortigen Bürger.³⁶

Aus der überdurchschnittlich starken Gruppe der Schuhmachermeister und Schuhmachergesellen sowie den Schreibern und Schneidern — den berühmten „drei Sches“ — rekrutierte die Sozialdemokratie

in den 1890er Jahren das größte Kontingent ihrer Mitglieder. Viele der Kleinmeister waren aufgrund des in Dornbirn besonders stark ausgeprägten Konkurrenzdruckes von der Verelendung bedroht. Welch große Bedeutung dem Handwerkertum in der Dornbirner sozialdemokratischen Bewegung zukam, beweist unter anderem die Tatsache, daß der 1. Mai bis zum Ende der Monarchie nur von Handwerkern öffentlich begangen wurde.³⁷

Der Kampf um den Zehnstundentag

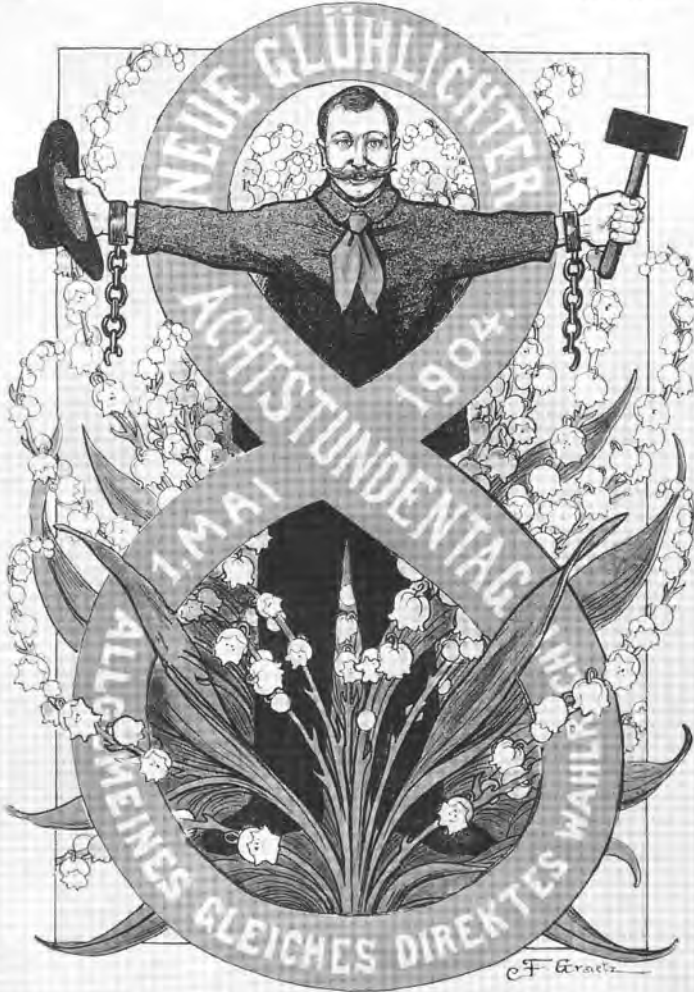
Abgesehen von der permanenten Auseinandersetzung über die Höhe einer gerechten Entlohnung beherrschten zwei große Themen die Arbeitnehmerpolitik in der Monarchie: Der Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit sowie die Erlangung des Wahlrechtes, wobei in Vorarlberg nur ersteres entsprechende politische Relevanz erlangte.

Der vermutlich erste Streik in der Vorarlberger Textilindustrie, der um die Länge des Arbeitstages geführt wurde, erfolgte 1894 in der Aktiengesellschaft für Seiden- und Ramie-Industrie in Bregenz, vormals Schwerzenbach & Appenzeller.

1875 war die 1866 gegründete Seidenfabrik, der auch eine Leuchtgasproduktion angeschlossen war, käuflich an die Unternehmer Schwerzenbach und Appenzeller übergegangen. Diese wiederum veräußerten 1890 die Anlage um 450.000 Gulden an eine eigens dafür gegründete Aktiengesellschaft für Seiden- und Ramie-Industrie in Bregenz, deren Management den Betrieb innerhalb von fünf Jahren in den endgültigen Ruin wirtschaftete.

Das Unternehmen galt nie als besonders arbeiterfreundlich. Gegen Ende seiner Existenz jedoch entwickelte es sich zu einer Ausbeuterfirma ersten Ranges. Fabriksdirektor Schiefner versuchte mit starken Sprüchen, jedoch geringem Erfolg, den drohenden Zusammenbruch durch rigorose Lohnkürzungen bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit aufzuhalten.

„Mehr als 8 Gulden solle kein Mädchen verdienen, denn Kaffee und Stopfer seien lange gut genug für ein Fabrikmädchen!“³⁸



Seit den frühen 1890er Jahren zählte der Kampf um die Erlangung eines achtstündigen Arbeitstages zu den Fernzielen der Freien Gewerkschaften. 1907 gelang es der Vorarlberger Textilarbeiterschaft, eine Etappe auf dem langen Weg dorthin hinter sich zu bringen: Der Zehnstudentag wurde eingeführt. Maifestnummer der SDAP von 1904.

Mit acht Gulden war ein halber Monatsverdienst gemeint — die Lohnauszahlung erfolgte vierzehntägig.

Über die Presse alarmiert, setzte sich die Gewerbebehörde mit den Mißständen in der Fabrik auseinander und erzwang die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen 11 stündigen Arbeitszeit.³⁹ Mit dem billigen Trick, die Essenspausen am Abend einarbeiten zu lassen, versuchte der Unternehmensleiter, die Bestimmungen der Behörde zu umgehen. Allein, die Arbeiterinnen ließen sich nicht mehr uneingeschränkt unter der Knute halten: Am 22. Jänner 1894 kamen sie dem Befehl des Fabrikdirektors, eine halbe Stunde länger zu arbeiten, nicht mehr nach und stellten um 18 Uhr 30 die Maschinen ab. Schiefner sperrte sie daraufhin bis 19 Uhr im Gebäude ein und drohte mit kollektiver Entlassung. Jedoch auch damit konnte er die kampfbereiten Frauen nicht zermürben: Jeden Abend wurde um halb sieben Schluß gemacht, bis Schiefner schließlich klein bei gab.⁴⁰

Die spontane Methode „Maschinen abstellen“ war zum ersten Mal erfolgreich in einem Arbeitszeitkonflikt zum Einsatz gekommen. Sechs Jahre später wandten die Seidenweberinnen von J.G. Ulmer in Dornbirn das gleiche Mittel an. Angefangen hatte es mit einem vom Fabrikanten auferlegten Redeverbot. Mit diesem „blödsinnigen Zwang“⁴¹, an den sich, solange kein Meister in Sicht war, sowieso niemand hielt, hatten der Fabrikant und sein als Scharfmacher geltender Direktor den Bogen überspannt. Ein Großteil der betroffenen Weberinnen trat in einen spontanen Streik, das heißt, sie verließen, ohne sich auf weitere Debatten einzulassen, einfach eine halbe Stunde vor Feierabend die Fabrik.

Bezeichnenderweise richtete sich der Streik nicht gegen das Redeverbot, das in der Praxis „so viel als es Minuten im Tag gibt“⁴² gebrochen wurde.⁴³ Mit diesem als pure Schikane aufgefaßten Verbot hatte der Unternehmer eine letzte Schwelle überschritten und die latente Unzufriedenheit über die mörderisch lange Arbeitszeit in eine handfeste Forderung nach deren Abschaffung gewendet. Mit dem kurzen, aber umso wirksameren Streik — Firmeninhaber Fußenegger erkannte seinen Fehler und lenkte sofort ein — bewältigten die Seidenweberinnen von J.G. Ulmer fast spielerisch die erste Etappe auf dem langen und kampffreien Weg der Vorarlberger Textilarbeiterschaft zur Durch-

setzung des Zehnstudentages. Die offensichtlich spontan entstandene Taktik der Ulmerschen Weberinnen, statt langer Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung nach eigenem Ermessen die Maschinen abzustellen, machte bald Schule und wurde im Lauf der nächsten Jahre von mehreren Fabriksbelegschaften — einmal mit mehr, einmal mit weniger Erfolg — kopiert.

Zunächst jedoch ergriffen die Unternehmer, und zwar jene Dornbirns, die Initiative. Nachdem es am 19. Mai 1906 im Werk Steinebach von F.M. Hämmerle zu einem Warnstreik gekommen war, der mit der Zusage einer zehnprozentigen Lohnerhöhung rasch beendet werden konnte,⁴⁴ traten die Textilfabrikanten Dornbirns zusammen und versprachen der örtlichen Arbeiterschaft die Einführung des Zehnstudentages. Das Volksblatt berichtete:

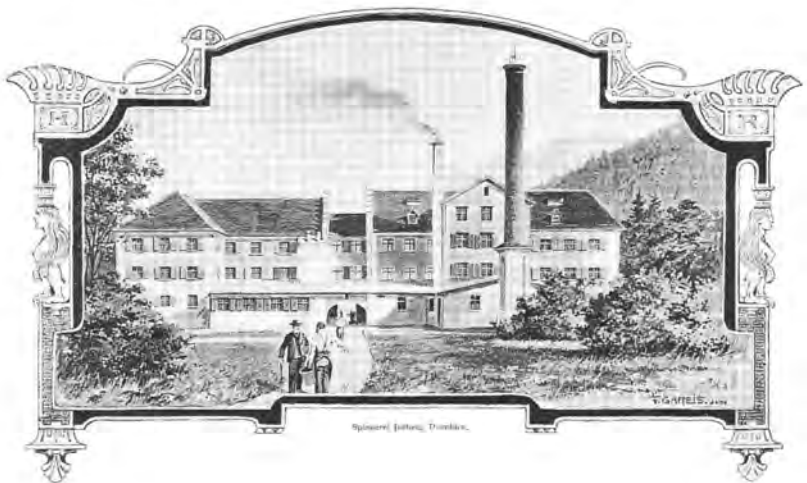
*„Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, haben die hiesigen Baumwollindustriellen schon seit längerer Zeit unter sich Verhandlungen geführt wegen der Frage der Herabsetzung der Arbeitszeit in den Fabriken auf 10 Stunden. Dieser Tage ist es nun gelungen eine Einigung unter den Fabrikanten zu erzielen und wird nunmehr und zwar mit dem Monate Oktober **in allen Fabriken Dornbirns der Zehnstudentag** eingeführt werden. Diese Mitteilung wird allseits mit um so größerer Freude begrüßt werden, als diese Arbeitszeit-Reduktion ein vollständig freiwilliger, von den Fabrikanten selbst als erstrebenswert erkannter Schritt ist, der gewiß für die Arbeiter von den segensreichsten Folgen begleitet sein wird.“⁴⁵*

Wie sich bald herausstellte, hatte es auf Initiative des christlichsozialen Vorarlberger Arbeiterbundes, an dessen Spitze der Priester Dr. Karl Drexel sowie Textilarbeitersekretär Ferdinand Eder standen, umfangreiche Vorgespräche zwischen den Industriellen und den christlichen Arbeitervertretern gegeben. Den „schwarzen“ Arbeiterführern schien der Zeitpunkt für eine Zehnstudentaginitiative im Frühjahr 1906 besonders günstig. Einerseits bewegte sich die wirtschaftliche Konjunktur auf einen schon lange nicht mehr erreichten Höhepunkt zu, andererseits war die gegnerische Sozialdemokratie, die gerade mit viel Mühe ihre schwere Parteikrise von 1904/1905 überwunden hatte,⁴⁶ noch nicht in



Herrburger und Rhomberg in Dornbirn.

Während der Zehnstundentag in den Dornbirner Textilfabriken ohne Kampfmaßnahmen durchgesetzt werden konnte, kam es in den meisten anderen baumwollindustriellen Zentren Vorarlbergs zu Streiks und Lohnbewegungen, so auch in der Ganahlschen Baumwollspinnerei und -weberei in Frastanz (oben). Die Fabrik Juchen der Firma Herrburger & Rhomberg in Dornbirn (unten) ist die älteste Baumwollspinnerei Vorarlbergs.



Spinnerei Juchen, Frastanz.

der Lage, selbst die Initiative zu ergreifen. Wann dann, wenn nicht jetzt, wird sich der „Arbeiterführer im Priesterrock“, Karl Drexel, gesagt haben, da alle Auftragsbücher voll sind, da die Unternehmer saftige Gewinne machen, werden wir in der Lage sein, den Zehnstundentag einzufordern, und zwar in moderater Form, das heißt ohne streiken zu müssen.

Am Sonntag, dem 20. Mai, versammelten sich rund 400 Textilarbeiter und -arbeiterinnen im Gasthaus Zum Löwen im zweiten Dornbirner Gemeindebezirk. In dieser Versammlung waren auch die Chefs der bedeutendsten Textilunternehmen Dornbirns, wie F.M. Hämmerle, Herrburger und Rhomberg, J.G. Ulmer und F.M. Rhomberg anwesend, die nach einigen Bedenken dem Zehnstundentag zustimmten.⁴⁷ Dabei wurde gebeten, die Frage des Lohnausgleiches im Sinne der Arbeiterschaft zu entscheiden. Der entsprechende Punkt der EntschlieÙung lautete:

„3. Die versammelten Textilarbeiter und -arbeiterinnen ersuchen dringend zugleich mit der Herabsetzung der Arbeitszeit eine entsprechende Lohnerhöhung eintreten zu lassen und zwar bei Herabsetzung um eine Stunde eine zehnprozentige und bei Herabsetzung einer halben Stunde eine fünfprozentige des früheren Stundenlohnes.“⁴⁸

Die christlichen Arbeiter hatten ihre Forderungen wohl etwas zu zaghaft gestellt. Am 27. Oktober 1906 wurden „die Arbeiter im Gütle rebellisch.“⁴⁹ Was war geschehen? In der Fabrik Gütle der Firma F.M. Hämmerle wurde der elfstündige Arbeitstag in zwei Stufen auf zehn Stunden reduziert. Während man bei der ersten Kürzung um eine halbe Stunde den Arbeitern und Arbeiterinnen den vollen Lohnausgleich angedeihen ließ, glaubte man bei der zweiten Reduktion auf diese Maßnahme — zumindest probierte man es — verzichten zu können.

„Die Gemüter waren sehr erregt, und beschlossen die Arbeiter, wenn der Herr Victor Hämmerle ins Gütle komme, die Arbeit stehen zu lassen und ihre Wünsche vorzubringen. Ein Genosse sagte den Arbeitern, sie sollen sich organisieren, dann komme so was nicht vor. Aber die Arbeiter sagten, das brauche es nicht, wenn man nur einig

*sei. Herr Hämmerle kam und alle Arbeiter stellten ab und strömten auf die Straße vor das Bureau. Herr Hämmerle kam aber nicht heraus und so standen die 180 Personen ganz hilflos auf der Straße. Vertrauensmänner haben indifferente Leute keine und sonst getraute sich niemand ins Bureau. Als ein Genosse sich endlich als erster dazu hergab, begab sich endlich eine Deputation hinein und Victor Hämmerle sagte, daß es schon beschlossene Sache sei, daß es eine Lohnerhöhung gebe, die Firma wolle nur noch die erste Zeit abwarten. Die Firma Hämmerle ist durch diese momentane Arbeitseinstellung glimpflich davongekommen, denn da die Kraft nicht abgestellt war, hätte es leicht die Turbinen und Wasserrohre zusammenreißen können. Bei organisierten Arbeiter kommt so was nicht vor.*⁴³⁰

Dieser kleine Bericht eines sozialdemokratischen Vertrauensmannes in der Volks-Zeitung — es handelte sich dabei mit höchster Wahrscheinlichkeit um den Spinnmeister Josef Anton Meusburger — gewährt einen guten Einblick in den Stand der Dinge. Die christliche Arbeiterbewegung Dornbirns war offenbar nur in der Lage, die Zehnstundentag-Kampagne mit Duldung der Unternehmer zu initiieren. Aufgrund ihrer zögerlichen Haltung ließ sie sich dann aber die Initiative aus der Hand nehmen.

Auch die Sozialdemokraten mußten erkennen, daß das vielfach aus italienischen Migranten bestehende Textilproletariat seine Kämpfe spontan und eigenständig führen wollte. Da half es auch wenig, sich nach zweierlei Seiten hin zu beschweren: In Richtung unorganisierter Arbeiterschaft, daß diese wie eine Schar dummer Buben und Mädchen vom „allmächtigen Baumwollbaron“ Victor Hämmerle unverrichteter Dinge im Fabrikshof stehen gelassen wurde. Die Beschwerde in Richtung Unternehmer, Organisierte streiken ordentlich und gemäß den Turbinenbetriebs- und Druckrohrbelastungsvorschriften, dürfte auch wenig gefruchtet haben.

Die kleine „Gütle-Rebellion“ vom Samstag, dem 27. Oktober 1906, hatte noch ein Nachspiel:

„In der letzten Volks-Zeitung haben wir erzählt, wie die indifferente Arbeiterschaft ihre Wünsche nach mehr Lohn vorgebracht hat. Für diese allgemeine Rebellion der zum großen Teil italienischen Arbeiter mußte die Firma Hämmerle sich Sühne verschaffen. Da die Firmeninhaber bei der Bevölkerung im Geruche der Humanität stehen..., so mußte um einen Stellvertreter zum Arrangement des geplanten Donnerwetters umgesehen werden und dieser war bald gefunden. Wenn es irgendwo in den Fabriken der Firma F.M. Hämmerle nicht nach Wunsch der Firma geht, dann wird der Tyrann Sailer geholt und so auch diesmal für das Gütle. Samstag war die Revolte der Arbeiter und Montag gabs Kontrarevolution. Sailer ließ die Fabrik abstellen, die Arbeiterschaft auf den Platz rufen und schimpfte sie zusammen. Er erklärte, wenn es den Arbeitern nicht passe, können sie alle gehen; wenn so was noch einmal vorkomme, dann werde die Fabrik gesperrt und in drei Tagen sei ein neues Personal zur Stelle.“⁵¹

Damit kehrte in Dornbirn vorerst einmal Ruhe ein. Hingegen kam es im Herbst und Winter in der benachbarten Schweiz und im benachbarten Württemberg zu einer Reihe heftiger Arbeitskämpfe, unter anderem auch in der Textilbranche. So berichtete das Mitteilungsblatt des Informationsbureaus der Arbeitervereine der Bodenseeuferstaaten Nr. 7/1906, daß die Städte St. Gallen und Rorschach „für Textilarbeiter aller Branchen“⁵² gesperrt seien. „Zuzug nach genannten Orten“, hieß es noch Wochen später, „muß streng ferngehalten werden.“⁵³

Eintritt in die heiße Phase

Im April 1907 griff die Streikwelle auch auf Vorarlberg über. Am 11. April legten 200 meist italienische Arbeiter und Arbeiterinnen der Baumwolldruckerei Samuel Jenny in Hard die Arbeit nieder.⁵⁴ Die „Ursache“, so das christlichsoziale Arbeiterblatt: „Schundlöhne und lange Arbeitszeit.“⁵⁵

Ich bin an anderer Stelle auf die Problematik der italienischen Arbeitsmigranten Vorarlbergs als „Klasse im Übergang“ eingegangen

und habe betont, daß Menschen aus agrarischen Verhältnissen, die durch Auswanderung gleichsam über Nacht in industrielle versetzt werden, im Einwanderungsland über lange Zeit ihre herkömmlichen Sozialsysteme tradieren. Diese Systeme umfassen verwandtschaftliche Solidarität, dörfliche Zusammengehörigkeit bis hin zu Patron-Klientel-Verhältnissen sowie religiöse Vergemeinschaftungen.⁵⁶

Diese ins industrielle Milieu übertragenen Sozialsysteme bringen ganz eigenständige Formen des Arbeitskampfes hervor. Der Kampf zeichnet sich fast ausschließlich durch spontane, lokal arrondierte Aktionen aus. Die Einwanderer erreichen, wenn der Leidensdruck eine gewisse Marke überschritten hat, punktuell ein bedeutendes Klassenkampf-niveau einschließlich eines hohen Aggressionspotentials bei gleichzeitig sehr marginal entwickeltem Klassenbewußtsein. Diesen spontanen Aktionen können in bestimmten Fällen in einer Art Dominoeffekt weitere Aktionen an anderen Schauplätzen auslösen. Dies geschah im Falle der Zehnstudentenproblematik, deren Lösung um 1907 — so oder so — gleichsam in der Luft lag.

Der konkrete Anlaß für den betriebsintern immer größere Kreise ziehenden Streik bei Samuel Jenny bestand darin, daß ein junger Färbereiarbeiter, der lediglich eine Krone 90 Heller Taglohn mit nach Hause nahm, bei seinem Färbermeister die Kündigung einreichte. Es war bei den italienischen Migranten vielfach Usus, bei Herannahen des Frühlings nach einem halben oder dreiviertel Jahr Arbeit das Unternehmen zu verlassen und sich eine besser bezahlte Stelle zu suchen. Um dieser unliebsamen, die Produktion hemmenden Fluktuation gegenzu-steuern, versprach der Färbermeister dem Arbeiter eine Lohnerhöhung von einer halben Krone. Das entsprach 26 Prozent. Als diese Zahlen unter den anderen Färbereiarbeitern ruchbar wurden,

*„rotteten sie sich am Dienstag um 4 Uhr zusammen und verlangten (ebenfalls eine) Lohnerhöhung.“*⁵⁷

Am nächsten Vormittag griff der Streik von einer Abteilung auf die andere über. Ab 9 Uhr schlossen sich die Arbeiter der Appretur, die Hilfsarbeiter der Maschinendruckerei, der Bleiche und Farbküche dem Ausstand an. Bald wurde als neuer und zusätzlicher Punkt die Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden gefordert.



Die trentinische Bezirksstadt Borgo stellte um 1900 ein hohes Kontingent an italienischen Arbeitsmigranten. Postkarte des Bahnhofes von Perigine um 1900: neben Borgo eine der zentralen Bahnstationen für trentinische Migranten bei der Auswanderung nach Vorarlberg.



Am Nachmittag erschienen von der Gewerbebehörde Kommissär Graf Consolatti sowie der Gewerbeinspektor Ing. Hubert Stipberger. In den Verhandlungen mit den Arbeitern und Arbeiterinnen wurden je nach Abteilung Lohnerhöhungen zwischen acht und 15 Prozent ausgehandelt, womit sich die Beschäftigten zufrieden gaben und am nächsten Morgen die Arbeit wieder aufnahmen. Lediglich die hochqualifizierten und hochpolitisierten Graveure und Formstecher, die ihre Forderungen gemäß dem gewerkschaftlichen Streikreglement in schriftlicher Form eingebracht hatten, streikten, wie das Arbeiterblatt berichtet, weiter:

„Soweit der Ernst. Damit auch der Humor sein Recht erhalte, sorgte eine hochwohlweise Behörde durch ein Gendarmerie-Aufgebot von 16 Mann. Man konnte den gemütlich lustwandelnden armen Italienern die stille Freude vom Gesichte lesen, daß die fürsorgliche Behörde ihnen ihren freien Tag durch die Anwesenheit von mehr als einem Dutzend in voller Amtstracht prangenden Männern des Gesetzes verschönte, die in das öde Einerlei der Arbeitsblusen etwas Abwechslung brachten.“⁵⁸

Auch wenn sich das christliche Arbeiterbatt über den Einsatz von 16 mit Gewehr und Bajonett bewaffneten Gendarmen lustig machte: Die Behörde scheint geahnt zu haben, daß die Auseinandersetzung in der Bodenseegemeinde eine neue politische Dimension erlangt hatte. Es war ja seit den Reichsratswahlen von 1897 bekannt, daß die Harder Italiener bezüglich einer sozialdemokratischen Politisierung eine Vorreiterrolle im Lande spielten.⁵⁹

Um 1907 lebten in Hard nach einer inoffiziellen Zählung, die von den Mitgliedern der Migrantenkolonie selbst durchgeführt wurde, 1.400 Menschen mit italienischer Muttersprache.⁶⁰ Ein beachtliches Potential, das sich durch die Sturheit eines Unternehmers durchaus zu einer „kritischen Masse“ in einer größer angelegten Klassenauseinandersetzung hätte entwickeln können.

Die Vorsichtsmaßnahme der Behörde war allerdings, wie die Praxis lehrte, bei weitem übertrieben. Die Harder bewiesen da beträchtlich besseres Augenmaß. Mehr noch: Der Streik fand selbst in den christlich-sozial-konservativen Segmenten der Bevölkerung, und das war gewiß eine Neuerung, eine hohe Akzeptanz. Nicht zuletzt deshalb, weil das

erzliberale Haus Jenny mit dem örtlichen Klerus, allen voran Pfarrer Franz Ulmer, jahrzehntelang im politischen Kampf gestanden war.⁶¹ Das Parteiorgan der Christlichsozialen schrieb dazu:

*„Bei den Zuständen in der Jennyschen Fabrik und bei den niederen Löhnen, die dort bezahlt werden, ist es nicht zu wundern, daß nicht bloß die Arbeiterschaft, sondern die Bevölkerung auf Seite der Arbeiter steht. Da man zudem noch in der Offermannschen Fabrik ein Beispiel einer arbeiterfreundlichen Firma erkennt, wirkt der Gegensatz um so mächtiger.“*⁶²

„Tätsche“⁶³ und „Bude“, so die Spitznamen der Fabriken von Jenny⁶⁴ und Offermann⁶⁵ unterschieden sich wesentlich. Während die Firma Jenny geradezu idealtypisch ein manchesterliberales Unternehmen verkörperte, zeichnete sich die Kammgarnspinnerei E. Offermann durch moderne, sozialintegrative Unternehmensführung aus. Dies manifestierte sich unter anderem in einem großzügigen Wohnbauprogramm für die Arbeiter der Fabrik,⁶⁶ mehr aber noch in einem 1907 eingeführten Gewinnbeteiligungssystem, das über die Praxis mancher Unternehmer im Lande, der Belegschaft freiwillige Sozialleistungen anzubieten, hinausging. Diese Gewinnbeteiligung erreichte je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit die Höhe von einem bis zwei Wochenlöhnen pro Jahr.⁶⁷ Wie ganz allgemein Offermann Löhne bezahlte, die im Durchschnitt um 20 bis 30 Prozent höher lagen als jene der anderen Fabriken in Hard — speziell jener von Samuel Jenny.⁶⁸

Es war allerdings nicht so sehr humanitäre Gesinnung, die der Führung der Kammgarnspinnerei derartiges Verhalten diktierte. Die Unternehmensstrategie leitete sich aus einem simplen Kalkül ab: Mit einer relativ zufriedenen und daher stabilen Arbeiterschaft ließen sich mittel- und langfristig höhere Gewinne erzielen.⁶⁹ Eine fluktuierende Belegschaft mußte immer wieder neu eingeschult werden, neigte zu Subversion, Bummelantentum und Fabriksdiebstahl und wanderte nicht selten nach Erreichen einer gewissen Qualifikation zur besser zahlenden Konkurrenz ab. Während zum Beispiel die Firma Jenny unter fast epidemisch auftretenden Seriediiebstählen litt, ist aus der Kammgarnspinnerei kein derartiger Fall bekannt.⁷⁰

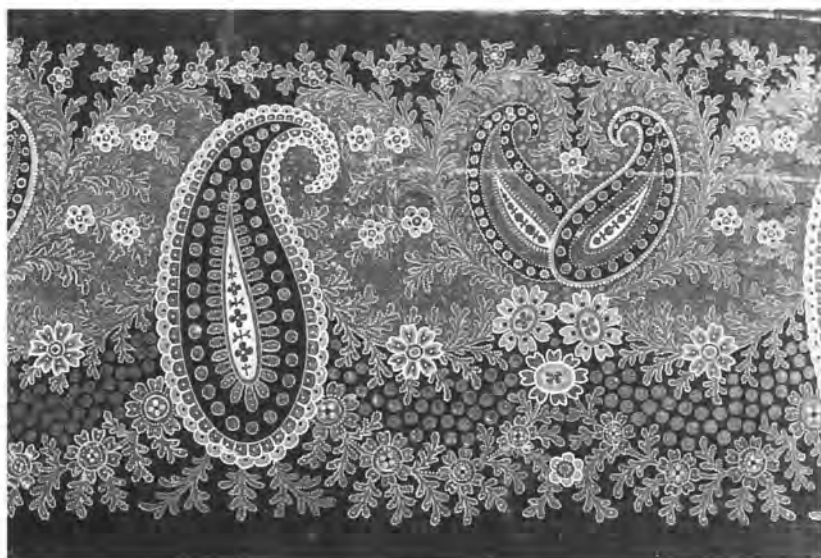
Außerdem sollte nicht vergessen werden, daß der Streik vom 11. April seine Initialzündung aus einem spontanen, einem mehr oder minder verzweifelten Akt der Fluktuationsbekämpfung durch einen Vorgesetzten der mittleren Leitungsebene erfuhr.

Besonders interessant ist der Jennystreik von 1907 bezüglich seiner politischen Dimension. Sowohl Sozialdemokraten wie Christlichsoziale unterstützten ihn vorbehaltlos. Für die christliche Textilarbeiterorganisation Hards, die gemeinsam vom Spinnereiarbeiter Karl König und vom als außen „schwarz“ und innen „rot“ verschrieenen Kaplan Guntram Nagel⁷¹ geleitet wurde, bedeutete er eine Verdreifachung der Mitgliederzahlen. Während man zu Jahresende 1906 mit 31 Organisierten abgeschlossen hatte, konnte man ein Jahr später 92 Mitglieder zählen. Dieser verhältnismäßig hohe Organisationsgrad hielt dann bis in die schweren Krisenjahre von 1912/1913.⁷²

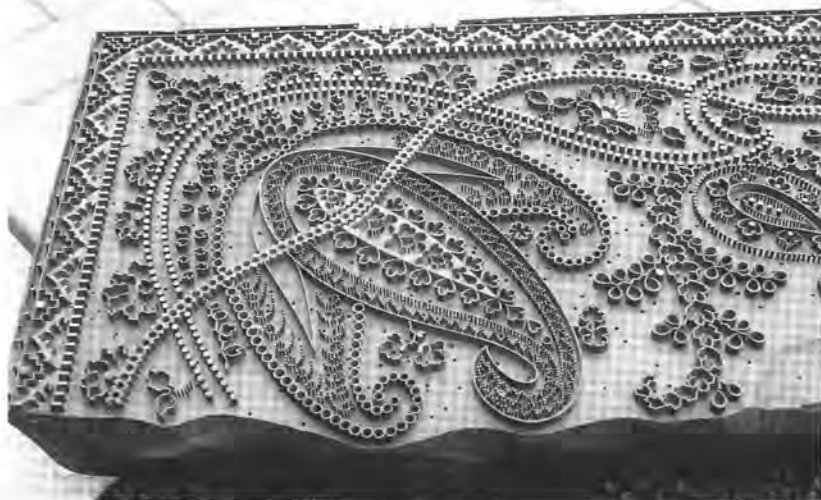
Den Beginn der „heißen Phase“ der Zehnstundentag-Kampagne markiert zweifelsfrei der Streik bei Samuel Jenny in Hard. Angefangen hatte es dort mit der Unzufriedenheit eines jungen Arbeiters mit seinem kärglichen Lohn. Enden sollte diese Phase der Auseinandersetzungen mit einem der bedeutendsten Streiks, den Vorarlberg in der Monarchie je erlebte. Dazu jedoch später.

Der rund neun Monate währende Kampf um den Zehnstundentag in der Vorarlberger Textilindustrie läßt sich als eine Art Kraftfeld beschreiben, das von vier sich gegenseitig beeinflussenden Polen oder Machtschwerpunkten definiert wurde. Das erste Machtzentrum bildeten die in Industriellenvereinigung und Handelskammer hervorragend organisierten Textilfabrikanten. Sie hatten aus Kostengründen massenweise billige italienische Arbeitsmigranten ins Land geholt. Diese Migranten wurden ab dem Frühjahr 1907 über das Machtmittel spontaner Streik zunehmend als zweiter politischer Pol zu einem ernstzunehmenden Faktor in der Klassenauseinandersetzung um die Einführung des Zehnstundentages.

Die Unternehmer hatten in der bereits überhitzten Hochkonjunktur jener Monate umfangreiche Kontrakte abgeschlossen. Eine Nichterfüllung dieser Verträge wäre einem finanziellen Desaster gleichgekommen. Dies war die verwundbare Stelle der Fabrikanten.



Die Formstecher in der Jennynschen Fabrik in Hard gehörten zur nobilitierten Arbeiterschaft. Sie verfügten über ein hohes Arbeitsethos sowie Selbstbewußtsein und waren zu 100 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Seite aus einem Musterbuch (oben); Formstech-Model (unten).





*Der in der "Kammgarn"
beschäftigte Karl König
leitete gemeinsam mit
Kaplan Guntram Nagel
die christliche
Textilarbeitergewerkschaft
von Hard.*



*Die Kammgarnspinnerei E. Offermann in Hard wurde ab 1896 nach Plänen
des Schweizer Architekten Sequin-Bronner erbaut.*

Einen weiteren Gravitationskern im politischen Kraftfeld bildeten die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) respektive die Freie Gewerkschaft, wobei die beiden Organisationen in der Zeit der Monarchie in ihrer personellen Besetzung praktisch ident waren. Die Sozialdemokratie hatte mit dem schwerwiegenden Problem zu kämpfen, daß es ihr nur mühsam gelang, aus der großen Masse der politisch indifferenten Textilarbeiterschaft einzelne Personen oder Gruppen sozialdemokratisch zu organisieren. Die Freie Gewerkschaft befand sich in der absurden Situation, die spontanen, „wilden“ Streiks der großteils italienischen Arbeiterschaft als politisch nicht zielführend zu verurteilen, mußte aber gleichzeitig danach trachten, deren Führung zu übernehmen. Da diese Ausstände durch keinerlei übergeordnetes Regulativ gedeckt waren, mußten der am 1. Februar 1906 als zweiter Vorarlberger Gewerkschaftssekretär in sein Amt eingetretene Eduard Ertl sowie der italienische Landesvertrauensmann Antonio Sperandio über sehr viel Augenmaß verfügen, wie weit man in den Verhandlungen gehen konnte, bevor der Bogen überspannt war und brach. Italienische wie einheimische Arbeiter und Arbeiterinnen, die jahrelang devot jede Unterdrückung ertragen hatten, entdeckten ihre tendentielle Macht und wohl auch ihre Lust, Versäumtes durch hochgeschraubte Forderungen nachzuholen.

Zum besseren Verständnis der ganzen Streikproblematik ist es vielleicht nützlich, darauf hinzuweisen, daß die Freie Textilarbeiterorganisation Vorarlbergs 1907 lediglich 173 Mitglieder umfaßte. Aus den relativ bescheidenen Geldrücklagen der Gewerkschaft wäre ein auch nur ganz wenige Tage andauernder Streik — etwa in den rund 850 Personen beschäftigenden Getznerwerken in Bludenz und Bürs — nicht finanzierbar gewesen. Die zentrale Gewerkschaftskommission in Wien hätte aufgrund des verbindlichen Streikregulativs gar nicht helfend eingreifen können, da sie spontane, also nicht ordnungsgemäß angemeldete Ausstände von Nichtorganisierten aus gutem Grund nicht unterstützte. Von dieser Regel gab es in der Geschichte der Monarchie lediglich eine Ausnahme, als nämlich einige Hunderttausend Arbeiter und Arbeiterinnen in der böhmischen Textilindustrie für die Durchsetzung des Zehnstundentages streikten. Selbst in diesem, im Vergleich zu den

Vorarlberger Verhältnissen gigantischen Klassenkonflikt mußte Parteigründer Victor Adler seine ganze Autorität gegen den beharrenden Gewerkschaftsflügel einsetzen, um ausnahmsweise die politische Logik dem (an und für sich guten) Prinzip voranzustellen.

Es ist vermessen anzunehmen, daß es im Falle eines oder auch mehrerer Streiks in der hiesigen Textilindustrie zu einem ähnlichen Vorgehen gekommen wäre. Das heißt, jeder Ausstand wäre in der unvorbereiteten Situation, in der sich die Freie Gewerkschaft Vorarlbergs um 1907 befand, eher über kurz denn über lang zum Scheitern verurteilt gewesen. Den Schaden für die gerade im Aufbau befindlichen Organisationen kann man sich ausmalen.

Angesichts dieser Ausgangslage mußte Sekretär Ertl mit sehr viel Fingerspitzengefühl versuchen, die Kompromißbereitschaft der verschiedenen anderen Machtfaktoren auszuloten, wobei er — was die Sache noch erschwerte — selbst aus den eigenen Reihen mit massiven Forderungen unter Druck gesetzt wurde. In einer öffentlichen Textilarbeiterversammlung am 30. Juli im Dornbirner Mohrensaal erklärte Ertl im Zusammenhang mit einer Forderung nach einer zwanzigprozentigen Lohnerhöhung zusätzlich zum bereits von den Christlich-sozialen — zumindest im Prinzip — durchgesetzten Zehnstundentag:

*„An einen Streik sei nicht zu denken, dafür übernehme er die Verantwortung nicht, nur dann sei er dafür zu haben, wenn die christlichen Textilarbeiter sich von ihrer eigenen Organisation bezahlen lassen.“*⁷³

Der christliche Arbeitersekretär Eder erklärte:

*„Für eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung seien die christlichen Textilarbeiter nicht zu haben, sie wollen den Sozialdemokraten nicht die Kastanien aus dem Feuer holen.“*⁷⁴

Ertl wußte, daß ein nur von der Sozialdemokratie getragener Streik ein gefährliches Hasardspiel darstellen würde und erklärte die Sache — wohl mit Recht — für beendet.

Nichtsdestotrotz ging die Debatte über mehrere Wochen weiter.

Unter der Überschrift „Ja, wir lassen nicht lugg“⁷⁵ berichtete die Volks-Zeitung im September 1907, daß sich die sozialdemokratisch

organisierten Textilarbeiter Dornbirns auch von der eigenen Gewerkschaftsleitung nicht davon abbringen ließen, weiterhin eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung zu fordern.

Kommen wir zum vierten Machtfaktor. Im Unterschied zu den Sozialdemokraten, die ein relativ geschlossenes Klientel vertraten, war der Arbeitnehmerflügel der Christlichsozialen Bestandteil einer bündisch strukturierten Großpartei, in der auch Teile der Vorarlberger Unternehmerschaft organisiert waren. Der christlichsoziale Landeshauptmann Adolf Rhomberg beispielsweise verfügte gleichzeitig über bedeutende Unternehmensanteile an der renommierten Baumwollfabrik Herrburger und Rhomberg. Der Arbeitnehmerflügel hatte also, wollte er nicht in einen schweren innerparteilichen Interessenskonflikt geraten, eher moderate Töne anzuschlagen, ohne jedoch in der Öffentlichkeit allzusehr als prinzipienlos dazustehen. Ein schwieriges Unterfangen, weil — wie die Volks-Zeitung mit einiger Berechtigung vermerkte — „auf beiden Achseln Wasser tragen nicht gut geht.“⁷⁶

Aufgrund der relativen Stärke der christlichen Arbeiterbewegung, die besonders in Dornbirn, dem industriellen Zentrum Vorarlbergs, über mehrere gut ausgebaute Organisationen mit insgesamt rund 1000 Mitgliedern verfügte, konnte sie in Jahren entsprechend guter wirtschaftlicher Konjunktur allein mit ihrem politischen Gewicht Zugeständnisse von der Unternehmerschaft erwirken. So gönnten auch die Sozialdemokraten „den Christlichen gern den Ruhm, daß sie es gewesen seien, die den Zehnstudentag (in Dornbirn, Anm. d. Verf.) durchgesetzt haben.“⁷⁷ Schwieriger wurde die Lage bei den „Arbeiterchristen“, wenn eine Forderung nur mit einem Streik durchzusetzen war.

Wobei es auch in dieser Frage sehr unterschiedliche Standpunkte gab. Während sich der Präses des Dornbirner Christlichen Arbeitervereines und Obmann des christlichen Vorarlberger Arbeiterbundes Dr. Karl Drexel den Ausstand nur in großen Ausnahmesituationen vorstellen konnte, wußte der Präses des Katholischen Arbeitervereines von Hard, Guntram Nagel, markige Klassenkampftöne anzuschlagen. Der „hochwürdige Agitator Nagel“⁷⁸ — so die sozialdemokratische Volks-Zeitung — verkündete während des Jennystreiks von 1907:

„Wenn die Herren Kapitalisten mit ihrem alten Gerümpel nicht konkurrenzfähig sind, dann sollen sie zugrunde gehen!“⁷⁹

Drei Wochen nach dem eben erwähnten Streik bei Jenny in Hard war der Funke auf das Werk Gisingen von F.M. Hämmerle überggesprungen. Am 2. Mai traten nach der Mittagspause sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand. Sie forderten den Zehnstudentag und eine Erhöhung der Löhne. Firmenchef Victor Hämmerle wurde telefonisch in Dornbirn von den Ereignissen in Kenntnis gesetzt und kam, so der Gisinger Lokalkorrespondent des Volksblattes,

„schon gegen halb 2 Uhr mit Automobil hier an. Die zehn Prozent Lohnaufbesserung wurden ihnen (den Arbeitern und Arbeiterinnen, Anm. d. Verf.) bei Ankunft des Herrn Chefs zugesagt, folglich wurde um 1/2 4 die Arbeit wieder aufgenommen.“⁸⁰

Von der Forderung der sofortigen Einführung des Zehnstudentages bat — wohlgemerkt bat — der Firmenchef Abstand zu nehmen, da konjunkturbedingt „größere Kontrakte“ abgeschlossen worden waren. Die Arbeiter und Arbeiterinnen ließen sich in dieser Frage auf den 1. Jänner 1908 vertrösten.

Diese kleine einspaltige Meldung mit zwölf Zeilen im Volksblatt demonstriert, wie radikal sich die Pole im Kräftefeld zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft in der Frage des Zehnstudentages innerhalb weniger Monate verschoben hatten. Während Victor Hämmerle seine Spinner und Spinnerinnen im Gütle wie bestellt und nicht abgeholt im Fabrikshof hatte stehen lassen können, raste er nach einem entsprechenden Anruf mit seinem Automobil in einer halben Stunde von Dornbirn nach Gisingen — die Ortschaft ist inzwischen in die Stadt Feldkirch eingemeindet — um die Arbeiter und Arbeiterinnen nur ja zu beschäftigen.

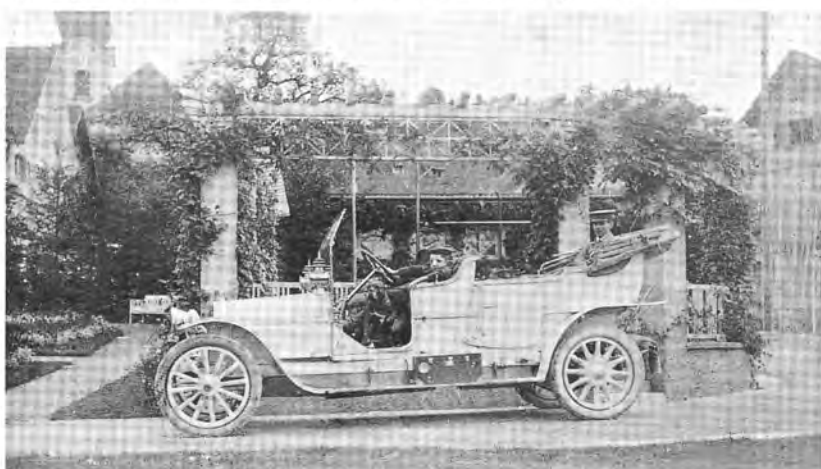
Nun ging es Schlag auf Schlag. Neun Tage nach dem Streik bei F.M. Hämmerle in Giesingen mußte sich die „manchesterliche Firma Ganahl bequemen“, sich mit ihren Feldkircher Arbeitern und Arbeiterinnen „an den grünen Tisch zu setzen“, ⁸¹ um eine umfangreiche Vereinbarung zu beschließen. Sie lautete:



*Victor Hämmerle zählte um 1900 zu den bedeutendsten
Unternehmerpersönlichkeiten Vorarlbergs.*



Die Spinnerei Gütle der Firma F.M. Hämmerle war 1906 Schauplatz eines erfolglosen spontanen Streiks der meist italienischen Arbeiterschaft (oben). Am 2. Mai 1907 traten die Arbeiter und Arbeiterinnen des Werkes Gisingen von F.M. Hämmerle zur Durchsetzung des Zehnstundentages in einen spontanen Streik. Da nunmehr höchste Gefahr in Verzug war, eilte Victor Hämmerle - zu allen Zugeständnissen bereit - mit seinem Auto nach Gisingen. Im Bild unten: Automobil von Victor Hämmerle mit dessen Chauffeur Franz Rittmayer (links) und Karl Herburger (rechts).



- „1. Es wird der Zehnstudentag sofort eingeführt und die Bezahlung um zehn Prozent des bisherigen Akkord- und Stundenlohnes erhöht.
2. Da die Firma Aufträge in größerem Umfange auszuführen hat, so verpflichten sich die Arbeiter, nach Bedarf eine Ueberstunde auf Verlangen der Firma (zu) leisten, welche einerseits nach dem erhöhten Akkordtarif, anderseits mit zehnprozentigem Zuschlag zum bisherigen Stundenlohn entlohnt werden soll.
3. Es wird der vierzehntägige Zahltag eingeführt und immer am Freitag nachmittags 4 Uhr den Arbeitern das Geld durch den Saalmeister ausgefolgt werden.
4. Die Kündigungsfrist wird auf vier Wochen festgesetzt und kann an dem auf jeden Zahltag folgenden Tage, somit zweimal monatlich, beim Saalmeister erfolgen.
5. Obige Vereinbarungen werden im friedlichen Geiste zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern getroffen und verpflichten sich beide Teile, binnen zwei Jahren von heute an keinerlei Aenderungen an denselben vorzunehmen, beziehungsweise keine neuerlichen, von obigen Bestimmungen abweichende Forderung zu stellen, auch soll niemand aus Anlaß seiner Haltung in dieser Bewegung, welche zu obigen Vereinbarungen geführt hat, verfolgt werden, weder von Seite der Unternehmer noch von Seite der Arbeitnehmer. Feldkirch am 11. Mai 1907“⁸²

Mit diesem Dokument, das für die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter Antonio Sperandio, er war Landesvertrauensmann der Italiener in Vorarlberg, und Rinaldo Bailoni für das italienische, der Fabriksarbeiter Leonhard Wiesenthaler für das deutsche und der Fabriksarbeiter Johann Böchle für das slawische Proletariat in der Ganahlschen Fabrik ausgehandelt hatten,⁸³ verfügen wir — so nicht alle Anzeichen trügen — über den ersten firmenumfassenden schriftlichen Kollektivvertrag in der Vorarlberger Textilindustrie. Aufgrund des organisierten Vorgehens der Arbeiter und Arbeiterinnen bei Ganahl in Feldkirch konnte ein umfangreicher Forderungskatalog mit entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen gegen spätere Maßregelungen durch die Unternehmer durchgebracht werden.

Drei Tage nach der Ganahlschen Belegschaft der Feldkircher Fabrik setzten auch die Arbeiter und Arbeiterinnen im Ganahlschen Werk in Frastanz ein Zeichen. Am 14. Mai 1907 — es war dies nebenbei bemerkt der erste Reichsratswahltag nach allgemeinem und gleichem Männerwahlrecht — traten sie geschlossen in einen „wilden“ Streik. Sie forderten den Zehnstundentag und eine 20prozentige Lohnerhöhung.

„Der Fabrikant, Herr Karl Ganahl, kam den Arbeitern diesmal sofort mit Bereitwilligkeit entgegen indem er eine 10%ige Lohnerhöhung gleich versprach, während der 10stündige Arbeitstag wenigstens in Aussicht gestellt wurde. Nach diesem Uebereinkommen konnten sich die Arbeiter ins Gasthaus Zum Stern begeben, allwo sie auf Kosten des Herrn Fabrikanten gut bewirtet wurden.“⁸⁴

Während das Zentralorgan der Vorarlberger Christlichsozialen das Ergebnis des Streikes sehr positiv beurteilte, war der Arbeitnehmerflügel der gleichen Partei eher skeptisch eingestellt. Man hätte in Frastanz weit mehr herausholen können:

„Bezüglich des Zehnstundentages erklärte die Firma Ganahl, denselben erst dann einzuführen, wenn derselbe gesetzlich festgesetzt sei. Wäre unsere hiesige Textilarbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert und hätte sie dann ihre Forderungen in richtiger zielbewußter Weise vorgebracht, hätte jedenfalls mehr erreicht werden können. Nun hoffentlich kommt's mit der Zeit auch noch dazu.“⁸⁵

Es kam allerdings nicht dazu. Weder der christlichsozialen noch der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gelang es, während der Monarchie in Frastanz in halbwegs relevantem Ausmaß Fuß zu fassen. Im Unterschied zu den Nachbarorten Feldkirch und Rankweil gab es in Frastanz bestenfalls punktuelle Berührungen zwischen den italienischen Arbeitsmigranten in der Ganahlschen Fabrik und den politischen Eliten der beiden Arbeiterbewegungen. Die Frastanzer Textilarbeiterschaft griff, wenn die Unterdrückung ein bestimmtes Maß überschritten hatte, zum Kampfmittel des spontanen Streikes, das ihr fallweise Erfolg brachte, in der Regel jedoch nicht. Unter der Spitzmarke „Frastanz — Wilder

Streik“ veröffentlichten die Sozialisten im Juni 1913 folgende Notiz, die die ganze Situation trefflich ausleuchtet:

„Frastanz — Wilder Streik. Wir sind es bald gewohnt, daß in der Textilfabrik Carl Ganahl von Zeit zu Zeit die Arbeiterschaft den Krempel hinwirft und nach ein paar Tagen die Arbeit wieder aufnimmt, wenn der Gewerbeinspektor und die Herren Ganahl den Arbeitern schöne Worte und billige Versprechen gegeben haben. Die Arbeiterschaft, in der Mehrzahl italienische und deutsche Arbeiterinnen, ist nicht organisiert; viele wollen von der Gewerkschaft absolut nichts wissen, aber streiken tun sie doch.“⁸⁶

Am 23. Mai 1907 war es auch in der Frastanzer Nachbargemeinde Nenzing so weit: Die 200 Personen zählende Arbeiterschaft der durch Jahrzehnte hindurch mit keinerlei Kampfmaßnahmen, Streiks oder Lohnbewegungen in Erscheinung getretenen Firma Getzner & Cie trat einen Nachmittag lang vollkommen ruhig und diszipliniert in den Ausstand. Die Arbeiter und Arbeiterinnen

„verlangten eine 20%ige Lohnerhöhung und 10stündige Arbeitszeit. 15 % wurden ihnen gewährt und der Zehnstantag am 1. Jänner 1908 in Aussicht gestellt, womit sich die Arbeiterschaft zufriedengab.“⁸⁷

Weniger ruhig verlief der Kampf um den Zehnstantag in der Rosenthalschen Baumwollspinnerei in Rankweil. Am 14. Juni 1907 traten etwa 100 Arbeiterinnen und einige Arbeiter in den Ausstand. Nach einer Stunde hatte sich die Zahl der Streikenden halbiert. Die Einheimischen waren zu den Spinnmaschinen zurückgekehrt. 50 Italienerinnen allerdings begaben sich in das sozialdemokratische Parteilokal im Gasthaus Zur Sonne, und zogen anschließend mit einer roten Fahne singend durch die Ortschaft.

„Nachts huldigten sie bei den Tönen einer Zugharmonika dem Tanze, und um 12 Uhr erst ging man unter einem donnernden Eviva auseinander.“⁸⁸

Am 15. Juli versammelten sich die streikenden Frauen neuerlich im örtlichen Parteilokal, in dem inzwischen Partei- und Gewerkschaftssekretär Eduard Ertl sowie der italienische Landesvertrauensmann Sperandio eingetroffen waren. Nach einer kurzen Debatte wurde der Gewerkschaftssekretär beauftragt, mit den Fabrikanten zu verhandeln.⁸⁹

Aufgrund des Druckes der Arbeiterschaft bewilligte die Geschäftsführung der Firma Rosenthal eine elfprozentige Lohnerhöhung sowie die Einführung des Zehnstundentages per 20. Juni 1907. Die relativ unvorbereitete sozialdemokratische Gewerkschaftsführung war auf den fahrenden Zug aufgesprungen und hatte Glück gehabt. Aufgrund des geringen Mitgliederstandes der regionalen Textilarbeitergewerkschaft wäre die Finanzierung eines längeren Streiks aus eigener Tasche undurchführbar gewesen. Eine maßgebliche Unterstützung der Wiener Zentrale ist — da man sich in Rankweil in keinster Weise an das verbindliche Streikregulativ gehalten hat — auszuschließen. Dem Bericht in der Volks-Zeitung merkt man die Erleichterung an:

„So hat dieser kühne Streik ohne jede organisatorische Vorbereitung sein Ende erreicht. Hoffentlich wird die Arbeiterschaft daraus jetzt die Notwendigkeit erkennen, daß man sich besser organisieren muß.“⁹⁰

Mitnichten. In den folgenden Monaten merkte die Gewerkschaftsführung sehr bald, daß der Streik vom Juli 1907 nur ein aus der Gunst der Stunde geborener Glücksfall gewesen war. In die Fabrik kehrte nach diesem einmaligen spontanen Aufbäumen, diesem Dampfablassen wieder absolute Ruhe ein. Die Unternehmer konnten gestärkt durch die 1909 einsetzende Rezessionsphase sämtliche Zugeständnisse ohne Gegenwehr wieder zurücknehmen. Ein Mitglied der Textilarbeitergewerkschaft im Rosenthalschen Unternehmen beschwerte sich 1911 auf das bitterste, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht mehr getrauen,

„ihr Recht zu vertreten, denn obwohl sie sonst eine Zunge führen wie ein altes Schlachtschwert, so knicken sie beim Anblick eines Oberen zusammen wie ein Taschenfeitel.“⁹¹

Im ersten Schreck ob der erfolgreichen Streikübernahme durch die Sozialdemokraten hatten die örtlichen Christlichsozialen im Juli 1907 allerdings festgestellt,

*„daß ein starker, kräftiger Arbeiterverein dahier eine unbedingte Notwendigkeit ist, ja, daß ein Arbeiterverein nicht genügt, sondern, daß auch die Arbeiterinnen organisiert werden müssen. Herunter mit der Schlafhaube.“*⁹²

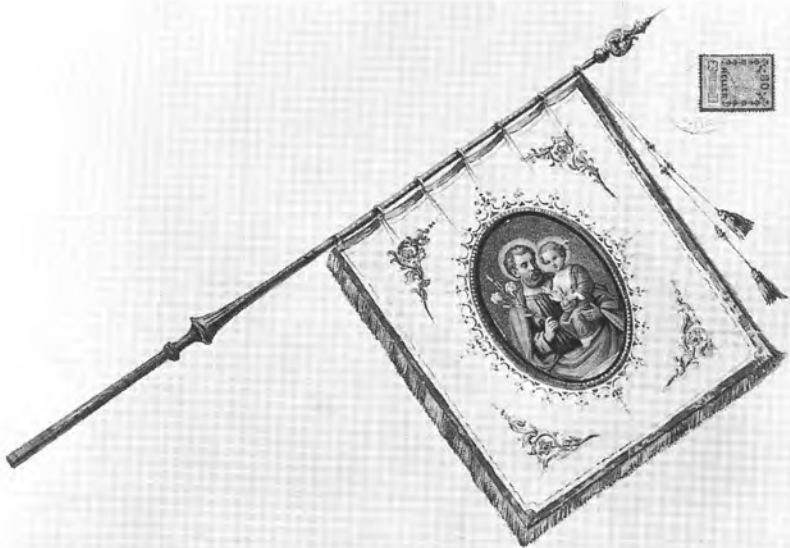
Bereits seit dem erfolgreich abgeschlossenen Kollektivvertrag bei Ganahl in Feldkirch war der Öffentlichkeit klar geworden, daß die Sozialdemokraten in der Frage der Durchsetzung des Zehnstundentages — trotz aller Improvisationen, wie beispielsweise in Rankweil — das Heft zusehends in die Hand bekamen, während die christliche Arbeiterbewegung ins Hintertreffen geriet.

Wie ganz allgemein die Sozialdemokratie 1907 ein Aufschwungsjahr erlebte. Mit großer Genugtuung hatte man parteiintern zur Kenntnis genommen, daß die bislang krisengeschüttelte SDAP bei den Reichsratswahlen von 1907 fast 2.000 Stimmen, das entsprach 8,1 Prozent, auf sich vereinen hatte können.⁹³

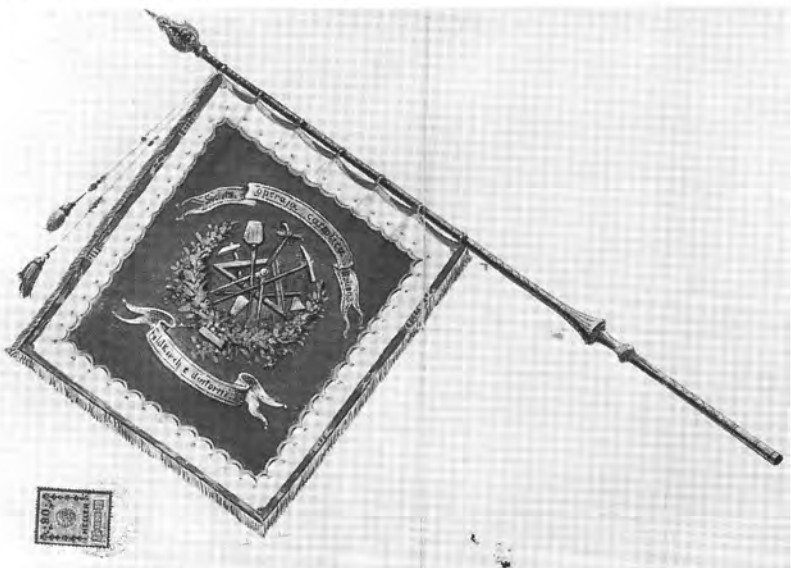
Nach einer Versammlungstour des einzigen weiblichen Mitglieds der zentralen Gewerkschaftskommission, Anna Boschek, gelang es erstmals auch in der Frauenagitation Fortschritte zu erzielen. Im Verlauf einer am 16. Juni im Dornbirner Mohrensaal abgehaltenen Versammlung wurde folgende Resolution mit „begeisterter Zustimmung“ angenommen:

*„Die Versammelten geloben sich, dafür zu sorgen, daß Frauen und Mädchen sich vereinigen, vereinigen in dem Sinne, daß auch in Dornbirn wie an anderen Orten und Städten eine Frauen- und Mädchenorganisation geschaffen wird.“*⁹⁴

Auch in der Frage der Italieneragitation ging es voran. Auf einer Vertrauensmännerkonferenz in Dornbirn wurde am 13. Oktober 1907 offiziell die Anstellung eines italienischen Sekretärs beschlossen. Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten sollte es allerdings noch bis März



Entwurf einer Vereinsfahne für die „Società operaja catholica italiana Feldkirch e dintorni“ (Gesellschaft der katholischen italienischen Arbeiter in Feldkirch und Umgebung), 1907.



1908 dauern, bis „il diavolo rosso“⁹⁵, der rote Teufel Domenico Gasperini sein Amt in Vorarlberg antrat.⁹⁶

Zwei große Bastionen hielten die „Arbeiterchristen“ allerdings noch: Hohenems und Bludenz. Hohenems war Standort der Firma Rosenthal, die über eine gut ausgebaute Rouleauxdruckerei, eine Handdruckerei, eine Türkischrot-Färberei sowie eine Bleiche und Appretur verfügte. 1907 waren im Hauptwerk in Hohenems 410 Personen beschäftigt.⁹⁷ In der ebenfalls in Hohenems situierten Weberei des Unternehmens bezogen rund 200 Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Lohn. Rosenthal, das in Rankweil und in Lichtenstein noch über weitere Fabriken verfügte, gehörte somit zu den größten Unternehmen der Textilbranche Vorarlbergs.⁹⁸

Während des Frühsommers 1907 war es einigen sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern gelungen, unter ihren Arbeitskollegen Sympathien für eine Lohnbewegung in Kombination mit einer Streikaktion zur Durchsetzung des Zehnstundentages zu gewinnen.

Die christlichsoziale Seite bekam von diesen Streikvorbereitungen Wind und setzte unverzüglich Gegenmaßnahmen in Kraft. Der frischgekürtete Reichsratsabgeordnete, Priester und Obmann des Vorarlberger Arbeiterbundes, Dr. Karl Drexel, richtete ein Schreiben an Rudolf Rosenthal, in dem er die sehr moderaten Forderungen — Drexel sah sich offenbar genötigt, weiter zu bremsen — der christlichen Arbeiterschaft auflistete. Daraufhin bat Rudolf Rosenthal den Obmann der christlichen Textilarbeitergewerkschaft, Johann Schwimmer, zu sich, um ihm seinen Standpunkt klarzumachen. Die Konklusio dieses Vieraugengesprächs ist im christlichsozialen Arbeiterblatt Nr. 16/1907 abgedruckt:

„Den 10-Stundentag könne er (Rosenthal, Anm. d. Verf.) infolge großer Aufträge derzeit nicht geben, die Bezahlung der 11. Stunde bedeute für ihn nur eine weitere Lohnerhöhung, da er ohnehin schon die größten Löhne in Oesterreich in der Druckerei bezahle; bezüglich der Überstunden erklärte er, er wolle die Ueberstunden zwar nicht mit 20 Prozent, sondern mit 15 Prozent d.h. 1/7 des Lohnes bezahlen.“⁹⁹

Die Sozialdemokraten, vor allem die italienischen, fühlten sich durch das Vorgehen Drexels, speziell aber durch das Vorgehen Schwimmers, dem Exekutor der Drexelschen Politik, verraten und verkauft und zogen in ihrer Presse dementsprechend vom Leder.¹⁰⁰ Schwimmer fühlte sich bemüßigt, verteidigend Stellung zu nehmen:

„Schon seit längerer Zeit garte es unter den Arbeitern der Firma Rosenthal im Schwefel in Hohenems. Hauptursache waren hauptsächlich die Hetzereien verschiedener unorganisierter Elemente, welche die Arbeiter sehr gerne in das Unglück, in den Streik geführt hätten.“¹⁰¹

Man kann sich die Freude bei den deutschen und italienischen Genossen vorstellen, als sich die Sozialdemokraten im Rosenthalschen Zweigwerk in Rankweil durchsetzten und die italienischen Weberinnen unter der roten Fahne singend und scherzend durch das Dorf zogen.

Sozialdemokraten und Christlichsoziale waren sich immer schon sehr unfreundlich gegenübergestanden. Während der Zehnstundentags-Kampagne schlug die Feindschaft jedoch in glühenden Haß um. Die Sozialdemokraten warfen den Christlichsozialen — speziell aber Dr. Karl Drexel — vor, „stets anstatt Einigkeit den Streit in die Arbeiterschaft (zu) pflanzen.“¹⁰²

„Haben die Sozialdemokraten irgendwo im Lande eine Aktion eingeleitet, um höhere Löhne oder sonstige Verbesserungen im Arbeitsverhältnisse durchzusetzen, flugs eilen die christlichsozialen Arbeitervertreter herbei. Um den christlichen Arbeitern zu helfen? O nein, um den Arbeitgebern Handlangerdienste zu leisten und die Arbeiterschaft zu spalten.“¹⁰³

Auf Angriffe wie diesen in der Volks-Zeitung antworteten die Christlichsozialen, die Sozialdemokraten würden nur „ein planloses Vorwärtstürmen“,“¹⁰⁴ aber kein politisches Handeln kennen. Das Arbeiterblatt verteidigte Dr. Karl Drexel, der wegen seiner guten Kontakte zur Industrie immer wieder angegriffen wurde:

„Industrie und Arbeiter haben auch gemeinschaftliche Interessen, und um auch diese zu fördern, darum steht Abg. Dr. Drexel auch mit den Industriellen im Verkehr.“¹⁰⁵

In „schwarzen“ Versammlungen schrie regelmäßig der sozialdemokratische Anhang den gegnerischen Referenten nieder, bei „roten“ Versammlungen spielte man das Szenario mit umgekehrtem Vorzeichen. Gegenseitige Beleidigungen und Verhöhnungen waren an der Tagesordnung. Die beiden feindlichen Parteiorgane, das Arbeiterblatt und die Volks-Zeitung, überboten sich nachgerade in der Verwendung von Begriffen und Sprüchen wie:

„schwarze Dreckseelen“, „ärgste rote Terroristen“, „Meineidige“, „Genosse Totschläger“, „Ellenbogen, der Jud geht um“, „Kapitalistensöldlinge“, „Hetzpaffen“, „Mord und Totschlag sind ihre Waffen“, „Unflatspritzen“, „Süßlerklerikale“, „Hohlköpfe“, „Volksverhetzer“, „aus dem Hinterhalte Gift spritzen“, „Schmierfinken“, „perfide Demagogen“, „Judenschutztruppe“, „klerikale Terroristen“, „Lügenschüppel“, „Kinderschänder“, „klerikale Preßköter“ etc. etc.“¹⁰⁶

In dieser aufgeheizten politischen Stimmung galt es für die Christlich-sozialen, die zweite große Bastion, die Fabriken von Getzner, Mutter & Cie in Bludenz und Bürs zu verteidigen.

Bereits am 14. Juni 1907 hielt der sozialdemokratische Arbeitersekretär Eduard Ertl in Bludenz eine öffentliche Textilarbeiterversammlung ab, wobei er

„eine Lohnerhöhung durch anzudrohenden Streik anstrebte... Als es aber zur Abstimmung kommen sollte, sah sich das 1 1/2 Dutzend sozialistischer Arbeiter bedeutend in der Minderheit: Es kam natürlich nicht zur Entscheidung, sondern Ertl zog sich mit seinem Häufchen ins Stammlokal im Gasthaus Zum Rößle zurück und beriet dort, was unter den obwaltenden Umständen zu tun sei. Der Vorstoß ist vorderhand gründlich mißlungen.“¹⁰⁷

Allerdings nur vorerst. Wie alle anderen im Vorarlberger Industriellenverband vereinigten Textilunternehmer hatte auch die Firma Getzner,

Mutter & Cie am 14. Mai 1907 zugesagt, per 1. Jänner 1908 die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden zu reduzieren.¹⁰⁸ Nachdem der Höhepunkt der Streikwelle zur Er kämpfung des Zehnstantages bereits überschritten war, die lokale Sozialdemokratie über wenig Einfluß verfügte und man sich vor Kampfmaßnahmen der „Arbeiterchristen“ offenbar wenig fürchtete, brachen die Unternehmer das gegebene Versprechen und ließen am 31. Dezember 1907 entsprechende Anschläge an den schwarzen Brettern der verschiedenen Fabriksanlagen affichieren. Daraufhin traten die erbosten Arbeiterinnen und Arbeiter der Bleiche spontan in den Streik. Von dort breitete sich der Ausstand wie ein Lauffeuer auch auf die anderen Getznerschen Betriebe aus.

„Nachmittags gab es nun Verhandlungen der Firma mit den Arbeiterdeputationen der Betriebe Bleiche und Klarenbrunn, nachdem die Firma es abgelehnt, mit den Sekretären Eder und Ertl zu verhandeln. Die Klarenbrunner Deputation erreichte die Zusage, daß der Zehnstantag sofort eingeführt werde, und zwar mit einer 10%igen Lohnerhöhung; es sei jedoch der Wunsch der Firma, daß bis 1. April noch 11 Stunden gearbeitet werde gegen separate Vergütung für diese Stunde. In der Bleiche wurden die Forderungen der Arbeiter vollinhaltlich abgelehnt. Dies steigerte die Erregung der Arbeiterschaft und wurde in zwei Versammlungen im Vereinshause¹⁰⁹ und im Arlbergerhof trotz Abratens seitens der maßgebenden Faktoren von der großen Masse der unorganisierten Arbeiterschaft beschlossen, außer der sofortigen Einführung des Zehnstantages auch auf eine 20%ige Lohnerhöhung zu bestehen.“¹¹⁰

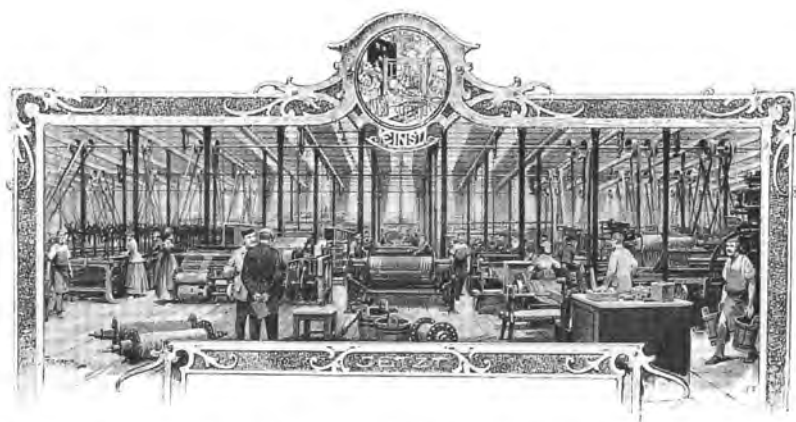
Mit den vom Arbeiterblatt erwähnten „maßgeblichen Faktoren“ ist der christliche Arbeitersekretär Eder sowie dessen Einfluß auf die christlich-soziale Anhängerschaft im Raum Bludenz gemeint. Eder hielt die Forderung nach einer zwanzigprozentigen Lohnerhöhung für realitätsfern, oder mußte sie aus politischer Opportunität zumindest als realitätsfern darstellen.

In der Folge kam es zu einem taktischen Bündnis zwischen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung und dem Großteil der unorganisiert Streikenden — ein Bündnis zwischen dem zweiten und dritten Kräftepol. Bei den am 1. Jänner 1908 weitergeführten Verhand-

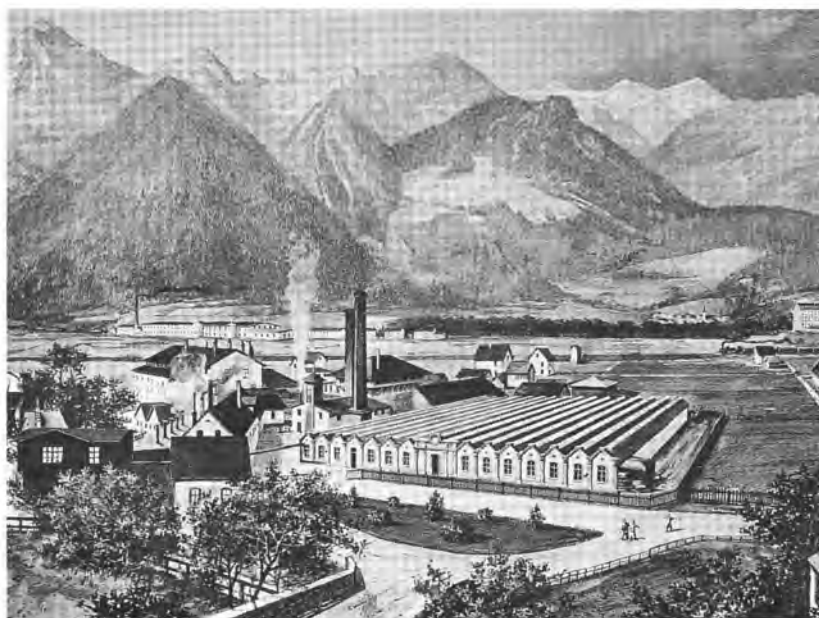
lungen konnte die Abordnung der Arbeiter und Arbeiterinnen auch für die Fabrik Lünensee den Zehnstudentag erkämpfen. Hinsichtlich einer Lohnerhöhung um 20 Prozent stellten sich die Unternehmer „vollständig taub“.¹¹¹ Die Abwiegelungstaktik der Christlichsozialen, die in Bludenz immerhin 240 organisierte Textilarbeiter und -arbeiterinnen zu ihrem Anhang zählen konnten, zeigte Wirkung. Der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Eduard Ertl, der auf Druck der Streikenden endlich doch zu den Verhandlungen zugelassen wurde, mußte versuchen, einen tragfähigen Kompromiß zu erlangen, der dann nach zähen Verhandlungen und der Mithilfe von Oberkommissär von Ottenthal am 2. Jänner auch zustande kam. Ab dem 2. Jänner 1908 galt in allen Getznerschen Fabriken der Zehnstudentag bei vollem Lohnausgleich. Die Arbeiter und Arbeiterinnen erklärten sich im Gegenzug bereit, noch drei Monate täglich eine Überstunde gegen entsprechende Vergütung abzuleisten.¹¹²

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung ging aus dieser Klassenauseinandersetzung letztlich gestärkt hervor. Sie hielt dem Widerspruch zwischen der immer stärker werdenden Radikalisierung der bislang indifferenten italienischen Arbeitsmigranten auf der einen Seite sowie der bremsenden Haltung der über einen beträchtlichen Anhang verfügenden Christlichsozialen auf der anderen Seite stand. Die Christlichsozialen gingen als Verlierer nach Punkten aus diesem „erregten Kampf“¹¹³ hervor. Dies läßt sich schon an der Tatsache ablesen, daß der „schwarze Sekretär“ bei den Verhandlungen nicht zugelassen war. In der Folge fühlte sich auch das christlichsoziale Volksblatt bemüßigt, die italienischen Migranten in ein schiefes Licht zu rücken:

„Wie bekannt ist, haben die Arbeiter der Fabriken in Bludenz und Bürs kürzlich um den Neujahrstag herum Streik gemacht, um damit die Arbeitszeit täglich von 11 auf 10 Stunden abzukürzen und den Lohn zu erhöhen. Dabei gab es Zusammenrottungen, Aufzüge und Versammlungen und das versteht sich, auch Reden. Ueberall war das wälsche Element voran und imponierte durch seine Stärke und Zahl. Ein wälsches Weib namens Spagolla soll durch zwei volle Stunden feurig gesprochen haben.“¹¹⁴



Einer der bedeutendsten Streiks zur Durchsetzung des Zehnstundentages wurde zum Jahreswechsel 1907/08 in den Fabriken von Getzner, Mutter & Cie. durchgeführt. Blick in den Websaal des Werkes Bleiche, um 1895 (oben); Ansicht des Werkes Bleiche (unten), im Hintergrund links: die Getznersche Spinnerei Klarenbrunn, rechts hinten die Fabrik Lünensee.



Der Artikelschreiber hielt es für erwiesen,

„daß die Verwälschung der Stadt Bludenz riesige Fortschritte macht und diese Südländer ihrer Menge und Stärke sich bewußt sind, und weiters, daß der Großteil derselben der sozialdemokratischen Partei anhängt oder gar schon verschrieben ist. Gewiß kein kleines Unglück für unsere liebe Heimatstadt Bludenz.“¹¹⁵

Die weitere Entwicklung hingegen zeigte, daß die Beschreibung der politischen Situation hinsichtlich einer Radikalisierung der Italiener bei weitem übertrieben dargestellt wurde.

Andererseits konnte der „Sündenfall“ der Italiener, die Zusammenrottungen und Demonstrationen, nicht mehr rückgängig gemacht werden. Es stand nun klar vor Augen, daß die Italiener und Italienerinnen — die vielfach in von Ordensschwestern geleiteten Mädchenheimen kaserniert waren — ihre politische Unschuld verloren hatten.

Aufgrund der Erregung rund um den Getznerstreik nahm die zeitgenössische Vorarlberger Öffentlichkeit ein bedeutendes Ereignis kaum zur Kenntnis.

Mit einer bloßen Streikandrohung der Kennelbacher italienischen Arbeiterschaft vom Silvestertag 1907 konnte der Zehnstundentag bei Jenny & Schindler, einem der bedeutendsten Textilunternehmen Vorarlbergs, ohne weitere Umstände durchgesetzt werden. Damit war die große, weitgehend autonom entstandene Zehnstundentagbewegung zu ihrem Ende gelangt.¹¹⁶

Während die Sozialdemokratie im Zuge des Zehnstundenkampfes bei der Textilarbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade reüssieren konnte, blieben sämtliche Versuche, bei den Stickern und Stickerinnen etwas an Boden gutzumachen, vollkommen erfolglos. Die Sozialisten mußten in dieser Frage das Terrain zur Gänze den Christlichsozialen überlassen.

Mit landesweit durchschnittlich 15.000 Beschäftigten — wobei diese Zahl je nach Konjunktur heftig in die Höhe schnellen konnte — umfaßte die Stickereibranche die mit Abstand größte hausindustrielle Berufsgruppe Vorarlbergs. Wollten sich die Sozialdemokraten mittel- und langfristig zu einem relevanten politischen Faktor entwickeln, schien

es unerlässlich, einen entsprechenden Teil dieser Berufsgruppe sozialdemokratisch zu organisieren.

Da man trotz massiver Hilfe durch die Wiener Zentralen von Partei und Gewerkschaft aus eigener Kraft in der Stickerfrage auf keinen grünen Zweig kam, griff der Schweizer Textilarbeiterverband der schwachen Bruderorganisation in Vorarlberg unter die Arme. Ab 1911 stellten die Eidgenossen — ein überaus seltener, wenn nicht einmaliger Vorgang in der Geschichte der Arbeiterbewegung — einen bezahlten Teilzeit-Sekretär im Umfang von jeweils zwei Wochen im Monat zur Verfügung. Die Ursache für diesen Entschluß liegt in der fortgesetzten „Schmutzkonkurrenz“ — so der zeitgenössische Terminus — der Vorarlberger hausindustriellen Sticker, die „zu allen Schundpreisen Arbeit übernahmen“.¹¹⁷ Konkreter Anlaß war ein monatelanger Arbeitskampf in der Stickfabrik A.B. Heine in Arbon, der für die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen verloren ging, weil ihnen die Vorarlberger Lohnsticker in den Rücken fielen und „Tag und Nacht ihre Maschinen laufen“¹¹⁸ ließen. Dieser Arbeitskampf zeigte deutlich auf, daß ohne länderübergreifende Koordinierung der erfolgreiche Aufbau einer Schweizer Stickergewerkschaft so gut wie unmöglich war.¹¹⁹

Somit trat am 1. November 1911 der Schweizer Textilarbeiterfunktionär Konrad Hungerbühler seinen Dienst in Vorarlberg an. Hungerbühler erkannte jedoch bald, daß er die Dominanz der vielfach von engagierten Priestern geleiteten christlichsozialen Arbeitnehmerorganisationen kaum brechen werde können. In einem seiner Tätigkeitsberichte schrieb er sich die Frustration über das Mißlingen seiner Arbeit von der Seele:

„In Vorarlberg haben die organisierten Genossen sehr mit dem Unverstand der Einheimischen als auch mit der Verhetzung derselben durch die Pfaffen und die Christlichsoziale Partei zu kämpfen. Geradezu auffallend ist es, daß gebürtige Vorarlberger, welche im Ausland, zum Beispiel in der Schweiz, der Organisation angehörten, sogar an der Spitze von Gewerkschaften standen, nach ihrer Rückkehr ins Vorarlberger Ländle der Organisation nicht mehr beitreten: So sehr fürchten die Leute die Pfaffen!“¹²⁰

Dem frustrierten Hungerbühler folgte am 1. März 1913 Gewerkschaftssekretär Jean Schurrenberger nach. Auch ihm gelang es nicht, die sozialdemokratische Vorarlberger Stickerorganisation zu einem halbwegs relevanten Faktor in der politischen Landschaft der Region zu machen. Nachdem Schurrenberger 1917 zahlreiche Verhöre durch die österreichische Geheimpolizei wegen eines vagen Spionageverdachtes über sich hatte ergehen lassen müssen, kehrte auch er gedemütigt und verärgert Vorarlberg den Rücken.¹²¹ Bis zu seinem frühen und überraschenden Tod 1918 übernahm dann die „Seele der Bewegung“, Hermann Leibfried, ehrenamtlich den Posten eines Textilarbeiter- und Stickersekretärs.

Da auch die Christlichsozialen um die Schwierigkeiten in der Organisierung der Sticker Bescheid wußten, erklärten sie ihren am 1. Jänner 1907 konstituierten Stickerbund als politisch strikt neutral. Es galt jedoch als offenes Geheimnis, daß der Bund eine Gliederung der christlichsozialen Arbeitnehmerorganisationen bildete. In einem vertraulichen Gutachten der Feldkircher Handelskammer konnte sich der Verfasser der vom Gründer und Mentor Dr. Karl Drexel im Landtag vehement vertretenen Auffassung, der Bund sei eine politisch neutrale Organisation, nicht anschließen. Im Gegenteil:



Dr. Karl Drexel, der Mentor der christlichsozialen Arbeiterbewegung Vorarlbergs, in der Uniform eines Militärgeistlichen des Ersten Weltkrieges.

„Demgegenüber sei betont, daß die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner des Stickerbundes engagierte christlichsoziale Parteigenossen sind und daß Angehörige anderer Parteien, wie übereinstimmend versichert wird, in den Bund nicht aufgenommen werden.“¹²²

Die Anpassung an die Bedürfnisse der „Creme der industriellen Bevölkerung“¹²³, wie sich die Sticker selbst bezeichneten, tat ihre Wirkung: Man konnte gegen geringes Entgelt die beachtlichen Vorteile der Organisation wie Auskünfte über jeweils geltende Arbeitslöhne, Garnpreise etc., Rechtsschutz in Streitfällen, Buchführungskurse und dergleichen mehr in Anspruch nehmen, ohne unbedingt in den Geruch eines gewerkschaftlich-politisch Organisierten zu gelangen.

Der Bund nahm während der Stickerei-Hochkonjunktur des Jahres 1907 einen kaum erwarteten Aufschwung. Schon ein halbes Jahr nach Gründung war er auf 23 Ortsgruppen mit über 1.000 Mitgliedern angewachsen.¹²⁴ Die größten Ortsgruppen waren zu diesem Zeitpunkt Lustenau mit 141, Hohenems I mit 135 und Hohenems II mit 31, Wolfurt mit 113, Götzis mit 67, Höchst mit 65 sowie Altach mit 55 Mitgliedern. Alle anderen Lokalorganisationen verfügten über weniger als 50 Mitglieder.¹²⁵

Der Stickerbund wurde lediglich der Vollständigkeit halber in diese Abhandlung aufgenommen. Auch in einem weit ausgelegten Sinn stellte er nämlich gar keine Gewerkschaft — zumindest keine klassischen Zuschnitts — dar. Der Stickerbund läßt sich etwas verkürzt als eine Art Serviceorganisation definieren, in der sich vorwiegend hausindustrielle, selbständige Kleinstunternehmer gegen die Bevormundung und Ausbeutung von Stückmeistern — in der Vorarlberger Stickereibranche Fergger genannt — mit wechselhaftem Erfolg zur Wehr setzten.

Bleibt zum Schluß die Frage, was vom Ausgangspunkt der Politisierung des Vorarlberger Textilproletariats, dem Kampf um den Zehnstudentag geblieben ist. Es wurde bereits erwähnt, daß die Unternehmerschaft in der Rezessionsphase von 1912/1913 die 1907 erkämpften Errungenschaften vielfach zurücknehmen konnte.

Dennoch sollte die Zehnstudentag-Bewegung in ihrer Bedeutung für die Entwicklung eines, wenn an manchen Orten auch nur rudimentären, Klassenbewußtseins nicht unterschätzt werden. Die Ar-

beiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie standen — und dies galt für alle Regionen Österreichs — in einem geradezu sprichwörtlich distanzierten Verhältnis zu den Gewerkschaften, und ganz besonders zur Freien Gewerkschaft.

Der Wiener Textilarbeiterfunktionär Ernst Hübel bemerkte dazu im Kampf, dem theoretischen Organ der Sozialdemokratie:

*„Die Textilarbeiter waren immer ein schwer zu organisierendes Element. Hindernd wirkt, daß die Textilarbeiter eine fast durchwegs ungelernete Arbeiterschaft sind und sich die wenigen Handgriffe zur Bedienung der Maschinen in der Regel sehr bald aneignen, was sie leicht ersetzbar macht. Dazu kommen noch die mehr als 50 Prozent der gesamten Arbeiterschaft zählenden Frauen und Kinder, die von vornherein schwieriger zu organisieren, zum Teil ganz unorganisierbar sind.“*¹²⁶

In Vorarlberg muß bezüglich des klassischen Textilproletariats noch eine weitere Unterscheidung in italienische Migrantenschaft und hiesige Bevölkerung vorgenommen werden. Für letztere bildete die Baumwollindustrie, wie bereits erwähnt, vielfach nur einen Einkommenssektor in einem gemischtökonomischen System — ein für die Sozialdemokratie höchst unfruchtbarer Boden.

Untersucht man die italienische Arbeitsmigration, so stellt man fest, daß viele der meist sehr jungen „Wälschen“ — so ihr Spitzname — lediglich mit der Perspektive nach Vorarlberg gekommen waren, in absehbarer Zeit wiederum in die Heimat zurückzukehren.¹²⁷ Es ist verständlich, daß unter solchen Vorzeichen die Sozialdemokratie der vielfach weiblich dominierten italienischen Textilarbeiterschaft weder eine aktuelle Kampfes- noch eine längerfristige Lebensperspektive bieten konnte. Die Vorstellung, nach einer gewissen Zeit der Ausbeutung — bis man etwa die Aussteuer zusammengespart hatte — wieder ins Trentino heimzukehren und eine Familie zu gründen, stellte sich subjektiv in jedem Fall als weit realere Utopie dar, als jene eines Klassenzusammenschlusses zur Er kämpfung besserer Lebensbedingungen.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß die jungen Arbeiterinnen gleichsam in ideologischer Quarantäne gehalten wurden. Sie waren oft

in Mädchenheimen kaserniert und standen unter der Obhut von Barmherzigen Schwestern. Selbst das strikt antiklerikale Haus F.M. Hämmerle bediente sich dieser Methode.¹²⁸

Für die Vorarlberger Wacht war der Sinn des Ganzen klar:

„Die unterschiedlichsten Mädchenheime sind entweder halbe Zuchthäuser oder Klöster, die dem Fabrikanten das Arbeitsmaterial willig und billig erhalten müssen.“¹²⁹

Als weiterer Aspekt kommt hinzu, daß die christliche Arbeiterbewegung um die Jahrhundertwende mit einer neuen Generation von weltaufergeschlossenen, modernen Priestern den politischen Schauplatz betrat.

Taktik und Strategie der „Schwarzen Moderne“ liefen darauf hinaus, die aufkeimenden sozialen Bewegungen möglichst frühzeitig in das eigene politische Lager zu integrieren und in einer Art frühen Sozialpartnerschaft entstandenes Konfliktpotential mit den Unternehmern am grünen Tisch zu entschärfen. Diese Strategie fand dort ihr Ende, wo der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital derart angewachsen war, daß er von der Arbeiterschaft nur mehr mit Kampfmaßnahmen wie Lohnbewegungen und Streiks beantwortet werden konnte. Dafür gab es günstige bis extrem schlechte Zeitpunkte, die mit der wirtschaftlichen Konjunktur korrespondierten.

So gesehen bildete das Jahr 1907 den einzig denkbaren Zeitpunkt in der Monarchie, an dem eine Zehnstundentag-Bewegung — wie inhomogen und von subjektiven Faktoren abhängig auch immer — entstehen konnte. Bis zur Jahrhundertwende fehlten sämtliche gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, ab 1910 verfiel die Wirtschaft in eine tiefe konjunkturelle Depression, die bruchlos in den Ersten Weltkrieg einmündete.

Man kann den Zehnstundentag-Kampf, und dies gilt nunmehr vorrangig für die Sozialisten, als Vorboten des politischen Aufschwungs nach 1918 sehen. Der Kampf von 1907 war für die Sozialdemokratie gewissermaßen ein erstes Nährbeet, dessen Saat erst nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs aufging.

Auch an diesem Beispiel wird deutlich, daß gesellschaftliche Veränderungen nicht als kontinuierlicher Prozeß vorstellbar sind. Die Verän-

derungen kommen in Schüben. Einmal gemachte Erfahrungen gehen dabei nicht verloren, auch wenn sie über gewisse Zeitspannen in ihrer manifesten Form an keiner Oberfläche erscheinen. Sie werden in einem kollektiven Gedächtnis gespeichert.

Somit scheint mir ein direkter Zusammenhang zwischen den „Zusammenrottungen“ vom 1. und 2. Jänner 1908 rund um die Getznerschen Fabriken und dem Aufblühen der Bludener Sozialdemokratie nach 1918 gegeben. Auch wenn dazwischen eine Phase der tiefen Stagnation durchlaufen werden mußte.

Anhang

1. Organisationsprofil der Ortsgruppen der christlichsozialen Textilarbeitergewerkschaft Vorarlbergs in der Monarchie¹³⁰

	Grün- dungs- jahr	Mitglieder- höchststand (Monarchie)	Obmann/ ¹³¹ Obfrau	Vereinslokal
Bludenz	1906	237 (1908)	Candotti Luigi	Kath. Vereinshaus
Hohenems	1906	143 (1908)	Schwimmer Joh.	Engelburg
Hard	1906	93 (1908)	König Karl	Sonne
Dornbirn	1907	65 (1908)	Wachter Meinrad	Arbeiterheim
Kennelb.	1908	91 (1910)	Vogel Heinrich	Schützen
Bürs	1909	63 (1910)	Witwer Mathias	Rosenegg
Thüringen	1910	35 (1910)	-	-
Frastanz	1910	51 (1910)	Turtscher Anna	-

2. Organisationsprofil der Ortsgruppen der sozialdemokratischen Textilarbeitergewerkschaft Vorarlbergs in der Monarchie¹³²

	Grün- dungs- jahr	Mitglieder- höchststand (Monarchie)	Obmann	Lokal
Dornbirn	1895	173 (1907)	Heinzle Joh. Jak.	Hirschen
Lustenau	1905	19 (1905)	-	Adler
Bregenz	1908 ¹³³	49 (1908)	John Gottlieb	-
Hard	1908 ¹³⁴	42 (1910)	Blum Josef	Linde
Bludenz	1908	53 (1908)	-	-
Feldkirch	1908	14 (1908)	Ihanc Anton	Rose (Levis)
Götzis	1910	2 (1912) ¹³⁵	-	-
Nenzing	1910	8 (1910)	-	-
Höchst	1910 ¹³⁶	26 (1910)	Schneider Albert	-
Hohenems	1912 ¹³⁷	6 (1912)	Lederle Gebhard	Drei Könige

3. Mitgliederbewegung der sozialdemokratischen (SD) und christlichsozialen (CS) Textilarbeitergewerkschaften in den Jahren 1905 bis 1912 im Vergleich¹³⁸

	1905		1906		1907		1908	
	SD	CS	SD	CS	SD	CS	SD	CS
Dornbirn	30	0	62	0	173	49	98	65
Lustenau	5	0	5	0	0	0	19	0
Bregenz	0	0	0	0	0	0	49	0
Bludenz	0	0	0	146	0	241	53	237
Hohenems	0	0	0	86	0	133	0	143
Hard	0	0	0	31	0	92	23	93
Feldkirch	0	0	0	0	0	0	14	0
Kennelbach	0	0	0	0	0	0	0	23
Summen	35	0	67	263	173	515	256	561

	1909		1910		1911		1912	
	SD	CS	SD	CS	SD	CS	SD	CS
Dornbirn	110	52	101	57	88	58	62	45
Lustenau	12	0	13	0	8	0	7	0
Bregenz	24	0	12	0	5	0	0	0
Bludenz	10	192	0	169	0	128	0	69
Hohenems	0	64	0	71	0	76	6	45
Hard	7	79	42	89	21	71	19	57
Kennelbach	0	68	0	91	0	75	0	39
Götzis	0	0	2	0	2	0	2	0
Nenzing	0	0	8	0	3	0	3	0
Bürs	0	58	0	63	0	62	0	0
Thüringen	0	0	0	35	0	35	0	1
Frastanz	0	0	0	51	0	40	0	9
Summen	163	513	178	625	127	545	99	265

4. Das Kräfteverhältnis von sozialdemokratischer (SD) und christlichsozialer (CS) Textilarbeitergewerkschaft während der Jahre ihrer höchsten Entwicklung in der Monarchie (1906-1912)

	Organisierte			Anteil in Prozent	
	SD	CS	Summe	SD	CS
1906	67	263	330	20	80
1907	173	515	688	25	75
1908	256	561	817	31	69
1909	163	513	676	24	76
1910	178	625	803	22	78
1911	127	545	672	19	81
1912	99	265	364	27	73

5. Die sozialdemokratische Schneidergewerkschaft¹³⁹

	Gründung	Mitglieder				Obmann	Lokal
		1895	1905	1907	1912		
Dornbirn	1893	42	13	21	-	Rauter Josef	Hirschen
Bludenz	1904	-	13	-	-	Weis Franz	Röble
Feldkirch	1904	-	25	-	-	Weiglein Wilhelm	Rose
Bregenz	1905	-	20	21	8	Gattermayer Joh.	Münch.Hof
Lustenau	1907 ¹⁴⁰	-	8	-	19	Tiefenthaler Joh.	Montfort

6. Die christlichsoziale Schneidergewerkschaft

Der Verband christlicher Schneider Österreichs verfügte in Vorarlberg lediglich über eine 1908 gegründete Zahlstelle in Bregenz. Für die Gründung einer eigenen Ortsgruppe fehlte es an personeller Substanz. Obmänner der Zahlstelle waren Josef Wondratsch und der Obmann des christlichen Gewerkschaftskartells von Bregenz, Josef Veider.¹⁴¹

7. Die sozialdemokratische Schuhmacher- und Lederarbeiter-gewerkschaft¹⁴²

	Gründung	Mitglieder			Obmann	Lokal
		1895	1900	1905		
Bregenz	1888	21	18	23	Wagner Joh.Bapt.	Münchn. Hof
Dornbirn	1893	21	11	14	Lorenz Thomas	Hirschen

8. Die christlichsoziale Schuhmacher- und Lederarbeiter-gewerkschaft

Gleich den Schneidern verfügte die Schuhmachergewerkschaft nur in Bregenz über eine Organisation, die wahrscheinlich 1909 gegründet wurde. Obmann war August Burghart, das Vereinslokal befand sich im Gasthaus Zur Rose. Die Gewerkschaftssekktion kam kaum über ein halbes Dutzend Mitglieder hinaus und war dementsprechend unbedeutend.¹⁴³

9. Funktionärsliste der sozialdemokratischen und christlichsozialen Gewerkschaften in der Monarchie (Textilarbeiter, Schuhmacher, Schneider)

Es scheint zunächst nützlich, einige heute nicht mehr allgemein verständliche Begriffe in der Bedeutung der Zeit zu erklären.

Die Sozialdemokratische Partei konnte in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts nur in Form von sogenannten Arbeiterbildungsvereinen existieren. Diese Vereine gaben offiziell vor — und der Staat konnte dagegen auch keine Einwände erheben — die Arbeiter zu schulen, ihnen Bildung beizubringen, sie ganz allgemein auf ein kulturell höheres Niveau zu heben. Das taten diese Vereine auch, ihre wichtigste Aufgabe war jedoch, eine politisch-weltanschauliche Plattform zu errichten, von der aus nach den Prinzipien des sozialdemokratischen Parteiprogramms in die praktische Politik eingegriffen wurde. Die Arbeiterbildungsvereine können somit mit sozialdemokratischen Ortsparteigruppen von heute gleichgesetzt werden, deren Obmänner mit Ortsparteivorsitzenden.

Der Politische Verein für Vorarlberg — gegründet 1893 — war die erste landesweite Dachorganisation der Vorarlberger Sozialdemokraten. Der Ver-

ein stellt somit eine Art Vorläuferorganisation der 1899 erstmals konstituierten sozialdemokratischen Landesparteiorganisation dar.

Der Vorarlberger Arbeiterbund war die Dachorganisation aller Vorarlberger christlichsozialen Arbeitnehmerorganisationen.¹⁴⁴

Aberer Josef, Hohenems, Textilarbeiter; Funktionär der Hohenemser Ortsgruppe des Verbandes christlicher Textilarbeiter.

Baum Rudolf, Feldkirch, Schneidergeselle; Obmann der Ortsgruppe Feldkirch der sozialdemokratischen Schneidergewerkschaft (1906-1914), Mitglied des Präsidiums der VI. internationalen Schneiderkonferenz der Bodensee-Uferstaaten (1907).

Blum Josef, Hard, Schifflesticker; Funktionär der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Hard (Stickerorganisation), u.a. Obmann (1910).

Bösch Anton, Lustenau, Handmaschinensticker; Obmann der Landesleitung des Vorarlberger Stickerbundes sowie Stickerbund-Obmann von Lustenau.

Butzerin Jakob, Bregenz, Priester und Redakteur des Vorarlberger Volksblattes; Mentor der christlichsozialen Arbeiterbewegung in Bregenz und Rieden-Vorkloster, u.a. Gründer und Präses des Katholischen Arbeitervereins von Rieden-Vorkloster.

Candotti Luigi, Bludenz, Textilarbeiter; Obmann der Ortsgruppe Bludenz des christlichen Textilarbeiterverbandes.

Casagrande Adelina, Hard, Textilarbeiterin; Funktionärin der Ortsgruppe Hard des Verbandes christlicher Textilarbeiter.

Cerkl Josef, Dornbirn, Schneidermeister; Funktionär der sozialdemokratischen Schneidergewerkschaft — Ortsgruppe Dornbirn, Obmann des Sozialdemokratischen Wählervereines für Vorarlberg, Mitglied der Landesparteivertretung (1917).

Costa Giuseppe, Hard, Textilarbeiter; leitender italienischer Funktionär der Ortsgruppe Hard des Verbandes christlicher Textilarbeiter.

Dalmonego Vinzent (auch in der Schreibweise Dall Monego bekannt), Hohenems, Textilarbeiter (später Fabriksportier); sozialdemokratischer italienischer Vertrauensmann der Hohenemser Textilarbeiter und -arbeiterinnen (um 1903).

Dämon Johann, Dornbirn, Textilarbeiter; Funktionär der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Dornbirn, u.a. Obmannstellvertreter (1911).

Drescig Johann, Dornbirn, Handmaschinensticker, später Straßenbahn-Kontrollleur; wichtiger Funktionär der sozialdemokratischen Textilarbeitergewerkschaft — Ortsgruppe Dornbirn, u.a. Obmann (1895).

- Drexel Karl Dr., Dornbirn, Priester; Mentor der christlichen Arbeiterbewegung Vorarlbergs, u.a. Gründer und erster Präses des Katholischen Arbeitervereins von Hohenems, Präses des Christlichen Arbeitervereins von Dornbirn, Gründer des Vorarlberger Arbeiterbundes (1904), Reichsratsabgeordneter (1907-1911), Mitglied des Bundesrates (1920-1923), Nationalrat (1923-1931).
- Eder Ferdinand, Dornbirn; Sekretär des christlichsozialen Vorarlberger Arbeiterbundes.
- Fenkart Bernhard, Hohenems, Schifflesticker; Obmann der Ortsgruppe Hohenems des Vorarlberger Stickerbundes.
- Fölk Franz, Bregenz, Textilarbeiter; Funktionär der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Bregenz, Obmann (1908).
- Gamper Meinrad, Bludenz, Ordenspriester (Kloster Maria Heimsuchung in Bludenz); Funktionär und Versammlungsredner des Verbandes christlicher Textilarbeiter.
- Gattermayr Johann, Bregenz, Schneidermeister; führender Funktionär der Bregenzer SDAP sowie des Bezirksverbandes, Obmann der lokalen Schneidergewerkschaft, leitendes Mitglied der sozialdemokratischen Radfahrerorganisation, Gemeindeausschuß der Stadt Bregenz.
- Gehrer Ulrich, Höchst, Sticker; Mitglied der Bundesleitung des Vorarlberger Stickerbundes.
- Geser Jakob, Dornbirn, Textilarbeiter (Weber); Obmann der Ortsgruppe Dornbirn des Verbandes christlicher Textilarbeiter (1908).
- Gisinger Hermann, Altach, Schifflesticker; Funktionär der Landesleitung des Vorarlberger Stickerbundes.
- Grotz Xaver, Bregenz, Schuhmacher; Obmann der christlichsozialen Schuhmachergewerkschaft — Ortsgruppe Bregenz.
- Hauser Josef, Bregenz, Schneidergeselle; Obmann der sozialdemokratischen Schneidergewerkschaft — Ortsgruppe Bregenz (1906).
- Heine Johann, Dornbirn, Schuhmachergeselle, später Schaffner bei der Straßenbahn Dornbirn — Lustenau; Obmann der sozialdemokratischen Schuhmachergewerkschaft — Ortsgruppe Dornbirn (1892), SDAP-Kreisvertrauensmann (1897), Obmann des Dornbirner Arbeiterbildungsvereines (1894, 1899-1901), Fähnrich des Dornbirner Arbeiterbildungsvereines (1898).
- Heinzle Johann Jakob, Dornbirn, Textilfärber; Obmann der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Dornbirn, SDAP-Kreisvertrauensmann (1899), SDAP-Landesvertrauensmann (1903), Obmann der Naturfreunde — Orts-

- gruppe Dornbirn, Obmann der sozialdemokratischen Radfahrerorganisation Dornbirns (1904).
- Hermann Hermann, Hard, Schifflesticker; führender Funktionär der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Hard (Stickerorganisation), Bibliothekar des Harder Arbeiterbildungsvereines, sozialdemokratischer Wahlmann bei den Reichsratswahlen von 1901, SDAP-Kandidat bei den Reichsratswahlen von 1911, führender Funktionär der Genossenschaftlichen Krankenkasse von Hard, u.a. Obmann (1903), Mitglied des Harder Gemeindeausschusses (ab 1909), Nationalratsabgeordneter (1919-1933).
- Ihanc Anton, Feldkirch, Textilarbeiter; Obmann der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Feldkirch (ab 1908).
- Ihler Josef, Dornbirn, Textilarbeiter (Weber); Funktionär des Verbandes christlicher Textilarbeiter.
- John Gottlieb, Bregenz, Textilarbeiter (in der Seidenbandweberei Trüdinger); erster Obmann der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Bregenz (1903).
- Joscht Carl, Bregenz, Schuhmachergeselle und Lederarbeiter in der Schuhfabrik Krafft; erster Obmann des Politischen Vereines für Vorarlberg (1893).
- Kalb Johann Baptist, Hard, Formstecher und Graveur (Textildruck); sozialdemokratischer Vertrauensmann der Textilarbeiter und -arbeiterinnen in der Baumwolldruckerei Samuel Jenny in Hard, führender Funktionär des Harder Arbeiterbildungsvereines, u.a. Obmann (ab 1900), Mitglied des Harder Gemeindeausschusses (ab 1909), sozialdemokratischer Reichsratswahl-Kandidat (1907), Leiter des italienischen Konsumvereines in Hard (bis 1907).
- Kilga Johann Georg, Koblach, Schifflesticker; Obmann der Ortsgruppe Koblach des Vorarlberger Stickerbundes (1907).
- Klement Wenzel (auch in der Schreibweise Clement bekannt), Bregenz, Schuhmachermeister; in den 1890er Jahren bedeutender Funktionär der örtlichen SDAP sowie der Schuhmachergewerkschaft, u.a. Wahlmann bei den Reichsratswahlen von 1897.
- Knapp Josef, Bludenz, Schuhmachermeister; wichtiger Funktionär der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaft in Bludenz, u.a. Obmann des Arbeiterbildungsvereines.
- Köb Albert, Wolfurt, Schifflesticker; Mitglied der Bundesleitung des Vorarlberger Stickerbundes.
- Köck Rudolf, Feldkirch, Schuhmachergeselle; Obmann des sozialdemokratischen Gemischten Gewerkschaftsvereines von Feldkirch (1907), Gründungsmitglied der Feldkircher Naturfreunde und Obmannstellvertreter (ab 1909).

- König Karl, Hard, Textilarbeiter; leitender Funktionär des Verbandes christlicher Textilarbeiter, ab 1909 Obmann der Vorarlberger Landesorganisation.
- Krosini Luigi (spätere Namensänderung in Ritter), Hard, Textilarbeiter; sozialdemokratischer italienischer Vertrauensmann, Funktionär des Harder Arbeiterbildungsvereines.
- Ladinsler Anton, Dornbirn, Textilarbeiter bei F.M. Hämmerle, Werk Fischbach; führendes Mitglied der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Dornbirn, Mitbegründer des Dornbirner Arbeiterbildungsvereines von 1878, Funktionär der Naturfreunde — Ortsgruppe Dornbirn.
- Lederle Gebhard, Hohenems, Textilarbeiter; sozialdemokratischer Vertrauensmann der Textilarbeiter und -arbeiterinnen in Hohenems, sozialdemokratischer Mandatar des Gemeindeausschusses (1910-1914).
- Leibfried Hermann, Dornbirn, Schriftsetzer und Redakteur; bedeutendster sozialdemokratischer Politiker Vorarlbergs während der Monarchie, langjähriger Landesvertrauensmann, leitender Redakteur der Vorarlberger Wacht, ehrenamtlicher Gewerkschafts- und Parteisekretär während des Ersten Weltkrieges.
- Leibfried-Brüstle Maria, Dornbirn, Textilarbeiterin; bedeutende sozialdemokratische Politikerin, führendes Mitglied der Vorarlberger sozialdemokratischen Frauenorganisation, erste weibliche Funktionärin der Union der Textilarbeiter Vorarlbergs.
- Lins Christian, Hohenems, Textilarbeiter; ab Oktober 1908 Nachfolger von Johann Schwimmer als Obmann der Hohenemser Ortsgruppe des Verbandes christlicher Textilarbeiter.
- Loacker Josef, Götzis, Schifflesticker; Obmann der Ortsgruppe Götzis des Vorarlberger Stickerbundes.
- Lorenz Thomas, Dornbirn, Schuhmachermeister; Obmann der Gewerkschaft der Schuhmacher — Ortsgruppe Dornbirn (1892), Gründungsmitglied und zweiter Vorstand des Politischen Vereins für Vorarlberg.
- Mager Josef, Hard, Formstecher und Graveur (Textildruck); Funktionär der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Hard, Gründungsmitglied des Harder Arbeiterbildungsvereines.
- Markart Kolomann, Rankweil (später Bludenz), Schuhmachermeister (ab 1910 Leiter des Bludener Arbeiterkonsums); bedeutender Gewerkschafts- und Parteifunktionär der SDAP in den 1890er Jahren, Vorarlberger Reichsratswahl-Kandidat der SDAP (1897 und 1901), Landes- und Bezirksvertrauensmann der SDAP.
- Meusburger Josef Anton, Dornbirn, Spinnereimeister (bei F.M. Hämmerle, Werk Gütle); führendes Mitglied der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe

- Dornbirn, Funktionär des Politischen Vereins für Vorarlberg (1894), Funktionär des Vereins Arbeiterheim Dornbirn, sozialdemokratischer Kandidat bei den Gemeinderatswahlen von 1910.
- Michler Arbogast, Dornbirn, Angestellter; Sekretär des Vorarlberger Stickerbundes.
- Müller Franz, Rankweil, Schuhmachergeselle; Gewerkschaftsfunktionär, Vorsitzender des SDAP-Landesparteitages von 1900, Obmann des Rankweiler Arbeiterbildungsvereines (1901).
- Nagel Guntram, Hard, Kaplan; bedeutender Funktionär des Verbandes christlicher Textilarbeiter, Mitinitiator der ersten Landeskonferenz des Verbandes christlicher Textilarbeiter 1908, als Präses maßgeblich am Aufbau des Katholischen Arbeitervereins Hard sowie der Ortsgruppe Hard des Verbandes christlicher Textilarbeiter beteiligt.
- Neier Heinrich J., Frastanz, Sticker; Obmann der Ortsgruppe Frastanz des Vorarlberger Stickerbundes.
- Pallaoro Giacomo, Dornbirn, Textilarbeiter; führender sozialdemokratischer Italienerfunktionär, führendes Mitglied der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Dornbirn.
- Pellegrini Giacomo, Bregenz, Gerbergeselle; führender Funktionär der Società Italiana de Lavoratori e Lavoratrici di Bregenz, u.a. Präsident (1905).
- Petrik Karl, Bregenz (später Dornbirn), Schuhmachergeselle; wichtiger Funktionär der Vorarlberger SDAP in den 1890er Jahren, u.a. Obmann der Gewerkschaft der Schuhmacher — Ortsgruppe Bregenz (1891), SDAP-Lokalvertrauensmann in Bregenz (1897).
- Pumm Johann, Rankweil, Schuhmachermeister (ab 1901 Sticker); wichtiger Funktionär der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaft; Obmann des Rankweiler Arbeiterbildungsvereines.
- Rauter Josef, Dornbirn, Schneidergeselle; Obmann der sozialdemokratischen Schneidergewerkschaft — Ortsgruppe Dornbirn (um 1905).
- Reiter Johann, Lustenau, Schneidergeselle; Funktionär der sozialdemokratischen Schneidergewerkschaft — Ortsgruppe Lustenau (ab 1906).
- Rohner Alois, Dornbirn, Angestellter; Obmann des Vorarlberger Arbeiterbundes.
- Röhrich Adolf, Dornbirn, Textilarbeiter (Weber bei Herrburger & Rhomberg); führender Funktionär der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Dornbirn, u.a. Obmann (1904), Mitglied der Streikleitung während des Ausstandes bei Herrburger & Rhomberg im Jahr 1913.
- Rößner Franz, Dornbirn, Textilarbeiter (Weber bei Herrburger & Rhomberg); leitender Funktionär der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Dornbirn,

- Obmann des Dornbirner Arbeiterbildungsvereines (1904), Mitglied des SDAP-Landesparteikomitees (1903), wegen angeblicher Unterschlagung von Gewerkschaftsgeldern aus der Union der Textilarbeiter sowie der SDAP ausgeschlossen (1905), Übertritt in das Lager der christlichen Arbeiterbewegung.
- Schädler Alois, Hard, Handmaschinensticker; altgedienter Funktionär der SDAP und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung in Hard.
- Rüf Ferdinand, Au, Sticker; Obmann der Ortsgruppe Au/Schoppernau des Vorarlberger Stickerbundes.
- Rümmele Engelbert, Dornbirn, Webermeister; Funktionär der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Dornbirn, Mitglied der sozialdemokratischen Landesparteileitung.
- Rusch Franz, Dornbirn, Schifflesticker; führender Funktionär der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Dornbirn, Mitglied des Dornbirner Gemeinderates (ab 1910).
- Saggiante Domenico, Hohenems, Textilarbeiter; italienischer Funktionär der Hohenemser Ortsgruppe des Verbandes christlicher Textilarbeiter.
- Schützenhofer Josef, Dornbirn, Textilarbeiter; führender Funktionär der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Dornbirn, u.a. Obmann (1907-1909).
- Schwarz Franz, Altenstadt, Sticker; Obmann der Ortsgruppe Altenstadt des Vorarlberger Stickerbundes.
- Schwärzler Kaspar, Egg, Sticker; Obmann der Ortsgruppe Egg/Schwarzenberg des Vorarlberger Stickerbundes.
- Schwimmer Johann, Textilarbeiter, Hohenems; leitender Funktionär der christlichen Gewerkschaftsbewegung Vorarlbergs, Obmann der Ortsgruppe Hohenems des Verbandes christlicher Textilarbeiter.
- Sepp Johann, Dornbirn, Schneidermeister; sozialdemokratischer Vertrauensmann in der Genossenschaft der Schneidermeister Vorarlbergs, u.a. Obmann (1905).
- Settele Heinrich, Dornbirn, Textilarbeiter; Obmann der Union der Textilarbeiter (1905), Landesvertrauensmann der SDAP (1905).
- Sohm Olga, Dornbirn, Textilarbeiterin; Funktionärin der Dornbirner Ortsgruppe der christlichen Textilarbeiter (ab 1911).
- Sperandio Antonio, Feldkirch, Bauarbeiter; leitender Funktionär der italienischen Sozialdemokratie in Vorarlberg, u.a. italienischer Landesvertrauensmann (1906), Vizepräsident der Feldkircher Società (1906), Streikführer in den Zehnstundentagkämpfen von 1907.
- Spindler Samuel, Bregenz, Schuhmachergeselle (in der Schuhmacherei des Bregenzer Konsumvereins); bedeutender SDAP-Funktionär und

- Versammlungsredner, in der Ersten Republik sozialdemokratischer Textil-
arbeitersekretär für Vorarlberg.
- Tauber Wenzel, Bregenz, Schuhmachermeister; leitender SDAP- und
Gewerkschaftsfunktionär in den 1890er Jahren, u.a. Bezirksvertrauensmann
der SDAP (1896), Obmann der Gehilfensektion der Genossenschaft der
handwerksmäßigen Gewerbe in Bregenz, Beisitzer der Landesparteileitung
(1904).
- Thallacker Josef, Hohenems (später Lindau, Wien, Lustenau) Schneidergeselle;
bedeutender Funktionär der örtlichen wie der regionalen Sozialdemokratie
(1890er Jahre), u.a. Teilnehmer der Telfser Gründungsversammlung der
SDAP von Tirol und Vorarlberg, Delegierter zum Innsbrucker Landes-
parteitag 1891, Gründer des Hohenemser Lesevereins, Mitbegründer der
sozialdemokratischen Schneidergewerkschaft — Ortsgruppe Dornbirn
(1893), Funktionär des Kreiswahlkomitees von 1897.
- Tiefenthaler Johann, Lustenau, Schneidergeselle; Obmann der sozial-
demokratischen Schneidergewerkschaft — Ortsgruppe Lustenau (ab 1905).
- Tomio Vigilio, Hohenems, Textilarbeiter; leitender italienischer Funktionär
der Hohenemser Ortsgruppe des Verbandes christlicher Textilarbeiter.
- Tomio Luigi, Hohenems, Textilarbeiter; leitender italienischer Funktionär der
Hohenemser Ortsgruppe des Verbandes christlicher Textilarbeiter.
- Turek Maria, Rankweil, Näherin (später Wirtin im Gasthaus Zum Mohren);
Funktionärin der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, führend
am Aufbau einer sozialdemokratischen Frauenorganisation in Vorarlberg
beteiligt.
- Ulmer Franz, Hard, Pfarrer; maßgeblich am Aufbau des Katholischen Arbeiter-
vereins Hard sowie der Ortsgruppe Hard des Verbandes christlicher Textil-
arbeiter beteiligt. Er brachte eigens eine zweite Auflage seines Buches Tobias
auf den Markt, aus dessen Erlös die christlichen Organisationen mit aufge-
baut wurden.
- Veider Josef, Bregenz, Schneidermeister; Obmann der Zahlstelle Bregenz der
christlichsozialen Schneidergewerkschaft.
- Vogel Ferdinand, Dornbirn, Textilarbeiter (Seidendrucker bei J.G. Ulmer);
langjähriger Funktionär der Union der Textilarbeiter — Ortsgruppe Dornbirn,
u.a. Obmann (1917).
- Vogel Heinrich, Kennelbach, Textilarbeiter; Obmann der Ortsgruppe
Kennelbach des Verbandes christlicher Textilarbeiter.
- Wachter Matthias, Lehrer, später Sekretär des Vorarlberger Landesausschusses;
leitender Funktionär des Katholischen Arbeitervereins von Wolfurt,
Versammlungsredner.

- Wachter Meinrad, Dornbirn, Textilarbeiter (Weber bei Herrburger & Rhomberg); leitender Funktionär des Verbandes christlicher Textilarbeiter.
- Wack Vinzenz, Rankweil, Schneidergeselle; Funktionär der sozialdemokratischen Schneidergewerkschaft — Ortsgruppe Feldkirch, 1902-1907 Obmann des Rankweiler Arbeiterbildungsvereines (der heutigen Funktion eines Ortsparteivorsitzenden vergleichbar).
- Wagner Johann Baptist, Bregenz, Schuhmachergeselle in der Schuhfabrik Krafft; Lokalvertrauensmann der Bregenzer SDAP (1897), Obmann der Vorarlberger Gewerkschaftskommission (1904), Obmann der sozialdemokratischen Schuhmachergewerkschaft — Ortsgruppe Bregenz.
- Weis Franz, Bludenz, Schneidergeselle; Obmann der sozialdemokratischen Schneidergewerkschaft — Ortsgruppe Bludenz (um 1906).
- Welzenbach Benno, Dornbirn, Schuhmachergeselle; Obmann der sozialdemokratischen Gewerkschaft der Schuhmacher — Ortsgruppe Dornbirn (ab 1901).
- Witwer Matthias, Bürs, Textilarbeiter; leitender Funktionär des Verbandes christlicher Textilarbeiter.
- Wolf Karl, Feldkirch, Schneidergeselle; leitender Funktionär der sozialdemokratischen Gemischten Gewerkschaftsvereines von Feldkirch, u.a. Obmann (ab 1901).

Anmerkungen

¹ Volks-Zeitung Nr. 139/1909.

² Siehe dazu Vorarlberger Landesarchiv (VLA), Bregenz, Bezirkshauptmannschaft (BH) Feldkirch, Schachtel (Sch) 437, Zahl (Zl) Vereine (V) 311.

³ Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: „Fremdhäßige“, Handwerker & Genossen. Die Entstehung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg. Bregenz 1994, S 35 ff.

⁴ Volks-Zeitung Nr. 133/1909.

⁵ Siehe dazu VLA, BH-Feldkirch, Sch 437, Zl V 311.

⁶ Gemeint ist der 18. Februar 1894.

⁷ Johann Coufal litt an Lungentuberkulose und starb am 15. Juli 1898. Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: „Fremdhäßige“, S. 29.

⁸ Vorarlberger Volksblatt Nr. 50/1894; siehe dazu auch den Bericht im Vorarlberger Volksfreund Nr. 5/1894.

⁹ Ebenda.

- ¹⁰ VLA, BH-Feldkirch, Sch 437, ZI V 311.
- ¹¹ Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: „Fremdhäßige“, S. 275.
- ¹² Beilage zum Vorarlberger Volksblatt Nr. 21/1894.
- ¹³ Siehe dazu Volks-Zeitung Nr. 16/1895; VLA, BH-Feldkirch, Sch 437, ZI V 311.
- ¹⁴ Siehe dazu VLA, BH-Feldkirch, Sch 430, ZI V 311.
- ¹⁵ = Bericht an die vorgesetzte Dienststelle.
- ¹⁶ Tiroler Landesarchiv, Statthalterei Präsidiale 1899, 25/225, Nr. 2258; Hervorhebung durch den Verfasser.
- ¹⁷ Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker. Zur Geschichte der Dornbirner Sozialdemokratie in der Monarchie. In: Bundschuh, Werner/Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Kritische Anmerkungen zu 100 Jahren politischer und gesellschaftlicher Entwicklung. Dornbirn 1987, S. 148 ff.
- ¹⁸ Siehe dazu Die Gewerkschaft Nr. 2/1902.
- ¹⁹ Siehe ebenda.
- ²⁰ Siehe dazu Vorarlberger Landeszeitung Nr. 226/1901.
- ²¹ Die Gewerkschaft Nr. 2/1902.
- ²² Ebenda.
- ²³ Siehe dazu Bericht der k.k. Gewerbeinspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1907. Wien 1908, S. 224 f.
- ²⁴ Vorarlberger Volksfreund Nr. 4/1893.
- ²⁵ Borscheid, Peter: Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert). Stuttgart 1978, S. 22 f.
- ²⁶ VLA, BH-Feldkirch, Sch 429, ZI V 248. Am 13. Jänner 1900 erfolgte dann eine Revision der Statuten. Der Paragraph 1 wurde in folgender Art abgewandelt: „§ 1. Titel und Sitz der Ortsgruppe. Die Ortsgruppe führt den Titel ‚Gewerkschaft der Schneider und Schneiderinnen und deren verwandten Berufsgenossen Ortsgruppe Dornbirn‘, hat ihren Sitz in Dornbirn und erstreckt ihre Thätigkeit auf den politischen Bezirk Feldkirch.“ Ebenda.
- ²⁷ Siehe dazu VLA, BH-Feldkirch, Sch 436, ZI V 232. Zur politischen Tätigkeit Thallackers in Hohenems siehe Mittersteiner, Reinhard: „Fremdhäßige“, S. 238 ff.
- ²⁸ Siehe dazu VLA, BH-Feldkirch, Sch 436, ZI V 248.
- ²⁹ Die Statuten für die Feldkircher Ortsgruppe des Verbandes der Schneider und verwandter Berufe Österreichs wurden am 9. Juli 1904 von der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch genehmigt. Die konstituierende

Versammlung fand am 24. September 1904 statt. Siehe dazu VLA, BH-Feldkirch, Sch 431, ZI V 532/1904 sowie Sch 439, ZI V 532; siehe auch Volks-Zeitung Nr. 41/1904.

³⁰ Siehe dazu Der Kleidermacherhilfe Nr. 10/1906.

³¹ Die Ortsgruppe Bregenz wurde mit Statthaltereierlaß Nr. 23631 vom 17. April 1905 erlaubt. Siehe dazu VLA, BH Bregenz, Sch 132, Ma 1905, Z 39.

³² Die konstituierende Versammlung fand am 3. Juni 1907 im Gasthaus Zum Ochsen statt. Siehe dazu VLA, BH-Feldkirch, Sch 440, ZI V 586.

³³ Siehe dazu Volkszeitung Nr. 133/1909, 148/1909, 154/1909.

³⁴ Siehe dazu Die Gewerkschaft Nr. 2/1902.

³⁵ Siehe dazu VLA, BH-Feldkirch, Sch 436, ZI V 226. Der Dachverband für Tirol und Vorarlberg wurde per 29. Juni 1891 von der Statthalterei in Innsbruck erlaubt. Siehe dazu VLA, BH-Bregenz, Sch 429, ZI V 226.

³⁶ Zusammengestellt und berechnet nach: Spezialortsrepertorium von Vorarlberg. Bearbeitet auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 31. 12. 1910. Herausgegeben von der k.k. Statistischen Zentralkommission. Wien 1917; Leuchs Adressbuch aller Länder der Erde der Kaufleute, Fabrikanten, Gewerbetreibenden, Gutsbesitzer etc. etc., Band 16 I Tirol, Vorarlberg und Liechtenstein. Nürnberg 1912 (11. Ausgabe).

³⁷ Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: Die Genossen Handwerker. In: Bundschuh/Walser (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten, S. 162.

³⁸ Volks-Zeitung Nr. 25/1893.

³⁹ Siehe dazu Volks-Zeitung Nr. 25/1893, 26/1893.

⁴⁰ Siehe dazu Volks-Zeitung Nr. 2/1894.

⁴¹ Volks-Zeitung Nr. 42/1901.

⁴² Volks-Zeitung Nr. 41/1901.

⁴³ Siehe dazu Volks-Zeitung Nr. 41/1901, 42/1901, 43/1901.

⁴⁴ Siehe dazu Hanni, Werner: Zur Geschichte der Arbeitskämpfe in Tirol und Vorarlberg 1870-1918. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Tirols und Vorarlbergs. Diss., Innsbruck 1983, S. 236; Vorarlberger Volksblatt Nr. 117/1906.

⁴⁵ Vorarlberger Volksblatt Nr. 116/1906; Hervorhebung im Original.

⁴⁶ Mittersteiner, Reinhard: „Fremdhäbige“, S. 47 ff.

⁴⁷ Siehe dazu Vorarlberger Volksblatt Nr. 117/1906.

⁴⁸ Vorarlberger Volksblatt Nr. 117/1906.

⁴⁹ Volks-Zeitung Nr. 62/1906.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Volks-Zeitung Nr. 63/1906.

- ⁵² Zitiert nach Volks-Zeitung Nr. 57/1906.
- ⁵³ Zitiert nach Volks-Zeitung Nr. 21/1907.
- ⁵⁴ Von den 351 Betriebsangehörigen waren 198 Lohnabhängige (135 Männer und 63 Frauen) am Streik beteiligt. Der durchschnittliche Taglohn bei S. Jenny betrug 2 Kronen 20 Heller. Die Streikenden forderten eine 30prozentige Lohnerhöhung. Siehe dazu Hanni, Werner: Geschichte der Arbeitskämpfe, S. 252.
- ⁵⁵ Arbeiterblatt Nr. 9/1907.
- ⁵⁶ Mittersteiner, Reinhard: Die „Wälschen“ bleiben „sozirein“. Sozialdemokratie und italienische Arbeitsmigration im Vorarlberg der Jahrhundertwende. In: Ardel, Rudolf G./Thurner, Erika (Hg.): Bewegte Provinz. Arbeiterbewegung in mitteleuropäischen Regionen vor dem Ersten Weltkrieg. Wien/Zürich 1992, S. 381 ff.
- ⁵⁷ Vorarlberger Volksblatt Nr. 84/1907.
- ⁵⁸ Arbeiterblatt Nr. 9/1907.
- ⁵⁹ Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: Kulturkampf im Dorf. Die Harder Sozialdemokratie in der Monarchie. In: Bundschuh, Werner/ Dreier, Werner/ Mittersteiner, Reinhard: Sozialdemokraten im Dorf. 100 Jahre SPÖ Hard. Hard 1994, S. 21 f.
- ⁶⁰ Siehe dazu La Squilla Nr. 23/1908.
- ⁶¹ Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: Kulturkampf, In: Bundschuh/Dreier/ Mittersteiner: Sozialdemokraten im Dorf, S. 13 f.
- ⁶² Vorarlberger Volksblatt Nr. 84/1907.
- ⁶³ Der Name „Tätsche“ leitet sich wahrscheinlich vom Ausschlagen der restlichen Farbpartikel aus gefärbten Stoffen und Garnwickeln her. Diese Tätigkeit wurde auf Steinplatten in der Lauterach, dem sogenannten Tätschebach, neben der Fabrik durchgeführt.
- ⁶⁴ Der vollständige Firmenname lautete: Samuel Jenny. Mechanische Weberei, Färberei, Druckfabrik. Hard.
- ⁶⁵ Der vollständige Firmenname lautete: Kammgarnspinnerei E. Offermann. Hard.
- ⁶⁶ Siehe dazu Wiesler, Ingeborg: Wirtschaftliche und technische Probleme der Kammgarnindustrie Österreichs, dargestellt am Beispiel der Vorarlberger Kammgarnspinnerei Ges.m.b.H., Hard. Diplomarbeit, Wien 1973, S. 30.
- ⁶⁷ Siehe dazu Vorarlberger Volksblatt Nr. 48/1908, 75/1908; Volks-Zeitung Nr. 18/1904, 34/1906.
- ⁶⁸ Siehe dazu Volks-Zeitung Nr. 18/1904.
- ⁶⁹ Siehe dazu auch Wiesler: Probleme der Kammgarnindustrie, S. 30.

- ⁷⁰ Siehe dazu Vorarlberger Volksblatt Nr. 139/1903, 161/1903, 193/1904, 121/1905, 73/1912; Vorarlberger Wacht Nr. 14/1912, 15/1912.
- ⁷¹ Kaplan Guntram Nagel wurde 1877 in Höchst geboren, Priesterweihe 1901, zwischen 1903 und 1911 Kaplan in Hard, Gründer der dortigen Ortsgruppe des Verbandes christlicher Textilarbeiter, später Pfarrer in Frastanz und Wolfurt, während des NS-Regimes zweimal wegen staatsfeindlichen Verhaltens in Haft. Siehe dazu Schematismus der Säkular- und Regular-Geistlichkeit d. Diözese Brixen. Brixen 1910, S. 165; Der Arbeiter Nr. 39/1911; Katholischer Volkskalender 1906. Bregenz 1905, S. 134; Vorarlberger Volkskalender 1951. Bregenz 1950, S. 138; Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 330.
- ⁷² Siehe dazu Verband christlicher Textilarbeiter Österreichs, Geschäftsberichte für die Jahre 1907 bis 1913. Wien 1909-1913.
- ⁷³ Volks-Zeitung Nr. 62/1907.
- ⁷⁴ Ebenda.
- ⁷⁵ Volks-Zeitung Nr. 73/1907; siehe auch Volks-Zeitung Nr. 72/1907, Nr. 78/1907, Nr. 80/1907.
- ⁷⁶ Volks-Zeitung Nr. 95/1907.
- ⁷⁷ Volks-Zeitung Nr. 63/1907.
- ⁷⁸ Volks-Zeitung Nr. 69/1909.
- ⁷⁹ Ebenda.
- ⁸⁰ Vorarlberger Volksblatt Nr. 102/1907.
- ⁸¹ Volks-Zeitung Nr. 41/1907
- ⁸² Ebenda.
- ⁸³ Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: „Fremdhäßige“, S. 341.
- ⁸⁴ Vorarlberger Volksblatt Nr. 115/1907; Hervorhebung im Original.
- ⁸⁵ Arbeiterblatt Nr. 14/1907.
- ⁸⁶ Vorarlberger Wacht Nr. 23/1913.
- ⁸⁷ Vorarlberger Volksblatt Nr. 116/1907.
- ⁸⁸ Vorarlberger Volksblatt Nr. 136/1907.
- ⁸⁹ Siehe dazu L' Avvenire del Lavoratore Nr. 25/1907; Volks-Zeitung Nr. 50/1907, 137/1907; Arbeiterblatt Nr. 18/1907.
- ⁹⁰ Volks-Zeitung Nr. 50/1907.
- ⁹¹ Vorarlberger Wacht Nr. 54/1911.
- ⁹² Vorarlberger Volksblatt Nr. 137/1907.
- ⁹³ Mittersteiner, Reinhard: „Fremdhäßige“, S. 62.
- ⁹⁴ Volks-Zeitung Nr. 50/1907.

- ⁹⁵ L'Avvenire del Lavoratore Nr. 11/1905.
- ⁹⁶ Siehe dazu Volks-Zeitung Nr. 39/1908.
- ⁹⁷ Siehe dazu Vorarlberger Landeszeitung Nr. 270/1907.
- ⁹⁸ Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus. Die Konstituierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg (1889-1918). Diss., Wien 1988, 422 ff.
- ⁹⁹ Arbeiterblatt Nr. 16/1907.
- ¹⁰⁰ Siehe dazu L'Avvenire del Lavoratore Nr. 25/1907.
- ¹⁰¹ Arbeiterblatt Nr. 16/1907.
- ¹⁰² Volks-Zeitung Nr. 63/1907.
- ¹⁰³ Volks-Zeitung Nr. 51/1907.
- ¹⁰⁴ Zitiert nach Volks-Zeitung Nr. 78/1907.
- ¹⁰⁵ Arbeiterblatt Nr. 28/1907.
- ¹⁰⁶ Volks-Zeitung Nr. 49/1907, 61/1907, 69/1907, 93/1907, 94/1907, 96/1907, 100/1907, 102; Arbeiterblatt Nr. 12/1907, 21/1907, 28/1907, 30/1907, 2/1908, 4/1908, 5/1908.
- ¹⁰⁷ Vorarlberger Landeszeitung Nr. 137/1907.
- ¹⁰⁸ Siehe dazu Die Gewerkschaft Nr. 5/1908.
- ¹⁰⁹ Das Vereinshaus war das Lokal der christlichsozialen Organisationen der Stadt, in dem auch die christlichen Arbeitervereine ihren Stützpunkt hatten.
- ¹¹⁰ Arbeiterblatt Nr. 2/1908.
- ¹¹¹ Ebenda.
- ¹¹² Siehe dazu Anzeiger für die Bezirke Bludenz und Montafon Nr. 1/1908.
- ¹¹³ Volks-Zeitung Nr. 2/1908.
- ¹¹⁴ Vorarlberger Volksblatt Nr. 9/1908.
- ¹¹⁵ Ebenda.
- ¹¹⁶ Siehe dazu La Squilla Nr. 50/1907, 4/1908; Vorarlberger Volksblatt Nr. 2/1908.
- ¹¹⁷ Union der Textilarbeiter Österreichs. Bericht über die Tätigkeit in der 6. Verwaltungsperiode. Wien 1913, S. 93.
- ¹¹⁸ Ebenda.
- ¹¹⁹ Specker, Louis: Textilarbeiter diesseits und jenseits des Rhein. Weshalb unter den Stickern im österreichisch-schweizerischen Grenzgebiet mehr Konkurrenz als Solidarität gedieh. In: Ardel/Thurner (Hg.): Bewegte Provinz, S. 395 ff.
- ¹²⁰ Ebenda, S. 96.
- ¹²¹ Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: „Fremdhäßige“, S. 95.
- ¹²² Ebenda, S. 95

- ¹²³ Bellaggio, Andrea/Tanner, Albert: Von Stickern, ihren Frauen und Kindern. In: Arbeitsalltag und Betriebsleben. Zur Geschichte der industriellen Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Schweiz. Dießenhofen 1982 (2. Auflage), S. 52.
- ¹²⁴ Siehe dazu Arbeiterblatt Nr. 17/1907.
- ¹²⁵ Siehe dazu ebenda.
- ¹²⁶ Hübel, Ernst: Die Textilarbeiter. In: Der Kampf, Jg. I, Heft 8 (Mai 1908), S. 375 f.
- ¹²⁷ Siehe dazu Gewerbeinspektor pro 1909, S. 252.
- ¹²⁸ Siehe dazu Volks-Zeitung Nr. 76/1907.
- ¹²⁹ Vorarlberger Wacht Nr. 31/1913.
- ¹³⁰ Aus folgenden Quellen zusammengestellt: VLA, BH-Feldkirch, Sch 432, ZI V 564; Sch 438, ZI V 436; Sch 439, ZI V 564; Sch 440, ZI V 617; BH-Bregenz, Sch 132, Ma 1906, ZI 134; Der Arbeiter Nr. 3/1910, 11/1910, 38/1910, 40/1910, 43/1910, 48/1910, 5/1911, 6/1911, 29/1911, 32/1911, 36/1911; La Squilla Nr. 49/1907, 50/1907, 4/1908, 8/1908, 10/1908, 21/1908, 25/1908, 30/1908, 44/1908; Arbeiterblatt Nr. 3/1907, 16/1907, 30/1907, 3/1908, 14/1908, 21/1908, 23/1908, 44/1909; Vorarlberger Volksblatt Nr. 230/1907, 257/1907, 3/1908, 60/1909, 69/1909; L'Avvenire del Lavoratore Nr. 24/1907.
- ¹³¹ Ausgewählt wurde in Fällen, wo es zwei oder mehrere Obmänner gegeben hat, jeweils der mit der längsten Funktionszeit, respektive der größeren Bedeutung.
- ¹³² Aus folgenden Quellen zusammengestellt: VLA, BH-Feldkirch, Sch 430, ZI V 311; Sch 431, ZI 436/1901; Sch 438, ZI V 436; Sch 440, ZI V 628; BH-Bregenz, Sch 133, Ma 1908, ZI 2; Die Gewerkschaft Nr. 2/1902, 5/1903; Volks-Zeitung Nr. 19/1896, 19/1898, 39/1901, 32/1904, 44/1904; Feldkircher Zeitung Nr. 65/1902; Arbeiterblatt Nr. 15/1908.
- ¹³³ Erstmalige Gründung 1903.
- ¹³⁴ Eine erste Gründung der Ortsgruppe erfolgte bereits 1902 (konstituierende Versammlung: 30.8.1902).
- ¹³⁵ Die Ortsgruppe Götzis bestand über Jahre hinweg nur aus zwei Mitgliedern und wurde bloß der Vollständigkeit halber erwähnt. Streng genommen kann man die Organisation gar nicht als Ortsgruppe bezeichnen, da nicht einmal alle Ausschußfunktionen personell zu besetzen waren.
- ¹³⁶ Die Ortsgruppe Höchst der Union der Textilarbeiter existierte nur etwas mehr als ein Jahr. Siehe dazu VLA, BH-Feldkirch, Sch 440, ZI V 708; Vorarlberger Landeszeitung Nr. 208/1911; Vorarlberger Volksblatt Nr. 22/1912.

- ¹³⁷ Eine erste Gründung der Ortsgruppe erfolgte im Jahre 1902. Laut halbamtlicher Vorarlberger Landeszeitung wurde die Ortsgruppe am 13. Juli 1905 aufgelöst. Siehe dazu Vorarlberger Landeszeitung Nr. 159/1905; VLA, BH-Feldkirch, Sch 439, Zl V 468.
- ¹³⁸ Aus folgenden Quellen zusammengestellt: Union der Textilarbeiter Österreichs, Berichte über die Tätigkeit in der 3. bis 6. Verwaltungsperiode. Wien 1907-1913; Verband christlicher Textilarbeiter Österreichs. Geschäftsberichte für die Zeit vom 1. Jänner 1907 bis 1. Jänner 1909, 1. Jänner 1909 bis 1. Jänner 1911, 1. Jänner 1911 bis 1. Jänner 1913. Wien 1910, 1912, 1914.
- ¹³⁹ Siehe dazu VLA, BH-Bregenz, Sch 132, Ma 1905, Zl 39; BH-Feldkirch, Sch 433, Zl V 35; Sch 436, Zl V 248; Die Gewerkschaft Nr. 2/1896, 2/1902; Der Kleidermachergehilfe Nr. 10/1906; Fachzeitung der Schneider Nr. 19/1906, 20/1906, 5/1908; Vorarlberger Volksblatt Nr. 91/1912.
- ¹⁴⁰ Es bestand bereits ab etwa 1905 eine Zahlstelle.
- ¹⁴¹ Siehe dazu Arbeiterblatt Nr. 7/1909; Der Arbeiter Nr. 3/1910, 11/1910, 38/1910, 3/1911.
- ¹⁴² Daten zusammengestellt aus folgenden Quellen: VLA, BH-Bregenz, Sch 13, Ma 1902, Zl 21; Sch 429, Zl V 226; VLA, BH-Feldkirch, Sch 249, Zl V 226; Sch 433, Zl V 35; Sch 436, Zl V 226; Die Gewerkschaft Nr. 2/1901.
- ¹⁴³ Siehe dazu Der Arbeiter Nr. 24/1910, 38/1910, 44/1910, 7/1911, 38/1911; Vorarlberger Wacht Nr. 49/1910.
- ¹⁴⁴ Siehe dazu Mittersteiner, Reinhard: „Fremdhäßige“, S. 377.

1918 - 1938: Die Freiheit versucht...

Werner Dreier

Die Bedeutung der Textilindustrie

Der Erste Weltkrieg brachte vielfältige Not mit sich: Es fehlte an Nahrungsmitteln und sonst an allem Nötigen, die waffenfähigen Männer mußten einrücken, der politische Druck nahm zu, und — auf den ersten Blick paradox — Arbeiterinnen und Arbeiter verloren ihre Arbeit. Die textile Produktion traf es dabei auf zweifache Art und Weise. Der Absatz von Luxusgütern wie Stickereiwaren brach zusammen, und viele Sticker waren daher gezwungen, ihre Maschinen zum Schrottpreis zu verkaufen.¹ Dann gab es kaum mehr Rohstoffe, vor allem die Baumwollvorräte langten nicht aus, sodaß die Betriebe entweder ihre Produktion reduzieren oder gar ganz einstellen mußten. 1917 suchten einige Firmen einen Ausweg in der Verarbeitung von Papier zu sogenanntem „Papiergarn“ und gründeten zu diesem Zweck die „VORPAG“ („Vorarlberger Papiergarn-Industrie Gesellschaft m.b.H.“). Damit konnten mehr als 1000 Personen wieder eingestellt werden. Damals gab es also nicht nur aus mehreren Teilen bestehende und somit bewegliche Schuhsohlen aus Holz, sondern auch Papierkleider als Ersatz für gewohnte Materialien. Zellulosegarne kamen erst nach Kriegsende auf den Markt.² Schweizer Kinder, die unter den Folgen dieses Krieges nicht zu leiden hatten und ordentliche Baumwoll- oder Wollhosen trugen, verspotteten ihre Vorarlberger Altersgenossen als „Papierhoseli“.³

Die erste Baumwolle erreichte die Bludenzer Spinnerei der Firma Getzner, Mutter & Cie. dann wieder im Dezember 1919. Die Belieferung der Vorarlberger Industrie mit diesem Rohstoff aus den traditionellen Lieferländern Indien, Ägypten und Amerika normalisierte sich erst gegen Ende 1920.⁴ Obwohl mit dem Zerfall von Österreich-Ungarn die Vorkriegsmärkte schwieriger zu erreichen waren und die Nachfolgestaaten hohe Zollschränken errichteten, konnte sich die Vorarlberger Textilindustrie dennoch relativ schnell als Exportwirtschaft wieder etablieren.⁵ Ab 1922 etwa war Vorarlberg dann „das“ Textilland schlechthin, hier

liefen ungefähr ein Viertel der österreichischen Baumwollspindeln und etwa 40 Prozent der mechanischen bzw. automatischen Baumwollwebstühle.⁶ Der Priester und Ökonom Barnabas Fink brachte die Bedeutung der Textilindustrie in seinem Beitrag zur 1931 publizierten „Heimatkunde von Vorarlberg“ knapp auf den Punkt:

„Ohne Großindustrie wäre es nicht möglich, die 140.000 Einwohner des Landes zu ernähren. ... Die Textilindustrie war unter den Großbetrieben in Vorarlberg von jeher die wichtigste.“⁷

Dabei muß der Begriff „Großindustrie“ relativiert werden, beschäftigten doch mit zwei Ausnahmen alle Textilfirmen des Landes an jeweils einer Betriebsstätte weniger als 500 ArbeiterInnen. Die beiden Ausnahmen waren die Spinnerei und Weberei von F.M. Hämmerle in Dornbirn mit 1.700 Beschäftigten und die Bregenzer Firma Schöller mit 600 Beschäftigten.⁸ F.M. Hämmerle beschäftigte in allen Vorarlberger Betrieben (Dornbirn, Schwarzach, Feldkirch) insgesamt per 30. 6. 1928 2.400 ArbeiternehmerInnen.⁹

1923 wurden insgesamt 292 Textilbetriebe mit 11.223 Beschäftigten gezählt. Großbetriebe gab es in den Sparten Baumwollspinnerei und -weberei, in der Wollspinnerei und -weberei und in der Seidenweberei. Bedeutend waren auch die Textildruckereien, die Bleichereien und Färbereien, ebenso die Wirkwarenerzeugung, während die Stickereiwirtschaft vor allem Kleinbetriebe aufwies.¹⁰

In der Textilproduktion fanden mehr Menschen Arbeit als in allen anderen Sparten zusammen. Im Juni 1930 arbeiteten in der Textilindustrie 726 FacharbeiterInnen und 8.508 HilfsarbeiterInnen, im Bekleidungsgewerbe insgesamt 3.128 ArbeiterInnen. Es gab in Vorarlberg keine Schwerindustrie und kaum metallverarbeitende Betriebe. 1930 wurden gerade 507 Metallarbeiter und 354 Arbeiter in der Maschinen- und Fahrzeugindustrie gezählt.¹¹

Im ganzen genommen war Vorarlberg das am meisten industrialisierte Bundesland Österreichs. 1923 bezogen 47 Prozent der Vorarlberger Bevölkerung ihren Lebensunterhalt aus Industrie und Gewerbe, nur ein Viertel der Wohnbevölkerung lebte von der Landwirtschaft und nur etwa 13 Prozent von Dienstleistungen. Als 1932 im Zuge einer Neufestlegung der Arbeitslosenunterstützung Vorarlberg in hoch-



Händische Baumwollernte in Amerika, vermutlich Texas, um die Jahrhundertwende.

Im Laufe des Tages kam Tom auch in die Nähe der Mulattin, die Legree mit ihm zusammen gekauft hatte. Sie zitterte vor Erschöpfung und konnte sich kaum auf den Beinen halten. Ihr Korb war noch halb leer. Als Tom sich unbeobachtet glaubte, warf er ein paar Handvoll Baumwolle aus dem seinen in ihren Korb.

„He, was soll das?“, rief Sambo, der in diesem Augenblick vorüberkam. „Ihr wolltet betrügen, was?“ Er versetzte der Mulattin einen Fußtritt und schlug Tom mit der Peitsche ins Gesicht. Die Frau brach zusammen.

„Na, dir werd´ ich helfen“, sagte Sambo grinsend, „für dich weiß ich genau das richtige Mittel.“ Er zog eine Nadel aus seinem Rockaufschlag und stach sie ihr bis ans Ende ins Fleisch. Die Frau stöhnte und richtete sich halb auf. „Los, steh auf und arbeite weiter, sonst erlebst du noch was anderes!“

Harriet Beecher-Stowe, Onkel Toms Hütte

industrialisierte, industrialisierte und nichtindustrialisierte Gebiete eingeteilt wurde, zählte man lediglich den Bregenzerwald, den Großteil des Montafons und einige Seitentäler zum nichtindustrialisierten Raum. Randgemeinden des Rheintals und Walgaus, etwa Alberschwende, Bildstein, Bartholomäberg und Bürserberg, wie auch die kleinen Gemeinden der beiden Haupttäler wurden als industrialisiert eingestuft, wohl deshalb, weil viele Dorfbewohner in Fabriken arbeiteten.¹²

Elmar Kuhn vergleicht in einer 1984 publizierten, sehr kenntnisreichen Arbeit die Regionen rund um den Bodensee und kommt dabei zur Erkenntnis, daß Vorarlberg als einzige dieser Regionen den Absprung von der Textilindustrie und damit der Konsumgüterindustrie hin zur Investitionsgüterindustrie bzw. zur Metallindustrie nicht schon bald nach der Jahrhundertwende mitmachte bzw. schaffte. Dieser Absprung zu einem weiteren industriellen „take-off“ erfolgte erst in jüngster Zeit und reicht in unsere Gegenwart — gegenwärtig erleben wir gerade schmerzhaftige Auswirkungen dieser Umstrukturierung, nämlich den Verlust von Arbeitsplätzen im Textilbereich. Lag 1970 der Produktionsanteil der Textil- und Bekleidungsindustrie noch bei 66 Prozent, so rutschte er bis 1992 auf 31 Prozent, und der Anteil der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie stieg auf 37 Prozent. Insgesamt scheint der Prozeß der Entindustrialisierung auch Vorarlberg erfaßt zu haben.¹³

Warum diese Entwicklung in Vorarlberg anders verlief als im angrenzenden ostschweizerischen und süddeutschen Raum, kann hier nicht untersucht werden. Jedoch können einige Besonderheiten für Vorarlberg Erwähnung finden: Die Textilindustrie beschäftigte überdurchschnittlich viele HilfsarbeiterInnen und nur verhältnismäßig wenige gelernte ArbeiterInnen. Textilarbeit war vor allem Frauenarbeit. Die Löhne lagen in der Vorarlberger Textilindustrie zwar über denen von Tirol, doch zahlte die Textilbranche deutlich schlechter als die metallverarbeitenden Industrie.¹⁴ Während sich die österreichische Industrie insgesamt in der Zwischenkriegszeit technisch im Vergleich zum Deutschen Reich auf einem weitaus niedrigeren Stand befand, brauchte die Textilindustrie diesen Vergleich nicht zu scheuen — sie war modern. Das heißt: In ihr wurde in vergleichsweise hohem Maße rationalisiert, was wiederum heißt, daß mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr produziert wurde.¹⁵

Zum Abschluß noch eine Spekulation: Die Textilindustrie war in diesem Land so stark, daß sie lange Zeit das Aufkommen anderer Industriezweige und damit die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verhindern konnte.¹⁶

Insgesamt war das Vorarlberg der Ersten Republik ein recht armes Land. 1929 lebten hier etwas mehr als 140.000 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger, welche ca. 2,2 Prozent der österreichischen Bevölkerung ausmachten, aber nur 1,85 Prozent der österreichischen Einkommensteuern und 1,6 Prozent der Erwerbssteuern abführten. Auch das hat sich bis heute etwas verändert. Im Bundesland Vorarlberg (Bevölkerungsanteil 4,3%) wurden 1992 7,3 Prozent der österreichischen Einkommensteuer abgeführt, allerdings nur 3,2 Prozent der österreichischen Lohnsteuer, obwohl 4,2 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen in Vorarlberg arbeiteten.¹⁷ Offenbar werden heute in Vorarlberg unterdurchschnittliche Löhne gezahlt und verdienen Selbständige besonders gut. Damit ist natürlich nichts über die Verteilung des Einkommens in den zwanziger Jahren gesagt; selbstverständlich gab es auch in den zwanziger Jahren hier Wohlhabende und sogar Reiche — darunter einige Fabrikantenfamilien, deren Namen den Vorarlbergern noch heute geläufig sind: Die Getzner und Ganahls in Bludenz und Feldkirch, die Hämmerles und Rhomberts in Dornbirn, die Schindlers in Kennelbach, allesamt Fürsten in ihren Häusern, meist jedoch versehen mit der Aura der Volkstümlichkeit, Fabrikanten zum Angreifen also, nicht anonyme Aktienpakete.

„i d' Fabrik ga schaffa goh“¹⁸ — Vom Leben und Arbeiten der Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen

Die Vorarlberger Mundart kennt das Wort „Arbeiter“ nicht. Dafür existieren andere Begriffe, z.B. „Fabrikler“. „Wenn d' nit ghörig tuascht, muascht i d' Fabrik“¹⁹ — das war als Drohung für Minderjährige noch in den sechziger Jahren zu hören. Die Fabrik als Drohung und Bedrohung.

Das Arbeitsleben der Menschen in der Textilindustrie war in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg geprägt von Nachkriegsnot und Inflation sowie auch von einer allgemein als dynamisch empfundenen gesellschaftlichen und politischen Situation. Nach den ersten Jahren der Not ging es darum, der Arbeiterschaft einen gerechten Anteil am ökonomischen Aufschwung zu sichern. Die dreißiger Jahre waren dann geprägt von Lohnabbau, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit.

Auf den folgenden Seiten wird versucht die Lebensbedingungen der Textilarbeiterschaft nachzuzeichnen, allerdings beschränkt auf einige wesentlichen Bereiche. Andere Seiten dieses Lebens, etwa die materielle Kultur, Heiratsverhalten, besondere sprachliche oder kulturelle Muster usw. blieben hier unberücksichtigt.

Nachkriegsnot

Es mangelte an allem, am Essen, an der Kleidung, am Heizmaterial... Weil die Kohle fehlte, gab es kaum Strom, und die Züge verkehrten unregelmäßig. Doch der Mangel war nicht gleichmäßig verteilt. Während sich die Wohlhabenden bei den Bauern, Bäckern, Metzgern usw. gegen gutes Geld — nicht gegen die Papierfetzen des Inflationsgeldes — versorgen konnten, hungerten die Arbeiterfamilien und auch die Familien der kleinen Beamten. Die Bauern hingegen verdienten gut an diesen illegalen Geschäften, am Schwarzmarkt. Wie groß die Not war, zeigt eine breit angelegte Untersuchung der Vorarlberger Schulkinder aus dem Jahre 1920. 11.088 der insgesamt 27.000 Vorarlberger Schulkinder wurden untersucht, 7.166 (64,6 %) waren unterernährt. Die Kin-

der in ländlichen Gemeinden waren gewöhnlich besser ernährt als Stadtkinder, am besten ging es den Kindern in Schruns, am schlechtesten in Feldkirch. Zur Bekämpfung der Hungersnot bestanden schon im Krieg sogenannte „Naturalverpflegestationen“. Um die Ernährung der Vorarlberger Kinder machte sich vor allem das „Amerikanische Kinderhilfswerk“ verdient, das meistens durch Spenden aus den USA finanziert wurde und bis zu 7.500 Mahlzeiten täglich an notleidende Kinder ausgab.²⁰

Not an sich macht nicht rebellisch, vielmehr apathisch, ungleich verteilte Not jedoch schon. Das heißt dann „relative Deprivation“, wörtlich übersetzt meint das „verhältnismäßige Beraubung“, und man kann durchaus auch von struktureller Gewalt sprechen, von einer Gewalt also, die in den gesellschaftlichen Strukturen wurzelt und welche die einzelnen davon Betroffenen als Raub an ihren Lebenschancen begreifen.²¹ Die auseinanderklaffende Schere zwischen der tatsächlichen Notlage und den ans Leben gestellten Erwartungen, die Ungerechtigkeit, welche Frauen und Männer täglich erlebten, wenn sie um wenig Brot und Milch lange anstehen mußten, während die Reichen sich leicht ausreichend versorgen konnten, das alles waren ganz wesentliche Gründe dafür, daß es in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg zu mannigfachen Protestkundgebungen und Unruhen auf den Straßen kam. Es war vor allem die Arbeiterschaft in den städtischen Agglomerationen, welche Milch für ihre Kinder und Brot und Fleisch für sich und ihre Familien lautstark einforderte. Im Juni 1920 etwa gab es zwei große Kundgebungen in Bregenz gegen eine Erhöhung der Milchpreise und gegen die unzureichende Versorgung mit Milch, im März 1919 schon war in Dornbirn ein mit Vieh beladener Güterzug am Weiterfahren durch eine aufgebrachte Menschenmenge behindert und das Vieh „beschlagnahmt“ worden. Das Zuchtvieh konnte später dann doch noch nach Oberösterreich verfrachtet werden, von wo im Austausch Heu geliefert wurde. Aber die Dornbirner Arbeiterschaft hatte laut und deutlich zu verstehen gegeben, daß sie ihre Interessen zu vertreten gedachte. In diesem Zusammenhang entstanden überall im Land sogenannte „Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte“, welche sich vor allem um die Versorgung der Arbeiterschaft kümmerten. Der Sozialdemokratie gelang es recht schnell, diese Räte unter ihre Kontrolle zu bringen, für das Bürgertum und die

bürgerlichen Parteien verkörperten diese Räte jedoch die Sendboten der bolschewistischen Revolution. Und Bürger und Bauern beschloßen, sich dagegen zu bewaffnen: Die Heimwehren waren geboren.²²

Arbeitsrecht

Vor allem diese ersten, sehr bewegten Jahre der am 12. November 1918 ausgerufenen Republik (Deutsch-)Österreich brachten den ArbeiterInnen große rechtliche Fortschritte. Wenige Wochen nach Ausrufung der Republik beschloß das Parlament das Gesetz über den Achtstundentag sowie ein Gesetz über den Kinderschutz. Es folgten so grundlegende Gesetze wie jenes, das die Nachtarbeit von Frauen und Jugendlichen verbot, sowie das Arbeiterurlaubsgesetz, das je nach Betriebszugehörigkeit ein bis zwei Wochen Urlaub im Jahr vorsah.²³ Während die Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter schon Ende des 19. Jahrhunderts eingeführt worden war, gelang es zwar, 1926 eine Pensionsregelung für Angestellte einzuführen — nicht jedoch für ArbeiterInnen. Das dringend erwartete Arbeiterversicherungsgesetz, welches sowohl die Alters- wie die Invalidenversicherung auch für ArbeiterInnen eingeführt hätte, wurde 1927 vom Parlament beschlossen, jedoch trotz intensiver Agitation der Sozialdemokratie in der Ersten Republik nicht mehr in Kraft gesetzt.

Das 1920 beschlossene Gesetz über die Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte führte rasch zur Vorarlberger Arbeiterkammer in Feldkirch, die durchaus größere Bedeutung als Vertreterin von Arbeiterinteressen erlangte. Das schon 1919 beschlossene Gesetz über die Errichtung von Betriebsräten griff hingegen nicht recht. In den kleinen Betrieben, vor allem in der Stickerei, gelang es oftmals gar nicht, Betriebsräte oder Vertrauenspersonen zu etablieren. 1925 wurde nach einer Erhebung der Arbeiterkammer in kaum 30 Prozent der berechtigten Betriebe gewählt, in den Stickereien überhaupt nicht.²⁴ Und auch die Betriebsräte der Großbetriebe waren oft mit der Ablehnung der Unternehmer konfrontiert, vor allem wenn sie einen eigenständigen, den Patronen nicht genehmen Kurs verfolgten. So entließ die Feldkircher Firma Ganahl einfach knapp vor der Betriebsratswahl 1932 120 größtenteils freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter.²⁵

1925 hatten in einer —namentlich nicht bekannten— Baumwollweberei noch 59 der 70 dort Beschäftigten über vier Tage gestreikt und damit die Entlassung eines Betriebsrats verhindert.²⁶

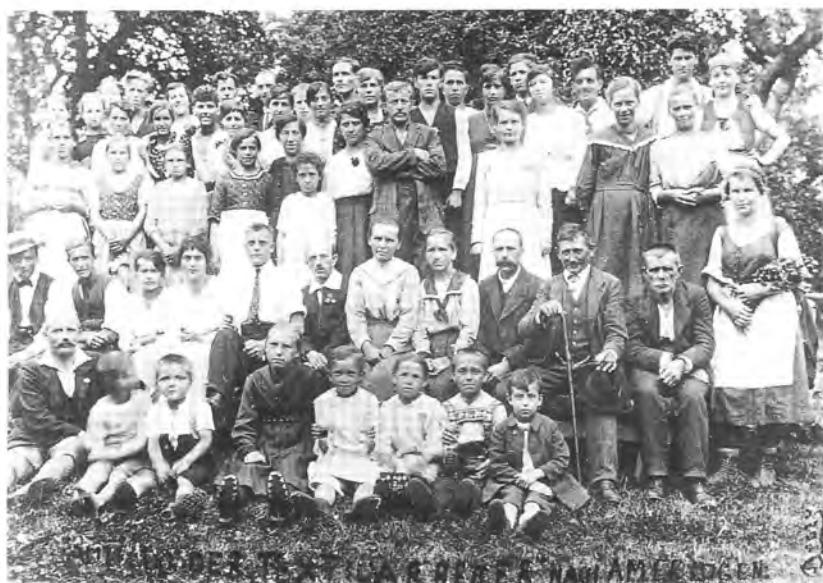
Kinderarbeit

Nur zu oft konnte die Kluft zwischen Rechtslage und Arbeitsalltag nicht geschlossen werden. Eines der großen Probleme war die Kinderarbeit. Kinderarbeit war in der Landwirtschaft völlig selbstverständlich, und nur langsam setzte sich das Bewußtsein durch, daß die Kindheit einen geschützten Raum darstellt. Kinder, zumeist Buben aus bäuerlichen Familien, zogen zumindest bis Ende der zwanziger Jahre noch als Hütekinder ins benachbarte Schwabenland.²⁷ In Industrie und Gewerbe war die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren erst mit der Gewerbeordnung von 1885 untersagt worden.²⁸ Der Verdienst der Kinder war jedoch in vielen Familien lebensnotwendig, und nicht zuletzt deshalb hatte sich der aus dem Bürgertum kommende Gedanke vom Wert der Kindheit keineswegs schon überall durchgesetzt. Gisela Turnher, Assistentin der Gewerbe-Inspektion Bregenz, verfaßte für den Bericht der Gewerbeinspektoren 1923 einen Sonderbericht über „Die Heim- und Kinderarbeit in Vorarlberg“. Sie schrieb:

„Die Durchführung des Kinderarbeitsgesetzes stößt in Vorarlberg immer noch auf Schwierigkeiten. Wie schon in früheren Berichten erwähnt wurde, zeigen sich die Schulen dem Kinderarbeitsgesetze gegenüber vielfach teilnahmslos, fassen ihre durch das Gesetz vorgeschriebene Mitwirkung an der Durchführung desselben als unangenehmen Spitzeldienst auf, oder haben von der Kinderarbeit, beziehungsweise der Anzeigepflicht derselben ganz falsche Ansichten. Dasselbe gilt teilweise auch von den Aufsichtsstellen und Gemeinden... In den Verzeichnissen waren 126 Kinder ausgewiesen, die mit industrieller Arbeit oder im Haushalt beschäftigt wurden. Die meisten industriell beschäftigten Kinder entfallen auf die Stickereiindustrie. ... Die Übernehmer der Heimarbeit sind in den meisten Fällen nicht die Kinder, sondern deren Angehörige. Leider werden die Kinder zur Heimarbeit oft vor dem vollendeten 12. Lebensjahre

herangezogen und manchmal bis in die späten Abendstunden beschäftigt, so daß sich nach Angabe der Klassenlehrer großes Schlafbedürfnis bemerkbar macht. ... Als neuer Zweig der Kinderarbeit ist das Flechten von Strohtaschen zu erwähnen, das als Heimarbeit für eine Strohhutfabrik fast ausschließlich von Kindern besorgt wird. Bei einer Witwe wurde neben einem 13- und einem 11jährigen sogar ein noch nicht schulpflichtiges Mädchen mit dieser Arbeit beschäftigt vorgefunden. Die vorzeitige Anstellung von Kindern erfolgte meist aus Mitleid mit der Not ihrer Familie, in einigen Fällen auch mangels Erwachsener. Die Entlohnung der Kinder in Betrieben und in der Heimarbeit war mit wenigen Ausnahmen dieselbe wie für Jugendliche mit gleichartiger Arbeit. Das Grundübel für die verbotswidrige Kinderarbeit ist die Sommer- und in noch größerem Maße die Winterschulbefreiung. Das Gewerbe-Inspektorat hat schon des öfteren beim Landesschulrat Vorstellungen erhoben, damit die Schulbefreiung eingestellt werde. Trotzdem der Landesschulrat die Zusicherung gab, dahin zu wirken, daß in Hinkunft nur mehr solche Kinder schulbefreit werden dürfen, bei denen die Gewißheit besteht, daß sie nicht in gewerblichen Betrieben, beziehungsweise zu verbotenen Arbeiten verwendet werden, wurden sowohl in kleingewerblichen wie in fabriksmäßigen Schifflistickereien immer wieder schulbefreite Kinder vorgefunden, die als Schifflisticker Verwendung fanden. Dem Gewerbe-Inspektorat in Bregenz wurden 254 Fälle von Bestrafungen wegen Übertretung des Kinderarbeitsgesetzes bekannt, und zwar wurden 18 Arbeitgeber mit insgesamt 845.000 K und 5 Väter von gesetzwidrig verwendeten Kindern mit insgesamt 34.000 K bestraft. ²⁹

Doch mit Bestrafungen ließ sich eine der Ursachen für die Kinderarbeit nicht aus der Welt schaffen: die schiere Not. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß es den Behörden nicht gelang, die Kinderarbeit zu unterbinden.³⁰



Ausflug von Textilarbeiter-Familien nach Amerlügen bei Frastanz, 1922.



Stickerfamilie vor ihrer Schifflistickerei —hier blieb kein Raum für Arbeitsrecht.

Arbeitszeit

Probleme gab es auch bei der Durchsetzung der Mutterschutzbestimmungen³¹ sowie bei der tatsächlichen Durchsetzung des Achtstundentages bzw. der 48-Stundenwoche. Überstunden waren dabei mit einem Zuschlag von 50 Prozent zu entlohnen; diesen Zuschlag reduzierte die christlichsoziale Regierung Dollfuß 1934 mittels Notverordnung auf 25 Prozent — zur Zeit der großen Arbeitslosigkeit verbilligte man damit Überstunden! Die Vorarlberger Christlichsozialen sprachen sich zwar nicht prinzipiell gegen den alten Wunsch der Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag aus, sie waren aber einerseits gegen seine Realisierung zu diesem Zeitpunkt und andererseits gegen die „schematische Ausdehnung des Achtstundentags auf Fabriken und Kleingewerbe“.³² Dabei ließ bereits das Gesetz zahlreiche Löcher offen, dazu kamen noch zahllose Gesetzesbrüche. Die Unternehmer jammerten über die Soziallasten, welche nach ihrer Rechnung neun bis 19 Prozent der Lohnkosten betrügen, und forderten mit dem Hinweis auf die Wettbewerbsfähigkeit eine Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit. Die Christgewerkschafter rechneten nach und kamen auf eine Belastung von etwa sechs Prozent.³³ Die mangelnde Einhaltung des Achtstundentag-Gesetzes war auch Thema der Eröffnungsrede zum VIII. österreichischen Arbeiterkammertag am 12. Oktober 1928 in Feldkirch. Der sozialdemokratische Vorarlberger Arbeiterkammerpräsident Wilhelm Sieß beklagte die geringe Effizienz der Gewerbeinspektorate sowie der Behörden im allgemeinen. Die Arbeiterkammer könne zwar die Gewerkschaften unterstützen, jedoch müßten vor allem diese den Achtstundentag und die übrigen sozialen Errungenschaften durchsetzen.

Doch gerade in der Stickereibranche waren die Gewerkschaften kaum präsent, und hier häuften sich die Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes. Am 9. März 1927 erschien in der Wiener sozialdemokratischen Zeitung „Der Abend“ ein Leitartikel, der sich unter der Überschrift „Achtzehnstundentag im 20. Jahrhundert!“ mit dem Elend der Vorarlberger Stickereiarbeiter beschäftigte. Diese stünden bis zu 18 Stunden täglich an der Maschine, ohne daß zumindest Überstundenzuschläge ausbezahlt würden. Die Vorarlberger Landesregierung leitete auf diesen Artikel hin eine Erhebung ein, die ergab, daß 1926 allein im Gebiet der Bezirkshauptmanschaft Feldkirch 28 Stickereibetriebe wegen Arbeitszeitüber-

schreitungen mit allerdings geringfügigen Geldstrafen belegt worden waren.

Diese überlangen Arbeitszeiten sind vor dem Hintergrund der nahezu permanenten Krise der Stickerei zu sehen. Die Vorarlberger Sticker arbeiteten größtenteils für Schweizer Fabrikanten und unterboten mit niedrigen Stichpreisen ihre Schweizer Konkurrenz. Es waren zumeist Klein- und Kleinstbetriebe, vielfach wurde noch in den entlegensten Dörfern in Heimarbeit gestickt, wobei im Winter oft wegen der Lawinengefahr keine Arbeit durch die Fergger gebracht werden konnte.³⁴ 1927 beschäftigten 521 Stickereibetriebe unfallversicherte ArbeiterInnen, davon hatten gerade 8 Betriebe 51 bis 100 ArbeiterInnen. Bis 1934 war die Zahl der Betriebe, die ArbeiterInnen beschäftigten, auf 199 gesunken, nur ein Betrieb der Größenordnung 51 bis 100 ArbeiterInnen war übrig geblieben.³⁵

Aus dem Jahre 1928 ist ein Beschluß der Stickereigenossenschaft überliefert, welcher die täglichen Arbeitszeiten zur Unterbindung von Schmutzkonkurrenz auf täglich elf Stunden beschränken wollte.³⁶ Die Schweizer Sticker empfanden die Vorarlberger weiterhin als Schmutzkonkurrenz, die ihnen die Preise ruinierte. Aus den Jahren 1928/1929 wird berichtet, die Stichlöhne in der Stickerei seien zuerst um 20 Prozent, dann auf die Hälfte gefallen.³⁷ 1932 und 1934 besetzten sogar verzweifelte St. Galler Sticker die Rheinbrücken, um das Preisdumping zu unterbinden.³⁸

Immer wieder lesen wir in den Berichten der Gewerbeinspektoren von größten Verletzungen des Arbeitszeitgesetzes, und durchaus nicht nur in der Stickerei. Auch in der Textilindustrie führten vermehrte Auftragseingänge zu Überstunden, die nicht selten einen zwölfstündigen Arbeitstag ergaben.³⁹

Das Gewerbeinspektorat Bregenz berichtete aus dem Jahre 1924 von bis zu fünf Überstunden pro Tag in der Stickerei und faßte zusammen:

„Die Arbeitszeit in den Stickereien ist ganz unregelmäßig; sie hängt ganz von der Beschäftigung, der Dringlichkeit der vorliegenden Aufträge und dem Arbeitswillen der Arbeiter ab.“

In diesem Jahr wurde auch in den Bleichereien je nach Auftragsstand in Schichten von bis zu zwölf Stunden gearbeitet — im Gegensatz zu den Stickern scheinen hier die ArbeiterInnen relativ gut verdient zu haben, das Doppelte des gewöhnlichen Wochenverdienstes oder sogar darüber.⁴⁰ Die Arbeiterkammer attestierte den großen Textilbetrieben, sie hielten die sozialen Schutzgesetze fast durchwegs ein, weil die Gewerkschaften darüber wachten.⁴¹

Insgesamt gilt wie bei der Kinderarbeit auch hier: Die Behörden wurden der Gesetzesverletzungen nicht Herr. Diese resultierten aus der Not. Die Not wurde dadurch größer, daß soziale Mindeststandards nicht durchgesetzt wurden.

Auch bei der Anerkennung der Urlaubsansprüche ergaben sich Probleme, entweder weigerten sich Inhaber, überhaupt Urlaub zuzugestehen, oder sie gewährten ihn nicht in entsprechendem Ausmaß.⁴² In einer Stickerei wurden den im Stundenlohn beschäftigten Nachsehern die durch ihre Fehler entstandenen Nachstickkosten vom Arbeitslohn abgezogen, bis das Gewerbeinspektorat dagegen einschritt.⁴³

Löhne und Kaufkraft

Aus den Jahren 1927 und 1928 sind genauere Zahlen über die in Vorarlberg bezahlten Löhne erhalten. Demnach verdiente ein qualifizierter Textilarbeiter in der Woche 50 Schilling, ein Hilfsarbeiter 38 und eine Hilfsarbeiterin gar nur 35.⁴⁴ Ein Vorarbeiter auf dem Bau kam auf 80 Schilling, ein Zimmermann auf 67 und ein durchschnittlicher Bauhilfsarbeiter verdiente 41. Die auf dem Bau bezahlten Löhne lassen sich mit den Textiler-Löhnen allerdings nur schwer vergleichen, denn der Verdienst auf dem Bau war seasons- und witterungsabhängig. Besonders schlecht bezahlt waren jugendliche Arbeiterinnen in Spinnereien. Eine sechzehnjährige Zettlerin etwa verdiente in der Hörbranner Wolldeckenfabrik Sannwald 21 Schilling in einer 48 lange Stunden dauernden Arbeitswoche. Schifflifüller in der Stickerei waren noch schlechter bezahlt, sie bekamen in Götzis und Hohenems gerade 18 Schilling für 60 Arbeitsstunden ausbezahlt, in Rankweil waren es 18,60 Schilling, in Dornbirn 27 Schilling und in Lustenau 30 Schilling. Schifflifüllen war die schlechtest bezahlte Arbeit in der Stickerei; der relativ hoch-

qualifizierte Puncher bekam immerhin 84 Schilling für 60 Stunden. Die Löhne wurden zumeist wöchentlich ausbezahlt, doch stellten im Laufe der Jahre immer mehr Betriebe auf zweiwöchige Lohnperioden um und beschafften sich dadurch zinsfreies Kapital. Die Textilfirma F.M. Hämmerle stellte 1931 die Lohnauszahlung auf einen 14tägigen Zyklus um und behielt zusätzlich noch einen Wochenlohn als sogenannte „Stehwoche“ zurück. Bei 1.600 ArbeiterInnen dürfte F.M. Hämmerle auf diese Weise ungefähr 120.000 Schilling an zinsfreiem Kapital auf Kosten der ArbeiterInnen gewonnen haben.⁴⁵

Wenngleich mir keine aussagekräftigen Kaufkraftvergleiche aus den zwanziger oder dreißiger Jahren bekannt sind, so gibt es doch einige Hinweise darauf, daß andernorts in Österreich besser gezahlt wurde — allerdings bei einer anderen Industriestruktur.⁴⁶

Die Angestellten in der Textilindustrie scheinen recht gut bezahlt worden zu sein, 71 Prozent von ihnen verdienten mehr als 300 Schilling im Monat. Ihre Zahl nahm im Gegensatz zu der der Industriearbeiterschaft zwischen 1910 und 1934 beständig zu: 1910 gab es 3.790 Angestellte, davon nur 820 in Industrie und Gewerbe; 1934 dann insgesamt 8.952, davon 2.559 in Industrie und Gewerbe.

Insgesamt dürfte die Kaufkraft lediglich in den Jahren relativ guter Konjunktur zwischen 1925 und 1929 das Vorkriegsniveau erreicht haben.⁴⁷ Aus dem Jahr 1929 stammt eine Berechnung der Lebenshaltungskosten, die in der christlichsozialen Tageszeitung „Vorarlberger Volksblatt“ publiziert wurde.⁴⁸ Demnach bräuchte eine fünfköpfige Familie 500 Schilling im Monat: 80 für die Wohnung, 10 für Licht und Wasser, 20 für Brennmaterial, 60 für die Kinder, 150 für Lebensmittel, 50 für Kleider und Schuhe, 30 für Verschiedenes, 30 für Vergnügungen und als Taschengeld, 70 für Versicherungen. Das macht im Jahr 6.000 Schilling, also 1.200 Schilling pro Kopf. Barnabas Fink, der Priester und Volkswirtschaftler, kommt in seinem Beitrag zur Vorarlberger Heimatkunde 1931 auf deutlich niedrigere Lebenshaltungskosten pro Kopf und Jahr, nämlich auf 949 Schilling.⁴⁹

Während ein Angestellter auf ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 3.600 Schilling kam und damit eine drei- bis vierköpfige Familie erhalten konnte, kamen Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen auf einen durchschnittlichen Jahresverdienst von mindestens 1.900 und

höchstens 2.700 Schilling. Das reichte demnach gerade für zwei bis drei Personen. Eine Textilarbeiterfamilie benötigte also normalerweise dringend den Verdienst von Mann und Frau. Es muß aber bedacht werden, daß diese Zahlen nur Durchschnittswerte repräsentieren, die Wirklichkeit war demnach für die Hälfte der Vorarlberger Arbeiterfamilien um einiges drückender. Denn die Hälfte der Vorarlberger Arbeiter verdiente weniger als sechs Schilling am Tag und damit weniger als 1.800 Schilling im Jahr, mehr als ein Drittel der Arbeiterinnen verdiente sogar weniger als drei Schilling am Tag und damit weniger als 900 Schilling im Jahr. Damit konnte sich so eine Familie gerade die Lebensmittel leisten und eine Wohnung nur dann, wenn die fast nichts kostete.⁵⁰

Vollends prekär wurde die Situation jener Textilarbeiterfamilien, deren Familieneinkommen dadurch geschmälert wurde, daß die Frau bzw. der Mann im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen oder der Absatzkrise der frühen dreißiger Jahre ihren Arbeitsplatz verloren hatten respektive auf Kurzarbeit gesetzt wurden. Die Textiler-Arbeitslosigkeit erreichte im Jänner 1933 mit 3.326 vorgemerkten TextilarbeiterInnen ihren Höhepunkt. Eine fünfköpfige Familie mußte mit 105 Schilling Arbeitslosengeld über den Monat kommen, damit konnte sie nicht einmal ausreichend Lebensmittel einkaufen. Wurde sie nicht von Verwandten unterstützt oder konnte sie nicht auf einen kleinen landwirtschaftlichen Besitz ausweichen, dann verkam sie ins Elend.⁵¹

Zum Schluß noch zwei Dinge: Jene Berechnungen, so problematisch sie auch immer sind, welche die Textilarbeiterlöhne der Jahre 1835/36 mit denen der späten zwanziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts vergleichen, zeigen, daß es der Arbeiterschaft nunmehr besser ging als vor fast hundert Jahren. Es wurde kürzer gearbeitet und mehr verdient. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte, auch für die Rohbaumwolle, hatten sich kaum verteuert, real waren sie gefallen.⁵² Man könnte auch sagen, der Kaufkraftgewinn resultiert aus einer extremen und, ökologisch betrachtet, brutalen Intensivierung und Rationalisierung in der Landwirtschaft sowie — wie wir noch klar aufzeigen werden — aus einer ebenso extremen und möglicherweise ebenso brutalen Intensivierung und Rationalisierung der industriellen Produktion.

Die beiden Seiten der Rationalisierung

Die Rationalisierung zeigt uns — wie die moderne Welt überhaupt — einen Januskopf. Dieser römische Gott des Torbogens zeigt dem draußen ein anderes Gesicht als dem, der ihn schon durchschritten hat. Wohl werden Hoffnungen in bessere und effizientere Arbeitsabläufe gesetzt, wohl können — zumindest bis alle Konkurrenten gleichgezogen haben — höhere Erträge erwirtschaftet und auch verteilt werden, doch diese Entwicklung hat ihr zweites Gesicht, welches weniger einladend dreinschaut.

Hier kann nicht auf die gesamte technische Entwicklung im Bereich der Textilproduktion eingegangen werden, nur ganz wenige Aspekte können angesprochen werden. Wichtig für TextilarbeiterInnen war etwa, daß der Elektromotor in den zwanziger Jahren seinen Siegeszug durch die Fabriken antrat — fast 100 Jahre nach seiner Erfindung.⁵³ Ende der zwanziger Jahre entstanden die Illwerke, in den einzelnen Fabriken wurden die alten Wasserräder gegen Turbinen ausgetauscht, und die Maschinen wurden zunehmend mit elektrischem Einzelantrieb versehen, wodurch die gefährlichen Transmissionen wegfielen — zweifellos ein gewaltiger Fortschritt auch für die dort beschäftigten ArbeiterInnen. Wenngleich jetzt die Gefahr geschwunden war, in die sausenenden Transmissionsriemen zu geraten, dort skalpiert oder schwerst verletzt, sogar getötet zu werden, brachte die Elektrizität allerdings ein neues Gefährdungspotential mit sich, zumal man recht locker damit umzugehen schien. So berichtete der Gewerbeinspektor aus dem Jahre 1929, in einer Färberei seien die mangelhaft isolierten, stellenweise schadhafte Stromkabel der provisorisch angebrachten Lampen auf der eisernen Färbemaschine aufgelegt, und es bestehe die Gefahr, daß der ganze Apparat unter Strom gesetzt werde. Immer wieder kann man in den Berichten der Gewerbeinspektoren vom bedenkenlosen Umgang mit Strom lesen. 1927 ereigneten sich in Vorarlbergs Betrieben jeweils fünf Unfälle durch Transmissionen und durch Strom.⁵⁴

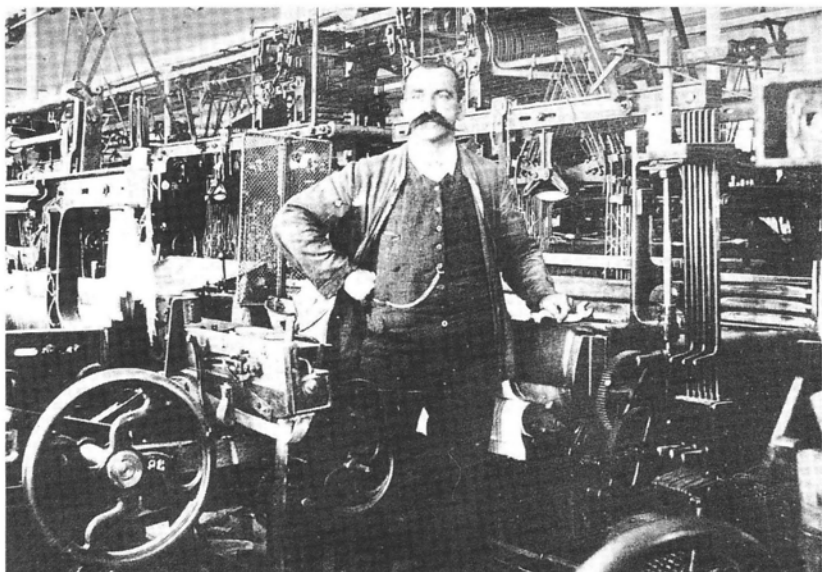
Ein weiterer, von den Gewerbeinspektoren häufig beklagter Mißstand, war die drückende Enge in Stickereibetrieben. Ein Beispiel aus dem Jahre 1927:

„Die Erweiterung der baulichen Anlagen hielt bei der immerhin noch bestehenden Unsicherheit der Geschäftslage und der Geldknappheit mit dem oft plötzlich gesteigerten Raumbedarf nicht immer Schritt; es wurden daher in Stickereibetrieben, Ausschneidereien, Ausrüstereien, Klöppelspitzen-, Wäschefabriken u.a. überfüllte Arbeitsräume angetroffen. — In einer Klöppelspitzenfabrik standen die Maschinen so eng, daß kaum durchzukommen war, der frei zwischen den Maschinen stehende Dieselmotor erschütterte das ganze Gebäude, steigerte den Lärm zur Unerträglichkeit und verpestete die Luft der vor Schmutz starrenden Anlage; die sofortige Entfernung des Dieselmotors, die gründliche Reinigung der Anlage, ferner die Entfernung der überzähligen Maschinen wurden behördlich vorgeschrieben. Die Lüftung der Klöppelspitzenfabriken stieß sehr häufig auf Schwierigkeiten, da die Fensterlüftung von den Nachbarn wegen des Maschinenlärms angefochten und die künstliche Lüftung von der Arbeiterschaft als ungenügend abgelehnt wird.“⁵⁵

Wie dieses Beispiel — nur eines von unzähligen! — zeigt, kann die Bedeutung des Gewerbeinspektorats für die Entwicklung einer modernen Industrie mit verträglichen Arbeitsplätzen gar nicht hoch genug geschätzt werden. Seien es Notausgänge, Beleuchtung, Belüftung, die Sicherheit an der Maschine, die Verwendung giftiger Stoffe — immer wieder bewirkte die Inspektion Veränderungen.

Ein sehr wichtiger Bereich war die Entstaubung von Spinnereien sowie die Entnebelung von Textildruckereien, Bleichereien, Färbereien etc. Auch hier intervenierte die Behörde recht erfolgreich.⁵⁶

Rationalisierung wurde nicht in erster Linie betrieben, um die Arbeitsverhältnisse zu verbessern, sondern um den Ertrag zu optimieren. Beginnen wir mit einem einfachen Beispiel: In der Festschrift, die anlässlich ihres hundertjährigen Bestehens von den Textilwerken Schindler in Kennelbach herausgegeben wurde, finden sich die schon angesprochenen Berechnungen zu Löhnen und Kaufkraft, aber auch zur Veränderung anderer Produktionsbedingungen.⁵⁷ Unter anderem wird angegeben, daß hundert Feinspindeln 1836 in der Stunde 0,2 kg Garn spannen, 1937 waren es 0,76 kg. 1836 entfielen auf einen Spinnereiarbeiter 80 Spindeln, 1937 jedoch 167. 1836 produzierte demnach ein Arbeiter



Der Dornbirner Webermeister Stephan Aberer, „mitten im Gewirr von Webstühlen, Transmissionen, Rädern und Gestängen seines Reiches“.



Ein „moderner“ Websaal bei Herrburger und Rhomberg, Dornbirn, etwa 1945.

in der Stunde 0,16 kg Garn, 1937 dann 1,27 kg. Wenn die Produktivität eines Spinnereiarbeiters für 1836 auf 100 gesetzt wird, dann lautet die Indexzahl für 1937 794. Diese enorme Produktivitätssteigerung ist einerseits der technischen Entwicklung geschuldet, andererseits einer Intensivierung der Arbeitsleistung. Die Schindler-Festschrift zeigt uns zwar die eine Seite unseres Januskopfes, nämlich die Steigerung des Stundenlohns von Index 100 (1836) auf Index 364 (1937), die andere Seite, nämlich der enorme Produktivitätszuwachs, muß jedoch aus den Zahlen erst herausgerechnet werden.

In den zwanziger Jahren brachten technische Errungenschaften jeweils die Erhöhung der Produktivität einer Arbeitskraft mit sich. Wenn der Absatz nicht in gleichem Maße ausgebaut werden konnte, verloren auf der anderen Seite ArbeiterInnen ihre Arbeit. Gekündigt wurden vor allem ältere ArbeiterInnen und eingestellt ganz junge, die schlechter bezahlt werden konnten.⁵⁸

Wir betrachten die Dinge wieder von beiden Seiten, zuerst vom technisch-betriebswirtschaftlichen Standpunkt. In der Spinnerei z.B. gab es kleine technische Fortschritte wie die Vergrößerung des Hubes und der Spulendurchmesser in der Ringspinnerei, wodurch einer Spinnerin in etwa das Doppelte an Spindeln zugeteilt werden konnte. Viel gravierender war die Einführung von Spulmaschinen mit einem sogenannten Barber-Colman-Spulautomaten. Dieser Automat besaß einen Roboter, der die Produktionsleistung gewaltig anhub. Jede aufgestellte Maschine dieses Systems sparte — bei gleichbleibender Produktion — 17 bis 19 Arbeitskräfte ein.

Noch größere Veränderungen brachte die Rationalisierung in der Weberei. Dazu schrieb Gewerbeinspektor Franz Jandraschitsch:

„Durch Ausstattung der Webstühle mit arbeitssparenden Vorrichtungen wie Kettfadenwächter, Schußfühler und Anbauautomaten mit selbsttätigen Schußwechselapparaten war es möglich, einem Weber bis 24 Webstühle zu übertragen. Eine Unternehmung stellte aus Amerika eingeführte vollautomatische Webstühle auf. Einem geschulten Weber werden, nach der Qualität des verfügbaren Garnmaterials, zeitweise bis zu 40 solche, glatte, einfachbreite Webstühle zugeteilt.“⁵⁹

In der Textilveredelung erhielten die Spannrahmen sogenannte automatische Gewebeführungsvorrichtungen, welche die Arbeit von zwei Arbeiterinnen übernahmen. Diese Arbeiterinnen hatten allerdings eine sehr unangenehme Arbeit verrichtet und waren außerdem der als „fast unerträglich“ beschriebenen Warmluftströmung aus dem Wareneinlaufschlitz des Spannrahmen-Trockenkastens ausgesetzt.⁶⁰

Im Kennelbacher Heimatbuch erzählt Egon Sinz auch die Geschichte von betrieblichen Fehlentscheidungen, welche den größten Arbeitgeber des Ortes, die alles dominierenden Textilwerke Schindler & Cie. in die Krise führten. Deren Geschäftsführer Dr. Fritz Schindler hatte sich nach einer Amerikareise unter anderem sechs amerikanische Textilingenieure ins Haus geholt, welche insgesamt 56.000 Schilling (das entsprach 20 Arbeiter-Jahreslöhnen) kosteten, dafür Rationalisierungsmaßnahmen erarbeiteten und damit die Arbeiterschaft in beträchtliche Unruhe versetzten. Es kam zu Protestversammlungen; dabei meinte der Ortspfarrer, das Vorgehen der Firma verstoße gegen das christliche Sittengesetz, und das christlichsoziale „Vorarlberger Volksblatt“ titelte einen Bericht über die Versammlung der christlichen Textilgewerkschaft mit „Modernes Sklaventum“. Während einerseits Arbeitskräfte eingespart, Weihnachtsgelder etc. nicht mehr ausbezahlt wurden, erwarb der Fabrikant selbst in dieser Krisenzeit eine neue Yacht und meldete im Sommer 1930 den Ausgleich an. Dieser ging durch, und die Banken forderten als Gegenleistung weitere Rationalisierungen. Also stieg beispielsweise die Zahl der Spindeln, die ein Spinner zu bedienen hatte, um ein Drittel an, parallel dazu wurden die Löhne gekürzt, doch das Unternehmen insgesamt faßte wieder Tritt und konnte trotz der Absatzkrise der frühen dreißiger Jahre seinen Beschäftigungsstand von 370 im Jahre 1930 auf 595 im Jahre 1934 erhöhen: Eine neue, hochmoderne Weberei war eröffnet worden.⁶¹ Die Firma Schindler war schon 1926 durch unkonventionelle Unternehmenspolitik aufgefallen, als sie 120 Webstühle an ehemalige Sticker ausgegeben haben soll, die dann in Hausarbeit gewebt und die Löhne der Fabrikweber konkurrenziert haben.⁶²

Diese Expansion in der Krise war keinesfalls ein Einzelfall, denn insgesamt investierte die Vorarlberger Textilindustrie in den Jahren der Textilkrise zwischen 1929 und 1934 kräftig. Der Vorarlberger Anteil an der österreichischen Baumwollproduktion stieg dadurch von 20 Pro-

zent in den Jahren 1921 bis 1927 auf fast 28 Prozent im Jahre 1934. Ähnliches gilt für die Weberei, sodaß insgesamt festgestellt werden kann, daß zwischen 1929 und 1936 eine relativ hohe Arbeitslosigkeit mit großen Rationalisierungsinvestitionen parallel lief.⁶³ Wie es den meisten Textilindustriellen gelang, von der Zeit des Nationalsozialismus zu profitieren, davon ist im Beitrag von Werner Bundschuh die Rede.⁶⁴

Samuel Spindler, der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär der Union der Textilarbeiter, würdigte Ende der zwanziger Jahre weniger die Modernisierungsbestrebungen der Industrie, vielmehr brachte er seinen Eindruck so auf den Punkt:

„Die Rationalisierungsbestrebungen der Vorarlberger Textilindustriellen gehen zum Großteil darauf aus, mit den alten Maschinen und den alten Löhnen eine höhere Produktion zu erzielen.“⁶⁵

Arbeitsmigration und Wohnungsnot in Vorarlberg

Traditionellerweise war das Dach überm Kopf in Vorarlberg ein eigenes. Um etwa 1840 wohnten in Dornbirn 7.277 Einwohner in 1.245 Familien. Zur selben Zeit wurden in Dornbirn 1.247 Häuser gezählt.⁶⁶ Die Bevölkerung wuchs dann beträchtlich⁶⁷, nicht zuletzt weil durch die Industriearbeit Geld unter die Leute kam und Heiraten damit leichter möglich wurden. Dazu kam, daß sowohl aus den Bergtälern als auch aus weiter entfernten Gebieten Arbeitsuchende in die Vorarlberger Industriegebiete zuwanderten. Während sich die Einwohnerzahl von Dornbirn zwischen 1869 von 8.707 bis 1951 auf 22.532 fast verdreifachte, siedelten die Menschen aus den Gebirgstälern ab: Waren 1869 noch 383 Damülser gezählt worden, wohnten 1951 in der hochgelegenen Walsergemeinde nur noch 223 Menschen.⁶⁸

Welche Größenordnung die durch die Industrialisierung bedingte Zuwanderung erreichte, kann man daran ersehen, daß 1910 21 Prozent der Einwohner des Landes nicht in Vorarlberg geboren waren und daß in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg 40 bis 45 Prozent der Industriearbeiterschaft zugewandert war, zumeist aus dem italienischsprachigen, aber zu Österreich gehörenden Trentino, aber auch aus Deutschland.

1934 waren — trotz der Rückkehr vieler ItalienerInnen ins Trentino nach 1918 und dem wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten gebremsten Zuzug — noch immer 9,5 Prozent der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger im Ausland geboren und 6,9 Prozent (10.641 Personen) besaßen eine ausländische Staatsbürgerschaft.⁶⁹ In der ersten Hälfte der zwanziger Jahre drängten besonders viele deutsche Arbeitslose nach Vorarlberg, wo sie oft ein behördlich nicht genehmigtes Arbeitsverhältnis eingingen. Diese „illegal Beschäftigten“ wurden, weil sie besonders billig waren, als Dienstboten, in der Landwirtschaft, aber auch in Gewerbe und Industrie beschäftigt. Nachdem das Landeskartell der christlichen Gewerkschaften dagegen bei der Landesregierung Klage geführt hatte, gingen die Bezirkshauptmannschaften recht rigide gegen die ausländischen Arbeiter vor. Aufgrund von nun einsetzenden Klagen verschiedener Firmen sah sich der Dornbirner Fabrikant Julius Rhomberg veranlaßt, einen privaten Brief an Landeshauptmann Otto Ender zu schreiben, in welchem er die Beschäftigungspolitik der Behörden als „geradezu feindseligen Akt gegen die Industrie des Landes“ wertete und mehr Verständnis und Entgegenkommen einforderte. Auch in den folgenden Jahren drängten weiterhin deutsche Arbeitskräfte nach Vorarlberg, wo sie allerdings aufgrund eines „Inlandsarbeiterschutzgesetzes“ von 1925 nur sehr schwer legale Arbeitsplätze finden konnten. Im Jahre 1931 wurden in Vorarlberg insgesamt 1.083 fast ausschließlich in der Industrie beschäftigte Ausländer erfaßt. Davon arbeiteten 428 ohne Beschäftigungsbewilligung. 754 besaßen die deutsche Staatsbürgerschaft, 51 die tschechische und 95 die italienische.⁷⁰ Die weiteren Einwanderungswellen sind: die Südtiroler während des Krieges, Flüchtlinge danach, dann die Arbeitszuwanderer aus anderen österreichischen Bundesländern, schließlich aus Jugoslawien und der Türkei. 1993 lag der Ausländeranteil bei 14,7 Prozent (Wohnbevölkerung 351.181). Daß es bei so regem Zuzug zur Fixierung eines künstlichen und deshalb besonders verkrampften „Vorarlbergertums“ kommen konnte, verwundert nicht.⁷¹

Die wachsende Bevölkerung kam nicht mehr in Einfamilienhäusern unter. Für 1923 schätzte Barnabas Fink 18.000 „Hausbesitzerparteien“ und 13.000 Mietparteien, daraus errechnete er, daß 90.000 Personen im eigenen Haus und etwa 52.000 Personen zur Miete wohnten.⁷² Da sich

in Vorarlberg öffentlicher Wohnbau nur langsam gegen ideologische Vorbehalte der konservativen Mehrheit durchsetzen konnte, herrschte über viele Jahre drückende Wohnungsnot. Keineswegs dominierte unter der Fabrikarbeiterschaft jene Eigenheimidylle, welche die Apologeten der Vorarlberger Textilindustriellen immer wieder beschworen.⁷³ Am 14. Jänner 1928 faßte die sozialdemokratische „Vorarlberger Wacht“ die Situation so zusammen:

„Bald erwiesen sich die Armenhäuser der Industriegemeinden als zu klein, um die Wohnungslosen aufzunehmen. Dornbirn und Lustenau schritten zu Erstellung von Wohnbaracken für die Obdachlosen, und die Landeshauptstadt selbst ist auf dem Wege, ebenfalls eine solche Wohnbaracke für die Ärmsten der Armen, für jene, denen es an einem Obdach fehlt, zu erstellen. Darüber hinaus ist im Lande wenig geschehen: wohl haben Dornbirn, Bludenz und Feldkirch einige Wohnbauten erstellt, aber die Form, in der dies geschah, hatte keine Verringerung der Wohnungsnot zur Folge. ... Die Wohnungsnot wurde größer und größer, sie ist heute längst keine Angelegenheit mehr der Städte und großen Industriegemeinden, sondern längst eine Angelegenheit des ganzen Landes geworden. Das vollkommene Versagen der Gemeinden und des Landes auf dem Gebiete der Wohnbau-fürsorge hat naturgemäß zu einem schrecklichen Zustand auf dem Wohnungsmarkt geführt, zu einem Zustand, daß manche Hausbesitzer vermeinen, sich alles gegen die Mieter erlauben zu können.“

Viele Firmen stellten ihren ArbeiterInnen Wohnraum zur Verfügung⁷⁴ Allein im kleinen Kennelbach besaß die Firma Schindler & Cie. 26 Häuser mit 140 Wohnungen — darin wohnte etwa die Hälfte der KennelbacherInnen! Diese vielen Grundstücke und Wohnhäuser bänden einerseits große Kapitalien, andererseits war dieser Realienbesitz eine langfristige Wertanlage, die sich durchaus lohnte. Auch wurden die Textilfirmen durch diesen Besitz in den Gemeinden noch mächtiger, als sie als Arbeitgeber und Steuerzahler ohnehin schon waren.⁷⁵ In Kennelbach bekamen Arbeiterfamilien von der Firma zusätzlich eine kleine Gartenparzelle günstig zur Verfügung gestellt. Die Firmenfestschrift rechnete vor, darauf ließen sich Gartenprodukte im Wert von 20 Schilling im Monat ernten.⁷⁶ Firmenwohnung und Firmengarten, gegen

wenig Geld an ArbeiterInnen vermietet, rechtfertigten niedrige Löhne und beschnitten den Arbeitsmarkt einseitig zuungunsten der Arbeiterschaft: Ein Arbeitsplatzwechsel war so viel schwieriger, und die vielgepriesene Treue der Belegschaft zur Firma war wohl auch die Treue des Kettenhundes zur Hundehütte.

Bereits im Jahre 1913 faßte Max Winter seine Eindrücke vom sozialen Wohnbau der Fabrikanten in seiner Sozialreportage über Vorarlberg zusammen. Er ging davon aus, daß die schönen Wohnungen nur einem kleinen Teil der Arbeiterfamilien zugute kommen:

„Sie sind kaum mehr als Zuckerln für die ganz Braven, keine Wohlfahrtseinrichtung, sondern ein Beherrschungsmittel mehr für die, die drinnen wohnen, und für die anderen, die noch draußen stehen, und die man mit der Aussicht auf menschenwürdiges Wohnen locken kann, mit den kleinen Löhnen zufrieden zu sein. Denn vielleicht ... kriegst auch du einmal eine solche Wohnung, wenn ein anderer schlimmer ist und du brav. Also nur schön kuschen und weiter dienen.“⁷⁷

1923 erhöhte die Firma Kastner in Thüringen die Mieten in ihren Arbeiterhäusern um 50 Prozent. Als dagegen ein Arbeiter im Namen der übrigen Mieter beim Mietamt — so heißt es im Gendarmeriebericht — in Bludenz Stellung nahm und das Ingenieur Kastner erfuhr, kündigte er einfach den betreffenden Arbeiter mit der Begründung, für ihn gebe es keine Arbeit mehr. Aus Empörung darüber taten sich einige Arbeiter dieser Firma zusammen und gründeten die Ortsgruppe Thüringen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, in der Hoffnung, damit der Willkür wenigstens zukünftig Paroli bieten zu können.⁷⁸

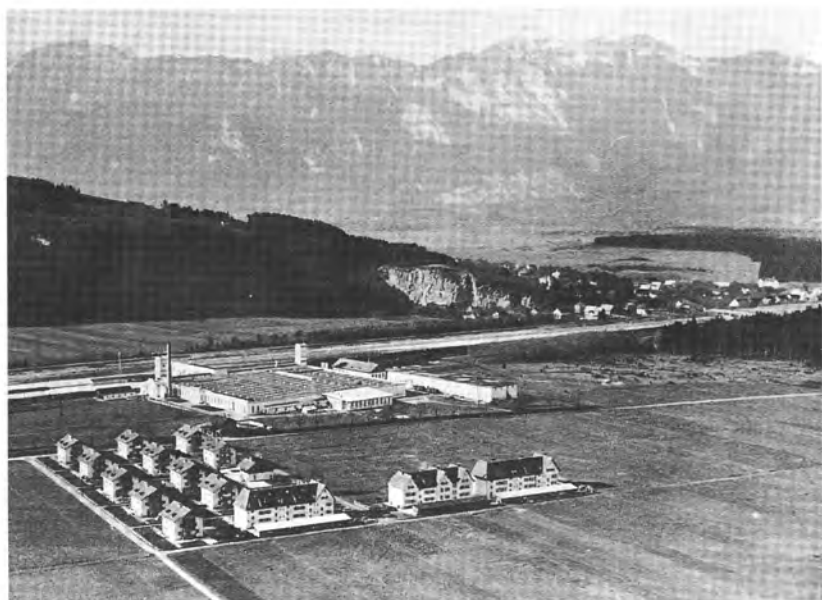
Selbstverständlich blieb die Firmenwohnung ein Druckmittel, vor allem in einer Zeit akuter Wohnungsnot. In einem 1930 unter Federführung des Industriellenverbandes entworfenen Mustermietvertrag für Werkwohnungen wurde festgelegt, daß der Mietvertrag Teil des Dienstvertrages sei und die Wohnung binnen einem Monat zu räumen sei, wenn das Arbeitsverhältnis aufgelöst werde oder

„wenn das Verhalten des Wohnungsinhabers oder andere zwingende Gründe die Werksleitung dazu veranlassen“.⁷⁹

Mutter & Cie. hatte bisher ihre zahlreichen Werkswohnungen so vergeben, daß der Mietzins als Teil des Lohnes angesehen wurde, d.h. einfach etwas weniger ausbezahlt wurde. Ab 1930 stellte die Firma einen Mietzins in Rechnung, und zwar zwischen drei und sechs Schilling im Monat — wenig im Vergleich zu heutigen Wohnungskosten, allerdings auch nicht geschenkt, wenn man die niedrigen, gerade zum Leben reichenden Löhne bedenkt.⁸⁰

Die Wohnungen waren durchaus bescheiden, wenn auch nicht unüblich schlecht. Die ehemalige Spinnerei „Alt-Klarenbrunn“ von Getzner, Mutter & Cie. war 1886 in ein Wohnhaus mit 24 Wohnungen umgebaut worden. Die Wohnungen bestanden aus zwei kleinen Schlafkammern mit je acht Quadratmetern, einer Stube mit elf bis dreizehn Quadratmetern und einer Küche mit sieben bis neun Quadratmetern. Sie waren insgesamt etwa 35 bis 40 Quadratmeter groß. Für je zwei Wohnparteien gab es einen gemeinsamen Trockenabtritt, also ein „Plumpsklosett“ ohne Wasserspülung. Erst ab den Jahren 1928/30 wurden im Zuge des Ausbaus des Bludenzner Wasserleitungssystems die Klosettanlagen umgebaut. Damals erhielten auch andere Arbeiterhäuser Wasserzuleitung und noch etwas später dann eine ordentliche Abwasserableitung. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden jeweils zwei dieser Wohnungen zu einer größeren zusammengelegt. Die in den späten zwanziger Jahren von Getzner, Mutter & Cie. errichteten Wohnungen scheinen insgesamt einiges größer gewesen zu sein (etwa 55 bis 70 Quadratmeter).⁸¹

Eine Besonderheit stellten die Kosthäuser bzw. Mädchenheime dar, welche von den Textilfabrikanten für junge Mädchen errichtet worden waren, die im Zuge einer zeitlich begrenzten Arbeitsmigration aus dem italienischsprachigen Trentino als billige Arbeitskräfte ins Land geholt worden waren. Diese Heime ergänzten sozusagen die „welschen Viertel“, wie sie beispielsweise in Bludenz, Hard oder Kennelbach bestanden.⁸² Die Mädchenheime in Bludenz bzw. Bürs waren schon vor dem Ersten Weltkrieg ein Thema in der bereits erwähnten fesselnden Sozialreportage von Max Winter.⁸³ 1933 gab der „Textilarbeiter“ eine Reportage wieder, die ein gewisser Laurenz Genner über die Verhältnisse in Bludenz geschrieben hatte. Nunmehr seien die Schlafsäle für die hier verbliebenen, teils offenbar immer noch italienischen Mädchen wohl



Spinnerei Gisingen von F.M. Hämmerle mit der „Arbeiterkolonie“.



Blick auf das „welsche Viertel“ in Bludenz, 1942. Im Vordergrund Fabrikshäuser von Getzner, Mutter & Cie.

viel schöner als noch zu Zeiten Max Winters, aber die Kost lasse immer noch zu wünschen übrig und die Klosterschwestern führten immer noch ein straffes Regiment. Zum Essen gäbe es nur Kartoffeln, Kartoffelsuppe und Riebel, Sonntags auch Würstel mit Kartoffeln. Kost und Logis kosteten 1,60 Schilling am Tag, genug für die wenig verdienenden Mädchen, die sich aber nichts Besseres leisten könnten.⁸⁴ Der Autor beschließt seinen Bericht:

„Es ist eine grausame Art der Ausbeutung: Die Mädchen erhalten einen elenden Lohn, der für Kost und Wohnung unmöglich reicht. Also sind sie gezwungen, in dem ‚billigen‘ Heim der Firma zu wohnen. Dort leben sie wie gefangene Vögel. Dort erhalten ihre müden Körper nicht die Nahrung, die sie brauchen. Dort verkümmern junge, zum Blühen bestimmte Menschenkinder. Und das alles geschieht in diesem herrlichen Jahrhundert, nicht etwa in China oder Indien, sondern in Europa, im ‚schwarzen Ländle‘ in Vorarlberg.“⁸⁵

Auf Papa und Mama warten — Kinderbetreuung für berufstätige Eltern

Nachdem Textilarbeit zu einem guten Teil Frauenarbeit war bzw. in den Textilarbeiterfamilien häufig beide Elternteile arbeiten mußten, war und ist die Frage der Kinderbetreuung eine ganz wesentliche. Ergreifend ist die Schilderung jenes aus einer Liechtensteiner Textilarbeiterfamilie stammenden, nunmehr in Amerika lehrenden Literaturprofessors, der mit der „Pfrabregg“ die Vorstellung eines Monsters verbindet, das ihm die Eltern raubte:

„Für mich begannen die Zeitmarkierungen der Fabrik früh in der Kindheit, als eine Zeit lang nicht nur mein Vater, sondern auch meine Mutter in die Fabrik ging. ... Jedenfalls kommen meine ältesten Erinnerungen aus jener Zeit, und sie sind zeitlich markiert durch den langgezogenen Rhythmus der Wochentage, die ich am Wangerberg bei meinen Großeltern verbrachte und den kurzen Wochenenden in Triesen. Genauer: es sind nicht so sehr diese Zeitintervalle, die der Erinnerung sich bieten, sondern die Schwellenmomente des Übergangs, eines Hinüberreitens auf den Schultern

*meines Vaters, der Freitag abend nach der Fabrik mich am Wangerberg abholte und über ‚die Büchel‘ oder ‚die Litzenen‘ geradewegs nach Triesen hinuntertrug und Sonntag abend wieder hinauf. Vom Hinauftragen habe ich freilich alle Erinnerungen ausgelöscht. Es bleiben nur die Momente des Hinuntertragens...*⁸⁶

Er empfand das als ein „Fort-Da-Spiel“, das die Fabrik mit ihm spielte und das erst endete, als er in den Kindergarten ging. Kindergärten enthoben die Eltern zumindest teilweise der Sorge um ihre Kinder, und wir können bei Astrid Lindgren nachlesen, wie einsam und verlassen sich Kinder fühlen, die tagsüber allein in die Wohnung gesperrt sind:

*„Bertil wartete auf Papa und Mama. Er wartete so schrecklich, daß sie eigentlich schon an der Straßenlaterne hätten auftauchen müssen, nur weil er so darauf wartete. An der Laterne sah er sie immer zuerst. Mama kam meistens ein wenig früher als Papa. Aber natürlich konnte keiner von beiden kommen, bevor in der Fabrik Feierabend war.“*⁸⁷

Kindergärten und — wie es damals hieß — „Kinderbewahranstalten“ sind ein Fortschritt, auch wenn diese Einsicht heute noch nicht jedem/jeder konservativen PolitikerIn in den Kram paßt. Heute, 1994/95 gibt es in Vorarlberg noch immer kein befriedigendes Netz von Kindergärten bzw. Ganztagskindergärten — 1929/30 gab es gerade 23 Kindergärten, davon ganze zwei im Bezirk Bludenz. Für schulpflichtige Kinder existierten fünf Tagesheimstätten.⁸⁸

Es waren wieder Fabrikanten, welche die Notwendigkeit der Kinderbetreuung einsahen und erste Kindergärten schufen, so 1890 in Feldkirch und 1893 in Bludenz. In Bludenz gab es Platz für 90 bis 100 Kinder, vor allem für solche, deren Eltern bei Getzner, Mutter & Cie. beschäftigt waren. Für ihre Betreuung sorgten — wie auch in den Mädchenheimen — geistliche Schwestern. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging in Bludenz der Werkskindergarten in einen Pfarrkindergarten über.⁸⁹

In den zwanziger Jahren scheint sich die Situation gegenüber früher, als noch mehr als zehn Stunden am Tag gearbeitet wurde, entspannt zu haben. Die Gegenwart wurde bereits als eine Zeit begriffen, in der es der

Arbeiterschaft wesentlich besser ging als früher. Im „Textilarbeiter“, der Zeitung der freigewerkschaftlichen Union der Textilarbeiter, werden die ArbeiterInnen 1929 an frühere, unmenschliche Zeiten erinnert:

„Die alten Textilarbeiter erinnern sich gewiß noch, wie es vor zehn und zwanzig Jahren in den Betrieben ausgesehen hat, an die zwölf- und dreizehnstündige Arbeitszeit, an die Zeit, wo die Frauen ihre Kinder schon in aller Frühe noch schlafend aus den Betten herausreißen mußten, um sie irgendwo zu einer Nachbarin zu bringen und sie am Abend, als sie ebenfalls schon schliefen, wieder abzuholen, so daß Vater und Mutter die ganze Woche ihre Kinder eigentlich wach nie sehen haben können.“⁹⁰

Textilarbeiter und nicht nur „Fabrikler“ — Von der organisierten Textilarbeiterschaft

Die Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter erlitten ihre Geschichte nicht nur, sondern versuchten, so gut es irgendwie ging, ihr Arbeitsleben mitzugestalten. Viele Frauen und Männer nahmen große persönliche Risiken auf sich, um Arbeiterorganisationen aufzubauen, mit deren Hilfe sie ihre Interessen gegenüber den Fabriksherren wahren wollten. Doch darüber hinaus wollten sie in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Bewußtsein jenen Platz für sich und ihre Familien erobern, der ihnen von der in diesem Lande bestimmenden Honoratiorenschicht nicht eingeräumt wurde.

Die gewerkschaftlichen Organisationen

Der überparteiliche Österreichische Gewerkschaftsbund besteht heute aus 15 Einzelgewerkschaften, eine davon ist die Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder. Hier sind verwandte Berufe zusammengefaßt, und diese Gliederung nähert sich dem Industriegruppenprinzip an. In den Betrieben selbst gilt heute das Prinzip der einheitlichen Betriebs-

organisation, das bedeutet, daß höchstens eine Gewerkschaft für Arbeiter und eine für Angestellte für einen Betrieb zuständig ist. Diese beiden Prinzipien, das Industriegruppenprinzip und das einer einheitlichen Betriebsorganisation, sind das Resultat historischer Erfahrungen aus der Zeit der Ersten Republik und davor. Bereits 1919 beschloß ein Gewerkschaftskongreß diese beiden Prinzipien, durchgesetzt werden konnten sie jedoch erst im ÖGB nach 1945.⁹¹

In der ersten Republik war die Gewerkschaftsbewegung einerseits in politische Richtungsgewerkschaften und andererseits in eine Vielzahl historisch gewachsener Organisationen aufgesplittert. Im Jahre 1920 wurden bei den Freien Gewerkschaften (der dominierenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung) insgesamt 51 Zentralverbände und 14 Lokalvereine gezählt. Dazu gehörten als Vorgänger der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder folgende Organisationen:

Verband österreichischer Hutarbeiter und Hutarbeiterinnen (Modistinnen), Reichsverein österreichischer Kürschner, Gewerkschaft österreichischer Lederarbeiter, Fachverein österreichischer Sattler, Taschner und Riemer, Verband österreichischer Schneider, Reichsverein österreichischer Schuhmacher, Union österreichischer Textilarbeiter, Verein der Ledergalanteriearbeiter.⁹²

Es kann hier natürlich nicht die Geschichte dieser vielen Organisationen geschrieben werden, sondern wir konzentrieren uns weitgehend auf die für Vorarlberg so bedeutenden Textilarbeiterorganisationen.

Ein Bericht des Gendarmerie-Postens Thüringen vom 7. Jänner 1928 über die Verhältnisse in der Textilfirma Rudolf Kastner gewährt einen ersten Einblick in die Vorarlberger Verhältnisse. Dort arbeiteten demnach 150 Frauen und 100 Männer sowie 25 Angestellte, sogenannte „Beamte“. 25 ArbeiterInnen seien nach diesem Bericht dem Zentralverband der christlichen Textil-, Heim- und Bekleidungsarbeiterschaft beigetreten, 120 ArbeiterInnen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (verwechselt hier der berichtende Gendarm Partei und Gewerkschaft?), die 25 „Beamten“ gehörten geschlossen dem deutschnationalen Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverband DHV an.⁹³

Die freigewerkschaftliche Union der Textilarbeiter

Nachdem sich Vorarlberg im Verlaufe des 19. Jahrhunderts langsam politisch von Tirol gelöst hatte und dieser Prozeß erst im Herbst 1918 mit der Konstituierung als eigenständiges Bundesland seinen Abschluß gefunden hatte, waren auch die gewerkschaftlichen Organisationen überwiegend mit Tirol verbunden gewesen. Die freigewerkschaftlichen, d.h. sozialdemokratischen Textilarbeiter hatten schon vor dem Ersten Weltkrieg eine eigene Landesorganisation gehabt.⁹⁴ Gewerkschaftsarbeit und sozialdemokratische politische Arbeit waren eng verbunden, auch personell. Bis 1920 waren das Partei- und Gewerkschaftssekretariat mit Sitz im Dornbirner Arbeiterheim in der Person Anton Linders vereint, dann kam es zur Errichtung eines eigenen Gewerkschaftssekretariats mit Anton Schlüter als Sekretär. 1921 scheint mit dem Bregenzer Schuhmachergesellen Samuel Spindler erstmals ein eigener Sekretär der Union der Textilarbeiter auf.⁹⁵ Auch in der Person Samuel Spindlers zeigt sich die enge Verbindung von allgemein politischer Arbeit und Gewerkschaftsarbeit. Er war nicht nur Delegierter in der Arbeiterkammer und dort Mitglied in den Ausschüssen für Sozialpolitik und Volkswirtschaft, sondern auch 1918/19 Bregenzer Stadtvertreter und lange Jahre Obmann des Bildungsausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Vorarlbergs.⁹⁶ Diese bei sozialdemokratischen Funktionären übliche Ämterhäufung dürfte weniger auf den besonderen Ehrgeiz dieser Männer zurückzuführen sein, als vielmehr auf die materielle Situation von Politikern. Politische Funktionen waren praktisch nicht bezahlt, sogar ein Landtagsabgeordneter erhielt nur ein Sitzungsgeld von acht bis zehn Schilling am Tag. Daher mußten jene Männer, die eine bezahlte politische oder gewerkschaftliche Funktion innehatten, auch möglichst viel Parteiarbeit übernehmen.⁹⁷

Gewerkschaftliche Stärke

Gewerkschaftliche Stärke hängt nicht nur von den Mitgliederzahlen ab, sondern auch ganz wesentlich von weiteren Elementen wie dem Gefühl von Solidarität, der Bereitschaft zu gewerkschaftlichen Aktionen und von Erfahrungen mit gewerkschaftlichen Aktionen. Allein nach der Mitgliederstärke war die Union der Textilarbeiter in Vorarlberg eine

schwache Gewerkschaft.⁹⁸ Von den nahezu 10.000 Textilarbeiterinnen und Textarbeitern — und hier sind die StickerInnen gar nicht mitgezählt — war immer nur ein kleiner Teil freigewerkschaftlich organisiert. Die uns überlieferten Zahlen dazu stammen aus zwei Quellen und widersprechen sich im einzelnen. Generell läßt sich jedoch folgendes sagen: Anfangs der zwanziger Jahre lag der Mitgliederstand bei über 2.000. Einen ersten Einbruch gab es in der Mitte der zwanziger Jahre auf 1.200 bis 1.300. Ende der zwanziger Jahre schwanden die Mitglieder dramatisch. 1930/31 waren es noch 400 bis 500 und 1932 gar nurmehr 281.⁹⁹ Während die Schneider Vorarlbergs offenbar nicht gewerkschaftlich organisiert waren¹⁰⁰, gab es 1923 immerhin 143 freigewerkschaftlich organisierte Schuster. Deren Zahl schrumpfte allerdings beständig und pendelte gegen Ende der zwanziger Jahre zwischen zehn und zwanzig. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Lederarbeiter lag nur 1923/24 bei annähernd hundert und schrumpfte ab dort gleichfalls beträchtlich; ab 1930 weist die Statistik kein Mitglied mehr aus.¹⁰¹

Dieser Mitgliederschwund ist durchaus kein isoliertes Phänomen: Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer Vorarlbergs ging von über 16.000 1922 auf 6.483 1932 zurück. Für dieses Phänomen können, wie wir noch sehen werden, mehrere Erklärungen angeboten werden. Einmal gingen die Unternehmer immer offener und rücksichtsloser gegen Gewerkschaftsarbeit und Gewerkschaftsfunktionäre vor, dann wurde das politische Klima allgemein gewerkschaftsfeindlicher: Der Arbeiterbewegung blies der kalte Wind der Reaktion ins Gesicht, der dann im Faschismus die vorherrschende Windrichtung wurde.¹⁰²

Am Gewerkschaftssekretär Samuel Spindler jedenfalls lag es nicht, daß die Textilarbeitergewerkschaft immer schwächer wurde. Er scheint der fleißigste der österreichischen Sekretäre gewesen zu sein. 1929 nahm er an 241 Versammlungen, 51 Sitzungen und an 12 Konferenzen teil, er führte 44 Unterhandlungen mit Unternehmern und intervenierte in 20 Fällen bei den Behörden; er schrieb 3.038 Briefe und produzierte 11.000 Flugblätter.¹⁰³ Die Vorarlberger Textilgewerkschafter wußten offenbar, was sie an ihrem Sekretär hatten. Der Bludenzer Delegierte beim Gewerkschaftstag 1927, Johann Kadletz, in einer Wortmeldung dazu:

„Wir dürfen nicht vergessen, daß wir in Vorarlberg nur einen Sekretär zur Verfügung haben, und der hat nicht weniger als 14 Ortsgruppen zu übersehen. Der Monat hat aber nur 30 Tage, und bei den 14 Ortsgruppen hat er 14 Versammlungen. Er arbeitet von 5 Uhr früh bis 12 Uhr nachts für die Organisation und kann die ganze Arbeit doch nicht bewältigen. Ich möchte ersuchen, daß uns der Vorstand behilflich ist.“¹⁰⁴

Spindler selbst sah die Schwäche seiner Organisation in den Vorarlberger Verhältnissen begründet. Da gebe es eine bodenständige Unternehmerschaft, die durchaus populär sei, und nicht anonymes Industriekapital:

„Aktiengesellschaften sind unserer Industrie etwas Fremdes. In den Sport- und anderen Vereinen sitzt der Arbeiter mit den Unternehmern zusammen, und da ist ein Verhältnis entstanden, das die Position des Unternehmertums ungemein erleichtert.“

Hoffnungen setzte der Gewerkschaftssekretär in die heranwachsende Unternehmergeneration, die weniger in der Bevölkerung verwurzelt sei und die Arbeiter mit mehr oder weniger Druck etwa über die Heimwehr an sich fessele,

„...für die Dauer werden sie die Arbeiter mit solchen Methoden von der Erkennung ihrer Klassenlage nicht abhalten können.“¹⁰⁵

Ein weiteres Problem liege in der Mentalität der Vorarlberger Arbeiterschaft begründet, die — hier bezieht sich Spindler auf einen marx'schen Gedankengang, ohne Marx zu nennen — Produkt der Verhältnisse sei:

„Als Kleinbauern oder als Angehörige solcher glaubt ein Teil der Arbeiterschaft noch immer nicht daran, daß Hilfe nur durch eine starke Organisation kommen kann und wird.“¹⁰⁶

Weitere Zitate von Samuel Spindler:

„Wir haben damals durchweg fremde, zugereiste Menschen gehabt, die die Träger dieser Organisation waren. Die Situation hat sich in der Nachkriegszeit vollkommen verschoben. Von den Mitgliedern unserer Organisation sind 90 bis 95 Prozent bodenständig. Mit diesen Menschen kommen wir mit den alten Methoden nicht durch und



Samuel Spindler (1. Reihe, 3. v.l.), mit Textilarbeiterinnen und Textilarbeitern, die in Dornbirn die Gewerkschaftsschule besuchten, ca. 1925.



Josef Kraft (4. v.r.), Landessekretär der christlichen Textilarbeitergewerkschaft, im Kreise christlicher Gewerkschafter, Feldkirch 1926

es ist notwendig, daß neue Mittel und Wege gefunden werden, um an sie heranzukommen. ... Dazu, Genossen, kommen noch die politischen Verhältnisse in Tirol und Vorarlberg. Begreifen Sie noch, Genossen, daß wir in Tirol und Vorarlberg nicht wenig Orte haben, wo wir nicht einmal ein Lokal bekommen können, wo die Klerikalen in der ganzen Umgebung uns jedes Lokal abtreiben, und abtreiben unter jeder Bedingung. Begreifen Sie weiter, daß in diesem Vorarlberg vom obersten Beamten der Landesregierung bis herunter zum letzten Polizeibeamten alles reaktionär eingestellt ist und sich mit nichts anderem beschäftigt als damit, die Arbeiterbewegung, und zwar die sozialistische Arbeiterbewegung, niederzuknüppeln. ... Wenn Sie das alles zusammenfassen, werden Sie verstehen, daß die Organisationsarbeit bei uns wohl die schwierigste ist von allen Bundesländern. ¹⁰⁷

„Denn der Indifferentismus in den Reihen der Arbeiter ist so groß, daß man an der Arbeiterbewegung verzweifeln könnte. Die Menschen, die im Sozialismus so wie früher ein Stück Religion sehen, sind heute sehr dünn gesät. ... Wir haben deshalb in diesem Lande nur die eine Hoffnung, daß unsere Unternehmer die scharfmacherische Methode von Innerösterreich übernehmen und daß dann die Arbeiterschaft langsam zur Überzeugung kommen wird, daß der gewerkschaftliche Indifferentismus Selbstmord bedeutet.“ ¹⁰⁸

Kritik übte er auch an der Gesamtgewerkschaft, welche zu wenig Unterstützung biete:

„Genosse Moser vom Schweizerischen Textilarbeiterverband sitzt da und wird mir bestätigen, daß die organisatorischen Verhältnisse in der Schweiz — zahlenmäßig genommen — zumindest gerade so schlecht sind wie in Vorarlberg, wozu ich auf Grund meiner Kenntnis der Schweizer Bewegung noch bemerke, daß die Schweizer Textilarbeiter die agilsten Agitatoren haben und daß die Gewerkschaftsbewegung auch die größte Unterstützung von seiten der Partei findet; ich verweise in der letzteren Richtung darauf, daß in unserer Nachbarschaft Kantonsräte und höhere Parteifunktionäre die Obmännerstellen von Textilarbeiterortsgruppen übernommen haben. (Sekretär Fischer: Hört! Hört!)“ ¹⁰⁹

„...es müssen Wege gefunden werden, um auch diese Textilarbeiter in der Provinz der Organisation zuzuführen, diese Arbeiter, die eine stete Gefahr — vergessen Sie das nicht — für alle anderen Textilarbeiter Österreichs bilden. ... Die Gewerkschaftskommission mußte sich fragen, was in diesem Vorarlberg geschehen soll, mit diesen Tausenden von Arbeitern... Das geht nicht nur den Textilarbeitern so, die Metallarbeiter, die Bauarbeiter usw., überall, wo der Gedanke der freien Gewerkschaften sich bemerkbar macht, überall setzen unsere Gegner mit ihren Methoden ein. Ich verweise auf den großen Tunnelbau, bei dem jetzt im nächsten Frühjahr 2.000 bis 3.000 Bauarbeiter beschäftigt sein werden und wo die Christlichsozialen bereits ein Kino und ein Arbeiterheim errichtet haben, um die Arbeiter so zu ihrer Organisation zu bringen. Wir müssen ganz klipp und klar erklären, daß man in der rückständigen Provinz finanzielle Opfer bringen müsse, um irgendwelche Erfolge dort zu haben. Nun noch eines, Genossen, und das möchte ich Ihnen besonders ans Herz legen. Stellen Sie sich einen Verbandssekretär dort draußen vor, der von früh bis abends arbeiten muß, der monatlich 25 bis 30 Versammlungen abhalten muß, stellen Sie sich vor, wie der abgedroschen ist, stellen Sie sich vor, wie der aussieht, wenn es heißt, der Sekretär X hält zum fünfzigstenmal eine Versammlung ab. Auch hier müssen wir unsere Methoden ändern.“¹¹⁰

Immer wieder: Methoden ändern. Mehr Bildung, mehr Unterhaltung. Lichtbildervorträge, Kino, Jugendlokale usw. usf. Und immer wieder: mehr Geld und Unterstützung von der Zentrale. Mit diesen Klagen stellte er sich in eine Traditionsreihe mit dem 1918 zu früh verstorbenen, für die Vorarlberger Sozialdemokratie sehr wichtigen Hermann Leibfried. Der hatte schon 1904 in einem Brief an das Reichsparteisekretariat darüber Klage geführt, die Landesorganisationen bildeten für die Gesamtbewegung ein überflüssiges, ein „fünftes Rad am Wagen“.¹¹¹

Besondere Bedeutung maß Spindler auch der Gewerkschaftsjugend bei. 1927 sagte er dazu auf dem Unionstag der Textilarbeitergewerkschaft:

„Dem jungen Arbeiter genügt es nicht, über die Notwendigkeit der Organisation oder über den idealen Gedanken des Sozialismus ei-

nen schönen Vortrag zu hören, er will sich unterhalten, er will sich irgendwie austoben, er will irgendwie beschäftigt sein. Was sollen wir für die Jugendlichen draußen tun, wo uns kein Heim, kein Lokal zur Verfügung steht?“

Gut zwei Jahre später, Anfang 1930, gab es einen Versuch, „eine Agitation unter den jungen Textilarbeitern durchzuführen“. Im „Textilarbeiter“¹¹² findet sich darüber ein Bericht, der zuerst die bedrückenden materiellen Verhältnisse der jungen Arbeiter schildert, dann darauf zu sprechen kommt, daß Jugendliche nur sehr schwer zu gewinnen seien. Denn jungen Arbeitern und vor allem Arbeiterinnen werde von den Eltern Schwierigkeiten bereitet, wenn sie sich organisierten. Auch werde in Vorarlberg jeder, der zur freien Gewerkschaft komme, „von den Klerikalen als kirchenfeindlich gebrandmarkt“. Zudem hätten Jugendliche oftmals gar nicht das Geld, einen Gewerkschaftsbeitrag zu entrichten. Aber trotzdem mache man sich daran, unter Jugendlichen zu werben. Vor allem in Hohenems, wo bereits eine Jugendgruppe der Textilarbeiter bestehe, hätten sich Jugendliche bereit erklärt, Sonntage zu opfern und von Haus zu Haus den „Weggefährten“, das Blatt der jugendlichen Textilarbeiter Wiens, zu verteilen und Jugendliche anzusprechen. In Bludenz habe sich mehr als ein Dutzend Jugendlicher gefunden, die mitmachen wollten. Auch Dornbirn und Feldkirch wollten mittun — eine eigene Jugendorganisation scheint es aber nur in Hohenems gegeben zu haben, und es scheint auch dieser Werbeaktion kein besonderer Erfolg beschieden gewesen zu sein.

Denn ein Jahr später bekannte die Vorarlberger Delegierte Klara Kadletz beim Gewerkschaftstag in Wien das Scheitern der Jugendarbeit ein:

„...doch sind uns die kaum gewonnenen Mitglieder von Turnvereinen und von der Sportorganisation vielfach wieder entrissen worden.“¹¹³

Textilarbeit war zu einem großen Teil Frauenarbeit, und die Frauen scheinen auch in der Gewerkschaftsbewegung — zumindest unter den Mitgliedern — angemessen vertreten gewesen zu sein. Das war, wie wir noch sehen werden, bei den Christlichen Gewerkschaften so, aber auch in der freigewerkschaftlichen Union der Textilarbeiter. Aus dem Jahre

1923 ist eine Zahl überliefert: Demnach waren damals 1.144 der 2.214 Mitglieder Frauen. Und 1931 vertrat immerhin die Bludenzer Textilarbeiterin Klara Kadletz gemeinsam mit dem Dornbirner Franz Döwa die Vorarlberger Organisation am XI. Verbandstag der Union der Textilarbeiter.¹¹⁴

Das Beitragswesen der Vorarlberger Union der Textilarbeiter läßt sich aufgrund fehlender Unterlagen nicht mehr rekonstruieren. Jedenfalls wurden je nach Berufsgruppe etc. verschieden hohe Mitgliedsbeiträge kassiert, beginnend bei ungefähr 50 Groschen in der Woche und etwa in der Höhe von einem Stundenlohn. Die Gesamteinnahmen pro Kopf betrugen bei den in Freien Gewerkschaften Österreichs im Jahre 1927 18,03 Schilling. Davon wurden 12,62 Schilling pro Kopf für Streikunterstützungen, Organisationsarbeit etc. ausgegeben, und es ergab sich ein Gebarungsüberschuß von 5,41 Schilling pro Kopf. Diese Zahlen lassen sich vermutlich nicht ohne weiteres auf Vorarlberg übertragen, denn hier dürften die Kosten für das Gewerkschaftssekretariat und die allgemeine Organisationsarbeit die Beiträge der relativ wenigen Mitglieder zumindest aufgezehrt haben. Dennoch hatten auch die Vorarlberger TextilarbeiterInnen Anteil am gesamten Gewerkschaftsvermögen, das sich für 1927 auf 26,34 Schilling pro Kopf belief.¹¹⁵

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften wollten vor allem in den ersten Jahren der Republik mehr sein als bloße Interessensvertretungen. In ihnen sollte der Sozialismus vorbereitet werden, und sie wollten das ihre dazu beitragen, mit dem Sozialismus jene Utopien inmitten der Industriegesellschaft zu realisieren, die sonst nur auf weit entfernte Inseln hinweggeträumt oder gar dem Jenseits überlassen wurden.

„Der moderne Arbeitssklave soll verschwinden und ein freies Menschtum an seine Stelle treten“,

formulierte der „Textilarbeiter“ im Jahre 1919, und im Anschluß an einen Bericht über mehr oder minder erfolgreiche und nicht immer gut besuchte Versammlungen im ganzen Land faßte der Berichterstatter zusammen:

„Auch der indifferente Textilarbeiter muß erkennen lernen, daß in der Erhebung zur Vereinigung der Arbeiter die Vervollkommenung

*des einzelnen zu suchen ist. Nur in der Organisation liegt die sittliche Größe und Stärke der Arbeiterschaft. Das erkennend werden unsere Mitglieder mit verdoppeltem Eifer an die Arbeit gehen, um ein mächtiges Bollwerk gegen jede Ausbeutung und Unterdrückung zu schaffen. Unsere Arbeit soll brechen das mächtigste Gestein! Nur Greise und Schwächlinge verlieren die Hoffnung auf eine bessere Zukunft! Seien wir daher stark und ausdauernd bei der Werbearbeit, dann winkt uns der Siegespreis und doppelte Freude wird bei uns allen Einkehr halten!*¹⁶

Anläßlich eines erfolgreichen Streiks im Jahre 1921 konnte man in der sozialdemokratischen Tageszeitung „Vorarlberger Wacht“ und später auch im „Textilarbeiter“ folgende Zeilen lesen:

*„Die Textilarbeiterschaft Vorarlbergs ist erwacht, nicht mehr schüchterne Lohnsklaven sind es, die zitternd dem Diktat der Ausbeuter sich beugen, sondern zum Klassenbewußtsein erweckte Arbeitermenschen, aufrechte Männer, Frauen und Mädchen, die sich um ihr Lebensrecht und ihre Menschenwürde zu wehren wissen. ... ‚Wir sind die Kraft!‘ Das gilt im vollsten Sinne des Wortes von der Arbeiterklasse, wenn sie sich restlos ihrer Bedeutung und ihrer Stärke bewußt wird und danach handelt. Und die Textilarbeiterschaft, die so prächtig in den Kampf gezogen ist und gestärkt aus ihm hervorgeht, ist ein Teil von jener großen Kraft, ein Teil jener Klasse, die die Welt erneuern und verbessern wird. Heute noch verurteilt uns ein grimmes Schicksal — hervorgerufen durch die gräßlichste Freveltat des Kapitalismus: den Weltkrieg und dessen Folgen — uns zu rüsten, zu wehren und zu ringen, um die Daseinsmöglichkeit, um Nahrung, Bekleidung, und um die unentbehrlichen Lebensbedürfnisse befriedigen zu können; aber die Zeit ist nicht mehr ferne, wo die Arbeiterklasse die Entscheidungsschlacht schlägt für ein glücklicheres Dasein, wo es keine Lohnkämpfe mehr geben wird.“*¹⁷

Tatsächlich gab es einige Jahre später für die Textilarbeiterschaft keine Lohnkämpfe mehr zu fechten, aber nicht, weil die Blüenträume der sozialistischen Gesellschaft gereift waren und die Arbeiterschaft deren Früchte genoß, sondern weil die Reaktion erstarkt war und die Gewerk-

schaften immer mehr geschwächt worden waren. Das alttestamentarische Pathos von jener letzten Auseinandersetzung, die es zu schlagen gelte und auf welche dann das sozialistische Paradies folgen werde, hat sich aus der Gewerkschaftspresse der Textilarbeiter recht schnell verabschiedet. 1929 war dann mehr von der Verteidigung des Errungenen die Rede:

*„Jeder organisierte Textilarbeiter und jede Textilarbeiterin hat in Anbetracht der ernsten Zeit, in der wir leben, die Pflicht, als Agitator für die Union zu wirken, um so auch in Vorarlberg die große Zahl der Indifferenten zu vermindern und dadurch die Voraussetzung für die erfolgreiche Verteidigung der Rechte der Textilarbeiter in unserem Lande und die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu schaffen.“*¹¹⁸

Die christlichen Textilarbeiter

Um die Jahrhundertwende etablierte sich in der Vorarlberger Arbeiterschaft eine katholische Arbeiterbewegung. Einerseits entstanden katholische Arbeitervereine und Arbeiterinnenvereine, welche vor allem dem Bereich der Arbeiterkultur zuzuordnen sind. Andererseits bildeten sich auf der Ebene der Interessensvertretungen christliche Gewerkschaften, u.a. die christliche Textilarbeitergewerkschaft mit 600 Mitgliedern im Jahre 1910.¹¹⁹

Die christlichen Gewerkschaften wiesen für 1922 6.174 Mitglieder aus, für 1932 noch 2.988 — trotz dieser Verluste war die christliche Gewerkschaftsbewegung seit Mitte der zwanziger Jahre in Vorarlberg die stärkste der politischen Richtungsgewerkschaften, und auch bei den Wahlen zur Arbeiterkammer gelang es den Christgewerkschaftern fast gleich stark zu werden wie die Freigewerkschafter.¹²⁰

Von den im Landeskartell und in Gebietskartellen zusammengefaßten Einzelgewerkschaften war die Christliche Textil- und Bekleidungsarbeitergewerkschaft die mitgliederstärkste; sie schloß sich auf ihrem 7. Verbandstag in Wien mit den Heimarbeitern zum größeren Verband der Textil-, Heim- und Bekleidungsarbeiter zusammen.¹²¹ Die Textilarbeiter beschäftigten als einzige einen eigenen Gewerkschaftssekretär. Das war

von 1922 bis 1924 Alois Schartner und von 1924 bis 1938 Josef Kraft. Für 1923 wies der Verband der Textilarbeiter in Vorarlberg 4.527 Mitglieder aus¹²² — eine Zahl, die sicher nicht gehalten werden konnte. Denn zum 31. Dezember 1931 gab es in ganz Österreich gerade noch 1.938 christliche Textilarbeitergewerkschafterinnen und 1.006 Textilarbeitergewerkschafter. Und die Gesamtzahl der christlichen Gewerkschafter Vorarlbergs betrug nach derselben Quelle noch 3.665.¹²³

Der Frauenanteil in der katholischen Arbeiterbewegung scheint insgesamt hoch gewesen zu sein. So berichtete das katholische „Volksblatt“ am 11. November 1923, in den Vorarlberger katholischen Arbeitervereinen seien insgesamt 844 Arbeiterinnen und 705 Arbeiter organisiert gewesen.

Frauen waren nicht nur Zählmitglieder, sondern sie bekleideten durchaus auch wichtige Funktionen. Maria Birnbaumer aus Hard war lange Jahre in der Harder Firma Faigle Betriebsratsobmann — so zu lesen im Nachruf im „christlichen Textilarbeiter“¹²⁴ — und auch Obfrau der Ortsgruppe christlicher Textilarbeiter in Hard. Von ihr heißt es, sie habe

„...die Interessen der Arbeiterschaft in geradezu mustergültiger Weise vertreten. Einfach und schlicht, aber mit einem gesunden Hausverstand ausgerüstet, trat sie ein für allemal unerschrocken für die Rechte der Arbeiterschaft ein. Nicht nur im Betriebe, auch im öffentlichen Leben kritisierte sie Einrichtungen, die für die Arbeiterschaft da waren, wenn dieselben nach ihrer Meinung nicht richtig geführt wurden. So war sie beispielsweise lange Zeit hindurch eine Gegnerin der Arbeiterkammer, deren Wirkungsfeld sie nicht kannte und sie daher für überflüssig hielt, solange bis sie durch eine gründliche Aufklärung die Bedeutung der Arbeiterkammer ermessen lernte.“

Während ein Beitritt zu einer sozialdemokratischen Organisation in Vorarlberg zumeist einen Bruch mit dem konservativ-katholischen Herkunftsmilieu bedeutete, war ein Beitritt zu einer katholischen Arbeiterorganisation damit durchaus vereinbar. Die enge Verbindung der christlichen Textilarbeitergewerkschaft mit den katholischen Honoratioren läßt sich am Beispiel der Dornbirner Festveranstaltung zum 25-Jahr-Jubiläum des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

gut zeigen.¹²⁵ Damals, 1931, war der Saal des katholischen Vereinshauses voll; als Ehrengäste begrüßte man den Dornbirner Dekan mit- samt seiner Geistlichkeit, den Dornbirner Bürgermeister Rüf mit Stadt- vertretern, Religionslehrer Kaplan Christian Hiller¹²⁶ sowie den Fest- redner des Abends, Hillers Vorgänger an der Dornbirner Realschule und Mitbegründer der katholischen Arbeiterbewegung Vorarlbergs, Na- tionalrat Dr. Karl Drexel.¹²⁷

Trotz dieser engen Verflechtung mit einem Teil der politischen und gesellschaftlichen Macht wuchsen auch im katholischen Vorarlberg die Bäume der katholischen Arbeiterbewegung nicht in den Himmel, wie schon die Mitgliederzahlen zeigten. Auch blies der Wind der Reaktion und des Faschismus den Christgewerkschaftern, wie wir noch sehen werden, fast genauso scharf ins Gesicht wie ihren sozialdemokratischen KollegInnen.

Mittels „Hausagitation“ warben auch die christlichen Gewerkschafter um Beitritte. In Dornbirn unterstützten dabei Funktionäre anderer Grup- pen und einzelner konfessioneller Vereine die Textilarbeiter. Im Herbst 1931 konnten 91 vormals „Indifferente“ gewonnen werden.¹²⁸ Doch es gelang den christlichen Textilarbeitern genauso wenig wie den freigewerkschaftlichen, die Arbeiterjugendlichen zu organisieren. Denn die gesamte christliche Gewerkschaftsjugend Österreichs wies für Ende 1930 gerade 1.370 Mitglieder aus.¹²⁹

Die Christgewerkschafter kassierten wie die Freigewerkschafter natürlich auch nach Einkommen etc. gestaffelte Beiträge, 1930 waren es österreichweit durchschnittlich 12,90 Schilling im Jahr. Damit wur- den streikende Arbeiter unterstützt sowie die allgemeine Gewerkschafts- arbeit finanziert. Das Gesamtvermögen der österreichischen Christgewerkschafter betrug 1931 pro Kopf 12,65 Schilling, 1927 wa- ren es gerade 8,97 Schilling gewesen — recht wenig im Vergleich zu den 26,34 Schilling der Freigewerkschafter aus demselben Jahr.¹³⁰

Die Christgewerkschafter gerieten ab Mitte der zwanziger Jahre insofern unter Druck, als daß sie einer Partei nahestanden, die immer deutlicher einen arbeiterfeindlichen und antidemokratischen Kurs fuhr.¹³¹ Inwieweit der antidemokratische Grundton der päpstlichen Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ (1931) das Selbstverständnis der Christgewerkschafter strapazierte, kann hier nicht nachvollzogen

werden. Für die meisten christlichen Arbeiter war wohl das Bekenntnis zum Katholizismus und zum Antimarxismus weit wesentlicher als der Antikapitalismus.

Dennoch spielten auch die Christgewerkschaften eine wichtige Rolle für die Emanzipation der Textilarbeiterschaft. Der Priester Karl Drexel, von dem bekannt ist, daß ihm Demokratie und gewerkschaftliche Zusammenarbeit zum Wohle der arbeitenden Bevölkerungen über die faschistischen Allmachtphantasien seiner Parteigenossen gingen, würdigte in seiner Festansprache 1931 in Dornbirn die Rolle der Gewerkschaften bei der Ausbildung einer positiv besetzten Textilarbeiter-Identität. Seine Wortwahl und die dahinter stehende Weltanschauung unterscheiden ihn dabei in manchem von den Sozialdemokraten, vom Kapitalismus als solchem hatte er allerdings dieselbe Meinung:

*„Heute ist es nicht mehr wie einstmals, daß man mit einem üblen Beigeschmack das Wort ausspricht: ‚Es sind ja nur Fabrikler‘; heute bekennt sich jeder mit einer gewissen Genugtuung zum großen Berufe der Textilarbeiter, er ist es gerne, und es ist so etwas von dem alten, stolzen Zunftgedanken über ihn gekommen. Die Textilarbeiter haben sich zu einem Achtung verdienenden und gebietenden, bedeutenden Berufsstande emporgearbeitet ... die Aufgabe der Jungen wird es sein, die erkämpften Erfolge zu erhalten; denn noch ist das herzlose, gefühlslose Weltkapital nicht gestorben, nicht niedergekämpft in seinen Auswüchsen, und die Teilnahmslosigkeit weiter Arbeiterkreise kann mit einem Schlage vernichten, was die Alten den Jungen so mühevoll erkämpft haben.“*¹³²

Die nationalen und „unabhängigen“ Gewerkschaften

In Vorarlberg gab es während der Ersten Republik im wesentlichen zwei „völkische“ Gewerkschaftsorganisationen, die gemeinsam immer etwas über 1.000 Mitglieder hatten: Die „Deutsche Verkehrsgewerkschaft“ und den „Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverband“ (DHV). Ihr Programm war deutsch-national, also einerseits auf den Anschluß an Deutschland und andererseits gegen die Beschäftigung von nicht-deutschen Arbeitskräften ausgerichtet.¹³³

Während hier Angestellte und nicht Arbeiter organisiert waren, richteten sich die sogenannten „Unabhängigen Gewerkschaften“ an die Arbeiterschaft. Sie waren eine Heimwehrgründung und der Errichtung eines österreichischen Faschismus verpflichtet; zudem dienten sie den Unternehmern, welche ja auch die Heimwehren finanzierten, zur Schwächung der christlichen und freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen.¹³⁴

„...mit neuer Kraft und neuem Mut...“ — Feste feiern für die Solidarität.

Als sich 1929 die Vorarlberger freigewerkschaftlich organisierten Textilarbeiter zum Textilarbeiterfest im Gastgarten des Schlinser „Hirschen“ trafen, goß es aus Kübeln. Trotzdem wurde es eine gelungene Veranstaltung. Der Hirschenwirt war ein Genosse, und so hatte es keine Schwierigkeit mit dem Gasthaus gegeben. Ob allerdings wirklich mehr als 1.000 TextilarbeiterInnen und -arbeiter zugegen waren, wie es im Bericht über das Fest heißt, darf offen bleiben. Der Arbeiterchor Bludenz-Nenzing jedenfalls sang, die Schlinser Bürgermusik spielte auf und gab ihr Bestes:

„Ja, sie tat noch mehr: als der Wettergott ganze Kübel Wasser auf die Menschen herunterleerte, spielten die jugendlichen Musikanten mit lachenden Mienen samt ihrem Dirigenten weiter.“

Die Bregenzer Arbeiterturnerinnen zeigten einen schönen Reigen und Freübungen, und der Hauptredner, der Sekretär Genosse Sand, bot eine Glanzleistung, ebenso Sekretär Samuel Spindler, der zweite Redner:

„Wäre das Wetter schön geblieben, so wäre es diesmal eine Glanzveranstaltung der Vorarlberger geworden. Wir glauben aber, daß die Textilarbeiter, die an so wenig Sonnenschein in ihrem Leben gewöhnt sind, diesen Regenguß in Kauf nehmen werden und trotzdem die Mahnrufe des Genossen Sand und des Sekretärs Genossen Spindler beherzigen, mit neuer Kraft und neuem Mut hinausgehen in die Betriebe und durch notwendige Aufklärungsarbeit die Wege und

Ziele der freigewerkschaftlichen Organisation an ihre Mitarbeiter übermitteln werden."¹³⁵

Ein christliches Textilarbeiterfest haben wir schon angeführt, den „Familienabend“ im Vereinshaus Dornbirn anlässlich des 25jährigen Bestandes des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, wo der Saal bis auf das letzte Plätzchen besetzt und die Dornbirner katholische Prominenz zahlreich erschienen war. Auch dort gab es nicht nur die große Festrede von Nationalrat Drexel, sondern davor einen ernsten, doch flotten Prolog, dann spielte der Zitherklub, und es sangen katholische Arbeitersängerinnen. Zudem sorgten „heitere Duetts“ und auch Sketches für frohe Stimmung.¹³⁶

Selbstverständlich hatten die beiden Gewerkschaftsbewegungen auch Anteil an den großen Festen ihrer politischen Lager. Die sozialdemokratischen (und auch die wenigen kommunistischen) Arbeiterinnen und Arbeiter feierten zumeist am Vorabend des 1. Mai und zogen bis zum Verbot 1933 am 1. Mai selbst im Aufmarsch durch die Straßen von Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz. Um dem staatlichen Feiertag auch für die christliche Arbeiterschaft Bedeutung zu verleihen, war in Rankweil 1929 extra das Weihfest vom 25. März auf den 1. Mai verlegt worden, sodaß am 1. Mai eine große Marienwallfahrt stattfinden konnte, der am Vorabend diverse Festlichkeiten vorangingen.¹³⁷

Der Betriebsrat: „Der soll dann jedem einzelnen das 'Tischlein-deck-dich' herzaubern.“

Im „Textilarbeiter“ findet sich 1932 ein Bericht zu Betriebsratswahlen in drei großen Betrieben im Dezember des Vorjahres, welche alle drei Mehrheiten für die freigewerkschaftliche „Union der Textilarbeiter“ ergaben. Im Bludenzner Betrieb „Bleiche“ (Getzner, Mutter & Cie.) entfielen fünf Mandate auf die Union und zwei auf die christlichen Gewerkschaften; bei Ganahl in Feldkirch gelang es der Union, den „Unabhängigen Gewerkschaften“ ein Mandat abzunehmen, und in der Spinnerei Gisingen von F.M. Hämmerle konnte die Union die im Vorjahr errungene Mehrheit verteidigen.¹³⁸ Trotz dieser Erfolge wandte



1. Mai 1928 in Bludenz. Sozialdemokratische Arbeiter mit einem Transparent: „Diktatur ist Krieg. Wir wollen Freiheit und Frieden.“



1. Mai 1933 in Bregenz. Das Dollfuß-Regime verbot den Maiaufmarsch. Die Arbeiterinnen und Arbeiter demonstrierten auf den Gehsteigen. Die Gendarmerie bewachte die leere Straße...

sich der Berichterstatter mit prinzipiellen Worten an die Leserschaft. Er führte die Motive an, welche zum Betriebsrätegesetz vom 14. Mai 1919 geführt hatten, und kam gleich auf den Punkt: Die Betriebsräte könnten nur funktionieren, wenn sie von einer starken Gewerkschaftsbewegung unterstützt werden. Es folgt eine Schelte, die sich vermutlich weniger an die Leser des Gewerkschaftsblattes wandte als vielmehr an die vielen sogenannten „Indifferenten“, von denen wiederum nur wenige den „Textilarbeiter“ lasen:

„In Vorarlberg haben sich nun nach dieser Richtung besondere Methoden herausgebildet. Man wählt den Betriebsrat und überläßt ihn dann sich selber. Der soll dann jedem einzelnen das 'Tischleindeck-dich' herzaubern. Organisation ist Nebensache. Man hat gewählt und glaubt nun, für ein weiteres Jahr seine Pflicht getan zu haben. Wie falsch diese Einstellung ist, zeigen uns die Verhältnisse in den Vorarlberger Textilbetrieben und zeigen auch die fortgesetzten Klagen der Betriebsräte aus den einzelnen Betrieben.“

Der Gewerbeinspektor für Vorarlberg bemerkte in seinem Bericht 1930 u.a., es wäre schwierig,

*„...für das undankbare Amt des Betriebsrates geeignete Persönlichkeiten zu gewinnen“.*¹³⁹

Das kann nicht verwundern, wenn man um die — vom Gewerbeinspektor gleichfalls angeführte — Ablehnung weiß, welche die Betriebsräte von seiten der Unternehmensleitungen erfuhren.¹⁴⁰

Um ihre Ausgangslage zu verbessern, schlossen sich 1928 die Betriebsräte und Vertrauenspersonen der Union der Textilarbeiter des Vorarlberger Oberlandes zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen und forderten ihre Unterländer Kolleginnen und Kollegen auf, ihrem Beispiel zu folgen.¹⁴¹

Die Mehrheiten in den Betrieben scheinen teilweise oft gewechselt zu haben, vor allem dann, wenn eine der beiden großen Gewerkschaften keine eigene Liste aufstellte. So war 1928 bei Neumanns Söhne in Hohenems der Betriebsrat aus drei FreigewerkschafterInnen und drei ChristgewerkschafterInnen zusammengesetzt, 1929 kandidierten die Christgewerkschafter nicht und die Union stellte den Betriebsrat.¹⁴² Im

Bleichereibetrieb von J.M. Fussenegger in Dornbirn stimmten 1931 140 Arbeiterinnen und Arbeiter ab, zwei stimmten ungültig, 53 für die christliche Gewerkschaft und 85 für die Union. Die Christgewerkschafter erblickten in den damit erreichten zwei Mandaten einen großen Erfolg, weil zuvor alle fünf Mandatare von der Union gestellt worden waren.¹⁴³ In allen zehn Betriebsabteilungen von F.M. Hämmerle in Dornbirn wurde 1932 gleich gar nicht gewählt, nachdem nur die Christgewerkschafter Listen aufgestellt hatten:

„Inzwischen ist auch die Einspruchsfrist (14 Tage) verstrichen, ohne daß ein Widerspruch bemerkbar wurde, daher der neue Betriebsrat als perfekt betrachtet werden kann. Es ist immerhin ein Zeichen des Vertrauens auch der gegnerischen Seite, wenn die Vertretung der Betriebsinteressen den Arbeitern der christlichen Gewerkschaft kampflos überlassen wird.“¹⁴⁴

Die jährlichen Betriebsratswahlen — wie auch die Arbeiterkammerwahlen — führten oft zu Polemiken zwischen den wahlwerbenden Gruppen, zumeist zwischen der sozialdemokratischen Union und der christlichen Textilarbeitergewerkschaft. In der Ablehnung der „Unabhängigen Gewerkschaften“ waren sich beide einig.

Die Christgewerkschafter vermeinten 1931 bereits die faschistische Herausforderung abgewiesen zu haben. Schon immer hätten sie sich gegen einen sozialistischen Gegner wehren müssen,

„...der in der Wahl seiner Mittel nie wählerisch war und zum Unterschied von Deutschland die christlichen Gewerkschaften mit blindem Haß verfolgte. Zu dieser (Schwierigkeit, Anm. d. Verf.) mußten wir uns auch noch gegen jene Heimwehrrichtung zur Wehr setzen, die im Gelöbnis von Korneuburg einen offenen Vorstoß gegen die christlichen Gewerkschaften vollzog. In manchen Köpfen der bürgerlichen Kreise gab es arge Verwirrung. Der faschistische Staat schien wieder einmal errichtet. Die christlichen Gewerkschaften haben aber sehr entschieden die unglaublichen Anmaßungen einiger Querköpfe zurückgewiesen. Diese entschiedene Haltung hat ernüchtert. Auch das Protektionskind der steirischen Heimwehr, die unabhängige Gewerkschaft, glaubte im Kampfe gegen die christli-

chen Gewerkschaften zu erstarken. Sie kurz zu erwähnen, geschieht der Selbständigkeit wegen, da ihr Leben und Sterben ja mit den Faschisten im Taschenformat und der Konjunktur der Alpine verbunden ist.“¹⁴⁵

Auch die Union bewertete die „Unabhängigen Gewerkschaften“ ähnlich:

„In der Zeit der Heimwehrkonjunktur hat die Firma Hämmerle getreu des Ausspruches des Präsidenten des Industriellenverbandes bei der Generalversammlung im Jahre 1928 die Heimwehr mit allen Mitteln gefördert. Diesen Ausspruch glaubten einige Unternehmer auch auf die Heimwehrgewerkschaften, die sogenannten „Unabhängigen“ ausdehnen zu müssen. Die Firma Ganahl in Feldkirch ist hier vorangegangen, andere Firmen sollten folgen. Die Unabhängigen mußten aber erfahren, daß trotz Empfehlung von seiten der Unternehmer und trotz Duldung ihrer terroristischen Agitationsmethoden in den Betrieben die Arbeiterschaft Reinlichkeitsgefühl genug besitzt, um jede Gemeinschaft mit dieser Auchgewerkschaft abzulehnen.“

Die Unternehmer mußten demnach einsehen, daß diese Art Gewerkschaft nicht großzuziehen sei, zumal auch die „Unabhängigen“ von ihren Mitgliedern Beiträge einhoben.¹⁴⁶

Die christliche Textilarbeitergewerkschaft und die Union unterschätzten zumindest den Willen der Firma Ganahl, sich hier durchzusetzen. Während die Union noch bei den Wahlen vom Dezember 1931 den „Unabhängigen“ ein Mandat abnehmen konnte, erreichten diese im Dezember 1932 im Feldkircher Betrieb von Ganahl mit 65 Stimmen gegenüber 38 Stimmen für die Union einen deutlichen Erfolg. Dem war allerdings die Kündigung von 120 Arbeiterinnen und Arbeitern vorangegangen, worunter sich vor allem freigewerkschaftlich orientierte befunden haben sollen. Auch habe die Unabhängige Gewerkschaft im Betrieb ungestört agitiert, während der Union jede Werbung im Betrieb bei Androhung der Entlassung verboten worden sei.¹⁴⁷

Arbeitskämpfe: „...klar, daß die Zeit zum Reden vorbei...“

„Es war jedem Versammlungsteilnehmer klar, daß die Zeit zum Reden vorbei und die Zeit zum Handeln da ist. Nur eine starke, schlagfertige Organisation ist in der Lage, die Interessen der Arbeiterschaft wirksam vertreten zu können. Restloser Beitritt aller aufrechten Arbeiter (Wasserträger, Speichellecker und Kriecher natürlich ausgenommen) ist die einzig richtige Antwort der Kennelbacher Textilarbeiter auf den von der Firma durchgeführten Lohnabbau.“

Deutliche Worte, und noch dazu im „Christlichen Textilarbeiter“. Beide Richtungsgewerkschaften, die Union der Textilarbeiter und die christliche Gewerkschaft hatten am 4. Oktober 1931 in Kennelbach eine Arbeiterversammlung abgehalten. An diesem Sonntagabend sprachen der christliche Gewerkschaftssekretär Josef Kraft und sein sozialdemokratischer Kollege Anton Schlüter. Ansonsten sprach niemand. Zumindest nicht laut. Denn ein Gendarmerieinspektor überwachte die Versammlung, nachdem er schon im Vorfeld den Christgewerkschaftern Verhaltensregeln aufgegeben hatte — die spekulierten: im Auftrag der Firmenleitung? Die Arbeiter jedenfalls

„...waren also sehr brav, aber sie wissen auch warum, hängt doch über jedem, der es wagt, etwas zu sagen, was der Firma unangenehm ist, das Damoklesschwert der Maßregelung.“¹⁴⁸

Denn damals war es für Gewerkschafter schon sehr schwer zu handeln. Zu viel stand ihnen gegenüber: Die Macht der Industriellen, welchen die Staatsmacht wie auch die Macht der Heimwehren immer unverblümt zur Verfügung standen; auch trug die Wirtschaftskrise das ihre zur Einschüchterung bei. Früher, in den ersten Jahren der Republik, war es noch anders gewesen. Damals war die Textilarbeiterschaft noch auseinandersetzungsfähig, allerdings zumeist notgedrungen. Dabei war Kennelbach auch anfangs der zwanziger Jahre zumindest für die sozialdemokratischen Textilgewerkschafter ein hartes Pflaster. Denn sie konnten dort des öfteren nicht einmal ein Gasthaus finden, um eine Ver-

sammlung abzuhalten. Vielmehr mußten sie ins benachbarte Wolfurt ausweichen.¹⁴⁹

1921, in den Zeiten der galoppierenden Inflation, als es für die Gewerkschaften vor allem darum ging, die Kaufkraft der Arbeiter zu erhalten bzw. auszubauen, erstreckte sich die Textilarbeiterschaft des Landes Lohnerhöhungen von 40 bis 60 Prozent. Die Unternehmer hatten nur 15 Prozent angeboten:

„Dieses Angebot faßten die Arbeiter, die in Vorarlberg schon immer mit ihren Löhnen weit hinter ihren Kollegen der anderen Textilgebiete zurückstanden (eine Folge ihrer bisherigen Organisationslosigkeit), angesichts der auch in diesem Lande herrschenden Teuerung als Verhöhnung auf und verließen die Betriebe.“¹⁵⁰

Von Freitag bis Mittwoch früh streikten nach ersten gewerkschaftlichen Schätzungen 4.000 bis 5.000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Textilarbeiterschaft wurde durch die Streikdrohung der Metall- und Elektrizitätsarbeiter unterstützt, und die Schweizer Textilarbeitergewerkschaft versprach einen Solidaritätsbeitrag.¹⁵¹

In der Folge gelang es, in den Kollektivvertrag eine Indexvereinbarung aufzunehmen, nach welcher die Löhne automatisch der Teuerung angepaßt werden sollten. Februar bis April 1923 kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen der Union der Textilarbeiter und dem Industriellenverband über die Zusammensetzung des Warenkorbes und über die Frage, von welchen Grundlöhnen ausgehend die Indexaufschläge bezahlt werden sollten. Schließlich kam es nach langwierigen Verhandlungen zu einer Einigung, welche die Gewerkschaft als Erfolg verbuchte.¹⁵²

Weitere Streiks: Im Mai 1922 streikten 506 Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Getzner, Mutter & Cie., vom 24. Mai bis 4. Juni 1923¹⁵³ die Färberei- und Bleichereiarbeiter zunächst in den Dornbirner Betrieben, bald im ganzen Land (F.M. Hämmerle, F.M. Rhomberg, J.G. Ulmer, alle Dornbirn, Degerdon in Gais bei Nenzing, Getzner, Mutter & Cie. in Bludenz).¹⁵⁴ Der Streik wurde von beiden Gewerkschaften getragen. Die Industriellen hatten auch mit beiden Gewerkschaften verhandelt und waren zu Lohnerhöhungen bereit, allerdings wollten sie bestimmen, wem eine zugestanden würde und wem nicht. Das lehnten 250 der

300 bei einer Versammlung anwesenden ArbeiterInnen ab. Die Gewerkschaften riefen darauf das Einigungsamt an, eine Vermittlung desselben lehnte wiederum der Industriellenverband „aus prinzipiellen Gründen“ ab. Daraufhin kam es zum Streik. Alle Textilfirmen kündigten sofort ihre streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter. Schon am 23., einen Tag vorher also, waren die ArbeiterInnen von J.M. Fussenegger in Dornbirn in den Streik getreten, weil sie von ihrer Firma ausgesperrt worden waren, nachdem der Betriebsrat einer von der Firmenleitung geforderten zusätzlichen Nachtarbeit nicht zugestimmt hatte.

Der Streik der BleichereiarbeiterInnen wurde mit gestaffelten Lohn-erhöhungen beendet, wobei den Firmen zugestanden wurde, jenen Arbeiterinnen und Arbeitern, „die mehr leisten könnten, aber nicht wollen“ die Erhöhungen vorzuenthalten. Allerdings mußte das bewiesen und mit dem Betriebsrat abgesprochen werden.¹⁵⁵ Nicht zuletzt, weil den Webereien das Garn ausgegangen war, konnte dieser relative Erfolg erzielt werden.¹⁵⁶

1922 führten auch die Vorarlberger Stickereiarbeiterinnen und -arbeiter unter Leitung der Christlichen Textilarbeitergewerkschaft einen teilweise erfolgreichen Arbeitskampf — nach bisheriger Kenntnis der einzige Stickerstreik dieser Jahre. Vom 29. März bis 2. April dieses Jahres wurden die Stickereien in Götzis, Hohenems, Altach, Dornbirn, Rankweil und Satteins bestreikt, um eine Angleichung der dortigen Löhne an die in Lustenau bezahlten zu erreichen. Schließlich einigten sich Unternehmer und Gewerkschaft auf 80 Prozent der Lustenauer Löhne.¹⁵⁷

In der Harder Kammgarnspinnerei war das Betriebsklima schon einige Jahre durch einen rüden Ton der Meister im Umgang mit den Arbeiterinnen und Arbeitern belastet.¹⁵⁸ Im März 1923 wurde die Arbeiterin Maria Bolli zuerst von einem Meister körperlich attackiert, dabei leicht verletzt und schließlich vom Firmendirektor Heinrich Stüssi entlassen. Anschließend wurden auch noch ihre Geschwister Alois und Albina Bolli — allem Anschein nach grundlos — entlassen, womit die Familie nahezu ohne Einkommen war. Zudem kamen noch Gerüchte auf, die von weiteren Entlassungen wissen wollten — statt dessen sollten diesem Gerücht zufolge GastarbeiterInnen aus Italien eingestellt werden. Direktor Stüssi heizte den Konflikt noch zusätzlich damit an, daß er die

Verlegung des Betriebs ins schlesische Breslau androhte. Dies alles führte zu beträchtlichem Unmut, der sich in einer Arbeiterversammlung entlud, welche von Samuel Spindler und dem in Hard wohnhaften sozialdemokratischen Spitzenpolitiker Hermann Hermann geleitet wurde. Den beiden gelang es nur mit Mühe, die erhitzten Gemüter zu beruhigen, hatte doch ein anwesender Eisenbahner sogar gefordert, die Versammelten sollten sich

*„zur Villa des Direktors begeben und ihn herausfordern, dann werden wir ihm zeigen, wer die Arbeiter sind“.*¹⁵⁹

Die Arbeiter faßten einen Streikbeschluß, der Ausgang dieses Konflikts ist nicht überliefert.¹⁶⁰

Eigentlich sollten Streiks nur gemäß dem strengen Streikreglement der Gewerkschaften geführt werden.¹⁶¹ Dennoch kam es manchmal zu spontanen Arbeitsniederlegungen, zu sogenannten „wilden“ Streiks. In Hard überreichten am 25. September 1923 jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter der Kammgarnspinnerei ihrem Direktor Stüssi eine zehnprozentige Lohnforderung. Als der ablehnte, legten am Nachmittag 88 Burschen und 13 Mädchen ihre Arbeit nieder. Obwohl sie am selben Abend noch auf einer Betriebsversammlung vom sozialdemokratischen Nationalrat Hermann Hermann ermahnt worden waren, nur in Absprache mit der Gewerkschaft Maßnahmen zu setzen, streikten die Jugendlichen weiter. Am nächsten Tag legten die Betriebsräte ihrerseits der Firmenleitung eine Lohnforderung in der Höhe von 20 Prozent vor, welche Direktor Stüssi ablehnte und der Arbeiterschaft mitteilen ließ, er werde, falls es zu einem allgemeinen Streik kommen sollte, im Mädchenheim nicht mehr kochen lassen. Davon wären 70 Frauen und Mädchen betroffen gewesen. Das erbitterte einerseits die Arbeiterschaft, andererseits intervenierten Vertreter der Bezirkshauptmannschaft Bregenz bei Stüssi und redeten ihm diese Absicht in einer zweieinhalbstündigen Besprechung wieder aus. In einer Streikversammlung am Abend, an der 300 Arbeiterinnen und Arbeiter teilnahmen, gelang es Gewerkschaftssekretär Spindler und Nationalrat Hermann gemeinsam, die Mehrheit der Anwesenden davon zu überzeugen, daß einem Arbeitskampf zuerst Verhandlung voranzugehen hätten. Am 28. September wurde dann gearbeitet und verhandelt. Heraus

kam schließlich eine Lohnerhöhung von zehn Prozent — wie sie von den Jugendlichen anfangs gefordert worden war.¹⁶²

1924 waren die Lohnverhandlungen langwierig und zäh, ohne daß gestreikt wurde. Aus der Arbeiterschaft gab es zwar die Forderung nach Kampfmaßnahmen, doch die gewerkschaftlichen Unterhändler und die Betriebsräte setzten erfolgreich auf Verhandlungen.¹⁶³

Im darauf folgenden Jahr hatten die Gewerkschafter den Eindruck, die Unternehmer verweigerten jedwede Verhandlung und boykottierten die Betriebsräte. Die Lohnrunde brachte kein Ergebnis, in Dornbirn fand am 28. April eine gut besuchte Arbeiterversammlung statt, in Bregenz eine mit schlechtem Besuch.¹⁶⁴ Bis im Juli kam es zu keiner Einigung, die Unternehmer boten vier bis sieben Prozent, ohne Lohnerhöhung sollten die Kammgarnspinnerei Hard und die Handdruckereien bleiben. Die Gewerkschaftsforderungen lagen wenige Prozent darüber. In neuerlichen Versammlungen kam es wieder zu Streikforderungen, nach jeweils längerer Debatte wurde jedoch beschlossen, die Vermittlung des Einigungsamtes beziehungsweise der Landesregierung zu suchen. Der Industriellenverband lehnte sowohl die angebotenen Dienste des Vorsitzenden des Einigungsamtes, Landesgerichtsrat Dr. Hirn, als auch des im Auftrag der Landesregierung auftretenden Gewerbe-rechtsreferenten der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch ab. Neuerlich versammelten sich die Dornbirner TextilarbeiterInnen, die christlichen im Vereinshaus und die Freigewerkschafter im Arbeiterheim. Die Gewerkschaftssekretäre setzten in beiden Versammlungen eine Urabstimmung in allen Dornbirner Betrieben durch. Die ergab eine knappe Mehrheit für die Annahme des Angebots der Unternehmer.¹⁶⁵ Damit war dieser Lohnkonflikt beendet. Samuel Spindler führte den Ausgang der Urabstimmung darauf zurück, daß in den Versammlungen den ArbeiterInnen nahegelegt worden sei, „die nichterreichten Prozente auf eine spätere Zeit zu verschieben“. Der mit dem Vermittlungsversuch beauftragte Feldkircher Beamte hatte den Eindruck, die älteren Arbeiter hätten den Streik eher abgelehnt, während die jugendlichen Arbeiter, „die die eigentliche Stoßtruppe der Arbeitersekretäre darstellen“, entweder auf bedingungslose Annahme der Gewerkschaftsforderungen oder auf Streik gedrängt hätten.¹⁶⁶

In diesen Jahren kehrten recht viele Arbeiterinnen und Arbeiter den Gewerkschaften den Rücken. Ob das mit einer überzogenen Erwartungshaltung oder womöglich mit der Rolle der Gewerkschaften in diesen Konfliktsituationen zusammenhängt oder ob es sich um anderweitige Enttäuschungen handelt, kann hier nicht beurteilt werden. Gewerkschaftliches Handeln hängt jedenfalls mit kollektivem Lernen zusammen. Und die Arbeiterschaft lernte in diesen beiden Jahren die Härte der Unternehmer kennen, noch dazu in einer allgemeinen politischen Situation, in der Arbeiterorganisationen immer weniger Gewicht hatten — sozialdemokratische sowieso, aber auch christliche.¹⁶⁷ Kurzarbeit und drohende Arbeitslosigkeit sowie beständige Lohnkürzungen gegen Ende der zwanziger Jahre trugen das ihre zur Verunsicherung bei.¹⁶⁸

Neben dem Streik gab es noch weitere gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen wie etwa die „Sperré“. „Zuzug nach Schlins in Vorarlberg gesperrt“, hieß es etwa im „Textilarbeiter“,¹⁶⁹ In der Weberei Frommengersch, welche 1926 durch neue Pächter wieder eröffnet worden war, herrschten offenbar schlimme Verhältnisse: niedrige Löhne, unregelmäßige Lohnauszahlung, es wurde nur mangelhaft geheizt, Arbeiter wurden schlecht behandelt etc. Die Vorarlberger Webereiarbeiter mieden daher die Firma, welche ihrerseits versuchte, im benachbarten Deutschland und in innerösterreichischen Textilgebieten Arbeitskräfte anzuwerben. Die Ortsgruppe Schlins der Union der Textilarbeiter beschloß daher, in der Gewerkschaftspresse vor dieser Firma zu warnen und über sie die „Sperré“ zu verhängen, auf daß diese Firma „von jedem anständigen Textilarbeiter gemieden werde“.

Ansonsten erfaßte in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre eine vorübergehende Absatzkrise die Textilindustrie, was Kurzarbeit mit sich brachte und die gewerkschaftlichen Verhandlungspositionen verschlechterte.¹⁷⁰

Die Schuhfabrik Gebr. Krafft in Bregenz war offenbar 1925 unter Konkurrenzdruck geraten und versuchte, die Arbeitskosten zu verringern und die Produktion zu straffen. Dazu verordnete sie Kürzungen beim Akkordlohn, die zuschlagfreie Verlängerung der Arbeitswoche auf 54 Stunden sowie weitere Überstunden bei einem Zuschlag von nur 25 Prozent. Die Arbeiterschaft antwortete darauf mit einer Gegenforderung von 20 Prozent Lohnerhöhung, der sie durch Arbeit nach

Vorschrift, durch „go slow“, Nachdruck zu verleihen versuchte. Daraufhin sperrte die Firma am 18. Mai 160 ArbeiterInnen aus. Der Arbeitskampf dauerte bis 29. Mai, und er endete mit einem Kompromiß.¹⁷¹

1926 kündigte die Firma Ganahl 280 Arbeiterinnen und Arbeiter ihrer Feldkircher Spinnerei, nachdem es über eine beabsichtigte Kürzung der Akkordlöhne der Flyerinnen keine Einigung gegeben hatte. Auch diesmal blieben Interventionen des Einigungsamtes, der Industriellen Bezirkskommission (der Vorgängerin der Arbeitsämter, des heutigen Arbeitsmarktservice) sowie der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch erfolglos. In einer Betriebsversammlung, bei der freigewerkschaftliche Funktionäre wie auch der Sekretär der christlichen Textilarbeiter sprachen, faßten die Anwesenden den einstimmigen Beschluß, die Kündigungen anzunehmen. Es war offenbar nicht die erste Lohnkürzung, und man war der Meinung, hier ein Signal setzen zu müssen. Doch auch hier war damit das letzte Wort keineswegs gesprochen, in weiteren Verhandlungen konnte noch ein Kompromiß erzielt werden. Die Firma verpflichtete sich, die Kollektivvertragslöhne zu bezahlen, die Akkordlöhne wurden mit 30 Prozent maximalem Mehrverdienst plafondiert. Für die Gewerkschaftsvertreter war klar: Wären die Feldkircher ArbeiterInnen in ihrer Mehrzahl gewerkschaftlich organisiert gewesen, wäre die Firma anders vorgegangen.¹⁷²

Die Gewerkschaftsfunktionäre hatten es zunehmend schwerer. Bei F.M. Hämmerle in Dornbirn beispielsweise durften die Gewerkschaftsbeiträge nicht im Betrieb kassiert werden, und den Vertrauenspersonen war das Verteilen von Informationsmaterial sowie jede Agitation bei Androhung sofortiger Entlassung verboten.¹⁷³ Die gewerkschaftliche Interessensvertretung wurde von den Industriellen ebensowenig als Partner akzeptiert wie die Betriebsräte. Und parallel dazu gingen die Lohnkürzungen weiter.¹⁷⁴

Die Lage wurde immer verzweifelter. „Klassenkampf in der Vorarlberger Textilindustrie“ überschrieb „Der Textilarbeiter“ 1931 einen längeren Bericht über die Vorarlberger Verhältnisse.¹⁷⁵ Konkurrenzdruck und Absatzkrise könnten nach gewerkschaftlicher Meinung nicht zur Begründung weiterer Lohnkürzungen herangezogen werden, denn die Löhne seien bereits so niedrig, daß die Arbeiterschaft an den Lebensmitteln sparen müsse. Tatsächlich ging der Wert der jährlichen

Lebensmitteleinkäufe pro Konsumvereinsmitglied von 833 Schilling im Jahre 1929 auf 607 Schilling im Jahre 1933 zurück,¹⁷⁶ Vor allem die Kurzarbeiter, Arbeitslosengeld- und Notstandsauhilfenbezieher waren es, welche die Not der dreißiger Jahre am stärksten bedrohte.

Die Gewerkschaften vermochten all dem nicht erfolgreich zu wehren. Sie versuchten, Ungerechtigkeiten und überzogene Härten auszugleichen. Das allein war schon mühsam genug und oft genug auch vergeblich. Es kam zu Protestversammlungen, wie etwa der Arbeiterschaft von J.M. Fussenegger in Dornbirn am Sonntag, den 8. Februar 1931. Die beiden Gewerkschaftssekretäre Spindler und Kraft referierten, die Arbeiterinnen und Arbeiter beschlossen darauf, die Gewerkschaften sollten das Einigungsamt anrufen. Eine nach aller Erfahrung hilflose Geste.¹⁷⁷ Im „Christlichen Textilarbeiter“ erklärte der Berichterstatter die Lohnkürzungen und die Vorgangsweise der Firmenleitung damit, daß im Management ein Generationenwechsel stattgefunden habe. Die Jungen entsprachen nicht mehr dem Bild des gütigen Patriarchen, das man sich von den Alten zurechtgelegt hatte:

„Das war früher, als noch die alten Herren dort anschafften. Sie waren beliebt bei allen Arbeitern, ob jung oder alt, denn sie waren wohl streng, aber auch gut und gerecht.“¹⁷⁸

Zumeist gingen die Lohnkürzungen ganz einfach vor sich, wie zur selben Zeit bei Degerdon in Gais. Dort erhielten die Arbeiter eine Zuschrift, in der ihnen die Lohnreduktion mitgeteilt wurde. Wer nicht kündigte, erklärte sich damit einverstanden.¹⁷⁹

Ab 1933/34: Nichts mehr mitzureden.

Im März 1933 schaltete die christlichsoziale Regierung Dollfuß das Parlament aus und begann mittels Notverordnungen zu regieren, im Februar 1934 warf sie blutig die sozialdemokratische Erhebung gegen die immer offenere Diktatur nieder und verbot die Sozialdemokratische Arbeiterpartei sowie alle ihre Organisationen und die Freien Gewerkschaften. Ihr Vermögen einschließlich der Arbeiterheime wurde konfis-



*Die „neuen Herren“:
Dipl.-Ing. Hugo Rhomberg.*



*Die „neuen Herren“:
Dr. Viktor Rhomberg.*



*Die autoritäre Vision: Herde und Hirte und festes Haus.
F.M. Rhomberg, Dornbirn, ca. 1930.*

ziert. Die Arbeiterkammern waren schon im Dezember 1933 per Notverordnung gleichgeschaltet worden.¹⁸⁰

Während diese austrofaschistische Diktatur durch maßgebliche Vertreter der Christlichsozialen Volkspartei geschaffen und vertreten wurde — u.a. durch den langjährigen Vorarlberger Landeshauptmann Otto Ender — war die Vorarlberger christliche Arbeiterbewegung diesem Ansinnen durchaus skeptisch gegenüber gestanden. Dr. Karl Drexel hatte schon 1929 mit klarem Blick gewarnt:

„Wenn es ... den Heimatwehren gelänge, die Sozialdemokratie zu Boden zu werfen, so würde auch die christliche Arbeiterbewegung einen schweren Schlag erleiden.“¹⁸¹

Und so war es auch. Zwar wurden zwei Arbeiter in den sogenannten „ständischen“ Landtag nominiert, doch war damit die Arbeiterschaft die am deutlichsten unterrepräsentierte Gruppe. Die beiden Arbeitervertreter nahmen kein Blatt vor den Mund und kritisierten durchaus offen die arbeiterfeindliche Politik des Regimes — ohne allerdings damit Wirkung zu erzielen. Drei Institutionen sollten gegen den von den Industriellen angestrebten „wahren Arbeitsfrieden“ die Interessen der ArbeiterInnen sichern: der am 2. März 1934 als Einheitsgewerkschaft gegründete Gewerkschaftsbund, die gleichgeschaltete Arbeiterkammer und die Soziale Arbeitsgemeinschaft, ein Teil der Einheitsorganisation Vaterländische Front.

Am ehesten wäre noch der Gewerkschaftsbund in der Lage gewesen, Arbeiterinteressen zu vertreten. Er blieb allerdings sehr schwach, nicht zuletzt wegen der relativ wenigen Mitglieder (etwa 6.000). Fachsekretär des Gewerkschaftsbundes wurde mit Josef Kraft der vormalige Sekretär der christlichen Textilarbeitergewerkschaft. Die ehemaligen Freien Gewerkschaften blieben in die Illegalität gedrängt. Für sie war es schon ein Erfolg, als es bei den 1936 zur Gewinnung der Arbeiterschaft durchgeführten Vertrauensmännerwahlen gelang, ehemalige Freigewerkschafter auf den Einheitslisten zu plazieren.¹⁸²

Der Lohnabbau ging weiter und dem Gewerkschaftsbund fehlten die Mittel, dagegen wirkungsvoll vorzugehen. Immerhin nannte er weiterhin die Dinge beim Namen:



Den Karren allerdings zogen andere...

*„Auch bei uns im Lande gibt es noch Betriebe, in denen, es sei Gott geklagt, noch Stundenlöhne von 35 und 40 Groschen bezahlt werden können. Diese Arbeitgeber scheinen die Zeichen der Zeit noch immer nicht zu verstehen. Im Sozialen fallen die Entscheidungen.“*¹⁸³

Am 14. und 15. September 1936 streikten gar 37 Weber der Firma Kastner in Thüringen wegen Lohnfragen. Eine Sitzung der „Werks-gemeinschaft“ war erfolglos geblieben, der Konflikt wurde in einer Sitzung beigelegt, in der Sekretär Kraft mit zwei Vertretern des Industriellenbundes verhandelte, mit Hans Ganahl und Major Moritz von Matt. Matt war bis 1933 „Landeswehrführer“ der Heimwehren gewesen, bevor er die mit den übrigen Nationalsozialisten verlassen hatte.¹⁸⁴

Die Unternehmer ihrerseits waren zumeist mehr oder minder offen deklarierte Nationalsozialisten.¹⁸⁵ Daß sich 1936 nur 46 Prozent der Hämmerle-Belegschaft an den Vertrauensmännerwahlen beteiligt hatten, führte die Sicherheitsdirektion auf die politische Einstellung der Unternehmer zurück.¹⁸⁶

Die Hinwendung der Unternehmer sowie breiter Teile des Mittelstandes zur NSDAP dürfte auch mit der Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Dollfuß zusammenhängen, welcher vorgeworfen wurde, die agrarischen Wählerkreise zu begünstigen und vor allem die verarbeitende Exportindustrie zu benachteiligen.¹⁸⁷

Wie es der Textilarbeiterschaft dann nach der Machtübernahme durch die NSDAP und dem Anschluß Österreichs ans Deutsche Reich erging, ist Thema des nächsten Beitrags. Hier soll noch das Schicksal von Samuel Spindler nachgetragen werden, dem ehemaligen Sekretär der Union der Textilarbeiter. Er verlor 1934 seine Arbeit, 1936 wurde er aus politischen Gründen zweimal inhaftiert. 1942 sollte er, der wegen seiner sogenannten „jüdischen Abstammung“ immer wieder, z.B. in den Arbeiterkammerwahlkämpfen, Ziel übler antisemitischer Hetze von Seiten der christlichen Konkurrenz gewesen war, von der Gestapo deportiert werden. Er zog es vor, in der Nacht vom 10. auf den 11. November 1942 sein Leben selbst zu beenden. Er ist es wert, daß die Vorarlberger Gewerkschaftsbewegung sich seiner erinnert. Bislang erinnert an ihn nur ein Weglein in Bregenz.¹⁸⁸

Anmerkungen

- ¹ Siehe dazu Mittersteiner: „Fremdhäßige“, Handwerker und Genossen, S. 105f.
- ² Siehe dazu Mittersteiner: „Fremdhäßige“, Handwerker und Genossen, S. 106f. sowie Getzner: Getzner, Mutter & Cie., Teil C, S. 112f.
- ³ Zit. nach Geiger: Spinnen, Weben, Sticken, S. 151.
- ⁴ Siehe Getzner: Getzner, Mutter & Cie., Teil C, S. 27, 115, Teil B, S. 95.
- ⁵ Siehe Fink: Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg, S. 85.
- ⁶ Siehe Hundert Jahre Handelskammer, S. 159; die Zahl der Webstühle ist zurückgerechnet nach ebda. S. 162 f.
- ⁷ Fink: Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg, S. 85.
- ⁸ Siehe Wirtschaftsberichte der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1932, Tab. XIII.
- ⁹ Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1928/I, S. 49.
- ¹⁰ Siehe Hundert Jahre Handelskammer, S. 162, sowie Fink: Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg, S. 85.
- ¹¹ Siehe Ulmer, Volk und Wirtschaft, S. 171.
- ¹² Siehe Ulmer, Volk und Wirtschaft, S. 170; Vorarlberger Wacht, 3. 12. 1932, 4. 2. 1933, 10. 1. 1933.
- ¹³ Siehe Kuhn: Industrialisierung am See. Von 1960 bis 1980 ging der Produktionsanteil der Textil- und Bekleidungsindustrie von 75 % auf 48 % zurück; siehe dazu Vorarlberger Landesregierung (Hg.): Grundlagen und Probleme der Raumplanung in Vorarlberg, S. 48; neuere Zahlen in: Wirtschaftskammer Vorarlberg: Vorarlberg in Zahlen. Ausgabe 1993. Nach den Zahlen von 1992 ist Oberösterreich nunmehr das am meisten industrialisierte Bundesland, es hat einen höheren Industrieproduktionswert je Einwohner als Vorarlberg und dort sind 258 von jeweils 1000 unselbständig Erwerbstätigen in der Industrie beschäftigt; Vorarlberg folgt jeweils an zweiter Stelle.
- ¹⁴ Zu den Lohnverhältnissen siehe weiter unten, allgemein siehe dazu: Dreier: Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918 - 1934, S. 15-17, 74ff.
- ¹⁵ Der Anteil der Löhne an den Gesteungskosten, d.i. der Einsatz von „Humankapital“ — damals allerdings zumeist in der Form von körperlicher Arbeit — im Vergleich zum Kapitaleinsatz war allgemein in Österreich höher als in Deutschland, nur in der Textilindustrie lag er — wenn auch bei um 40 % niedrigeren Löhnen — auf gleicher Höhe. Siehe dazu Matthes: Das Ende der Ersten Republik Österreich, S. 16f.

- ¹⁶ Einige Hinweise, die diese Spekulation stützen, gibt es natürlich. Siehe dazu beispielsweise Walser: Bombengeschäfte, S. 49, 199ff.
- ¹⁷ Fink: Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg, S. 135; Vorarlberger Volksblatt, 4. 11. 1927; zu den neueren Daten siehe Wirtschaftskammer Vorarlberg: Vorarlberg in Zahlen, Ausgabe 1993.
- ¹⁸ Mundartlich für: „In die Fabrik arbeiten gehen.“
- ¹⁹ Mundartlich für: „Wenn Du Dich nicht angemessen benimmst (zumeist: angemessene schulische Leistungen bringst), mußt Du in die Fabrik.“
- ²⁰ Siehe dazu Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 19ff.
- ²¹ Zur strukturellen Gewalt siehe Galtung, Johann: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1975, v.a. S. 9ff.
- ²² Siehe dazu Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 11f., 19ff., 36f., 42f.
- ²³ Siehe dazu auch die Erläuterung zum Arbeiterurlaubsgesetz in: Der Textilarbeiter, Nr. 21/1921, S. 3f.
- ²⁴ Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1925, S. 126.
- ²⁵ Vorarlberger Wacht, 13. 12. 1932; zu den Arbeiterkammern siehe Wanner: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg.
- ²⁶ Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1925, S. 127.
- ²⁷ Uhlig: Die Schwabenkinder aus Tirol und Vorarlberg“ sowie ders: Späte Schwabenkinder.
- ²⁸ Siehe dazu Wanner: Kinderarbeit in Vorarlberger Fabriken.
- ²⁹ Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1923, S. 198-203.
- ³⁰ Amtstätigkeit der Gewerbe-Inspektorate im Jahre 1924, S. 104f., 1925, S. 124f.; 1930, S. 125; 1931, S. 86; 1933, S. 92. Die sozialdemokratische Zeitung „Vorarlberger Wacht“ beklagte am 15. 1. 1920 die mangelnde Kontrolltätigkeit der Gewerbeinspektoren.
- ³¹ Siehe Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 101.
- ³² Vorarlberger Volksblatt, 25. 12. 1918; Stellungnahme des Vorarlberger Landesgewerbetages, Vorarlberger Volksblatt, 15. 5. 1923.
- ³³ Vorarlberger Volksblatt, 18. 2. 1923.
- ³⁴ Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1923, S. 201.
- ³⁵ Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, 1. Jg. 1945, S. 144.
- ³⁶ Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1928, S. 52.

- ³⁷ Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1928, S. 157f.; 1929, S. 158f.
- ³⁸ Siehe dazu und zur Stickerei in der Ostschweiz und in Vorarlberg Specker: Textilarbeiter diesseits und jenseits des Rheins.
- ³⁹ Vorarlberger Landesregierung, Abt. Präsidium 440/1927.
- ⁴⁰ Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1924, S. 107.
- ⁴¹ Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1928, S. 47.
- ⁴² Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1924, S. 122; 1925, S. 126.
- ⁴³ Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1924, S. 121f.
- ⁴⁴ Es sind auch niedrigere Löhne überliefert, so liest man im „Christlichen Textilarbeiter“, 27. Jg. Juni-Juli 1931, S. 2, ein Weber auf vier Webstühlen verdiene in Hard gerade 32 bis 33 Schilling netto.
- ⁴⁵ Diese Angaben beruhen vor allem auf Erhebungen der Arbeiterkammer. Für die Quellen verweise ich für den gesamten Abschnitt über die Entlohnung auf meine Berechnungen in Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 78ff. F.M. Hämmerles Umstellung der Lohnauszahlung wird auch kritisiert in: Der Textilarbeiter 1931, Nr. 5, S. 3.
- ⁴⁶ Siehe dazu etwa Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1928/2, S. 43; Statistisches Handbuch des Bundesstaates Österreich, N.F. 1937, S. 140.
- ⁴⁷ Siehe dazu auch die komplizierten Berechnungen in Fink: Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg, S. 168ff. Dort wird versucht die Kaufkraftveränderungen zwischen 1835 und 1928 zu ermitteln. Der Index (Basis 100 = 1835) stand demnach 1913 bei 148 und 1928 bei 164. Leider fehlen Angaben für die Jahre zwischen 1918 und 1928; auch dürfen diese Angaben wohl nicht unüberprüft übernommen werden. Insgesamt richtig dürfte die Schlußfolgerung sein, der Kaufkraftzuwachs sei vor allem durch geringe Preissteigerungen bei Lebensmitteln und der Niederhaltung der Mietzinse gewonnen worden. Siehe dazu: Fink, S. 176. Neuere Kaufkraftberechnungen ergeben ganz andere Indexwerte. Siehe dazu Österreichs Wirtschaft im Überblick 92/93, S. 18.
- ⁴⁸ Vorarlberger Volksblatt, 15. 2. 1929.
- ⁴⁹ Fink: Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg, S. 126.
- ⁵⁰ Siehe dazu wiederum den Abschnitt in Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 84f.

- ⁵¹ Siehe Dreier: Zwischen Kaiser und Führer, S. 148f. und S. 278.
- ⁵² Neben Fink (wie in der Anmerkung weiter oben) siehe auch: Schindler & Cie (Hg.): Denkwürdigkeiten aus 100 Jahren der Spinnerei Kennelbach, S. 73ff.
- ⁵³ 1834 durch McCormick; das erste E-Werk ging 1882 in New York in Betrieb. Siehe Mayr: Stillgelegt!?, S. 11.
- ⁵⁴ Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1927, S. 126; 1929, S. 151f., 153; auch Bericht 1930, S. 122; 128, S. 150 etc.
- ⁵⁵ Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1927, S. 127, siehe auch — beispielsweise — 1927, S. 45f. über die Enge in Stickereibetrieben, Notausgänge etc.
- ⁵⁶ Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1926, S. 122; 1927, S. 127.
- ⁵⁷ Schindler & Cie. (Hg.): Denkwürdigkeiten aus 100 Jahren der Spinnerei Kennelbach, S. 73.
- ⁵⁸ Der Textilarbeiter, Jg. 1931, Nr. 5, S. 3.
- ⁵⁹ Jandraschitsch: Die Textilindustrie in Vorarlberg, S. 3f. Die Wirtschaftsberichte der Kammer für Arbeiter und Angestellte berichten 1932, S. 40, davon, daß früher Weber 2, 3, 4 Webstühle bedienten, nunmehr aber 14—18, bei einer Firma sogar 25. Der Lohn habe sich aber nicht wesentlich verändert.
- ⁶⁰ Jandraschitsch: Die Textilindustrie in Vorarlberg, S. 4.
- ⁶¹ Siehe dazu Sinz: Kennelbach, S. 321 - 325.
- ⁶² Zu dieser Zeit gab es noch dazu Kurzarbeit wegen einer der kurzfristigen Textilkrisen. Siehe: Der Textilarbeiter, 27. Jahrgang 1926, S. 1.
- ⁶³ Siehe dazu Dreier: Zwischen Kaiser und Führer, S. 134f.
- ⁶⁴ Siehe dazu Walser: Bombengeschäfte.
- ⁶⁵ Bericht über die Tätigkeit der Union der Textilarbeiter Österreichs in den Jahren 1927 — 1930, S. 79. In seiner Zusammenfassung der Vorarlberger Verhältnisse kam Samuel Spindler auch auf die Vorgänge bei Schindler und bei anderen Firmen (Ganahl, Hämmerle) zu sprechen und berichtet von zahlreichen Entlassungen (S. 75, 79).
- ⁶⁶ Fink: Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg, S. 86.
- ⁶⁷ Von 1869 bis 1951 von 102.702 auf 193.657; allein von 1920 bis 1939 von 133.212 auf 160.757. Siehe dazu Vorarlberger Landesregierung (Hg.): Grundlagen und Probleme der Raumplanung in Vorarlberg, S. 75 und Wanner: Vorarlberg, S. 1022.
- ⁶⁸ Vorarlberger Landesregierung (Hg.): Grundlagen und Probleme der Raumplanung in Vorarlberg, S. 74f.

- ⁶⁹ Siehe dazu Johler: *Mir parlen Italiano*, S. 11; Wanner: *Vorarlberg*, S. 1022f.
- ⁷⁰ Nach Sammelakt „Inländer Arbeiter-Schutz (1923-1934), Vorarlberger Landesregierung, Abt. Ia 705/1939, Vorarlberger Landesarchiv.
- ⁷¹ Siehe dazu die grundlegende und bahnbrechende Arbeit von Barnay: *Die Erfindung des Vorarlbergs*, hier etwa S. 451f.
- ⁷² Fink: *Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg*, S. 130.
- ⁷³ Siehe zur Wohnungssituation Dreier: *Zwischen Kaiser und „Führer“*, S. 87 – 93; der wesentlichste Auftragsschreiber der Textilindustriellen ist Hans Nägele; siehe dazu etwa Nägele: *Die Vorarlberger Textilindustrie*, S. 36 ff. („Fabrikarbeiter im Eigenheim“). Zu Nägele siehe Bundschuh: *Kreist das Blut der Ahnen?*
- ⁷⁴ 1923 vergaben 94 Firmen Firmenwohnungen: Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1923, S. 154.
- ⁷⁵ In der freigewerkschaftlichen Zeitung *Der Textilarbeiter*, 30. Jg. 1929, Nr. 9, wird kritisiert, die solchermaßen gebundenen Kapitalien stünden für Modernisierungsinvestitionen nicht zur Verfügung.
- ⁷⁶ Schindler & Cie. (Hg.): *Denkwürdigkeiten aus 100 Jahren der Spinnerei Kennelbach*, S. 65.
- ⁷⁷ Winter: *Bilder aus Vorarlberg*. In: *Arbeiter-Zeitung*, 16., 18., 22. Jänner 1913, wiedergegeben in Johler. *Mir parlen Italiano und spreggen Dütsch piano*, S. 141 – 160.
- ⁷⁸ Vorarlberger Landesregierung, Abt. Präsidium, 550/1923.
- ⁷⁹ „Haus-Ordnung für die Werkwohnungen der Firmen: Getzner, Mutter & Cie. in Bludenz und Bürs und Getzner & Cie. in Nenzing“, in Getzner: *Getzner, Mutter & Cie.*, Teil B, S. 277.
- ⁸⁰ Siehe Getzner: *Getzner, Mutter & Cie*, Teil B. S. 287.
- ⁸¹ Siehe Getzner: *Getzner, Mutter & Cie*, Teil B. S. 301f., 307f. Von Interesse in diesem Zusammenhang mag auch noch sein, daß im „Christlichen Textilarbeiter“, 28. Jg. Folge 6-8 vom August 1932, die menschenunwürdigen Wohnverhältnisse der Textilarbeiterschaft dargestellt werden, dabei aber betont wird, dies gelte sicher für Niederösterreich, Tirol, Burgenland und Steiermark, jedoch „vielleicht“ nicht für alle Bundesländer. Eine vergleichende Studie zur Wohnsituation steht aus.
- ⁸² Das Harder Italienviertel hieß bei den Einheimischen nach dem hauptsächlichsten Herkunftsort seiner Bewohner „im Borgo“. Siehe dazu Mittersteiner: „Fremdhäßige“, *Handwerker und Genossen*, S. 325ff.; ders.: *Die „Wälschen“ bleiben „sozirein“*. Sozialdemokratie und italienische Arbeitsmigration im Vorarlberg der Jahrhundertwende. Getzner:

Getzner, Mutter & Cie, Teil B. S. 317ff.; allgemein siehe Johler: Mir parlen Italiano und spreggen Dütsch piano.

⁸³ Arbeiter-Zeitung, 16., 18., 22. Jänner 1913, wiedergegeben in Johler: Mir parlen Italiano und spreggen Dütsch piano, S. 141 - 160.

⁸⁴ Im Bericht der Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtstätigkeit 1930, S. 124 wird von einem durch ein Textilunternehmen neu eingerichteten Heim für ledige Arbeiterinnen berichtet, bestehend aus Küche, Speise-, Näh-, Schwestern-, und Schlafzimmer, für welches täglich zwei Schilling verrechnet wurde.

⁸⁵ Der Textilarbeiter, Nr. 15, 1933.

⁸⁶ Nägele: Pfabregg. In: Fabriklerleben, S. 175-181, hier S. 177.

⁸⁷ Astrid Lindgren: Nils Karlsson-Däumling — die Geschichte eines kleinen Jungen, der sich aus Einsamkeit einen Spielgefährten herbeiphantasiert. Hier zitiert nach Astrid Lindgren: Märchen. Hamburg 1989, S. 127.

⁸⁸ Fink: Schulen. In: Redler: Das öffentliche Leben in Vorarlberg, S. 216.

⁸⁹ Getzner: Getzner, Mutter & Cie., Teil B, S. 324ff.

⁹⁰ Der Textilarbeiter, 30 Jahrgang 1929, Nr. 9.

⁹¹ Siehe dazu Klenner: Die österreichischen Gewerkschaften, S. 484f.

⁹² Klenner: Die österreichischen Gewerkschaften, S. 521f.

⁹³ Bericht des Gendarmerie-Postens Thüringen in Vorarlberger Landesregierung, Abt. Präsidium 225/1928.

⁹⁴ Siehe dazu den Beitrag von R. Mittersteiner.

⁹⁵ Vorarlberger Volksblatt, 11. 5. 1921; nur noch die Bauarbeiter leisteten sich einen eigenen Gewerkschaftssekretär; siehe dazu Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 111f.

⁹⁶ Siehe zu Samuel Spindler Böckle: Landfremd, sozialdemokratisch, jüdisch. Die dreifache Ausgrenzung Samuel Spindlers.

⁹⁷ Siehe dazu Dreier: Zwischen Kaiser und Führer, S. 112f.

⁹⁸ In Österreich insgesamt sah das mit mehr als 45.000 Mitgliedern 1925 etwas anders aus. Allerdings konzentrierten sich diese im wesentlichen auf Wien und Niederösterreich. Siehe dazu Bericht über die Tätigkeit der Union der Textilarbeiter Österreichs in den Jahren 1927 - 1930, S. 18, S. 6.

⁹⁹ Die Zahlen aus dem Statistischen Handbuch für die Republik Österreich (erste Kolonne) und jene aus den Berichten der Union der Textilarbeiter (zweite Kolonne) lauten:

1923	2.214	o.A.
1924	2.147	o.A.
1925	2.159	1.689
1926	772	1.391
1927	1.237	1.261
1928	1.180	671
1929	729	657
1930	426	507
1931	448	o.A.
1932	281	o.A.

Angaben nach: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, N.F. Jg. 1924 - S. 105 f.; 1925 - S. 129f; 1926 - S. 126f.; 1927 - S. 148f.; 1928 - S. 154f.; 1929 - S. 157f.; 1930 - S. 160f.; 1931 - S. 162f.; 1932 - S. 169f.; 1933 - S. 172; Bericht über die Tätigkeit der Union der Textilarbeiter Österreichs in den Jahren 1927 - 1930, S. 18.

- ¹⁰⁰ Zumindest weist das Statistische Handbuch für die Republik Österreich hier immer eine Leermeldung aus; siehe oben.
- ¹⁰¹ Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, siehe weiter oben.
- ¹⁰² Siehe zu den Zahlen und Erklärungsmodellen Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 273, 114ff.
- ¹⁰³ Bericht über die Tätigkeit der Union der Textilarbeiter Österreichs in den Jahren 1927 bis 1930, S. 37.
- ¹⁰⁴ Protokoll über die Beratungen des X. Unionstages der Union der Textilarbeiter Österreichs, Wien 13.-15. 11. 1927, S. 99.
- ¹⁰⁵ Bericht über die Tätigkeit der Union der Textilarbeiter Österreichs in den Jahren 1927 bis 1930, S. 76. Ähnlich im Protokoll über die Beratungen des XI. Unionstages der Union der Textilarbeiter Österreichs, Wien 4.-5. 10. 1931, S. 84.
- ¹⁰⁶ Bericht über die Tätigkeit der Union der Textilarbeiter Österreichs in den Jahren 1927 bis 1930, S. 76.
- ¹⁰⁷ Protokoll über die Beratungen des X. Unionstages der Union der Textilarbeiter Österreichs, Wien 13.-15. 11. 1927, S. 50.
- ¹⁰⁸ Protokoll über die Beratungen des XI. Unionstages der Union der Textilarbeiter Österreichs, Wien 4.-5. 10. 1931, S. 85.
- ¹⁰⁹ Protokoll über die Beratungen des XI. Unionstages der Union der Textilarbeiter Österreichs, Wien 4.-5. 10. 1931, S. 84.
- ¹¹⁰ Protokoll über die Beratungen des X. Unionstages der Union der Textilarbeiter Österreichs, Wien 13.-15. 11. 1927, S. 51.

- ¹¹¹ Leibfried an Reichsparteisekretariat, 13. Dezember 1904. Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien, SD-Parteistellen, Karton 104, nach Mittersteiner: Die „Wälschen“ bleiben „sozirein“. Sozialdemokratie und italienische Arbeitermigration im Vorarlberg der Jahrhundertwende, S. 381.
- ¹¹² Der Textilarbeiter 1930, Nr. 1.
- ¹¹³ Protokoll über die Beratungen des XI. Verbandstages der Union der Textilarbeiter Österreichs, Wien, 4. u. 5. Oktober 1931, Wien o.J., S. 78f.
- ¹¹⁴ Offenbar gab es fast ausschließlich in der Textilarbeitergewerkschaft Frauen, denn insgesamt wurden für Vorarlberg unter den 6.817 Mitgliedern von Freien Gewerkschaften nur 1.399 Frauen ausgewiesen: Vorarlberger Volksblatt, 19. 6. 1924, S. 6. Protokoll über die Beratungen des XI. Verbandstages der Union der Textilarbeiter Österreichs, Wien, 4. u. 5. Oktober 1931, Wien o.J., Delegiertenliste im Anhang.
- ¹¹⁵ Angaben nach Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften, S. 728f.
- ¹¹⁶ Der Textilarbeiter Nr. 34/1919, S. 3.
- ¹¹⁷ Zit. nach Der Textilarbeiter Nr. 21/1921, S. 1f.
- ¹¹⁸ Der Textilarbeiter Nr. 9/1929, S. 1.
- ¹¹⁹ Siehe zur Entstehung der christlichen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in Vorarlberg die diversen Arbeiten Reinhard Mittersteiners: Wachstum und Krise — Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890-1918; ders.: „Fremdhäßige“, Handwerker & Genossen, S. 124-132; Zur christlichen Arbeiterbewegung in der Ersten Republik siehe Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 107-110, 114ff.
- ¹²⁰ Zahlen nach Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, N.F. Jg. 1924 - S. 105 f.; 1925 - S. 129f; 1926 - S. 126f.; 1927 - S. 148f.; 1928 - S. 154f.; 1929 - S. 157f.; 1930 - S. 160f.; 1931 - S. 162f.; 1932 - S. 169f.; 1933 - S. 172; siehe Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 107ff.
- ¹²¹ Nach Altenburger, Erwin: 25 Jahre Christlicher Textilarbeiter Verband, Wien 1930, S. 10.
- ¹²² Vorarlberger Volksblatt, 10. 1. 1923.
- ¹²³ Der Christliche Textilarbeiter, 28. Jg., Folge 6-8, August 1932, S. 2.
- ¹²⁴ Der Christliche Textilarbeiter, 27. Jg., Folge 21-24, Dezember 1931, S. 8.
- ¹²⁵ Nach dem Bericht in Der Christliche Textilarbeiter, 27. Jg. Folge 5-6, März 1931, S. 2f.

- ¹²⁶ Eine in Dornbirn sehr einflußreiche Persönlichkeit. Siehe Stärk: Geschichte der Dornbirner Realschule, S. 101f.
- ¹²⁷ Zum jungen Drexel siehe Mittersteiner: „Fremdhäßige“, Handwerker & Genossen, S. 126ff.; zum älteren Drexel siehe Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 232ff.
- ¹²⁸ Der Christliche Textilarbeiter, 28. Jg., Folge 1-2, Februar 1932, S. 7.
- ¹²⁹ Der Christliche Textilarbeiter, 27. Jg., Folge 15-16, August 1931, S. 2.
- ¹³⁰ Der Christliche Textilarbeiter, 28. Jg., Folge 6-8, August 1932, S. 2.
- ¹³¹ Anton Pelinka bezeichnete das als „cross-pressure-situation“ — die Christgewerkschafter waren als Minderheit innerhalb der CVP unter Druck und andererseits als Minderheit innerhalb der Arbeiterbewegung: Pelinka: Stand oder Klasse, S. 283-202, 251-260.
- ¹³² Drexel zit. nach Der Christliche Textilarbeiter, 27. Jg., Folge 5-6, März 1931, S. 2.
- ¹³³ Siehe dazu Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 113f., 273.
- ¹³⁴ Allgemein siehe dazu Klenner: Die österreichischen Gewerkschaften, S. 1089-1099. Zu ihrem Auftreten in Vorarlberg siehe weiter unten.
- ¹³⁵ Der Textilarbeiter, Nr. 18/1929.
- ¹³⁶ Der Christliche Textilarbeiter, 27. Jg., Folge 5-6, März 1931, S. 2f.
- ¹³⁷ Siehe dazu Johler: „Jeatzt würds heall, jeatzt würds liacht“. Sozialistische Maifeiern in Vorarlberg 1890-1933; Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 55-63; zu den Kommunisten siehe Weber/Weber: „Jeder Betrieb eine rote Festung!“ Die KPÖ in Vorarlberg 1920-1956, S. 85f.
- ¹³⁸ Der Textilarbeiter, Nr. 1/1932, S. 4.
- ¹³⁹ Die Amtstätigkeit der Gewerbe-Inspektorate im Jahre 1930, S. 126.
- ¹⁴⁰ Siehe dazu auch den Bericht aus Dornbirn in Der Textilarbeiter, Nr. 5/1931, S. 3.
- ¹⁴¹ Der Textilarbeiter, Nr. 23/1928, S. 1.
- ¹⁴² Der Textilarbeiter, Nr. 16/1929, S. 3.
- ¹⁴³ Der Christliche Textilarbeiter, 27. Jg., Folge 7-9, April-Mai 1931, S. 6.
- ¹⁴⁴ Der Christliche Textilarbeiter, 28. Jg., Folge 3-5, Mai 1932, S. 6.
- ¹⁴⁵ Der Christliche Textilarbeiter, 27. Jg., Folge 15-16, August 1931, S. 1.
Zu den Vorarlberger Heimwehren und dem Korneuburger Eid bzw. seinen Folgen für Vorarlberg siehe Rape: Die Vorarlberger Heimwehr und die bayerische Rechte 1920-1923; Dreier: Gegen Sozialisten und Nazis. Der Vorarlberger Heimatdienst als Vertreter bürgerlich-konservativer Interessen; sowie ders.: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 207-212.
- ¹⁴⁶ Der Textilarbeiter, Nr. 5/1931, S. 3.
- ¹⁴⁷ Vorarlberger Wacht, 13. 12. 1932.

- ¹⁴⁸ Der Christliche Textilarbeiter, 27. Jg., Folge 17-20, Oktober 1931, S. 8.
- ¹⁴⁹ Der Textilarbeiter, Nr. 15/1924, S. 6.
- ¹⁵⁰ Der Textilarbeiter, Nr. 19/1921, S. 6.
- ¹⁵¹ Der Textilarbeiter, Nr. 19/1921, S. 6 und Nr. 21/1921, S. 1; weitere Forderungen zum Ausgleich des Inflationsverlustes in: Der Textilarbeiter Nr. 40/1921, S. 6.
- ¹⁵² Der Textilarbeiter, Nr. 5/1923, S. 4 und Nr. 8/1923, S. 5.
- ¹⁵³ Als Folge des Streiks konnte etwa im Schwarzacher Zweigbetrieb von F.M. Hämmerle erst wieder am 6. Juni gearbeitet werden. Siehe Sammelakt Vorarlberger Landesregierung, Abt. Präsidium, 339/1923.
- ¹⁵⁴ Siehe dazu auch Vorarlberger Wacht, 9. 7. 1923, S. 7.
- ¹⁵⁵ Der Textilarbeiter Nr. 13/1923, S. 6.
- ¹⁵⁶ Siehe dazu Sammelakt Vorarlberger Landesregierung, Abt. Präsidium, 339/1923, Vorarlberger Landesarchiv; Der Textilarbeiter Nr. 12/1923, S. 4f., Nr. 13/1923, S. 6.
- ¹⁵⁷ Vorarlberger Landesregierung, Abt. Präsidium, 317/1922, Vorarlberger Landesarchiv.
- ¹⁵⁸ Siehe dazu Vorarlberger Wacht, 25. 11. 1919.
- ¹⁵⁹ Gendarmeriebericht im Akt Bezirkshauptmannschaft Bregenz Abt. C, 99/1923, Vorarlberger Landesarchiv.
- ¹⁶⁰ Bezirkshauptmannschaft Bregenz Abt. C, 99/1923, Vorarlberger Landesarchiv, vgl. auch Bundschuh, Dreier, Mittersteiner: Sozialdemokraten im Dorf. 100 Jahre SPÖ Hard, S. 32.
- ¹⁶¹ Siehe dazu Fehlinger: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 82 f.
- ¹⁶² Vorarlberger Landesregierung, Präsidium, 553/1923, Vorarlberger Landesarchiv.
- ¹⁶³ Der Textilarbeiter, Nr. 1/1924, S. 5, Nr. 4/1924, S. 2f..
- ¹⁶⁴ Der Textilarbeiter, Nr. 9/1925, S. 1.
- ¹⁶⁵ Der Textilarbeiter, Nr. 16/1925.
- ¹⁶⁶ Vorarlberger Landesregierung, Abt. Präsidium, 432/1925, Vorarlberger Landesarchiv.
- ¹⁶⁷ Das habe ich andernorts schon ausführlicher darzustellen versucht, siehe Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 200ff. Während bei Verkehrsstreiks, Streiks der Bauarbeiter durchaus die Exekutive massiv gegen Streikende eingesetzt wurde, ist derartiges aus der Textilindustrie nicht bekannt.
- ¹⁶⁸ Zur Kurzarbeit siehe etwa: Der Textilarbeiter Nr. 18/1928, Nr. 24/1932; zu Lohnkürzungen: Der Textilarbeiter Nr. 10/1930, Nr. 20/1931.

- ¹⁶⁹ Der Textilarbeiter Nr. 8/1927, S. 5.
- ¹⁷⁰ Der Textilarbeiter, Nr. 8/1927, S. 5, über die Lohnbewegung.
- ¹⁷¹ Vorarlberger Wacht, 23. 5. 1925, 3. 6. 1925.
- ¹⁷² Der Textilarbeiter Nr. 5/1926, Vorarlberger Wacht, 24. 2. 1926, 3. 3. 1926, 10. 3. 1926, 31. 3. 1926.
- ¹⁷³ Der Textilarbeiter Nr. 15/1926, S. 1.
- ¹⁷⁴ Der Textilarbeiter Nr. 10/1930, Nr. 20/1931, S. 4, Der Christliche Textilarbeiter 27. Jg., Folge 3-4, Februar 1931, S. 5; 27. Jg. Folge 5-6, März 1931, S. 8.
- ¹⁷⁵ Der Textilarbeiter Nr. 20/1931, S. 4f.
- ¹⁷⁶ Wirtschaftsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte 1931, S. 57ff., 1932, S. 68, Vorarlberger Wacht 23. 7. 1934.
- ¹⁷⁷ Der Textilarbeiter Nr. 4/1931, S. 3f.
- ¹⁷⁸ Der Christliche Textilarbeiter 27. Jg., Folge 5-7, März 1931.
- ¹⁷⁹ Der Textilarbeiter Nr. 4/1931, S. 4.
- ¹⁸⁰ Siehe dazu und zum folgenden Egger: Integration und Widerstand. Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934-1938; Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 235ff.
- ¹⁸¹ Vorarlberger Wacht, 14. 12. 1929.
- ¹⁸² Siehe dazu Egger: Integration und Widerstand. Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934-1938, S. 268.
- ¹⁸³ Stellungnahme des Gewerkschaftsbundes im Vorarlberger Volksblatt, 17. 9. 1934.
- ¹⁸⁴ Zum Streik siehe Egger: Integration und Widerstand. Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934-1938, S. 269; zu Matt siehe Dreier: Zwischen Kaiser und „Führer“, S. 265.
- ¹⁸⁵ Siehe dazu die bahnbrechende Studie von Harald Walser: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938 sowie ders.: Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP.
- ¹⁸⁶ Egger: Integration und Widerstand. Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934-1938, S. 268.
- ¹⁸⁷ Siehe Matthes: Das Ende der Ersten Republik Österreich, S. 223ff.
- ¹⁸⁸ Siehe zu Spindler: Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, S. 198, 262, 355; Böckle: Landfremd, sozialdemokratisch, jüdisch. Die dreifache Ausgrenzung des Samuel Spindler; Dreier: „Rücksichtslos und mit aller Kraft“: Antisemitismus in Vorarlberg 1880-1945, S. 181, 220f.

Von der „Betriebsgemeinschaft“ zur „Sozialpartnerschaft“ — 1938-1995

Werner Bundschuh

„Freude am Weben, hat uns der Führer wieder gegeben!“

Die großen Hoffnungen, die viele in die NSDAP gesetzt hatten, wurden nach dem sogenannten „Anschluß“ rasch enttäuscht: Die Textilindustrie bekam in den reichsdeutschen Vierteljahresplänen nicht jenen Stellenwert, den die hiesigen Unternehmer sich erhofften. Zwar konnte dank der Wirtschaftsbelebung nach dem März 1938 die herrschende Arbeitslosigkeit praktisch beseitigt werden, die Euphorie hielt jedoch nur kurz an.

Jene Unternehmer, die die NSDAP auch in der „illegalen Zeit“ unterstützt hatten, wollten nunmehr ernten: Besonders offenkundig profitierte die Firma Franz M. Rhomberg, der einzige „nationalsozialistische Musterbetrieb“ in Vorarlberg, von den politischen Beziehungen.¹

Die Dornbirner Textilindustriellen wurden von der NSDAP zum Teil nicht nur mit hohen Posten bedacht², sondern auch bei den sogenannten „Arisierungen“ kamen sie nicht zu kurz.³ Daß die Vorarlberger Textilindustrie — trotz aller Schwierigkeiten — den Krieg überstehen konnte, hing nicht zuletzt damit zusammen, daß die Eigentümer der großen Textilbetriebe des Landes schon in der „illegalen Zeit“ sehr enge Verbindungen zur NSDAP hatten und deshalb Männer wie Hermann Rhomberg oder Hans Ganahl auch hohe Funktionen in den entscheidenden NS-Wirtschaftsgremien erhielten. Hans Ganahl zum Beispiel war vor, während und nach dem „Dritten Reich“ Vorarlberger Handelskammerpräsident.

Von der Stickerei abgesehen, die während des Krieges zusammenbrach, gelang es der heimischen Textilindustrie, gut über die Runden zu kommen. Erst im Zuge der großen Verlagerungsaktionen ab 1943 mußten Produktionsräume für die Rüstungsbetriebe bereitgestellt werden.⁴

Arbeit für die Rüstungsindustrie

Der Rüstungsboom im Deutschen Reich wirkte sich nach dem „Anschluß“ positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Auch in Vorarlberg wurde — etwa durch Großbauten bei den Illwerken und durch Rüstungsaufträge — die Beschäftigungssituation im Jahre 1938 rasch besser. Zudem wurde die Arbeitslosigkeit durch Maßnahmen wie die Einführung des Reichsarbeitsdienstes, der Dienstpflicht oder des weiblichen Pflichtjahres beseitigt. Alle diese Zwangsmaßnahmen dienten mit Kriegsbeginn dem nationalsozialistischen Ziel des „totalen Arbeitseinsatzes“.⁵

Bereits am 22. Juni 1938 war die sogenannte „Dienstverpflichtung“ eingeführt worden. Am 13. Februar 1939 trat die „Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfes für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung“ in Kraft. Aufgrund dieser Maßnahmen konnten Arbeitskräfte gegen ihren Willen an bestimmte Arbeitsplätze — vor allem in der Rüstungsindustrie — verpflichtet werden.

Am 3. November 1939 mußte auch die damals neunzehnjährige Hedwig Bont, die in der Weberei Kastner in Thüringen arbeitete, der Dienstverpflichtung nachkommen. In ihrem Erinnerungsbuch „Meine Zeitgeschichte“ schildert Hedwig Hartmann (geborene Bont) ihre Verschickung ins „Altreich“:

„Es kam eine Kommission in die Fabrik. Sie gingen durch die Reihen und es hieß einfach: ‚Sind Sie verheiratet, haben Sie Kinder, haben Sie TBC?‘ ... Ich war kein BDM-Mädchen, nicht verheiratet, und hatte dem deutschen Volk und seinem Führer noch kein Kind geschenkt. Also mußte ich nach Norddeutschland in eine Munitionsfabrik einrücken. ... Es war ein Abschied, wie wenn ein Soldat in den Krieg einrückte. Unser damaliger Pfarrer (Karl Ilg, Anm. des Verf.) gab mir ein Muttergottes-Amulett, wie er es allen Soldaten mitgab. Innerhalb von drei Tagen war aus Vorarlberg ein ganzer Waggon Mädchen abfahrbereit. Die Munitionsfabrik lag nördlich von Berlin. Der Ort hieß Grunewald.“⁶

Die Berliner Munitionsfabrik hatte beim Arbeitsamt Bregenz telefonisch 400 Arbeiterinnen angefordert. Trotz aller Bemühungen gelang es

jedoch dem Arbeitsamt nicht, die geforderte Zahl zu stellen. Bis Jahresende waren erst 80 Arbeiterinnen gefunden worden.

Viele dieser Dienstverpflichtungen führten unter den Betroffenen zu Protesten und Unruhe. Die oft in menschenunwürdigen Baracken untergebrachten jungen Frauen waren vielfach äußerst unzufrieden mit ihrer Situation und schrieben verzweifelte Briefe nach Hause. Und einige weigerten sich, nach Berlin abzureisen und dort Sklavenarbeit zu leisten. Sie wurden wegen „Arbeitsverweigerung“ ins Feldkircher Gefängnis gesteckt.⁷

Die junge Schlinserin Bont fand dank ihres „innersten Widerstandes gegen Nationalsozialismus und Krieg“ Mittel und Wege, nach einem halben Jahr wieder heimzukommen.⁸ Sie blieb im Ländle jedoch dienstverpflichtet und mußte bei der Textilfirma Franz M. Rhomberg in Rankweil, die Stoff für Soldatenwindjacken herstellte, „gleich zehn doppelbreite Webstühle bedienen“.

Entgegen einer weit verbreiteten Meinung, daß erst der Krieg den NS-Wirtschaftsaufschwung gebremst habe, gab es schon vor Kriegsbeginn wirtschaftliche Schwierigkeiten und Entlassungen. Zunächst wurden jene auf die Straße gestellt, die auf Druck der Vaterländischen Front zwischen 1935 und 1938 hatten beschäftigt werden müssen. Diese christlichsozialen Arbeiter wurden ins „Altreich“ oder zu den Baustellen der Illwerke dienstverpflichtet. Ab Mitte 1939 begann die Textilindustrie zu schrumpfen, die Talfahrt sollte sich nach Kriegsbeginn im September 1939 rasch fortsetzen. „Rüstungsauftrag“ war nun das Zauberwort für jene Unternehmer, die aufgrund von Rohstoffknappheit oder wegen der Marktlage ihre Zivilprodukte nicht mehr herstellen beziehungsweise absetzen konnten. Kriegswirtschaftlich wurde die Textilindustrie als wenig wichtig eingestuft — ein Umstand, der das Textilland Vorarlberg hart traf. In einem Bericht der Wehrwirtschaftskommission steht über die hiesigen Verhältnisse nach Kriegsbeginn:

„In der Textilindustrie Vorarlbergs, die vom Beschäftigungsrückgang am stärksten getroffen ist und in der vor Kriegsbeginn 13.000 Arbeiter beschäftigt waren, befinden sich noch rund 2.000 in Vollarbeit, rund 10.000 stehen gegenwärtig in Kurzarbeit (im Durchschnitt 30

Stunden in der Woche), rund 1.500 mußten entlassen werden. Mit weiteren Entlassungen ist zu rechnen.“⁹

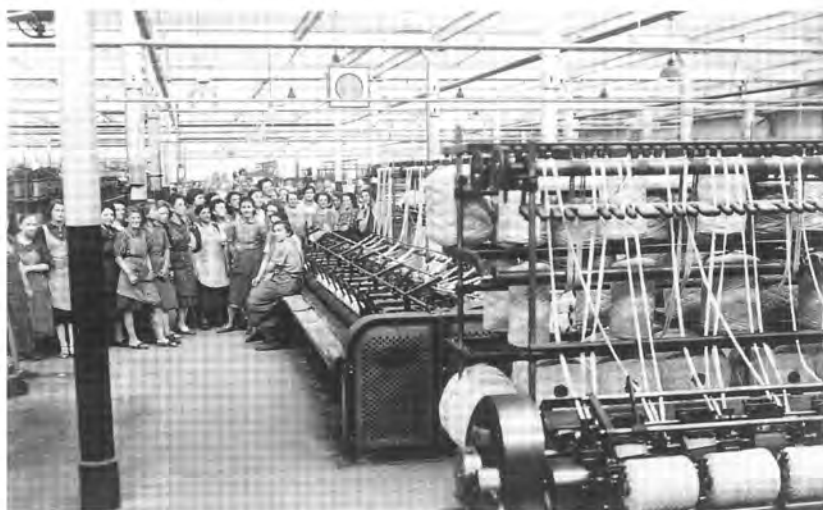
Die Lage in den verschiedenen Betrieben müßte jedoch im einzelnen untersucht und dargestellt werden. Im „Sozial-Bericht der Wollgarn-Spinnerei Schoeller Bregenz“ (1940) werden die kriegsbedingten Umstellungen für diesen Betrieb ausführlich dargestellt:

„Die einschneidenden Maßnahmen der Kriegswirtschaftsverordnung haben sich in der Zeit vom 1. September bis Ende November 1939 in einer wesentlichen Änderung der gesamten Lage ausgewirkt. ... Die Aufträge erfolgten fast ausschließlich durch die Verteilungsstelle für Kammgarnspinnereien in Berlin, zum Teil auch durch die Wehrmachtsbeschaffungsämter. Der Export konnte nur noch in einem ganz bescheidenen Umfang erhalten werden. Die straffe Produktionslenkung seitens der Wirtschaftsführung und das Kriegs-Produktionsprogramm, das von dieser aufgestellt wurde, brachte für uns eine vollkommene Umwälzung in unserem Produktionsplan. Während früher die Handstrickgarne das Hauptkontingent der Produktion ausmachten und das Verhältnis z. B. im Jahre 1938 noch rund 76% Handstrickgarne und 24% Maschinengarne betrug, verlagerte sich die Produktion im Jahre 1940 nunmehr auf nur 12% Handstrickgarne und 88% Maschinengarne. ... Sie brachte erhebliche Verluste mit sich, da ja der Betrieb auf die Erzeugung von Handstrickgarnen eingestellt war. ... Die Unkosten mußten daher mit allen Mitteln zu senken versucht werden. Die Nebenbetriebe wurden ganz wesentlich eingeschränkt, das Musterlager ganz aufgelassen, die Hausdruckerei arbeitete nur zeitweise für den betrieblichen Bedarf an Vordrucken, die Buchbinderei stellte in der Hauptsache nur noch Kartons für den Versand her, die Schreinerei wurde auf ein Mindestmaß eingeschränkt.“

Bereits 1939 kam es aufgrund der Rohstoffknappheit selbst in den Dornbirner Betrieben — und diese wurden bevorzugt versorgt — zu Produktionsrückgängen. Mit der verstärkten Einbindung in die Rüstungsindustrie verbesserten die Textilfabrikanten jedoch ihre Situation. Seit Oktober 1939 — also praktisch mit Kriegsbeginn — arbeitete



*Von der „Betriebsgemeinschaft“ zur betrieblichen „Kampfeinheit“:
Aufruf zum Arbeitseinsatz bei Herrburger und Rhombert 1942/43*



„Alles hört auf den Führer!“ — Wollgarnspinnerei Schöller 1939

F.M.Hämmerle als Zulieferbetrieb für die Dornier-, Heinkel- und Messerschmitt-Werke. Die Firma wurde in ein Munitionsfertigungsprogramm eingebunden und sollte Feldhaubitzengranaten herstellen. Auch Franz M. Rhomberg profitierte von Wehrmächtsaufträgen und fertigte u. a. Fallschirme an. Schließlich erwarben diese beiden Textilunternehmen die ehemaligen Rüsche-Werke (Ende 1941) und stiegen damit zu einem der wichtigsten Rüstungsbetriebe im Lande auf. Sowohl F.M. Hämmerle als auch Franz M. Rhomberg gründeten Subfirmen, die ausschließlich im Rüstungsbereich tätig waren. Sie waren jedoch beileibe nicht die einzigen, die am Rüstungskuchen mitschnitten.

Der Einstieg in die Metallbranche und die Diversifikation der Produktion führten zur Anpassung führender Textilfirmen an die Erfordernisse der Kriegswirtschaft — und zur Expansion. Sie stellten für die Nachkriegszeit rechtzeitig die Weichen, sodaß sich die strukturellen Veränderungen der Wirtschaft während der NS-Zeit für Vorarlberg insgesamt positiv auswirkten.¹⁰

Mit Fortdauer des Krieges wurden in den heimischen Textilfabriken zunehmend Arbeitskräfte eingesetzt, die nicht freiwillig dort arbeiteten. Gegen oppositionelle Arbeiter und Arbeiterinnen bzw. Kriegsgefangene und Fremdarbeiter gingen die „Betriebsführer“ oft mit exemplarischer Härte vor.¹¹

Verratene Arbeiterbewegung: Die „Deutsche Arbeitsfront“

Nicht alle waren resistent gegen die NS-Propagandalügen: Auch mancher Arbeiter und manche Arbeiterin erhoffte sich von der „neuen Zeit“ und dem „nationalen Sozialismus“ eine Verbesserung der Lebensbedingungen.

Anläßlich des hundertjährigen Firmenjubiläums gab Schindler & Cie. (Kennelbach) im Dezember 1938 eine Festschrift heraus, in der die „neue Zeit“ gefeiert wurde. Das „Wesen“ des Nationalsozialismus — so der Herausgeber — sei weder „kapitalistisch“ noch „staatssozialistisch“, sondern bestünde im „Dienen an der Gesamtheit“:

„Auf den beschränkten Lebenskreis der Textilwerke Schindler & Cie. bezogen, erstreckt sich die neue Lebensform im wesentlichen auf das Führerprinzip und den Gemeinschaftsgeist.“

Dieser „neue Gemeinschaftsgeist“ spiegelte sich scheinbar in der Betriebsordnung vom 15. September 1938 wider. Dort hieß es:

„Führer und Gefolgschaft des Betriebes bilden zusammen eine nationalsozialistische Betriebsgemeinschaft. Die Aufgabe dieser Betriebsgemeinschaft ist die gemeinsame Arbeit zur Förderung der Betriebszwecke, zur freien Entwicklung eines jeden einzelnen und zum Nutzen des deutschen Volkes.“

Um die „neue Ordnung“ der Arbeiterschaft schmackhaft zu machen, wurden in der Betriebsordnung eine ganze Reihe von sozialen Einrichtungen und Leistungen festgeschrieben. Einige davon waren:

- Gratisbenützung des Schwimmbades
- Brause- oder Wannenbadbenützung (einmal pro Woche)
- Gratisbenützung der Leihbücherei im „Kameradschaftshaus“
- Abgeltung von Fortbildungsveranstaltungen
- Geschenke zu Weihnachten
- Belohnungen bei Dienstjubiläen
- Gründung einer Unterstützungskassa, einer Pensionskassa, einer Reisekassa und einer Betriebsgemeinschaftskassa

Außerdem sollte Kennelbach durch den Bau von Siedlungshäusern zu einem „Musterdorf“ umgestaltet werden. Diese Häuser kosteten R.M. 7000.- und gingen „ins Eigentum des Siedlers über, wobei den Siedlern von den Textilwerken Schindler & Cie. der Grund geschenkt und ihnen weitgehende finanzielle Unterstützung zugesichert wurde.“

In der Festschrift wurden abschließend die Worte von Gauleiter Bürckel zitiert:

„Unser Arbeiter soll nichts anderes sein, als ein Gleichberechtigter bei seinem Volk. Und wer den Arbeiter von uns trennen möchte, beleidigt dessen deutsche Ehre.“¹²

Wer diesen schönen Worten glaubte, wurde bitter enttäuscht. Die Lage der Arbeiterschaft verschlechterte sich, und die von der NS-Propaganda

versprochene Angleichung an den Lebensstandard im „Altreich“ blieb — trotz Verbesserung etlicher Sozialleistungen wie Kinder- und Ehestandsdarlehen — aus. Mit Ausbruch des Krieges mußten sich alle individuellen Wünsche und Bedürfnisse den Erfordernissen der Kriegswirtschaft unterwerfen, nun galt es, auch an der „Heimatfront“ Opfer zu bringen. So wurde die Arbeitszeit sukzessive hinaufgesetzt und unter Zwang die Arbeitsintensität ohne entsprechende Vergütung erhöht. Die DAF (= „Deutsche Arbeitsfront“), die in der Theorie die Interessen der Arbeiter vertreten sollte, stärkte die Macht der Unternehmer auf Kosten der Arbeitnehmer. Sie war im Gegensatz zu den aufgelösten und verbotenen Gewerkschaften keine Arbeitnehmerschutzorganisation, sondern eine Einheitsorganisation für Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Gewerbetreibende und Unternehmer. Alle diese Gruppen — so die Ideologie der DAF — sollten „gleichberechtigt“ zusammenwirken. In der Praxis hatte die DAF jedoch in erster Linie die Aufgabe, die Mitglieder eines Betriebes im Sinne des Nationalsozialismus zu indoktrinieren sowie deren Freizeit möglichst umfassend zu organisieren. Mit einem nie dagewesenen Aktionismus wurde der völlige Zugriff auf den letzten Rest des Privatlebens unternommen. Die Arbeiter sollten in der „Betriebsgemeinschaft“ aufgehen: Appelle, politische Schulungen, gemeinsame Feierabendgestaltungen, Urlaubsfahrten — organisiert von der „NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude“ (KdF) — Sportveranstaltungen, Luftschutzübungen, Schießabende und Flickstunden waren an der Tagesordnung. Bei allen möglichen Gelegenheiten wurde außerdem für den „Führer“ gesammelt.

Für Löhne, Arbeitszeiten oder Urlaub war die DAF nicht zuständig, dafür sorgten die sogenannten „Treuhänder der Arbeit“, die von der Reichsregierung ernannt wurden. Die Mitgliedschaft bei der DAF war obligatorisch, der Aufbau ähnlich wie in der NSDAP. Der „Reichsverwaltung“ unterstanden die „Gauverwaltungen“, die „Kreisverwaltungen“ und die „Ortsgruppen“. Dem „Betriebsführer“ unterstand der „Betriebsobmann“, diesem der „Sozialwalter“. Des weiteren gab es Unterabteilungen wie den „Gesundheitswalter“, den „Feierabendwart“, den „Jugendwalter“, den „Sportwart“ usw.

Manfred Getzner schildert in seiner Firmengeschichte einige Aktivitäten der DAF und der Freizeitorganisation KdF:

„Mit allen anderen Großbetrieben Vorarlbergs traten Getzner, Mutter und Cie in Bludenz und Nenzing noch im Frühsommer 1938 der DAF bei. Ende Juni 1938 veranstaltete die KdF-Dienststelle Bludenz in der Föhrenburg-Halle eine große Werbekundgebung, bei der Gaureferent Pg. Ganzer aus Augsburg das Hauptreferat hielt. Um Bludenz KdF-gerecht und somit für eventuelle Urlaubsgäste aus dem Altreich ansprechend zu machen, mußten nämlich noch große Anstrengungen unternommen werden. Was vor allem fehlte, waren eine Sportanlage und ein Freibad. Über Vorsprache des Bürgermeisters erklärte sich schließlich die Firma Getzner, Mutter & Cie bereit, zur Errichtung des geplanten Strandbades mit einer modernen Sportanlage einen Beitrag von RM 30.000 zur Verfügung zu stellen.“ Am 20. August 1938 eröffnete die DAF in Bludenz eine „neue“ Bücherei aus den Beständen der ehemaligen Arbeiterkammerbibliothek. Diese wurde jedoch gesichtet und „von allem jüdischen Schund“ befreit. „Es wird das Bestreben der DAF sein, durch Beschaffung guter Bücher, besonders des ganzen NS-Schrifttums, die Bücherei auf jene Höhe zu bringen, die man von einer DAF-Bücherei erwartet.“¹³

Weltanschauliche Indoktrinierung war also eine Hauptaufgabe der DAF. Der Jahresbericht der Firma Schoeller für das Jahr 1940 vermittelt einen Eindruck, wie die nationalsozialistische Propaganda in den Betrieben ausgesehen hat:

„Am 2. Januar sprach der Betriebsführer selbst zum Beginn des neuen Jahres zur Gefolgschaft. Ihm folgte eine Ansprache des Kreiswirtschaftsberaters Pg. Kolbek. Am 26. Januar sprach Pg. Dr. Erich Schneider, am 13. März Kreisgeschäftsführer Pg. Richter. Als Abschluß des zweiten Jahrestages der Machtergreifung fand abends im Packereisaal eine nationale Feierstunde statt unter dem Leitwort ‚der historische März‘. Der Betriebsführer hatte eine Reihe von Filmen zusammengestellt, die die geschichtlichen Ereignisse der letzten Jahre vor Augen führten. ... Am 16. Juli sprach in einer Betriebsversammlung Bürgermeister Pg. Solhardt. Am 21. November sprach wiederum Kreiswirtschaftsberater Pg. Kolbek... Am 27.

Juni fand abends auf dem Adolf-Hitler-Platz eine Großkundgebung statt, bei der der Betrieb geschlossen teilnahm. Am 4. August nahm die Betriebsgemeinschaft geschlossen am Kreisappell in Bregenz teil, zunächst an einer Fahnenweihe im Deutschen Haus, anschließend an einer Großkundgebung auf dem Adolf-Hitler-Platz. Nachmittags fand eine Sondertagung der DAF für Betriebsführer, Betriebsobmänner und alle DAF-Walter statt. Am 24. November beteiligte sich die Betriebsgemeinschaft an der Heldenehrung beim Kriegerdenkmal. Am 22./23. Juni fand in Mellau ein Schulungskurs der DAF statt, an welchem sich Betriebsführer und Betriebsobmann beteiligten.“¹⁴

Welche Rolle den „Arbeitervertretern“ im Rahmen der DAF zugedacht war, zeigt die folgende Instruktion aus einer Firmenzeitung. Nach der Erklärung, was der „Betriebsführer“ für eine Funktion habe, folgt der Abschnitt über den „Betriebsobmann“. Seine Aufgabe sei es,

„jedes Gefolgschaftsmitglied über die Betriebsgemeinschaft hinaus zum brauchbaren Mitglied der Volksgemeinschaft zu erziehen. ... In unseren Tagen aber wird der Betriebsobmann zum gläubigen Vertreter des Wehrgedankens der Heimatfront und sorgt innerhalb seiner Gemeinschaft für den Geist, der dem Volk den Sieg verbürgt. Vertraut mit den Nöten und Sorgen seiner Gefolgschaftsmitglieder, wissend aber auch um die tiefen Kräfte, die in dem deutschen Menschen schlummern, setzt er jetzt seinen ganzen nationalsozialistischen Stolz daran, diese Kräfte zum letzten großen und entscheidenden Einsatz zu mobilisieren. ... Er wächst jetzt in den Betrieb hinein als der Bannerträger und Kündler unseres unerschütterlichen Glaubens an den Sieg und tagtäglich mehr zum streitenden Verfechter der Forderung, die der Führer im Namen der Front der schaffenden Heimat stellt: ‚Schafft noch mehr Waffen und Munition!‘“

Dafür hatte der „Gefolgsmann“ in den Fabriken zu schuften: Die von den Machthabern abverlangten Opfer nahmen zu, die „Soldaten an der Maschine“ mußten 60 Stunden und mehr arbeiten — und dies bei geringerem Lohn. Die „betriebliche Kampfeinheit“ wurde im „Dienste des Führers“ rücksichtslos ausgebeutet. Die Arbeiterinnen und Arbeiter



Heimattümelei bei F.M. Rhomberg: die Volkstanzgruppe



„Betriebsgemeinschaft Schöller“: Erster gemeinsamer Ausmarsch nach dem „Anschluß“, 1938

hatten zu parieren und zu gehorchen. Die Antwort auf die Frage „Was bist Du, Gefolgsmann?“ lautete:

„Einer steht vor Dir, der Befehle gibt, einer ist, der Deine und der Gemeinschaft Fahne trägt. Du aber mußt sein, der dieser Fahne folgt, der den gegebenen Befehl erfüllt und zu jeder Stunde bereit ist, getreu dem Fahneneide anzutreten. Du bist das Gros, um Dich aber auch geht der Kampf. ... In Deinem eigenen Namen führt das Reich diesen Krieg und will an seinen Grenzen und in der Heimat Deine kämpferische Tat. Du bist der wahre und wirkliche Kamerad Deiner Soldaten. Die Waffen, die sie tragen, sind Zeugen Deiner fleißigen Hand. Die Motoren, die unserem Sieg dienen, hast Du zur Kraft erweckt und darum klingt auch aus ihrem Dröhnen Dein eigenes Freiheitslied. ... So wie der beste Soldat der Welt dem besten Volk der Erde mit seinem ganzen Sein und Ich verschworen ist, schafft der fleißigste und tüchtigste Arbeiter unter der Sonne, die besten und gefürchtesten Waffen (sic!), die jemals von einem Volk im Kampf eingesetzt wurden.“¹⁵

Die heimischen Betriebe schnitten beim sogenannten „Leistungskampf“ der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) hervorragend ab. 1939/40 wurden insgesamt 28 „Gaudiplome“ im „Gau Tirol-Vorarlberg“ verteilt. 1941 erhielt Franz M. Rhomberg außerdem die höchste Auszeichnung der DAF zuerkannt, die „Goldene Fahne“.

Manche(r) ging der DAF- und KdF-Propaganda kurzfristig auf den Leim, doch die Aktivitäten dieser NS-Organisationen konnten immer weniger darüber hinwegtäuschen, was der Nationalsozialismus auch für die Arbeiterschaft in der „Ostmark“ brachte: Rechtlosigkeit, Ausbeutung und Terror. Und diese Arbeiter in den Fabriken waren mit fortschreitendem Kriegsverlauf — Frauen.

An der „Textilfront“: Frauen, Kriegsgefangene und Südtirolumsiedler

In bezug auf die Frauenarbeit in den Textil- und Rüstungsfirmen waren die NS-Ideologen in der Zwickmühle: Einerseits forderten sie die Rückkehr zu „altgermanischen Frauentugenden“, andererseits mußten die Frauen während des Krieges in „die Produktion“ und Männerarbeiten übernehmen. Gegenüber der vorangegangenen austrofaschistischen Zeit brachte der Nationalsozialismus einen eindeutigen Modernisierungsschub, der von vielen als Befreiung empfunden wurde. Es sei nur auf den Abbau diskriminierender Maßnahmen gegen ledige Mütter, auf die Einführung der reichsdeutschen Ehegesetze oder auf die Organisation des Frauensports hingewiesen. Die Einrichtung von Kinderkrippen in den Betrieben erleichterte die Berufstätigkeit gewaltig. Auch Schwangere wurden besser gestellt. § 53 der Betriebsordnung von Schindler & Cie. hielt dazu fest:

„Schwangere Frauen erhalten 5 Monate vor ihrer Niederkunft tunlichst leichtere Arbeit ohne Kürzung des Lohnes zugewiesen. Sie haben 6 Wochen vor ihrer Niederkunft die Arbeitsstätte zu verlassen und erhalten für die 6 Wochen vor ihrer Niederkunft und 6 Wochen nach ihrer Niederkunft die Differenz zwischen dem Krankengeld und ihrem tatsächlichen Lohn.“¹⁶

Obwohl es die NS-Verkünder anders propagierten: Die ökonomische Situation in einem hochindustrialisierten Land erlaubte es nicht, die Frauen von einer Erwerbsarbeit fernzuhalten.¹⁷

Mit fortschreitendem Kriegsverlauf genügten die Frauen in den Fabriken nicht mehr. Und es kamen in der Folgezeit mehrere Tausend ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen nach Vorarlberg. Darunter waren zum Beispiel zivilverpflichtete Franzosen, Kriegsgefangene aus Polen und Rußland, verschleppte Ukrainerinnen — und „Brüder und Schwestern“ aus dem Südtirol.

Am 23. Juni 1939 wurde zwischen dem Deutschen Reich und dem faschistischen Mussolini-Italien jenes Abkommen geschlossen, das dazu führte, daß bis 1943 rund ein Drittel der Südtiroler Bevölkerung ihre

Heimat verließ. Über 80 Prozent der deutschen und ladinischen Bevölkerung votierte für das Reich. Rund 74.500 Südtiroler „Optanten“ wanderten tatsächlich ab. Von diesen Umsiedlern blieben 80 Prozent in Österreich, etwa ein Siebtel davon ließ sich in Vorarlberg nieder. Dies entsprach 10.681 Personen oder 14,3 Prozent der Optanten (davon 3.421 Männer, 3.574 Frauen und 3.686 Kinder).

Die Umsiedlung darf nicht nur unter dem Aspekt des politischen Zwanges gesehen werden: Der starke Bedarf an ungelernten Arbeitskräften seitens der Vorarlberger Textilindustrie, die in die Rüstungsindustrie des „Dritten Reiches“ eingespannt war, und die schlechte ökonomische Situation der meisten Südtiroler Umsiedler bestimmten den Entschluß mit, die Heimat zu verlassen. Somit handelt es sich bei der Umsiedlung der Südtiroler um eine Form der Arbeitsmigration. Der Hauptzugug erfolgte im Jahre 1940. Das vordringlichste Problem war die Schaffung von Wohnraum. Unter der Leitung von Dipl.-Ing. Alois Tschabrun, der am 27. Februar 1939 die „Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. (VOGEWOSI)“ gegründet hatte, begann eine außergewöhnlich intensive Bautätigkeit. In Bregenz, Dornbirn, Bludenz, Feldkirch, Hard, Götzis, Hohenems und Rankweil entstanden in kürzestem Zeitraum „Südtirolersiedlungen“.

Die Ansiedlung orientierte sich in starkem Maße am Arbeitskräftebedarf in der Textilindustrie. Die neuen Arbeitskräfte waren lange Zeit vielfältigen Vorurteilen ausgesetzt, sie wurden diskriminiert und zum Teil ausgegrenzt. Die „Südtiroler“ konnten sich erst in den fünfziger Jahren allmählich integrieren, als andere an ihre Stelle traten: die Steirer und Kärntner.¹⁸

Gegen „Hetzer und Meckerer“

Zur Aufrechterhaltung der Arbeitswilligkeit und Arbeitsdisziplin organisierten die nationalsozialistischen Herren die Arbeitswelt nach militärischen Mustern. Die kleinsten Vergehen wurden von den „Betriebsführern“ rigoros geahndet. In zahlreichen Textilbetrieben wurde sowohl die Arbeitsdisziplin als auch die politische „Ruhe“ in „Zusammenarbeit“ mit der Gestapo hergestellt. Denn trotz der Zerschlagung

der organisierten Arbeiterbewegung und trotz der Indoktrination durch Partei und DAF war es den Nationalsozialisten in keiner Phase ihrer Gewaltherrschaft gelungen, alle Arbeiterinnen und Arbeiter „gleichzuschalten“. Besonders die „linken“ und die katholischen Arbeiter ließen sich nicht blenden, sie galten deshalb als potentielle „Hetzer und Meckerer“, die es in den Betrieben besonders zu überwachen galt und gegen die notfalls mit brachialer Gewalt eingeschritten wurde.

Bis in die achtziger Jahre wurde die Dimension der NS-Verfolgung und der Anteil der heimischen Nationalsozialisten an der Verfolgungsmaschinerie in der Landesgeschichtsschreibung verschwiegen und tabuisiert. Auch in unserem Land wurden Menschen aus politischen, rassistischen, religiösen und sozialen Gründen verfolgt, eingesperrt und umgebracht, auch hier fielen hilflose Opfer der sogenannten „Euthanasie“ zum Opfer. Darüber wurde nach 1945 nicht gerne gesprochen.¹⁹

Gerade unter den Textilarbeitern und Textilarbeiterinnen war der Anteil der Verfolgten besonders hoch. Daß dem so war, dafür sorgten auch einzelne Unternehmer, die mit der Staatspolizei bestens kooperierten. Die Interessensidentität von Staat und Unternehmertum zeigte sich darin, daß „Arbeitsverweigerung“ als direkte Widersetzlichkeit gegen den Staat angesehen wurde.

So wurden etwa im Dornbirner „NS-Musterbetrieb“ Franz M. Rhomberg nicht nur die im hauseigenen Lager untergebrachten Fremdarbeiterinnen vom Lagerleiter und der Gestapo schikaniert, sondern der Personalchef überwachte höchstpersönlich die politische Einstellung seiner „Gefolgschaft“: Wer nicht parierte, wurde entlassen oder angezeigt. Auf diese Weise kam auch der sozialdemokratische Textilgewerkschafter und Betriebsrat Norbert Tost — er war nach 1945 am Wiederaufbau der Arbeitnehmervertretung maßgeblich beteiligt — vor ein Sondergericht: Er hatte sich geweigert, bei einer Betriebsammlung zu spenden, denn er wollte kein „Kriegsverlängerer“ sein. Im Juli 1944 wurde er verhaftet und ein Verfahren wegen „Wehrkraftzersetzung“ gegen ihn eingeleitet, das jedoch nicht mehr abgeschlossen wurde. Der Arbeiter Roman Frick, Vater von fünf unmündigen Kindern, wurde vom Personalchef dieser Firma wegen „wehrkraft-

zersetzenden Äußerungen“ ebenso denunziert wie Josef Hilbe. Beide wurden zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.²⁰

Noch schlimmer erging es jenen, die mit dem „Reichsarbeits-
ziehungslager“ Reichenau bei Innsbruck Bekanntschaft machten. Eine
Hauptaufgabe der „Arbeitserziehungshaft“ bestand darin, „Elemente,
die mangelnde Arbeitsmoral gezeigt haben“, zu disziplinieren — manch-
mal bis zum Tod. In den Polizeiberichten und den Gefangenenbüchern
gibt es zahlreiche Eintragungen über Deportationen von Vorarlberg
nach Reichenau. Vor allem ausländische Zivilarbeiter wurden zur „Bes-
serung“ in diese Form von KZ-Lager gesteckt. Sie wurden nach
Verbüßung einer meist dreimonatigen Haft wieder an ihren Arbeits-
platz zurückgebracht, als Mahnung und „Ansporn“ für ihre Arbeits-
kollegen.

Die Drohung mit dem „Arbeitslager“ gehörte zum Repertoire der
„Betriebsführer“, um auch die einheimischen Arbeitskräfte bei der Stange
zu halten.²¹ „Schönheit der Arbeit“ hatten die Nationalsozialisten vor
dem Krieg angepriesen, Zwang und Terror waren gefolgt. Welcher hef-
tige Wind den Textilarbeitern und Textilarbeiterinnen besonders nach
dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 entgegenblies, ver-
anschaulichen einige Sätze aus einer Rede des „Betriebsführers“ von
Franz M. Rhomberg:

*„Ich könnte die Zahl der Fälle solcher unbegründeter Arbeits-
versäumnisse beliebig fortsetzen. Ich müßte dann noch von den Ver-
säumnissen wegen Kopfweh und anderen nicht als Krankheiten zu
wertenden Unpäßlichkeiten erzählen. ... Jetzt aber sind wir dort
angelangt, wo es keine Rücksichten mehr geben darf. Jede versäum-
te Arbeitsstunde bedeutet nicht gelieferte Ware. ... Niemand kann
sich darauf berufen, daß er zu wenig zu essen hätte. Daß es nicht zu
viel ist, wissen alle. ... Unsere Arbeitszeit ist teilweise bis auf weite-
res — weil notwendig — erhöht worden. Auch das ist erträglich...
Auffällig ist, daß die von jüngeren Gefolgschaftsangehörigen ver-
säumte Arbeitszeit wesentlich höher ist, als die der älteren oder gar
alten Gefolgschafter. ... Wenn ich jetzt von jenen Gefolgschaftsan-
gehörigen, die noch nicht in Ordnung sind, verlange, daß sie sich auf
den Ernst der Lage besinnen, dann tue ich dies mit gutem Recht,*

Merkblatt

für das Verhalten der Bevölkerung gegenüber Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern

Der Mangel an Arbeitskräften zwingt dazu, Kriegsgefangene und Fremdarbeiter zum Arbeitsinsatz heranzuziehen. Sie werden gerecht behandelt, nach bestimmten Sätzen bezahlt und ausreichend versorgt.

Im Verkehr mit Kriegsgefangenen ist zu beachten:

Strafbar macht sich

nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen:

1. Wer Kriegsgefangenen Lebensmittel, Rauchwaren zulegt, verkauft oder im Tauschwege verschafft; er schädigt dadurch die deutsche Wirtschaft.
2. Wer Kriegsgefangenen Waffen, Zivilkleider, Landkarten, Kompassé usw. gibt und damit fahrlässig Fluchtmöglichkeiten verschafft!
3. Wer von Kriegsgefangenen Wertgegenstände ankauft oder als Geschenk annimmt; unter dieses Verbot fallen auch sogenannte Erinnerungsfunde, Lichtbilder usw.
4. Wer mit Kriegsgefangenen in freundschaftlichen Verkehr tritt und mehr mit ihnen spricht, als zu Arbeitszwecken unbedingt nötig ist. Insbesondere sind in Anwesenheit von Kriegsgefangenen Gespräche militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Inhalts zu unterlassen. Vertrauensseligkeit ihnen gegenüber öffnet Spionage und Sabotage Tür und Tor.

Als Landesverräter gilt

und wird schwer bestraft, unter Umständen sogar mit dem Tode:

1. Wer Beihilfe zu heimlicher Nachrichtenübermittlung leistet durch Annahme oder Weiterbeförderung ungeprüfter Kriegsgefangenenpost oder durch Übergabe einer Deckanschrift. Die gesamte Kriegsgefangenenpost muß durch die Prüfstelle der Kriegsgefangenenlager gehen.
2. Wer Kriegsgefangene zum Fernsprech- oder Telegraphenverkehr zuläßt.
3. Wer das unbeaufsichtigte Abhören des Rundfunks oder gar feindlicher Sender gestattet.
4. Wer vorsätzliche Beihilfe zur Flucht leistet.

Pflicht jedes deutschen Volksgenossen ist:

1. Jede Wahrnehmung staatsfeindlicher Gespräche, bzw. Taten sofort dem Arbeitskommandoführer oder der Gendarmerie zu melden.
2. Den deutschen Behörden zur Wiederergriffung entflohener Kriegsgefangener jede mögliche Beihilfe zu leisten und ihnen jeden Verdacht auf Spionage oder Sabotage sofort zu melden.

Deutsche Frauen und Mädchen! Deutsche Männer!

Wahret eure Würde gegenüber allen Fremdarbeitern, sei es, daß sie als Freunde oder Feinde in unserem Lande weilen. Die Zurückhaltung gegenüber den Fremdartigen ist keine Weisbildung.

Der Fremdarbeiter befreundeter Nation wird keinen Groll hegen, denn auch er weiß, daß er sein Volk nur erhalten kann, wenn er sein Blut nicht mit dem eines anderen Volkes vermischt.

Tiroler und Vorarlberger!

Unsere schöne Heimat braucht deutsche Kinder!

Ihr werdet nicht wollen, daß einst die Kinder fremder Völker in eurem Land leben.

Denn dann wäre unser Kampf umsonst!

zugleich aber mit der klaren Absicht, niemand in Zweifel zu lassen, daß für faule Ausreden keine Zeit mehr ist.“²²

Widerstand und Zivilcourage

Nicht alle waren bereit, die Entrechtung der Arbeiter völlig widerstandslos hinzunehmen. Allerdings brachte die Okkupation Österreichs durch die Deutsche Wehrmacht auch in Vorarlberg zunächst jeglichen organisierten Widerstand zum Erliegen. Sozialistische und kommunistische Exponenten der Arbeiterbewegung wurden umgehend verhaftet. Dabei konnten die neuen Machthaber auf Listen zurückgreifen, die noch von den Behörden des sogenannten „Ständestaates“ angelegt worden waren.²³

Im Frühjahr 1940 gelang der Gestapo die Aushebung der ersten organisierten Gruppe, die in Vorarlberg im Untergrund gegen den NS-Staat arbeitete.²⁴ In der sogenannten „Aktionistischen Kampforganisation“ (AKO) Dornbirn nahm der Textilarbeiter Hilar Paterno eine wichtige Rolle ein. Diese Gruppe gab ihren Mitgliedern auch geheime Richtlinien für Sabotageaktionen gegen das NS-Regime:

„Jedes Mitglied hat die Pflicht, dem Naziregime den größtmöglichen Schaden zuzufügen durch Gegenpropaganda (Flüsterpropaganda), Nachrichtendienst (auch militärisch), Vorbereitung von Anschlägen gegen öffentliches Eigentum und nazistische Einrichtungen.“

Zu Sabotageakten ist es nicht gekommen: Wilhelm Himmer — der Kopf der Gruppe — zog einen Denunzianten mit ins Vertrauen. Im Jänner 1940 holte die Gestapo zum Schlag gegen die AKO aus und verhaftete die Gruppenmitglieder. In den folgenden Prozessen wurde ein für Vorarlberg einmaliges Exempel statuiert: Hilar Paterno — zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt — wurde 1943 aus dem bayerischen Gefängnis Kaisheim ins KZ Mauthausen gebracht. Am ersten Tag nach seiner Ankunft wurde er dort auf der „Todesstiege“ erschlagen. Wilhelm Himmer, der bereits von den austrofaschistischen Behörden als

unverbesserlicher Asozialer eingestuft worden war, wurde am 20. März 1942 in Innsbruck zum Tode verurteilt und am 8. Juli 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Alle Personen, die der Gruppe nahegestanden hatten, wurden erbarungslos abgeurteilt. Sie erhielten langjährige Zuchthausstrafen. Der Chauffeur Arthur Sohm — zu lebenslanger Haft verurteilt — wurde wie Paterno ins KZ Mauthausen überstellt und kam dort um.

Die Gruppe bestand zu einem Gutteil aus Textilarbeitern, die allerdings der organisierten Arbeiterbewegung nicht nahestanden. Josef Wieland überlebte das KZ. Er bekam zunächst sieben Jahre Zuchthaus und wurde dann 1943 nach Mauthausen überstellt. In einem Außenlager befreiten ihn englische Truppen. Seine Frau Maria wurde durch die ständigen Gestapo-Verhöre, Hausdurchsuchungen und Mißhandlungen nervenkrank und verstarb 1944 vermutlich als Opfer der NS-Euthanasie.

Auch die Abgeurteilten Josef Heinzle, Johann Peter und Josef Höfel waren Textilarbeiter. Letzterer war zu diesem Zeitpunkt 19 Jahre alt und wurde bei einem Fluchtversuch aus dem Gefangenenhaus Feldkirch erschossen. Zu jenen, die beschuldigt wurden, mit der AKO Kontakt gehabt zu haben, zählte auch der aus Schlins stammende Weber Josef Anton Schmid.²⁵ Bereits im Jahre 1939 war Schmid wegen „kommunistischer Propaganda“ verhaftet und vor Gericht gestellt worden. Nunmehr warf man ihm vor, er habe von Wilhelm Himmer eine Deckadresse in der Schweiz erhalten, ohne dies den Behörden gemeldet zu haben. Da seine Frau Isabella glaubhaft machen konnte, daß sie den Zettel zerrissen hatte und deswegen ihr Mann keinen Kontakt mit „Maria Luise Hubert“ (so lautete der Deckname) aufnehmen konnte, wurde er „nur“ wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt und am 6. Juni 1942 zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis verurteilt.

In die Mühlen der NS-Justiz kam auch der Dornbirner Textilarbeiter Johann Gutensohn, der ebenfalls beschuldigt wurde, Mitglied der AKO gewesen zu sein bzw. von ihren Plänen gewußt zu haben.²⁶

Johann Gutensohn: Häftling Nr. 5535

Erst vor wenigen Jahren brach Johann Gutensohn sein Schweigen: Die Aufnahme nach seiner Rückkehr aus dem Zuchthaus Amberg im Juni 1945 hatte tiefe Wunden hinterlassen. „Es tut heut' noch weh“, sagt er, wenn er sichtlich bewegt an diese Zeit zurückdenkt. Er wurde nach dem Krieg stigmatisiert, Bekannte wollten ihn nicht mehr erkennen, er wurde als ‚Zuchthäusler‘ beschimpft, ja sogar auf offener Straße angespuckt. Die erwartete Starthilfe blieb aus, aus der erhofften Übernahme einer Tabaktrafik wurde nichts, jahrelang mußte er trotz seines Opferausweises auf eine geringe Entschädigung warten. Fünfundvierzig Jahre nach seiner Entlassung — 1990 — erhielt er das Ehrenzeichen der Republik Österreich. Zwei Jahre später besuchte er auf Einladung des Historikers Norbert Flach jenen Ort, an dem er nach dem Willen der NS-Richter fünf Jahre seines Lebens verbringen sollte, das Zuchthaus Amberg in der Oberpfalz (Deutschland).

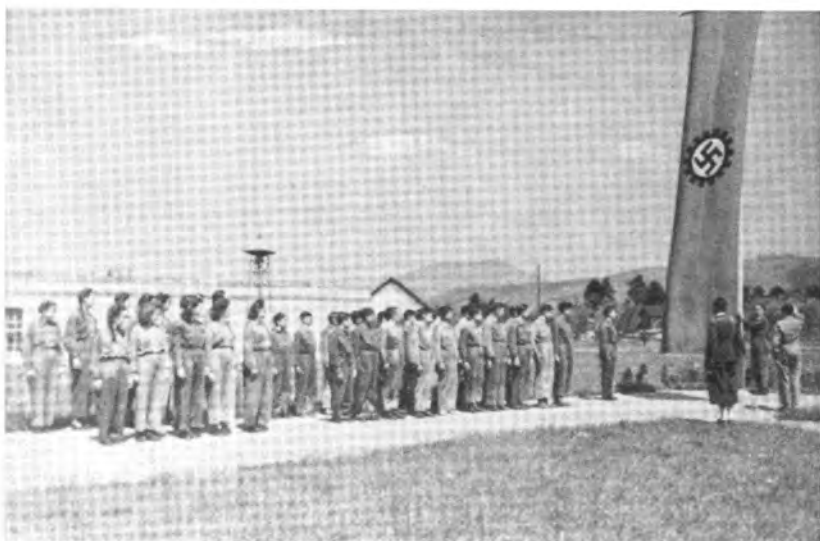
Über fünfzig Jahre zuvor war der überzeugte Sozialdemokrat Gutensohn in die Mühlen der NS-Unrechtsjustiz geraten. Im Januar 1940 unterzog er sich im Dornbirner Spital einer Mandeloperation — und erhielt „Besuch“ von der Gestapo. Er wurde wegen angeblicher Mitgliedschaft in der AKO, der „Aktionistischen Kampforganisation“, verhaftet.

Johann Gutensohn wußte von den Plänen der AKO nichts, aber es genügte, daß er auf dem Weg zu seinem Bruder mit Himmer bei einem Kiosk zufällig zusammengetroffen war. Auf Grund dieser „Indizien“ wurde er wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Schulklassen wurden in den Gerichtssaal geführt, die die Angeklagten bespuckten.

Bis zur Verurteilung war Gutensohn in Feldkirch inhaftiert gewesen. „Das erste Jahr war schlimm, da wurde ich ständig geprügelt“, erzählt er — und nennt nicht ohne Zorn die Namen seiner Peiniger, die nach 1945 weiter im Polizeidienst verblieben. Über Rosenheim und München kam er am 14. April 1942 ins Amberger Zuchthaus. Was er dort erlebte, lassen dem Nachgeborenen die



Johann Gutensohn, „Häftling Nr. 5535“, vor dem Gedenkstein an die NS-Opfer in Dornbirn (1994).



Der Zwang zur Eingliederung war groß, nur wenige widersetzten sich. Fahnenappell der Betriebsjugend von F.M. Rhomberg, 1942.

Nackenhaare sträuben: Der heute Achtzigjährige berichtet, wie die Häftlinge nach Bombenangriffen als Räumkommandos eingesetzt wurden, wie er als angeblicher „Jude“ um seinen Kopf fürchten mußte, wie er Särge zunageln mußte. Einmal sei ein scheinotter Häftling im Sarg gelegen, der sich bemerkbar machte. Er meldete dies dem Spitalsverwalter und mußte daraufhin mit ansehen, wie dieser einem Sanitäter befahl, den Häftling „abzuspritzen“.

Bei einem Arbeitseinsatz erlitt der Dornbirner Häftling einen Unfall. Die verletzten Finger wurden nicht richtig medizinisch versorgt — es blieb eine lebenslange Behinderung. Doch dies ist beinahe eine Bagatelle: 1944 erhielt Gutensohn von einem Wachposten ohne Vorwarnung einen Bajonettstich in den Hals. Er mußte trotzdem arbeiten, die Wunde verwilderte, begann zu eitern. Mit einer Rasierklinge schnitt er sich selbst auf, um den Abfluß des Eiters zu ermöglichen.

Johann Gutensohn überlebte die Haft — abgemagert bis auf 42 Kilogramm. Er konnte im April 1945 mit drei Häftlingen während eines Bombardements in Amberg fliehen. Vier Nächte lang hielten sie sich verborgen, am fünften Tag kamen die amerikanischen Panzer. Auf einem kehrte er als „Befreier“ in das Zuchthaus zurück. Dort nahmen die polnischen und tschechischen Häftlinge vor seinen Augen Rache an ihren Peinigern.

Waren die Jahre im Zuchthaus — die er als völlig Unschuldiger absitzen mußte — auch hart, so traf ihn das Verhalten seiner Mitmenschen nach seiner Rückkehr beinahe noch mehr. Er blieb für viele der „Zuchthäusler“, und mehr als einmal mußte er hören: „Während wir unsere Pflicht getan haben und im Dreck gelegen sind, hast du es dir gut gehen lassen!“. Noch heute schmerzt ihn, daß er die versprochene Tabaktrafik nicht erhalten hat. Auch Vorsprachen bei Landeshauptmann Ilg nützten nichts: Da er als Sozialdemokrat bekannt war, schaute er durch die Finger.

Nur wenige Überlebende sind — wie Gutensohn — bereit, über „ihre Geschichte“ öffentlich zu sprechen. „Die Jugend soll erfahren, wie es war“, begründet er seinen Schritt, nicht ohne Genugtuung, daß auch mancher Altersgenosse zu ihm sagt: „Ja, wenn das so war...“²⁷

Die vom NS-Regime deklassierten Menschen, die politisch Verfeimten, die „rassisch Minderwertigen“, die Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen waren besonders auf die Solidarität von Einheimischen angewiesen, die ihr menschliches Verhalten nicht verloren und ihr soziales Engagement über Anpassung und Angst stellten. Viele von diesen Helfenden wurden ebenfalls verfolgt, gerichtlich bestraft oder sogar umgebracht.

„Wer mit Kriegsgefangenen in freundschaftlichen Verkehr tritt und mehr mit ihnen spricht, als zu Arbeitszwecken unbedingt nötig ist“,

mache sich strafbar, verkündete ein Merkblatt für das Verhalten der Bevölkerung gegenüber Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern. Daß sich nicht alle davon abschrecken ließen, zeigt ein Blick in die *Werkzeitschrift* von F. M. Hämmerle. Die Herausgeber des „Dreihammers“ fanden es noch 1944 für nötig, die Belegschaft darauf hinzuweisen, daß fremde Arbeitskräfte auszugrenzen sind:

*„Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir es hier mit primitiven Menschen aus dem Osten zu tun haben... Es gibt deutsche Menschen, in denen das anfänglich armselige Äußere dieser Menschen aus dem Osten ein tiefes Mitgefühl hervorgebracht hat. Sie möchten daher die Ostarbeiterinnen ganz besonders in ihre Obhut nehmen, ja vor lauter Gefühlsduselei diesen Lebensmittel und sonstiges, das sie sich von ihrem Munde absparen, zustecken. Das ist vollkommen falsch...“.*²⁸

Nicht alle hielten sich an diese menschenverachtende Ideologie und halfen, so gut es ging — auch um den Preis der eigenen Sicherheit. Stellvertretend sei Melitta Florineth aus Nenzing erwähnt. Wegen ihrer Hilfe für Kriegsgefangene wurde sie in Bludenz inhaftiert.

Ihr mutiges Auftreten gegen den Nationalsozialismus bezahlte die Kennelbacherin Anna Hölzsauer mit ihrem Leben. Wo immer sie konnte, äußerte die Arbeiterin unumwunden ihre oppositionelle Haltung. Sie wurde schließlich vom Volksgerichtshof in Berlin zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Bis heute sind das Schicksal der vom NS-Apparat nach Vorarlberg verschleppten Zwangsarbeiter und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Nachkriegsindustrie kein Thema für eine breite öffentliche Diskussion.

Der „Freitod“ von Samuel Spindler

Im November 1942 erfuhr der langjährige sozialdemokratische Textilgewerkschafter, Arbeiterkammerfunktionär und Bregenzer Stadtvertreter Samuel Spindler von der bevorstehenden Deportation. Der schwerkranke Arbeitervertreter, der zeit seines politischen Lebens in Vorarlberg heftigsten antisemitischen Ausfällen ausgesetzt war, tötete sich selbst, um den Leiden im KZ zu entkommen. Noch nach seinem Tode war der ehemalige Sekretär der Textilarbeitergewerkschaft im nationalsozialistischen „Tagblatt“, das vom „Landestextilschreiber“ Nägele redigiert wurde, Zielscheibe von verbalen Attacken:

„Ein Jude in der Bregenzer Stadtvertretung. Auch das hat es einmal gegeben, natürlich in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Vor genau 25 Jahren erhielten die Sozialdemokraten die Möglichkeit, Vertreter in den Gemeindevorstand zu entsenden. Diese wählten in Bregenz zwei Vertreter, darunter den polnischen Juden Samuel Spindler. ... Samuel Spindler war der erste und letzte Jude, der im Rathaus der Stadt Bregenz mitreden durfte.“²⁹

Wer schrieb nach dem Krieg die Geschichte der Textilindustrie?

Bis in die 80er Jahre wurde dieser Abschnitt der Vorarlberger Textilindustriegeschichte weitgehend tabuisiert. Das Standardwerk „Textilland Vorarlberg“ (erschienen 1949) von Hans Nägele negiert diese historischen Fakten und blendet die NS-Zeit aus.

Dem Publizisten Hans Nägele (1884–1973) kam eine zentrale Rolle als Textilgeschichtsschreiber zu: Er verfaßte zahlreiche Firmenfest-

schriften, lieferte eine Fülle von Beiträgen zur Geschichte der gewerblichen Wirtschaft und war der Autor von Monographien über etliche „Textilbarone“, so zum Beispiel über Carl Ganahl, Andre Gaßner, Viktor Hämmerle oder Hermann Rhomberg.³⁰ Nägeles Absicht war es, die Bedeutung und Leistung der Vorarlberger Unternehmer zu würdigen. Dies tat er auch von 1919 bis 1944 als Hauptschriftleiter des deutschen bzw. nationalsozialistischen „Vorarlberger Tagblattes“. Damit war Nägele einer der wichtigsten heimischen Propagandisten des nationalsozialistischen Gedankengutes. Nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ schrieb er — zum Teil mit unverändertem Vokabular — „die Geschichte der Textilindustrie“.³¹

Nägeles Publikationen nehmen auf den Zeitabschnitt von 1933 bis 1945 kaum Bezug. Der Terror des NS-Regimes, Unterdrückung und Verfolgung sind für seine Industriegeschichtsschreibung kein Thema. Tendenziös ausgewählte Erinnerungsbruchstücke dienen in erster Linie der eigenen Rechtfertigung, die politisch Mitverantwortlichen werden von jeder Schuld freigesprochen. Als Historiograph der Textilindustrie bemühte er sich, führende Textilunternehmer reinzuwaschen und als völlig frei von nationalsozialistischem Gedankengut darzustellen.

Das Geschichtsbild des „Ahnen- und Sippenforschers“ Nägele fußte auch nach dem Krieg auf einer eindeutigen ideologischen Position: Der einstige Meinungsbildner und Wegbereiter der nationalsozialistischen Weltanschauung schrieb nun im Auftrag seiner Gesinnungsgenossen „ihre Geschichte“! Seine Firmen- und Unternehmergeschichten sind Musterbeispiele für eine kritiklose Haus- und Hofgeschichtsschreibung, die nach einem stereotypen Muster aufgebaut ist:

1. Die Fähigkeit der Unternehmer ist angeboren und aus dem „Blut“, der Ahnenreihe erklärbar. Deshalb ist der einzelne Textilfabrikant auf Grund seines Erbgutes zur Führung der Betriebe befähigt.
2. Die Unternehmer denken nicht gewinnorientiert. Ihnen liegt vor allem das Wohlergehen „ihrer“ Arbeiter und Arbeiterinnen am Herzen.
3. Die Erfolge der Vorarlberger Textilfirmen hängen damit zusammen, daß es hier keine Aktiengesellschaften, sondern nur Familienbetriebe gibt.
4. Die heimischen Textilunternehmer wollen „stets“ und „immer“ das Beste für ihre Heimat.

5. Sie verkörpern in idealer Weise „das Wesen der Alemannen“.
6. Der Unternehmer muß sich wohl oder übel in den Dienst der Politik stellen, er wird gerufen, ihm werden Aufgaben zugewiesen, er denkt nicht an seinen Vorteil und ist per se ein Demokrat.

Im Schriftum Nägeles lassen sich wesentliche Merkmale autoritären Denkens nachweisen. Besonders ausgeprägt ist sein Hang, soziale, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge zu vereinfachen und als unveränderliche Herrschafts- und Ordnungsstrukturen mit vorgegebenen Abhängigkeiten zu sehen. Wie in der Politik „der Führer“ den Weg weist, so lenkt der „Wirtschaftsführer“ die Wirtschaft, und die abhängige „Gefolgschaft“ läßt sich leiten, denn der „Führer“ weiß, was seinen Untergebenen frommt. Eine „patriarchalische Betriebsführung“ gilt ihm deshalb als die einzig mögliche. Die ideale Betriebsstruktur sei deshalb durch Herrschafts- und Verfügungsgewalt auf seiten der Unternehmer und durch Unterordnung der Arbeiterschaft ohne betriebliche Mitbestimmung gekennzeichnet. Allerdings — so postulierte Nägele immer wieder — seien Führungsinteressen und Gefolgschaftsinteressen im Prinzip ident:

„Ein vorbildliches Verhältnis zwischen Führung und Gefolgschaft in einem gesunden, freundlichen Betriebsklima ermöglicht es jedem Mitarbeiter, sein Bestes zu geben — freiwillig und ohne Zwang.“³²

Die „sozialen Unternehmer“ benötigen deshalb auch kein Gegengewicht durch Gewerkschaften. „Sozialisten“ gelten als Feinde und werden von ihm mit den „Kommunisten“ gleichgesetzt. Seine deutsch-national-nationalsozialistisch ausgerichtete Darstellung blendet die Arbeiterbewegung aus.

Diese grundsätzlichen Hinweise auf Nägeles Geschichtsbild sind an dieser Stelle nötig, da er als Textilgeschichtsschreiber nach 1945 beinahe eine Monopolstellung im Lande innehatte. Bis in jüngste Zeit werden seine Elaborate kritiklos übernommen und in Festschriften zitiert. Doch wenden wir uns nach diesem Exkurs wieder den historischen Fakten zu.

Die Entwicklung der Gewerkschaft nach 1945

Während in Wien die letzten Kampfhandlungen noch andauerten, wurden bereits die entscheidenden Weichen gestellt, um nach Kriegsende einen überparteilichen österreichischen Gewerkschaftsbund ins Leben zu rufen. Ende April 1945 trafen sich in der Wohnung des Bau- und Holzgewerkschafters Josef Battisti ehemalige Freie Gewerkschafter wie Johann Böhm, Anton Vitzthum und Franz Pfeffer, um die Wiedererrichtung der Gewerkschaften in die Wege zu leiten.³³ Im neuen „Österreichischen Gewerkschaftsbund“ sollten Sozialisten, Christlichsoziale und Kommunisten zusammenarbeiten. Der Grundgedanke war, die Gewerkschaften aus der Bindung an politische Parteien zu lösen, um als Interessensvertretung aller arbeitenden Menschen — ohne auf das politische Couleur zu achten — wirken zu können. Erster Vorsitzender wurde Johann Böhm. Als Ziel der gewerkschaftlichen Arbeit wurde von den Gründungsvätern definiert:

„Der Gewerkschaftsbund ist in Verfolgung seines Zweckes zu einem kraftvollen Mitwirken am Aufbau Österreichs, zur Bekämpfung des Faschismus und jeder Reaktion, zur Mitarbeit an der Sicherheit des Weltfriedens sowie zum unentwegten Kampf zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft Österreichs berufen.“

Nach dem Erhalt des Staatsvertrages 1955 wurde dieser Zielparagraph durch die Verpflichtung zur „Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes“ ergänzt.

In den letzten Kriegstagen trafen sich auch einige wenige Vertrauensleute, die über die Form einer künftigen Gewerkschaft für die Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter berieten. Neben der Überparteilichkeit war das Industriegruppenprinzip Leitmotiv bei der Gründung. Der erste Vorsitzende, Michael Frühwirth, begründete diese Zentralisierung der Kräfte beim ersten Gewerkschaftstag so:

„Beim wirtschaftlichen Kämpfen ist der Textilarbeiter nicht mehr auf sich allein gestellt, hinter ihm stehen die Bekleidungs- und Lederarbeiter. Sind diese gezwungen, für ihre Interessen zu kämpfen, so können sie sich ebenso auf die Hilfe der Textilarbeiter stützen. Die

*Stärke der Industriegruppenorganisation, die sie zusammen bilden, wirkt sich wechselseitig in günstiger Weise aus.*³⁴

Die Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter wurde eine der sechzehn Industriegruppen im ÖGB. Die Organisation wurde auf folgender Basis aufgebaut:

„a) Die Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter ist eine auf demokratischer Grundlage errichtete Organisation. Sie gehört dem Österreichischen Gewerkschaftsbund als Industriegruppenorganisation an.

b) Die Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter ist die einheitliche, unabhängige, überparteiliche Organisation der unselbstständig tätigen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter und hat deren wirtschaftliche Interessen zu wahren und zu vertreten. Sie umfaßt die Arbeitnehmer beiderlei Geschlechtes (inklusive der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter) folgender Berufsgruppen, die in Fachgruppen zusammengefaßt sind:

- 1. Herren- und Damenschneider, Herren- und Damenkonfektion,*
- 2. Kürschner, Kappenmacher und Rohwarenzurichter,*
- 3. Hutmacher, Modistinnen, Kunstblumen- und Schmuckfedernarbeiterinnen,*
- 4. Herren-, Damen- und Kinderwäschearbeiter, Schirm- und Miedermacher,*
- 5. Wäscher, Färber, chemische Putzer und Arbeiter der Textilveredelungsindustrie,*
- 6. Stricker und Wirker,*
- 7. Spinner, Weber, Posamenterie-, Verbandstoff-, Säcke- und Plachenarbeiter, Kunststopfer, Arbeiter in der Lampenschirm-, Bettfedern- und Hosenträgererzeugung,*
- 8. Schuharbeiter (gewerbliche und industrielle Schuherzeugung),*
- 9. Ledergalanteriearbeiter, Taschner, Riemer, Sattler, Gerber, Handschuhmacher.*

*c) Die Mitgliedschaft zur Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter erfolgt durch freiwilligen Beitritt.*³⁵

Für diese neue Organisation im Rahmen des ÖGB galt es, an die jahrzehntelange kämpferische Tradition der ehemals Freien Gewerk-

schaften der Bekleidungsarbeiter, der Hutarbeiter, der Lederindustriearbeiter, der Schuharbeiter und der Textilarbeiter anzuschließen, ein Unterfangen, das in einem gewerkschaftlich traditionell schlecht organisierten Bundesland wie Vorarlberg naturgemäß besonders schwierig war.

Die Jahre des „Wiederaufbaus“

Durch den Einmarsch der französischen Truppen Anfang Mai 1945 wurde auch in Vorarlberg der nationalsozialistische Machtapparat beseitigt. Damit endete eine siebenjährige Terrorherrschaft, die nicht einmal in Ansätzen eine organisierte gewerkschaftliche Tätigkeit ermöglicht hatte. Für die sozialdemokratischen Gewerkschafter waren seit dem Februar 1934 elf, für die Mitglieder der 1933 verbotenen KPÖ sogar zwölf Jahre vergangen, in denen sie sich nicht öffentlich politisch betätigen durften.

Bereits Ende August 1945 bestanden „Vorbereitende Ausschüsse“ zur Gründung des Gewerkschaftsbundes, jedoch ließ die Wiederzulassung der Gewerkschaften durch die französischen Militärbehörden auf sich warten. Sie erfolgte erst am 17. September 1945.³⁶

An diesem Tag beschloß der Alliierte Rat, den drei Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ die volle Freiheit der politischen Betätigung in ganz Österreich zu gestatten. Auf Landesebene und in den Bezirks- und Ortsausschüssen arbeiteten Vertreter der demokratischen Parteien zunächst mit der „Österreichischen demokratischen Widerstandsbewegung“ eng zusammen. Diese Organisation war eine Nachkriegsgründung und darf mit der Widerstandsbewegung gegen das nationalsozialistische Regime nicht verwechselt werden, wenngleich selbstverständlich ehemalige organisierte oder unorganisierte Widerstandskämpfer in dieser neuen Bewegung tätig geworden sind. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, politische Gutachten zu erstellen.

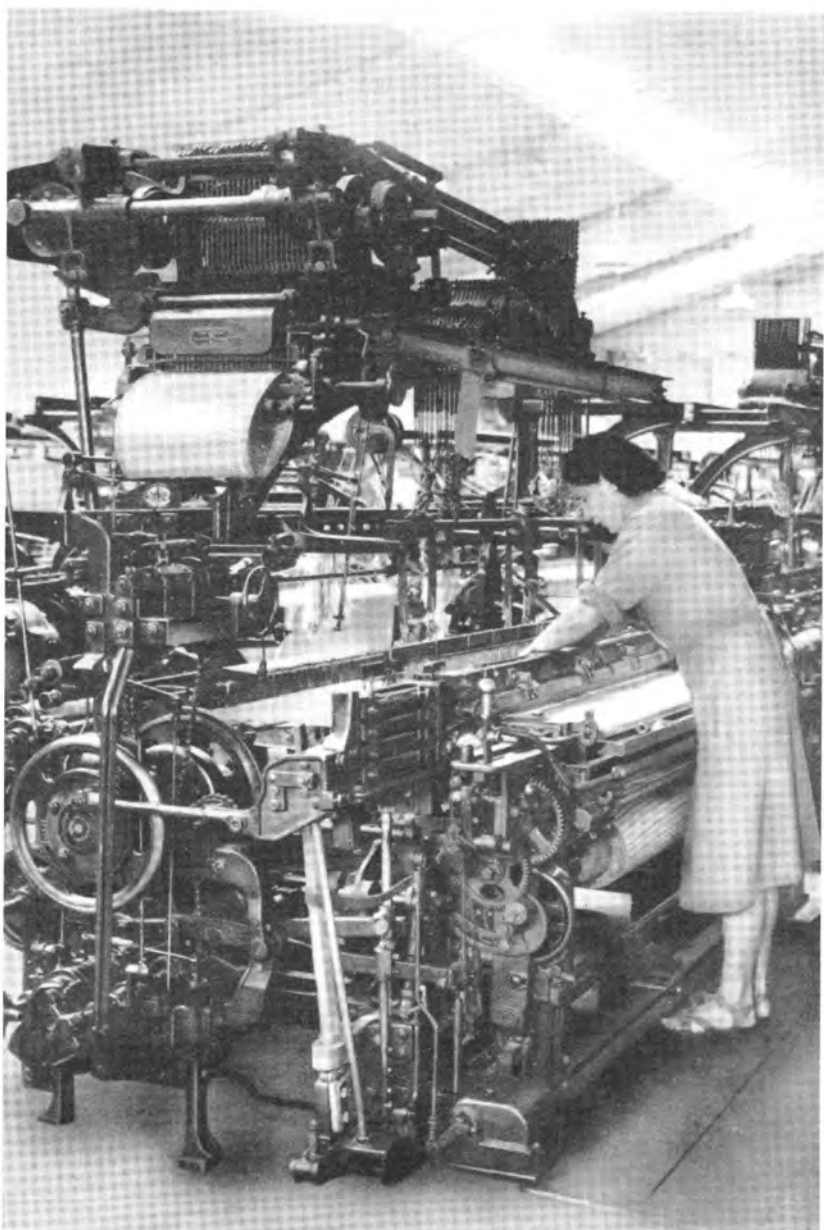
In der französischen Zone durften sich nach der Anerkennung der Parteien auch die Gewerkschaften neu formieren. Kurz darauf traten in Bregenz die bereits existierenden Bezirksausschüsse zusammen und bildeten eine provisorische Landesexekutive, bestehend aus je vier

Vertretern der drei politischen Parteien. An der Spitze der neuen Einheitsgewerkschaft stand der Bau- und Holzarbeitergewerkschafter Hans Ciresa. Er zählte — wie der Sekretär Anton Linder, der aus dem Schweizer Exil zurückgekehrt war, — zur sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft innerhalb des ÖGB.³⁷ Es gab drei Vorsitzende, jede Partei stellte einen. Zum zweiten Sekretär wurde der Dornbirner Textilgewerkschafter Josef Kraft (ÖVP) bestellt, der von 1924 bis 1934 Landessekretär der christlichsozialen Textilarbeiter und während der austrofaschistischen Ära Sekretär des Gewerkschaftsbundes gewesen war.

Mit der Wiedererrichtung der Kammer für Arbeiter und Angestellte — ermöglicht durch das Arbeiterkammergesetz vom 20. Juli 1945 — erhielt die Arbeitnehmervertretung ein zweites Standbein.³⁸ Während Gewerkschaften auf freiwilliger Basis organisiert sind, wurden die Kammern als gesetzliche Interessensvertretungen mit Zwangsmitgliedschaft ins Leben gerufen. Selbstverständlich gibt es gewisse Doppelgleisigkeiten, Überschneidungen und Berührungspunkte. Ohne die Existenz der Gewerkschaften und ihre Verankerung in den Parteien wären jedoch die Kammern wenig durchschlagskräftig. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß eine starke Personalunion zwischen den Gewerkschaftern und den Kammerfunktionären besteht.³⁹ Anton Linder war von 1946 bis 1956 auch der erste Vorarlberger Arbeiterkammerpräsident in der Zweiten Republik, der christliche Textilgewerkschafter Josef Kraft, von dem bereits die Rede war, wurde der erste Vizepräsident der Arbeiterkammer.

Während bei der Gründungsversammlung der Arbeiterkammer lohnpolitische und arbeitsrechtliche Forderungen, zum Beispiel die nach einer grundsätzlichen Angleichung der Stellung von Arbeitern und Angestellten im Sozialrecht, erhoben wurden, stellten die Gewerkschafter bei der ersten Landeskonzferenz gesellschaftspolitische Überlegungen in den Mittelpunkt.

Doch diese Gründungsversammlung konnte erst nach den ersten Landtags- und Nationalratswahlen in der Zweiten Republik durchgeführt werden. Inwieweit dieser erste Wahlkampf angesichts der ungeheuren Probleme der Nachkriegszeit in der Öffentlichkeit überhaupt wahrgenommen wurde, ist schwer zu sagen.⁴⁰ Das Ergebnis am 25. November 1945 war jedoch eindeutig: Die traditionellen Lager erwie-



Nach dem „tausendjährigen Reich“: auf dem Weg ins „Wirtschaftswunder“

sen sich als äußerst stabil, zwei Diktaturen hatten das Wählerverhalten nicht grundlegend verändert. Von den 69.708 gültigen Stimmen entfielen 70,2% auf die ÖVP, 27,4% auf die SPÖ und 2,4% auf die KPÖ. Damit stellte die ÖVP 19 Abgeordnete und die SPÖ sieben, die KPÖ erhielt kein Mandat.⁴¹

Am 11. Dezember 1945 wählte der Landtag eine neue Landesregierung, und zwar nach dem Stärkeverhältnis im Landtag fünf ÖVP- und zwei SPÖ-Mandatare. Landeshauptmann wurde Ulrich Ilg, der diese Funktion bis 1964 beibehielt.⁴² Obwohl die ÖVP eine Zweidrittelmehrheit erhielt, konnte die SPÖ im Vergleich zur SDAP in der Ersten Republik dazugewinnen. Die KP blieb bedeutungslos.⁴³ Das Stärkeverhältnis, das sich bei dieser ersten Wahl herauskristallisierte, sollte sich auch bei den kommenden Wahlen im Wesentlichen nicht mehr verändern — abgesehen davon, daß 1949 viele ehemaligen Nationalsozialisten in der FPÖ-Vorläuferpartei, dem VdU („Verband der Unabhängigen“), eine politische Heimat fanden.⁴⁴

Die erste Landeskonzferenz des ÖGB

Die erste Konferenz des österreichischen Gewerkschaftsbundes für Vorarlberg fand am 8. Dezember 1945 in Feldkirch statt.⁴⁵ Die Versammlung verabschiedete einstimmig eine Resolution, in der die wesentlichen gewerkschaftlichen Forderungen enthalten waren:

„Ausgehend von der so teuer erkaufte Erfahrung, wonach eine dauernde Verankerung der Demokratie nur dann erfolgen kann, wenn neben der Überwindung des nazistischen Geistes die Grundlagen zum Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft und zur sozialen Gerechtigkeit geschaffen werden, halten die Versammelten die Erfüllung folgender Voraussetzungen für dringend nötig:

- 1. Gewährung des vollen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten an dem Wiederaufbau der Wirtschaft.*
- 2. Ausschaltung aller jener Kräfte und Personen aus der Wirtschaft und Verwaltung, die als exponierte Faschisten, direkt oder auch nur indirekt als Geldgeber an dem Unglück Österreichs schuldig wurden.*

3. *Reinigung der Betriebe, Ämter und Dienststellen von stark belasteten nazistischen Elementen unter Mitwirkung der Betriebsräte und Vertrauensmänner.*
4. *Kommissarische Leitung privater Industrie- und Wirtschaftsbetriebe, aus denen Naziunternehmer entfernt werden, im Einvernehmen mit den im Betriebe Beschäftigten.*
5. *Unverzügliche, planmäßige Wiederingangsetzung der Industrie und Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.*
6. *Sofortige Wiederinkraftsetzung aller sozialen Gesetze nach dem Stand vom 1. Jänner 1933 und ehestens Novellierung dieser Gesetze im Sinne einer anzustrebenden sozialen Gerechtigkeit.*
7. *Rückkehr zur kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ersetzung der Tarifordnungen durch Kollektivverträge zur Wahrung einer anzustrebenden sozialen Gerechtigkeit.*
8. *Erziehung der Jugend und allgemeine Umschulung zur Qualitätsarbeit.*⁴⁶

Am gleichen Tag stellte der ÖGB den drei demokratischen Parteien und dem designierten Bundeskanzler Leopold Figl eine Entschließung zu, die zum Teil ähnliche Forderungen enthielt.⁴⁷

Als Adressat der gewerkschaftlichen Forderungen fehlte in Vorarlberg zu diesem Zeitpunkt noch die Handelskammer. Deren konstituierende Sitzung fand erst am 13. März 1946 statt.⁴⁸

Harmoniebedürfnis und Fraktionierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung

In dieser ersten Nachkriegsphase galt es für die Gewerkschafter, die Errungenschaften des früheren österreichischen Sozialrechts wiederherzustellen.

Das autoritäre „Ständestaat“-Regime setzte fort, was während der Weltwirtschaftskrise anfangs der dreißiger Jahre begonnen hatte — die Demontage der sozialen Einrichtungen. Der demokratische Inhalt der Arbeitsverfassung, das Betriebsrätegesetz und das Arbeiterkammergesetz sowie das Koalitionsrecht wurden beseitigt. Doch der entschei-

dende Abbau erfolgte während der NS-Zeit. Durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ wurde im Arbeitsvertragsrecht anstelle des Kollektivvertragswesens ein autoritäres staatliches Zwangssystem eingeführt, das Sozialversicherungswesen zu einem Instrument der Arbeitsmarktpolitik und Rüstungsfinanzierung degradiert. Der größte Teil der österreichischen Bestimmungen wurde abgeschafft und reichsdeutsche Rechtsnormen wurden eingeführt.

Nun mußte die Sozialpolitik wieder an die große Tradition der Ersten Republik angeknüpft werden. In der Provisorischen Regierung übernahm der Vorsitzende des ÖGB, Johann Böhm, das Staatssekretariat für soziale Verwaltung. Innerhalb kurzer Zeit gelang es, das nationalsozialistische Recht zu überwinden. Hinsichtlich des Landarbeiterrechts, der Heimarbeitsregelungen, der Kinderbeihilfen und der Altersversorgung konnten rasch Fortschritte erzielt werden.⁴⁹

Doch diese Einbindung des ÖGB in die Regierung wirft zentrale Fragen nach der Rolle der Gewerkschaften in der Nachkriegsgesellschaft auf. Mit dieser Kooperation wurde der Weg der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftspolitik beschritten, der zwar unzweifelhaft Erfolge aufzuweisen hatte, der dennoch kritisch auf seine wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen und Auswirkungen hin untersucht werden muß. Denn die Gewerkschaft beschränkte sich damit auf jene Bereiche, die sich tarifvertraglich regeln lassen, und sie verzichtete weitgehend auf politische Streiks und andere Druckmittel. Gleichzeitig erfolgte eine Einschränkung der innergewerkschaftlichen Mitgliedermitbestimmung. Die Orientierung der Gewerkschaftsforderungen an gesamtwirtschaftlichen Daten unter Berücksichtigung der jeweiligen konjunkturellen Stabilitäts- und Wachstumserfordernisse verhinderte eine Einkommensumverteilung, die den Interessen der Unternehmer zuwiderlief.⁵⁰

Während die Freien Gewerkschaften der Zwischenkriegszeit durchaus konfliktorientiert handelten und grundsätzliche gesellschaftliche Fragen artikulierten, prägte den ÖGB ein ausgesprochenes Harmoniebedürfnis. Dies führte besonders in den ersten Nachkriegsjahren zu nicht unerheblichen Konflikten. Das Dilemma des ÖGB, zugleich „Ordnungsmacht“ und Vertreter der Arbeitnehmerinteressen zu sein,

eröffnete für die KPÖ Spielräume — auch in Vorarlberg. Doch davon wird später noch die Rede sein.

Der Aufbau des Gewerkschaftsbundes ging also keineswegs reibungslos vor sich. Auch die einzelnen Fachgruppen hatten spezielle Wünsche, und die politischen Richtungen innerhalb des ÖGB wollten sich selbstverständlich einen möglichst großen Einfluß sichern. Während im Bund der Freien Gewerkschaften im Februar 1934 noch 42 Verbände zusammengefaßt waren, wurden im Gewerkschaftsbund nur mehr 16 Gewerkschaften errichtet, als Nr. 14 die Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter. Überparteilichkeit und Einheitlichkeit sollten das Gewicht der Arbeitnehmervertretung gegenüber den Unternehmerverbänden stärken. Doch die Dominanz der sozialistischen Gewerkschafter im ÖGB erschwerte die Situation der christlichen Gewerkschafter so, daß nach der Überwindung der unmittelbaren Nachkriegsnot eine Fraktionierung innerhalb des Gewerkschaftsbundes unausweichlich war. 1952 bildeten die Sozialisten die „Fraktion der sozialistischen Gewerkschafter im ÖGB“, 1953 wurde der Aufbau der „Fraktion der christlichen Gewerkschafter“ beschlossen.⁵¹ Diese Fraktionierung zeigt jedoch, daß die katastrophale Nachkriegssituation, die zur verstärkten Zusammenarbeit zwang, anfangs der fünfziger Jahre überwunden war.

1945 galt es, gemeinsam den „Wiederaufbau“ in Angriff zu nehmen. Auch die Textilgewerkschafter mußten dafür eine Sisyphusarbeit leisten. Neben den alltäglichen Schwierigkeiten — bis Ende der vierziger Jahre herrschte Mangelwirtschaft, es fehlte an Rohstoffen, Lebensmitteln und Kohle — gestaltete sich der politische Neuanfang zäher, als es sich mancher Gewerkschafter vorgestellt hatte.

Aufbauarbeit

Trotz intensiver Werbung waren Ende des Jahres 1945 von den rund 22.000 unselbständig Beschäftigten in Vorarlberg nur 3.872 gewerkschaftlich organisiert, davon 1.765 in der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeitergewerkschaft. Diese Teilorganisation war also mit Abstand am stärksten und umfaßte zu diesem Zeitpunkt 45,6 Prozent

aller ÖGB-Mitglieder. Sie hatte ihren Sitz in der Textilmetropole des Landes, in Dornbirn.

Die Mitgliederzahlen stiegen im folgenden Jahr rasch an: Am 31. Dezember 1946 zählte der ÖGB bereits 19.279 Mitglieder und erreichte damit einen Organisationsgrad von circa 50 Prozent. Auch die Textilgewerkschafter legten enorm zu. Die Mitgliederstatistik weist 3.067 männliche, 2.910 weibliche Mitglieder über 18 Jahre, 278 männliche und 577 weibliche unter 18 Jahre, insgesamt also 6.832 Mitglieder auf. Prozentuell sank damit allerdings der Anteil innerhalb des ÖGB auf 35 Prozent.⁵²

Per 31. Dezember 1947 waren 7.591 Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen bei der Gewerkschaft. Im Jahr 1947 nahm also die Mitgliederzahl um 1.815 zu. Dies entsprach in etwa dem prozentuellen Anteil der Textilarbeitergewerkschaft an der Gesamtsteigerungsrate des ÖGB (in diesem Jahr Steigerung um 4.584 Mitglieder auf insgesamt 21.794).⁵³

Im Bericht der Landesleitung der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter an den Ersten Gewerkschaftstag in Wien (abgehalten vom 16. bis 18. April 1948) werden die organisatorischen Schwierigkeiten beim Neuaufbau ausführlich geschildert:

„Am schwierigsten gestaltet sich die Werbearbeit in den kleinen Betrieben, in denen bisher noch keine Organisation bestanden hat, und unter diesen wieder ganz besonders in solchen, wo keine Vertrauensleute sind und so infolge der niedrigen Beschäftigtenzahl keine Vertrauensleute zu wählen sind. ... Die Landesleitung befaßte sich in ihrer ersten Sitzung am 8. März 1947 mit der Frage einer intensiven Durchführung des organisatorischen Aufbaues. Sie forderte die Ortsgruppen und Betriebsstellen auf Grund des in dieser Sitzung gefaßten Beschlusses auf, mindestens alle zwei Monate eine Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute einzuberufen, um wenigstens die Funktionäre über die wichtigsten Vorkommnisse auf dem laufenden zu halten, wenn schon eine Mitgliederversammlung nicht möglich sei. Diesen Beschluß hat bis heute außer Lustenau keine einzige Gruppe durchgeführt.“⁵⁴

Unberücksichtigt bei der gewerkschaftlichen Erfassung blieben bis zu diesem Zeitpunkt die 748 Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen. Mehr als die Hälfte von ihnen — 430 — entfielen auf die Fachgruppe Stickerrei.

Die erste Landesgruppe

Als Auftakt für den Aufbau der Gewerkschaft TBL kann die am 6. Mai 1946 in Rankweil abgehaltene Betriebsrätekonferenz bezeichnet werden. Die Konferenz war von ungefähr 180 bis 200 Betriebsräten besetzt und befaßte sich mit der Neustrukturierung der Gewerkschaft. An der Spitze stand Roman Huber, zu Sekretären wurden Josef Kraft und Karl Reifenauer bestellt.

Zunächst galt es, in den folgenden Monaten Ortsgruppen und Zahlstellen im ganzen Land zu errichten. Auf dem Papier gab es 14 Ortsgruppen, die ihren Aufgaben jedoch nur teilweise nachkamen:

„Ortsgruppenversammlungen sind aus verschiedenen Ursachen beinahe unmöglich, so daß in vielen Orten eine provisorische Ortsgruppenleitung aus dem Kreise der Betriebsräte und Vertrauensleute bestellt werden mußte. Dazu wurde diese Aufbauarbeit immer wieder durch Lohnverhandlungen und andere zeitbedingte wichtige Angelegenheiten unterbrochen und behindert. In den bis heute bestehenden Ortsstellen sind mit geringen Ausnahmen überwiegend die industriellen Betriebe erfaßt“,

heißt es dazu im Bericht der Landesleitung.⁵⁵ 1951 existierten Ortsgruppen in Bludenz, Nüziders, Thüringen, Gaiß, Frastanz, Feldkirch, Gisingen, Rankweil, Götzis, Hohenems, Dornbirn, Lustenau, Hard, Bregenz, Hörbranz und Kennelbach. Zahlstellen gab es außerdem in Schruns, Nenzing, Tisis, Altsch, Schwarzach, Egg, Lauterach und Sulz.⁵⁶

Beim organisatorischen Aufbau wurde seitens des Sekretariats versucht, auch eine Landesgruppe zu bilden. Infolge der schwierigen Zeitumstände mußte jedoch von einer Landeskonferenz Abstand genommen werden. An deren Stelle berief das Landessekretariat am 8. Februar

1947 eine Obmännerkonferenz der Ortsgruppen und Betriebsstellen nach Dornbirn ein, in der eine provisorische Landesleitung bestellt wurde. Diese Landesleitung setzte sich zusammen aus einem Präsidium, in dem die drei Parteirichtungen vertreten waren, sowie Vertretern der einzelnen Fachgruppen.

Die erste Landesleitung nach dem Zweiten Weltkrieg

1. Obmann : Roman Huber
2. Obmann : Franz Zoppel
3. Obmann : Josef Wilhelm

Mitglieder der Landesleitung

Armin Bazanella
Robert Baumann
Meinrad Feldherr
Johann Fitz
Hans Grüner
Frieda König
Alfred Lenz
Josef Lerchenmüller
Paula Montibeller

Die Gewerkschaft arbeitete in folgenden Körperschaften und Ausschüssen mit: Landesexekutive, Arbeiterkammer, Arbeitsgericht, Einigungsamt, Landwirtschaftsbeirat, Landesernährungsbeirat, Beirat für Zentralbewirtschaftung für Textilien, Ausschuß beim Landesarbeitsamt, Wirtschaftssäuberungskommission, Außenstelle der Zentrallohnkommission und Krankenkassabeirat.

Die Bedeutung der Jugendarbeit

Besonders am Herzen lag der neugegründeten Gewerkschaft die Jugendarbeit. Die österreichische Jugendsekretärin Hedi Immervoll begründete die Notwendigkeit einer intensiven Jugendarbeit damit, daß die Jugend gewohnt sei, einem Führer zu folgen:

„Wir haben uns die Aufgabe gestellt, die Jugend im demokratischen Sinne zu erziehen, aus der Jugend, soweit sie überhaupt faschistisch verseucht war, demokratische, ehrliche, aufrichtige Mitkämpfer der erwachsenen Kollegen zu machen.

Die Jugend soll selbstbewußt werden, sie soll wissen, worum es in der Gewerkschaft geht und was die Gewerkschaft überhaupt ist. Die Jugend kannte ja nur vom Hörensagen eine Vertretung der Arbeiterschaft, die DAF. ... Sie wissen alle, man hat unsere jungen Kollegen und Kolleginnen, die kaum dem Knaben- oder Mädchenalter entwachsen waren, hinaus an die Front getrieben, man hat sie vom Elternhaus weggeschleift und draußen weiter ungünstig beeinflusst. ... Diese Jugend ist nach dem Krieg in die Heimat zurückgekehrt. Sie findet sich nun nicht zurecht, findet nicht mehr richtig in das zivile Leben zurück. Unsere Aufgabe war es, die Jugend in der Gemeinschaft, in den Jugendgruppen zur Gemeinsamkeit, zur Solidarität zu erziehen und ihr ein neues Ziel zu geben.“⁵⁷

Im Juni 1947 konstituierte sich in Dornbirn eine gewerkschaftliche Jugendgruppe, die circa 30 Mitglieder beiderlei Geschlechts umfaßte. Als Jugendreferent fungierte Bruno Hinterauer.

„Sozialismus, Sehnsucht einer ganzen Welt“

Innerhalb der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter dominierten in Vorarlberg aufgrund der Mitgliederzahlen die „Textiler“ völlig. Dies zeigte sich auch bei der Beschickung der gesamtösterreichischen Gewerkschaftstagungen.

Die erste Tagung fand vom 16. bis 18. April 1948 in Wien statt. Sie schloß die unmittelbare Aufbauphase ab. Noch waren klassenkämpfe-

rische Töne Bestandteil der Tagungsrhetorik. Von diesem ersten Nachkriegskongreß berichtete der „Vorarlberger Volkswille“ unter der Schlagzeile „Sozialismus, Sehnsucht einer ganzen Welt“. Das Grundsatzreferat des Vorsitzenden, Nationalrat Michael Frühwirth, wurde ausführlich besprochen. Nationalrat Frühwirth erklärte,

„daß die Wirtschaftsführung Sache der Gesamtheit eines Volkes sein müsse. Daß Wirtschaftsdemokratie praktisch möglich sei, habe er aus eigener Erfahrung feststellen können, da er derzeit öffentlicher Verwalter eines großen kapitalistischen Unternehmens sei. Als solcher habe er die Erfahrung gemacht, daß die Welt leichter ohne Generaldirektoren und Verwaltungsräte leben könne als ohne Arbeiter, Angestellte, technische und wirtschaftliche Leiter. Sozialismus sei der Ausdruck eines tiefen Sehns nach der Massen aller Länder nach einer grundlegenden Änderung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, nach Planung in Wirtschaft und Gesellschaft. Aufgabe der Gewerkschaft sei es, für die Erreichung dieses Zieles zu kämpfen, damit eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entstehe, in der nicht ererbter Grundbesitz und ererbtes Kapital ausschlaggebend sind, sondern nur tatsächliche Verdienste um die Gesellschaft und wirklich geleistete Arbeit Anspruch auf einen höheren Anteil sichern.“⁵⁸

Solche Töne ließ der Vorsitzende auf den nächsten Gewerkschaftstagen nicht mehr vernehmen: In den kommenden Jahren erfolgte eine scharfe Abgrenzung zwischen den SP-Gewerkschaftern und den Kommunisten.⁵⁹ Den christlichen Gewerkschaftern war solche Klassenkampfrhetorik ohnehin fremd. Die proklamierte Einheit aller Gewerkschafter erwies sich allerdings in der Praxis auch im Ländle weitgehend als Chimäre. Schon die Frage, wer nach Wien zum gesamtösterreichischen Gewerkschaftstag fahren sollte, war umstritten. Sekretär Kraft (ÖVP) thematisierte auf der Tagung dieses Problem und forderte, daß alle Mitglieder — nicht nur die parteipolitisch gebundenen — das Recht haben müßten, zu einer solchen Tagung entsendet zu werden.⁶⁰

Neben den von Kraft skizzierten Problemen bereitete auch die fachgruppenmäßige Zusammensetzung Schwierigkeiten. Wie dominant dabei die Textilgewerkschafter waren, zeigt etwa das Beispiel vom zweiten Gewerkschaftstag (1951), an dem aus Vorarlberg nur „Textiler“ teilnahmen. Die Delegation bestand aus: Franz Jungbauer, Franz Tröschl, Herbert Gaßner, Paula Montibeller, Hermann Rappold, Andreas Allgäuer, Ambros Zündl, Felix Gunz, Ernst Heinzle, Norbert Tost, Walter Berger, Josef Lerchenmüller, Armin Bazanella, Josef Flatz, Franz Maschnitz, Ernst Neyer, Albert Valentinelli, Josef Wilhelm, Roman Huber, Albert Blaser, Alois Peter, Johann Dünser, Emil Jutz und Arthur Spagolla.⁶¹

Die 47er Gesetze

Bereits am 15. Jänner 1946 wurde das Kollektivvertragsgesetz vom Sozialministerium beraten, beschlossen wurde es mehr als ein Jahr später, am 26. Februar 1947. Die Koalitionskompromisse führten dazu, daß „alle wichtigen einstimmigen Beschlüsse der Arbeiterkammern, der Betriebsversammlungen und des ÖGB-Bundesvorstandes umgestoßen wurden.“⁶² Das Kollektivvertragsgesetz wurde zwischen ÖVP- und SPÖ-Vertretern ausgehandelt, ohne daß „die Basis“ zur Revision ihrer Beschlüsse noch einmal gefragt worden wäre.

Insgesamt beschränkte das Kollektivvertragsgesetz 1947 die gewerkschaftliche Aktivität in mehrfacher Hinsicht. Besonders gravierend erschien den „Linken“ zu sein, daß der ÖGB die Zwangsschlichtung als Instrument der Regelung von Arbeitskämpfen akzeptierte.

Unmittelbar auf das Kollektivvertragsgesetz folgte am 28. März 1947 das Betriebsrätegesetz, das nach dem gleichen Verfahren abgewickelt wurde. Auch hier wurden die Beschlüsse der Arbeiterkammern und des ÖGB von der Regierung und der Unternehmervvertretung weitgehend ausgehöhlt.

Die ersten Betriebsratswahlen in der Zweiten Republik

Obwohl so wichtige Voraussetzungen wie ein Betriebskataster, gute Post- und Verkehrsverhältnisse in dieser wirtschaftlich schwierigen Nachkriegsphase fehlten, wurden noch im Jahre 1945 Betriebsrats- und Vertrauensmännerwahlen durchgeführt, denn die Militärregierung legte nun Wert auf eine rasche Durchführung von Betriebsratswahlen, die mit Hilfe der Gemeindeämter bereits Ende Oktober abgeschlossen sein sollten.

In 105 Betrieben, in denen insgesamt 5.748 Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen beschäftigt waren, wurden 302 Mandate vergeben. Am meisten Vertreter stellte die ÖVP, nämlich 98. Je 70 Betriebsräte wurden der SPÖ und den Parteilosen zugerechnet, 48 konnten nicht zugeordnet werden. An die KPÖ gingen 16 Mandate.⁶³ Ähnlich sah es in der Gesamtgewerkschaft aus: Parteilose und nicht näher zu bestimmende Vertreter stellten fast die Hälfte aller Betriebsräte, die ÖVP erhielt die größte Zustimmung (341), die SPÖ-Gewerkschafter lagen mit 275 Mandataren nur an dritter Stelle.

Für die Gewerkschaften war dieses Ergebnis unerfreulich, mußte doch damit gerechnet werden, daß die fraktionslosen Gewerkschafter schwer kontrollierbar waren und dadurch die ohnehin bescheidene Schlagkraft noch gemindert würde. Für diese Situation ließen sich mehrere Gründe anführen:

- Die Betriebsratswahlen wurden zu einem Zeitpunkt durchgeführt, als die Formierung der neuen politischen Parteien noch im Gange war.
- Ein Teil der Arbeiterschaft scheute nach den zurückliegenden negativen Erfahrungen ein politisches Engagement.
- Schon in der Ersten Republik hatte Vorarlberg den geringsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad aller österreichischen Bundesländer aufgewiesen.
- Die vorherrschende Klein- und Mittelbetriebstruktur erschwerte die politische Arbeit der Betriebsräte.
- Auch die Vorarlberger Arbeiterschaft war gegenüber dem Nationalsozialismus nicht völlig resistent gewesen. Nicht alle einstigen NS-

Sympathisanten schlossen sich sofort einer demokratischen Partei an.

Die Rolle und die Aufgaben der Betriebsräte wurden nicht von allen Arbeitgebern akzeptiert, so daß in Einzelfällen der Gewerkschaftsbund bei den französischen Militärbehörden intervenieren mußte. Am 12. Juli 1946 wandte sich deshalb der General-Administrator und Chef der französischen Militärregierung in Österreich, Voizard, mit klaren Worten an Landeshauptmann Ulrich Ilg:

„Unter den bei der in Bregenz am 10. Juli 1946 abgehaltenen Besprechung vorgebrachten Klagen der Arbeiterabordnung befindet sich auch diejenige bezüglich der Betriebsräte, die von gewissen Arbeitgebern auf das Mindestmaß zurückgeschraubt werden möchten.

Laut Beschluß des Oberkommandierenden in der französischen Besatzungszone vom 10. September 1945 bleibt die gesamte soziale Gesetzgebung, die vor Februar 1934 in Kraft war, in Anwendung. Dies trifft besonders auf das Betriebsrätegesetz vom 15. Mai 1919 zu, das die Rechte und Pflichten der Vertrauensleute und Betriebsräte festsetzt.

Ich bitte Sie, gefälligst alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit diese gesetzlichen Vorschriften, die immer noch in Kraft sind, von niemand verkannt werden, und daß von Seiten der Arbeitgeber jedwede Erleichterung verboten wird, damit Betriebsräte, Gewerkschaften oder Arbeiterkammern immer in der Lage sind, ihre durch das österreichische Gesetz festgelegte Rolle zu erfüllen.“⁶⁴

Am 28. März 1947 wurde vom Nationalrat das neue Betriebsrätegesetz beschlossen. Damit endete das sich auf das Jahr 1919 stützende Provisorium. Zusammen mit der vom Bundesministerium für soziale Verwaltung am 27. Juli 1947 erlassenen Verordnung über die Wahl der Betriebsräte und Vertrauensmänner war die gesetzliche Grundlage für Neuwahlen vorhanden.

Das Betriebsrätegesetz schränkte zwar das Entscheidungsrecht des Unternehmers ein und stärkte die Immunität der Betriebsräte, jedoch konnten die sozialistischen Gewerkschafter mit ihm nur teilweise ein-

verstanden sein: Die innerbetriebliche Demokratie wurde nur ansatzweise festgeschrieben. So hieß es unter anderem:

„Die Tätigkeit der Betriebsräte hat sich tunlichst ohne Störung des Betriebes zu vollziehen. Der Betriebsrat ist nicht befugt, in die Führung und den Gang des Betriebes durch selbständige Anordnungen einzugreifen.“

In Betrieben mit mehr als 200 Dienstnehmern war auf Antrag des Betriebsrates ein, in Betrieben mit mehr als 1000 Dienstnehmern waren zwei und in Betrieben mit mehr als 5000 Dienstnehmern drei Mitglieder des Betriebsrates bezahlt freizustellen. In Vorarlberg gab es nur vier Großbetriebe mit mehr als 500 Beschäftigten, alle aus der Textilbranche. Dreiviertel aller Betriebe wiesen weniger als 50 Beschäftigte auf, der größte Teil davon sogar weniger als 20.⁶⁵

Die Wahlen zogen sich in den Betrieben über Gebühr hin. Mit Ablauf des provisorischen Mandats am 5. Februar 1948 hatten erst 221 Betriebe gewählt, sodaß die Frist erstreckt werden mußte. Mit Stichtag 15. März 1948 hatten 14.177 Arbeiter und 3.177 Angestellte 968 Betriebsräte oder Vertrauensmänner gewählt. 39 Prozent waren Parteilose (bei den Angestellten sogar 45 %), 31 Prozent zählten zur SPÖ, 27 Prozent zur ÖVP und nur drei Prozent zur KPÖ, die jedoch die „Parteilosen“ für sich reklamierte, da sie sich gegen eine politische Spaltung innerhalb der Betriebe ausgesprochen hätten.

Bei den Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeitern dominierten die Sozialisten: von den 299 Gewählten waren 130 dieser Fraktion zuzurechnen (43,4%), 89 der ÖVP (29,8%) und 75 — das entspricht genau einem Viertel — waren parteilos. Die KPÖ war wenig attraktiv: Nur fünf Vertreter konnten die Kommunisten stellen.⁶⁶ Im Zeitraum vom 15. März bis zum 31. Dezember 1948 wählten in Vorarlberg weitere 62 Betriebe. Stimmenmäßig lag nunmehr die SPÖ-Fraktion klar voran (40,6%), mandatsmäßig schlugen sich die 5.338 Stimmen allerdings nur mit 315 Betriebsräten (28,6%) nieder. Dennoch: Diese Wahlen zeigten auf, daß die Position der sozialistischen Gewerkschafter in Vorarlberg im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr schwach war.⁶⁷ In den folgenden Jahren änderte sich die Situation insofern, als die Rolle der Parteilosen abnahm und die Parteibindung sich verstärkte.

Betriebsrats- und Vertrauensmännerwahlen 1947 ⁶⁸

	SPÖ	ÖVP	Parteilose	KPÖ	Summe
Vorarlberg	130	97	85	5	317
nach Bezirken:					
Bludenz	27	8	9	2	46
Feldkirch	15	9	11	—	35
Dornbirn	70	69	43	2	184
Bregenz	18	11	22	1	52

Die Betriebsratswahlen müssen im Kontext der nachkriegsgesellschaftlichen Entwicklung betrachtet werden. Spätestens 1946 war klar geworden, daß die Hoffnungen der Vorarlberger Sozialisten auf gründliche gesellschaftliche Veränderungen und auf eine starke Aktivierung der Arbeiterschaft weitgehend zurückgenommen werden mußten. Über ein Jahrzehnt fehlte die Möglichkeit, sich frei zu organisieren, und dies hatte die Arbeiterschaft gründlich entpolitisiert. Kampferfahrungen und Lernprozesse früherer Generationen waren verschüttet worden, aus dem Zweiten Weltkrieg war — im Gegensatz zum Ersten — keine selbstbewußte Arbeiterschaft zurückgekehrt. Fremde Mächte hatten den Nationalsozialismus beseitigt, keine Revolution im Innern hatte die Demokratie gebracht. Und die „Lebenslüge“ der Zweiten Republik, ein „Opfer“ des deutschen Nationalsozialismus zu sein und damit keinen Anteil an der Schuld des „Dritten Reiches“ zu haben, trug das ihre dazu bei, daß sich die antifaschistischen Tendenzen in Grenzen hielten. Die Anpassung „an die Schwerkraft der Verhältnisse, die der ÖVP und ihren Gewerkschaftern zur zweiten Natur geworden war, versprach da politisch mehr Erfolg als der Ruf nach einem neuen Aufbruch.“⁶⁹

In der Mitgliederentwicklung übertraf die SPÖ bald die Höchstmarke der SDAP in der Ersten Republik. 1932 zählte die SDAP nur mehr 2.216 Mitglieder, die SPÖ hatte Ende 1946 immerhin 4.010. Damit ergab sich eine verstärkte Relevanz. Doch die Partei tat sich mit ihrer Identitätsfindung schwer. Sie befand sich im Spannungsfeld zwischen Anpassung und Veränderung. Während in der Ersten Republik die Konservativen den „Sozis“ immer wieder das Heimatrecht abgespro-

chen hatten, wurde die SPÖ im Vorarlberg der Nachkriegszeit ein Faktor, der sich langsam, aber beschäftigungs- und rekrutierungswirksam, in den bürokratischen Bastionen des Landes festsetzte: Die Partei war nicht mehr nur im Arbeitsamt oder in den Arbeiterkammern verankert, sondern auch in der Hypothekenbank, in der Landesfeuerversicherung oder im Verwaltungsrat der Illwerke. Verbale Radikalität und pragmatische Politik stießen in der Nachkriegsepoche bei den 1.-Mai-Feiern, die als Seismograph der politischen Entwicklung betrachtet werden können, aufeinander.⁷⁰

Die Lohn-Preisübereinkommen: Angelpunkt der Gewerkschaftsarbeit

Der Lohn- und Preisstopp war ein Grundpfeiler der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik gewesen. Damit sollte der Krieg so „billig“ wie möglich finanziert, eine drohende Inflation verhindert und der „Betriebsfrieden“ erhalten werden. Keines dieser Ziele konnte von den Nationalsozialisten erreicht werden.

Um die Wirtschaft zu stützen, wurde vom Kontrollamt der Interalliierten Kommission — rückwirkend ab 1. April 1945 — ebenfalls auf diese Karte gesetzt. Zusammen mit dem Schaltergesetz vom 3. Juli 1945 und dem Schillinggesetz vom 30. November 1945 war der verfügte Lohn- und Preisstopp der wichtigste wirtschaftspolitische Einschnitt in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Nach der Befreiung Vorarlbergs wurde auch in der französischen Zone der Lohn- und Preisstopp aufrechterhalten. Doch mit diesem wirtschaftspolitischen Instrumentarium gelang es in der neuen Republik ebenfalls nicht, die Preise stabil zu halten. Es war unmöglich, Löhne festzusetzen, die der tatsächlichen Kaufkraft des Geldes Rechnung trugen. Die Schere zwischen den Löhnen und Preisen klappte immer mehr auseinander. Mit „Überbrückungshilfen“, Lohnhärteausgleichen, Prämien etc. sollte dieser Entwicklung Einhalt geboten werden. Durch die in Vorarlberg im Schnitt höheren Lebenshaltungskosten wurde die Situation dramatisch verschärft.

Im April 1946 nahm auf Drängen der Alliierten und der Arbeitgeber die „Zentrallohnkommission“ ihre Tätigkeit auf: Die Tarifautonomie war aufgehoben, freie Lohnverhandlungen waren nicht möglich, die Löhne wurden durch staatliche Eingriffe geregelt — wie zu Zeiten des „NS-Treuhänders der Arbeit“. Nomineller Vorsitzender der ZLK war der Sozialminister, tatsächlich wurde die ZLK jedoch von Dr. Hans Stain geleitet. Wenn eine Gewerkschaft Lohnforderungen stellte, wurden sie an die ZLK eingereicht, Stimmten die ZLK und das Alliierte Lohnamt zu, wurden die Löhne fixiert. Die paritätische Zusammensetzung der ZLK war ein wichtiger Faktor für ihren Erfolg: Mehrmals verhinderte sie quasi als Ombudsmann Arbeitskämpfe und war ein wichtiger Pfeiler bei der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens nach 1945.

Teile der Arbeiterschaft waren mit der Lohnpolitik jedoch sehr unzufrieden und nahmen den Kampf um höhere Löhne auf. Zunächst waren es in Vorarlberg die Bauarbeiter, die ihre Ansprüche anmeldeten, die Textilarbeiter folgten. Beide Bewegungen führten zu Vereinbarungen, die die Löhne anhoben. Dabei gelang es den Textilarbeitern, deren Löhne während der NS-Zeit besonders niedrig gehalten worden waren, ihre Entlohnung an andere Berufsgruppen anzugleichen. Per 1. März 1946 traten diese Vereinbarungen mit Genehmigung des Landeshauptmannes Ulrich Ilg in Kraft. Wie stark die Nazi-Terminologie nachwirkte, zeigt die Funktion des Landeshauptmannes bei diesem Tarifkonflikt: Er übernahm die Rolle „des Treuhänders der Arbeit“.⁷¹

Damit schien die bescheidene Angleichung der Löhne an die Teuerung bei zwei der wichtigsten Berufsgruppen gelungen zu sein. Doch diese Abmachungen waren nicht mit der Zentralen Lohnkommission abgesprochen. Deshalb erhob Pierre Voizard, der Generaladministrator der französischen Truppen in Österreich, Einspruch und ordnete an:

„Die Löhne sind auf ihren alten Stand zurückzuführen und keinerlei Erhöhungen werden den Arbeitern gezahlt. Die Überprüfung der Lohnbücher wird durch Offiziere der Militärregierung durchgeführt. Die Beamten, die gegen diesen Erlaß verstoßen, werden vor das Gericht der Militärregierung gestellt. Außer den Geld- und Gefängnisstrafen, die über sie verhängt werden, können sie ihres Amtes

*enthoben werden. ... Die Militärregierung gibt gerne zu, daß die Löhne für gewisse Kategorien Arbeiter unnatürlich niedrig sind und ist sofort dazu bereit, die Sache wohlwollend zu überprüfen. Die zahlreichen Beweise der Fürsorge, welche sie der Arbeiterklasse angedeihen ließ, lassen über ihren guten Willen wohl keinen Zweifel bestehen.*⁷²

Durch dieses Einschreiten der Militärbehörden trat eine empfindliche Verzögerung bei der Lohnanpassung ein. Erst im Mai genehmigte die Zentrallohnkommission die ausgehandelten Tarife. Die Lohn-Preiskluft wurde jedoch immer größer. Deshalb unternahm der Landeshauptmann im Einvernehmen mit dem ÖGB im September einen Vorstoß bei der Zentrallohnkommission, um für die Außenstelle Bregenz Sonderkompetenzen zu erlangen. In einem Gedächtnisprotokoll über die Vorgesprache bei Bundesminister Karl Maisel heißt es:

*„Die Abordnung aus Vorarlberg, bestehend aus Herrn Nationalrat Anton Linder, Reg.-Rat Dr. Hermann Winter (Landesregierung), Direktor Bruno Rhomberg, Dr. Walter Zumtobel, Dr. Karl Pontesegger, Dr. Josef Sinz, unterrichtet den Herrn Bundesminister über die in Aussicht stehenden Preiserhöhungen für Lebensmittel und den in diesem Zusammenhang vom Herrn Landeshauptmann Ilg bereits vor Wochen gestellten Antrag auf Ermächtigung für die Außenstelle Bregenz, die Löhne der Teuerung anzupassen.“*⁷³

Der Minister zeigte für das Anliegen der Vorarlberger Verständnis.

Das für die Textilarbeiter ausgehandelte Lohnsystem beruhte auf dem Prinzip der Leistungsbewertung nach dem Grad der Arbeitsbelastung. Zwischen dem Lohn eines angelernten Hilfsarbeiters in der Lohngruppe I und dem eines gelernten Facharbeiters der Lohngruppe XIV wurde eine Spanne von 82 Prozent festgesetzt, eine Relation, die sich infolge der bundeseinheitlichen Lohn- und Preisabkommen verringerte. Neben diesem neuen Lohnsystem blieben für verschiedene Sparten — zum Beispiel die Schuhindustrie, das Schuhhandwerk, das Schneiderhandwerk — generelle Lohntarife aufrecht.

Die Lebenshaltungskosten schnellten im Jahre 1947 in Vorarlberg rasch in die Höhe. Mit dieser Entwicklung konnten die Löhne nicht

Schritt halten. Die Berechnung eines einvernehmlichen Index scheiterte: Die Arbeiterkammer lehnte es ab, sich auf den Index der Landesregierung festzulegen. Während der Index des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung und der Index der Arbeiterkammer Feldkirch im Oktober 1947 auf 347,5 bzw. 352 standen, erreichte der Index des Statistischen Amtes der Vorarlberger Landesregierung nur die Höhe von 283, lag also um rund 25 Prozent tiefer als die beiden anderen Berechnungen. Die Angaben der Landesregierung waren also als Grundlage für Lohnverhandlungen inakzeptabel, für das Lohn- und Preisabkommen diente der Index des Institutes für Wirtschaftsforschung als Richtschnur. Allerdings waren solche Berechnungen grundsätzlich sehr fragwürdig. Denn die Lebenshaltungskosten waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit in erster Linie eine Kalorienfrage, sodaß der Kalorienwert der zugewiesenen Lebensmittel aussagekräftiger ist als die Lohn-Preisberechnung.

Entwicklung der Kalorienzahl und Preise pro 1000 Kalorien

	Kalorien pro Tag	Preis
Mai 1945	730	S 0.425
Dezember 1945	1590	S 0.515
Mai 1946	1330	S 0.579

Innerhalb eines Jahres erhöhte sich der Preis pro 1000 zugeteilter Kalorien um 36 Prozent. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß zum Beispiel

„die Ernährung mit Fleisch gerade zehnmal so teuer als die durch Mehl ist. In Zinkblech verpackte amerikanische Kartoffel-, Erbsen- und Fleischkonserven kosten ca. viermal soviel als dieselben Waren heimischer Herkunft. Es zeigt sich also klar, daß die Lebenshaltungskosten um so mehr steigen, je weniger Mehl und Brot als Hauptnahrungsmittel zugewiesen werden können.“⁷⁴

Lebenshaltungskostenentwicklung im Jahre 1947⁷⁵

	WIFO	AK	Amt		
April 1945	100	100	100		
Oktober 1946	134,6	–	139		
Jänner 1947	145,2	164	151		
April	168,4	182	166		
Mai	186,1	215	175		
Juli	248,6	232,3	199		
Oktober	347,5	352	283		
Dezember	–	373	296		
	Ernährung	Kleidung	Wohnung	Licht/Heizung	Gesamt
Jänner	173	203	114	114	151
Dezember	345	498	166	345	296

(Index des Vorarlberger Statistischen Amtes; WIFO = Wirtschaftsforschungsinstitut, AK = Arbeiterkammer, Amt = Amt der Vorarlberger Landesregierung)

Die Forderungen der Textilgewerkschafter waren mit jenen der anderen Gewerkschafter identisch:

1. Sofortige Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung
2. Lenkung der Produktion durch Zuweisung von Rohstoffen
3. Straffeste Bewirtschaftung der notwendigen Bedarfsgüter
4. Kampf den überhöhten Preisen und strengste Kontrollen
5. Exemplarische Bestrafung der Preiswucherer und Schleichhändler.⁷⁶

In ähnlicher Form wurden ÖGB-Forderungen nach einer Lohn-Preisstabilisierung während der nächsten Jahre mehrmals bei den zuständigen österreichischen Politikern deponiert — mit unterschiedlichem Erfolg.

Selbstverständlich stand die Lohn-Preisfrage auch beim ersten Gewerkschaftstag der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter Österreichs, der vom 16. bis 18. April 1948 im Saale des Verbandsheims in Wien VI abgehaltenen wurde, im Zentrum der Besprechungen. Bei dieser Zusammenkunft zogen die anwesenden Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen Bilanz über die erste Nachkriegsphase. Die

Vorarlberger Delegierten brachten unter anderem einen Entschließungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

„Die bei der Landeskonferenz der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter am 2. April in Dornbirn versammelten Delegierten haben zur Frage der Lohn- und Preisgestaltung eingehend Stellung genommen. Dabei wurde einvernehmlich festgestellt, daß die Preisentwicklung sich seit geraumer Zeit als illusorisch erweist. Die Preisentwicklung hat gezeigt, daß die Bestrebungen der Gewerkschaft ihr Ziel, durch Lohnangleichungen den Arbeitern ihren Lebensstandard zu erhalten, nicht erreichen konnten, sondern die Preise immer wieder davoneilten. Eine Fortsetzung der Bestrebungen nach dieser Richtung würde unweigerlich die Inflation zur Folge haben. Die Arbeiterschaft befindet sich aber schon seit geraumer Zeit infolge dieser Verhältnisse in einem Engpaß, der es hauptsächlich den Familienerhaltern nicht mehr gestattet, ihre rationierten Lebensmittel zu kaufen. Bei Verzicht auf Lohnerhöhungen wegen Vermeidung einer Inflation ist nur noch die Hebung der Kaufkraft durch Preissenkung der geeignete Weg, um aus dieser untragbaren Lage herauszukommen.“⁷⁷

Mit bewegten Worten schilderte Josef Grabher-Mayer⁷⁸ auf dem Kongreß die Not der Vorarlberger Textilarbeiterschaft. Unter anderem sagte er:

„Wir haben auf der einen Seite eine unerträgliche Lage in der Ernährungswirtschaft, aber auf der anderen Seite bereits Familienväter, die sich nicht einmal mehr diese Hungerrationen kaufen können. Wenn verschiedene Herren auf der Unternehmerseite erklären, die Preise müssen erhöht werden, so weiß ich nicht, was diese Herren sagen würden, wenn sie die Hungerrationen der Arbeiter hätten und dazu die Arbeitsleistung der Arbeiter erbringen müßten. Auf der anderen Seite haben wir eine miserable Entlohnung. Ich kann mir ein Bild darüber machen, denn ich bin manchmal bei sogenannten ‚besseren Familien‘ und konnte sehen, wie reichhaltig da der Tisch und wie armselig er bei den Arbeitern gedeckt ist. Wir können unsere Kinder nicht mehr anständig ernähren und ihnen nichts davon bieten, was man heute bereits in den Auslagen sieht. Ich weiß nicht, was

diese Herren sagen würden, wenn es ihnen so erginge wie der Arbeiterschaft. Ich glaube nicht, daß sie dann so zufrieden und diszipliniert wären, wie sich heute die Arbeiterschaft verhält.

Ich muß aus diesem Grund die Gewerkschaftsführung fragen, was sie in Zukunft zu tun gedenkt, um unser Los zu erleichtern, um eine Änderung dieses trostlosen, menschenunwürdigen Daseins herbeizuführen?“

Die Gewerkschaft — so führte der Delegierte weiter aus — sei

„kein Verein, sondern eine Klassenorganisation, eine Interessenorganisation der Arbeiterklasse, die die Interessen der Arbeiter aller Schattierungen zu vertreten hat, denn es geht hier nicht um Parteiprinzipien, schließlich und endlich drückt uns Arbeiter der Schuh überall am gleichen Fleck, ganz gleich, welcher Partei der einzelne angehört. Wir müssen alle Hunger leiden und wir haben alle den gleichen kleinen Lohn und deshalb glaube ich, daß in dieser Hinsicht alle zusammenhalten müssen.“⁷⁹

Der Vorarlberger Vorschlag, auf Hebung der Kaufkraft durch Preissenkung zu dringen, wurde ohne lange Diskussion angenommen. Erst als der Antrag 19, der vom Gewerkschaftssekretariat (Zentralsekretär war Egon Kodicek) eingebracht wurde und der die Forderung nach einer 25prozentigen Lohnerhöhung vorsah, zur Abstimmung gelangte, debattierten die Delegierten ausführlich über den einzuschlagenden Weg. Die Mehrheit entschied sich schließlich für die Vorarlberger Version und stimmte gegen die Resolution des Zentralsekretärs.⁸⁰

Da die Not der heimischen Arbeiter es gebiete, versuchte die Vorarlberger Landesleitung auf diesem Gewerkschaftstag die Ermäßigung des Gewerkschaftsbeitrages von 2 auf 1,5 Prozent und die Beitragsverrechnung nicht mehr nach dem Bruttoverdienst, sondern nach dem Nettoverdienst durchzusetzen. Die Hohenemser Ortsgruppe wollte außerdem, daß jener Betrag, der bei der Ortsgruppe verbleiben durfte und nicht an die Zentralkassa nach Wien abgeführt werden mußte, von 7 auf 12 Prozent erhöht werden sollte. Mit beiden Anträgen blitzte die „Vorarlberger Einheitsfront“ — alle Fraktionen standen hinter diesen Forderungen — ab.

In einem „streng vertraulichen“ Bericht bemühte sich die Handelskammer — Industriesektion Vorarlberg — die Löhne der Vorarlberger Textilindustrie für November 1951 und 1952 exakt zu erheben. Die vorliegende Untersuchung zeigt, wie schwierig es ist, Aussagen über das tatsächliche Lohnniveau zu machen. Die Studie schließt mit:

„Hier muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Zahlen über den durchschnittlichen Monatsverdienst je Arbeiter selbstverständlich nur einen sehr bedingten Schluß zulassen auf das Monatsverdienst im einzelnen Falle. Das Monatsverdienst der Arbeiter und Arbeiterinnen liegt sicherlich in ziemlicher Streuung um den Durchschnittswert nach oben oder unten. Dies hat viele Ursachen, vor allem wirkt sich aus, daß nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen die gleiche Arbeitszeit hindurch arbeiten, daß die Akkordarbeit große Unterschiede bringt und selbstverständlich die Art der Arbeit, die ja von vornherein eine unterschiedliche Einstufung in verschiedene Lohngruppen zur Folge hat. Das wirkliche Monatseinkommen wird aber darüber hinaus noch beeinflusst durch die Mehrarbeitszuschläge, Kinderbeihilfe und Wohnungsbeihilfe, die bei der Erhebung ausdrücklich ausgeschaltet wurden, weil sie das durchschnittliche Niveau sehr unterschiedlich mitbestimmen.“

Der Schuharbeiterstreik 1948

Während des ersten österreichischen Gewerkschaftstages der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter im April 1948 fand einer der wichtigsten und längsten Arbeitskämpfe der Nachkriegsgeschichte statt: Die Schuharbeiter streikten. Eine Analyse der ÖGB-Politik zeigt, daß diesem Streik innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung deshalb eine besondere Bedeutung zukommt, weil die Gewerkschaftsspitze alles daran setzte, um diese Streikbewegung zu verhindern und so die eigene Macht zu demonstrieren.

Bereits im Februar hatte der Präsident des ÖGB, Johann Böhm, erklärt, daß Lohnforderungen seitens der Gewerkschaft zu diesem Zeitpunkt „energisch bekämpft“ würden. Diese Erklärung sorgte auch im

Ländle für Aufregung: Betriebsräte fanden sich in Feldkirch ein und protestierten gegen diese Politik der Gewerkschaftsspitze.⁸¹

Gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion forderte der Vorstand des ÖGB dann am 8. März 1948 die Arbeiter und Angestellten der Republik auf, „nur den Weisungen des Bundesvorstandes des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und den Zentralvorständen der einzelnen Gewerkschaften zu folgen.“ Dieser Beschluß war gegen sozialistische und kommunistische „Aktionskomitees“ unter der Arbeiterschaft gerichtet, die versuchten, auf eigene Faust Gewerkschaftspolitik zu betreiben.⁸²

Der Konflikt mit den Schuharbeitern eskalierte, als die Unternehmer das Kollektivvertragsgesetz äußerst restriktiv auslegten und die 48-Stundenwoche wieder einführen wollten. Eine Einigung über einen neuen Kollektivvertrag kam nicht zustande.

In Vorarlberg waren damals rund tausend — vorwiegend männliche Arbeitskräfte — in mehr als 160 Betrieben unmittelbar betroffen.⁸³ Über die Hälfte dieser Schuhmacher arbeitete in Industriebetrieben: In der Schuhfabrik Georg Mayer in Götzis wurden hauptsächlich Plastik-Sandalen, Sporthalbschuhe, Spezial-Schischuhe und Kinderschuhe erzeugt, die Schuhfabrik Sachs (Anton Amann K.G.) in Hohenems⁸⁴ war der größte Holzschuherzeuger in Österreich.

Als kommunistische Sekretäre den Streik der Schuharbeiter gegen den Willen der zuständigen Fachgewerkschaftsführung und des ÖGB-Präsidenten organisierten, schalteten die sozialistischen und christlichen Gewerkschafter die Regierung als Vermittlungsinstanz ein. Nach fünf Wochen Streik wurden den Streikenden auf Beschluß des Alliierten Rates sogar durch Ernährungsminister Otto Sagmeister (SPÖ) die Lebensmittelzusatzkarten entzogen. Da die Streikunterstützung aufgrund der auf sozialen Frieden ausgerichteten ÖGB-Politik beinahe völlig ausblieb, bildeten sich ‚wilde‘ Streikkomitees, die nicht nur mit den Unternehmern, sondern auch mit der Gewerkschaftsspitze im Clinch lagen. Lange Streiks belasteten nicht nur die Streikkassa, sondern galten aus der Sicht der ÖGB-Granden für den Wiederaufbau als schädlich und waren deshalb tunlichst zu vermeiden.⁸⁵

Auf dem Gewerkschaftstag nahm diese Streikbewegung natürlich einen wichtigen Platz ein. Der Diskussionsverlauf zeigte, daß die Strei-

kenden an der Basis Sympathien genossen und der Kampf der Schuharbeiter um die 44-Stundenwoche aus prinzipiellen Überlegungen unterstützt wurde. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die einen einstündigen Warnstreik vorsah, wenn bis zum 27. April 1948 keine Einigung erzielt werden konnte.⁸⁶

Dieser Warnstreik war nicht mehr nötig: Die Schuharbeiter hatten sich nach 62 Streiktagen im wesentlichen durchgesetzt. Der Kollektivabschluß brachte die Anerkennung der 44-Stundenwoche, die bundeseinheitliche Regelung der Arbeitspausen, die Erhöhung des Krankengeldes um durchschnittlich fünfzig Prozent und die Gewährung von Weihnachts- und Urlaubsremunerationen, die bis zu zweieinhalb Wochenlöhne betragen sollten. Bei der Bezahlung eines Wirtschafstages für die Frauen und bei der Forderung nach Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinaus blieben die Unternehmer hart.

Der neue Kollektivvertrag blieb heftig umstritten. Während Obmann Frühwirth jede Anschuldigung zurückwies, daß die Gewerkschaft den Streik nicht genügend unterstützt habe, den Erfolg bei den Verhandlungen hervorstrich und deshalb das Streikende empfahl, war ein Teil der Arbeiter bei der Vollversammlung der Schuharbeiter anderer Ansicht. Die Abstimmung brachte ein knappes Ergebnis: 912 stimmten für die Annahme, 716 dagegen, 201 enthielten sich der Stimme.

Der Streikverlauf hatte innerhalb des ÖGB Konsequenzen: Die Gewerkschaftssekretäre wurden an die Kandare gelegt. Sie waren fortan Angestellte des ÖGB und damit wurde ihnen jede politische Handlungsfreiheit genommen. Erstes Opfer dieser Zentralisierungspolitik innerhalb des ÖGB wurde der Zentralsekretär der Textilarbeiter, KP-Funktionär Egon Kodicek. Bei der ersten Sitzung des Vorstandes nach dem Gewerkschaftstag wurde der KPler Kodicek auf Vorschlag von Frühwirth seines Amtes enthoben und durch Maximilian Tschurtschenthaler (SPÖ) ersetzt.⁸⁷

„Wirtschaftssäuberung“

Mit dem sogenannten „Verbotsgesetz“ und dem „Verfassungsgesetz über Maßnahmen zur Wiederherstellung gesunder Verhältnisse in der Privatwirtschaft“ wurde noch 1945 der erste Versuch unternommen, die österreichische Gesellschaft und Wirtschaft vom Nationalsozialismus zu säubern. Die NSDAP und ihre Organisationen wurden verboten, ihre Mitglieder mußten sich registrieren lassen.⁸⁸

In Vorarlberg betraf diese Registrierungspflicht rund 20.000 Menschen, circa 9 % der Bevölkerung. Die ehemaligen „Illegalen“ — Personen, die zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 13. März 1938 der NSDAP oder einer Unterorganisation angehört hatten — wurden von der Leitung von Betrieben ausgeschlossen, „illegale“ Arbeitnehmer entlassen.

Die komplizierte Materie bedurfte natürlich auch der öffentlichen Erläuterung. Am 12. Februar 1946 hieß es dazu in den „Vorarlberger Nachrichten“:

„Nach diesem Gesetz und seinen Durchführungsbestimmungen können Illegale, zu denen auch die als ‚Alte Kämpfer‘ und ‚Altparteigenossen‘ anerkannten Personen zählen, und solche, die die nationalsozialistische Bewegung während der Verbotszeit durch beträchtliche finanzielle Zuwendungen gefördert oder durch Schädigung des österreichischen Wirtschaftslebens für Zwecke dieser Bewegung den Bestand des selbständigen Staates Österreich zu untergraben unternommen haben, nicht Mitglieder eines Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorganes einer juristischen Person (Vorstand, Verwaltungs- oder Aufsichtsrat u. dergl.) sein. Sie können auch im Wirtschaftsleben nicht in führender Stellung tätig sein und auch kein Gewerbe betreiben, das Verlässlichkeit voraussetzt. Sie haben dieselben gewerberechtlichen Folgen zu tragen, die mit einer Verurteilung wegen Verbrechens verbunden sind.

Illegale, SS-Angehörige und Funktionäre vom Zellenleiter und Gleichgestellten aufwärts sind bei ihrer wirtschaftlichen Betätigung auch insofern gehindert, als sie ihr unbewegliches Vermögen weder veräußern noch belasten können und auch über ihr bewegliches Vermögen nur im Rahmen der laufenden Verwaltung oder der Fort-

führung des Haushalts verfügen können. Gegenteilige Verfügungen sind nichtig. ... Auf dem Gebiete des Steuer- und Abgabenrechtes können gegen diese Leute Sonderbestimmungen erlassen werden und Miet- und Pachtverhältnisse ohne Rücksicht auf bestehende Schutzbestimmungen gekündigt werden.“⁸⁹

Die Stoßrichtung der bei der ersten Betriebsrätelandeskonferenz erhobenen Forderungen in Hinsicht auf die „Entnazifizierung“ war eindeutig: Sie sollte mit betrieblicher Mitbestimmung verknüpft werden, die Gewerkschaftsvertreter wollten bei der „Wirtschaftssäuberung“ ein gewichtiges Wort mitsprechen. Es war auch klar, welche Unternehmen im Textilland Vorarlberg für solche Maßnahmen in Frage kamen.

Bei Kriegsende gab die französischen Verwaltung die „Entnazifizierungspolitik“ nur in groben Linien vor.⁹⁰ Die Ortskommandanten und Sicherheitsoffiziere internierten die bekannten Nationalsozialisten zunächst vor allem aus Sicherheitsgründen. In der französischen Zone wurden bis zum 15. September 1946 insgesamt 9.440 Personen interniert, das waren 14,4 Prozent der registrierten Nationalsozialisten.⁹¹ Allerdings erwiesen sich die „Säuberungen“ — etwa in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst — in der Praxis als schwierig. Eine sogenannte „Säuberungskommission“ wurde installiert, die in Vorarlberg die „Ehemaligen“ aussondern sollte. Nach Ansicht der französischen Stellen übten diese Gremien im Ländle jedoch zu starke Nachsicht.⁹²

Besonders schwierig war die „Entnazifizierung“ der NS-Wirtschaftsverantwortlichen.⁹³ In diesem Punkt nahmen auch die Franzosen eine pragmatische Haltung ein. Die „Entnazifizierung“ vollzog sich deshalb nur schleppend.⁹⁴ Die gesamte „Entnazifizierung“ der Wirtschaft stieß auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Resignierend heißt es dazu im „Bericht der Landesstelle Vorarlberg des ÖGB“ aus dem Jahre 1946:

„Die mit der Wirtschaftssäuberung verbundenen Arbeiten gleichen einem Bandwurm ohne Ende. Sie zählen zu den schwierigsten und undankbarsten Arbeiten des Landessekretariates und das Ergebnis steht in keinem Einklang zu der hiefür aufgewendeten Zeit und Mühe. ... Wohl haben die französischen Besatzungsbehörden gleich nach der Befreiung eine gewisse Anzahl nazistisch Belasteter, darunter auch einige größere Fabrikanten in Haft gesetzt oder in Anhalte-

lager gebracht und für deren Betriebe Zwangsverwalter bestellt. Doch zur Hauptsache waren die Lager mit kleinen Nazis gefüllt, während andere viel stärker Belastete sich der Freiheit erfreuen konnten.“

Die Drei-Parteien-Vereinbarung von ÖVP, SPÖ und KPÖ vom 30. März 1946 hatte den Übergang vom individuellen zum kollektiven Entnazifizierungsverfahren und die Gruppeneinteilung mit zwingenden „Sühnefolgen“ für „Belastete“ und „Minderbelastete“ gebracht.⁹⁵

Für den Bereich der „Wirtschaftssäuberung“ war vor allem der Paragraph 15 des Verbotsgesetzes ausschlaggebend. Durch ihn wurde den Illegalen verboten, Mitglied „eines Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorganes einer juristischen Person... zu sein.“ Außerdem sollten sie aus leitenden Stellungen in der Wirtschaft entlassen werden und kein Gewerbe betreiben dürfen.⁹⁶

Das Sekretariat der Landesexekutive des ÖGB mußte 1947 insgesamt 6.712 Fälle behandeln. Diese hohe Zahl ergab sich, weil auf Grund des Nationalsozialisten-Gesetzes vom 6. Februar alle noch bei der Wirtschaftssäuberungskommission unerledigten oder neu anhängig gemachten Fälle bearbeitet werden mußten. Im diesbezüglichen ÖGB-Bericht wird hervorgehoben, daß das Sekretariat und die befaßten Betriebsräte bestrebt waren, das Gesetz möglichst mild anzuwenden. Die angeführte Statistik zeigt, wie wenig auch den Gewerkschaftern daran gelegen war, die „Wirtschaft zu säubern“:

Von den 6.712 zu behandelnden Fällen wurden 6.006, das sind 89,4 Prozent, ad acta gelegt, das heißt, es wurde von einer Antragstellung Abstand genommen. Von den verbliebenen 706 Fällen zog das Sekretariat 307 zurück. Das Sekretariat beantragte nur 257 Entlassungen und 142 Kündigungen. Die Wirtschaftssäuberungskommission agierte ähnlich: Von den 92 in diesem Jahr behandelten Fällen führten 28 zu Entlassungen und 11 zu Kündigungen. Am liebsten wäre es zu diesem Zeitpunkt den verantwortlichen Arbeitnehmervertretern gewesen, wenn die „Entnazifizierung“ überhaupt eingestellt worden wäre.⁹⁷

Die Zusammenarbeit des Landesarbeitsamtes und der Wirtschaftssäuberungskommission mit dem ÖGB-Sekretariat klappte: Es gab 1947 keinen einzigen Einspruch des Sekretariats gegen eine Entscheidung der Wirtschaftssäuberungskommission.

Die Textilgewerkschaft war von der Nazifrage besonders betroffen. Denn viele „Textilbarone“ gehörten zu den schwerbelasteten „Ehemaligen“. Mitverantwortliche und Mitwisser des NS-Terrorregimes, Mitläufer und Opportunisten, die sich hinter einem fragwürdigen „Pflichtbegriff“ verschanzten, versuchten ihre Involvierung ins Unrechtssystem zu verniedlichen und herunterzuspielen und versuchten von den Bürgermeistern „Persilscheine“ zu erhalten.⁹⁸

Nur kurze Zeit wurden die Gesellschafter der großen Textilfirmen, die ehemaligen NS-Betriebsführer, an der Ausübung ihrer Geschäfte gehindert. Zwar wurde die Leitung der Firmen zunächst sogenannten „Sequestern“, ausgewählten Beamten, übertragen, aber es dauerte nicht lange, und die ursprünglichen Besitzverhältnisse waren wieder hergestellt.

Für manchen „Betriebsführer“ setzte sich die „Gefolgschaft“ bei den „Besatzungsbehörden“ sehr ein. So auch für Dipl. Ing. Sepp Getzner, der am 2. April 1946 verhaftet und zunächst ins „Anhaltelager Mokry Bludenz“ gebracht worden war. Er hielt seine persönlichen Eindrücke nach seiner Entlassung im Sommer 1947 fest:

„Das Lager stand unter französischem Kommando. Die direkte Aufsicht wurde aber durch österreichische Lagerleiter ausgeführt, die Bewachung durch österreichische Hilfspolizisten, die zum großen Teil sehr jung waren und wahrscheinlich keine große Lust für eine richtige Beschäftigung hatten. Zum Teil waren auch Vorbestrafte darunter und vorwiegend auch Angehörige der SP und KP. Mit wenigen Ausnahmen waren sie mit uns Häftlingen aber anständig, da sie sonst sofort zu hören bekamen, daß sich die Zeit einmal ändere und man sich gewisse Namen gut merken werde.“⁹⁹

Im November 1946 besuchte der französische Hochkommissar in Österreich, General Bethouart, das Unternehmen. Anlässlich dieses Besuches überreichten drei langjährige Mitarbeiterinnen — Elise Klien war damals schon 52 Jahre lang bei Getzner, Mutter & Cie!¹⁰⁰ — eine Petition, in der sie um die Freilassung des Firmenchefs baten:

„Ing. Getzner hat im Betriebe nie Politik betrieben. Die ganze Firma wurde ja nach dem Einmarsch der Deutschen sehr schlecht behan-

delt. Ing. Getzner hat für uns Arbeiter immer gut gesorgt und jeder konnte mit seinen Wünschen zu ihm kommen. Wir haben auch von unseren früheren ausländischen Arbeitskameraden nie eine Klage über ihn gehört.“¹⁰¹

Diese Bittschrift wurde vom Betriebsrat geschlossen unterfertigt, und in einer geheimen Abstimmung sprachen sich 87% der Belegschaft für den Fabrikanten aus.

Die mangelnde Bereitschaft, mit der nationalsozialistischen Vergangenheit vollständig zu brechen, wurde besonders in der kommunistischen „Tageszeitung“ beklagt:

„Als Mitbesitzer zweier der größten Voralberger Textilfirmen, nämlich ‚Hämmerle‘ und ‚Herrburger und Rhomberg‘, gehören sie zu jener dünnen Schicht einflußreicher Großindustrieller, die kraft ihres Geldes und Einflusses schon früher entscheidenden Einfluß auf die Politik in Voralberg hatten — und wohl auch haben werden. Sie verfügen über die nötigen ‚Beziehungen‘ und auch über das nötige Geld, um dafür zu sorgen, daß ihnen alles, was sie gegen Österreich taten, ‚vergeben und vergessen‘ wird, denn Geld ist Macht und Macht geht vor Recht.“¹⁰²

Der „Engel von Auschwitz“

Was sie erlebt hatte, konnte Maria Stromberger, die von 1946 an ihren Lebensunterhalt als Textilarbeiterin verdiente, nicht vergessen.¹⁰³

1898 in St. Veit geboren, zog Maria Stromberger als Krankenschwester nach Bregenz. Dort war sie im Sanatorium Mehrerau tätig. Nach Kriegsbeginn wurde sie in ein Kärntner Lazarett dienstverpflichtet. Ihr Weg führte sie in die Hölle von Auschwitz. Im Warschauer Prozeß gegen den KZ-Kommandanten Höß schilderte sie ihren Werdegang:

„Am 1. Juli 1942 wurde ich aus Kärnten in Österreich in das Infektionsspital nach Königshütte versetzt. Die Versetzung erfolgte über meinen Antrag. Da ich in meiner Heimat Gelegenheit hatte,

verschiedene Dinge über die Vorkommnisse im Osten zu hören, wollte ich mich selbst von diesen Dingen überzeugen, ob sie der Wahrheit entsprechen oder nicht. Als alte Österreicherin konnte ich sie einfach nicht glauben. Wir waren immer tolerant und human. So wurde ich am 1. Juli 1942 versetzt und übernahm die Stelle einer Abteilungsschwester auf der Infektionsabteilung.“

In Königshütte erfuhr sie von typhuskranken Auschwitz-Häftlingen über die Zustände in jenem Lager. Daraufhin ließ sie sich nach Auschwitz versetzen. Am 1. Oktober 1942 trat sie im SS-Revier von Auschwitz ihren Dienst an. Ihrer Schwester gegenüber — Frau Greber in Bregenz —, die ihr davon abgeraten hatte, meinte sie:

„Ich will sehen, wie es wirklich ist. Vielleicht kann ich auch etwas Gutes tun“.

Das tat sie dann auch in einem bewundernswerten Ausmaß.¹⁰² Was es für die Häftlinge tatsächlich bedeutet hat, inmitten der alltäglichen Brutalität wenigstens von einer Person Menschlichkeit zu erfahren, kann wohl nur errahnt werden: Ehemalige Häftlinge beschrieben im Höß-Prozeß Schwester Maria als „Engel von Auschwitz“ und „Mutter für mich und für uns alle“.

Nach ihrer Rückkehr nach Bregenz wurde Maria Stromberger von den französischen Besatzungsbehörden festgenommen und wegen ihrer Tätigkeit in Auschwitz im Anhaltelager Brederis interniert, gut einen Monat später aber nach Interventionen von Auschwitz-Häftlingen freigelassen. In einem Brief an einen ehemaligen Häftling schildert sie ihre paradoxe Situation im Internierungslager inmitten der heimischen Nazis:

„Gegenwärtig befinde ich mich in einem Internierungslager! Ich stehe im Verdacht, während meiner Tätigkeit in Auschwitz Häftlinge mit Phenol behandelt zu haben.

Lachen Sie nicht, Edek! Es ist Ernst! Ich bin mitten unter Nazis, SS, Gestapo! Ich als ihr größter Feind! Und muß ihre Klagen über ‚Ungerechtigkeit‘ anhören, was die Menschen jetzt mit ihnen tun. Dann stehen vor meinen geistigen Augen die Erlebnisse von Auschwitz!

Ich sehe den Feuerschein der Scheiterhaufen. Ich verspüre den Geruch verbrannten Fleisches, ich sehe die Elendszüge der einrückenden Kommandos mit den Toten hinterher, ich verspüre die würgende Angst, welche ich jeden Morgen um Euch gehabt habe, ehe ich Euch wieder gesund vor mir sah, und ich könnte diesen hier ins Gesicht schreien und blind auf sie losgehen. Das Tollste daran ist, daß ich noch still sein muß, sonst boykottieren sie mich noch. Aber auch diese Zeit wird vorübergehen und ich werde wieder frei sein. Was ich dann beginne, weiß ich nicht. Ich fühle mich so leer und ausgeschöpft und habe keine Freude. Meinen Reichtum an Liebe habe ich — so scheint mir — in Auschwitz verstreut. Meinen Zweck habe ich erfüllt. Was soll ich noch mehr?“

Ihren Beruf als Krankenschwester hat Maria Stromberger nie wieder aufgenommen: Ab 1946 arbeitete sie bis zu ihrem Tode am 18. Mai 1957 in einer Bregenzer Textilfabrik. Unbeachtet von der Vorarlberger Öffentlichkeit wurde sie in Lindau-Äschach beigesetzt. Heute ist das Grab aufgelassen.

Vor zwei Jahren besuchte der Pole Edward Pys, Häftling Nr. 39 in Auschwitz, Vorarlberg. Ihm hatte Maria Stromberger das Leben gerettet. Er war sehr überrascht, daß diese Frau hier nicht geehrt wird. Im Eingangsbereich von Auschwitz steht heute eine Tafel, die an diese humanitär gesinnte Frau erinnert. Stromberger wurde in ihrer Wahlheimat vergessen, die NS-Vergangenheit der verschiedenen Firmenchefs verdrängt.

Ab Oktober 1954 erschien bei F. M. Hämmerle wieder die 1945 eingestellte Werkzeitschrift „Dreihammer“. Anlässlich des 10. Jahrestages des Kriegsendes — jenes Tages, „an dem feindliche Truppen über Süddeutschland kommend in Dornbirn einzogen“, — erschien auf dem Titelblatt ein Artikel, der dem Andenken an „unsere Toten 1939–1945“ gewidmet war. Sie „alle starben in Erfüllung ihrer Pflicht“. Müßig schien es dem Schreiber „über den Wert oder Unwert eines Krieges mit all seinen fürchterlichen Folgen zu sprechen“.¹⁰⁵

Zehn Jahre nach Kriegsende war die Integration der „Ehemaligen“ längst vollzogen. Wie rasch die Nazivergangenheit der Textil-

industriellen „bewältigt“ wurde, zeigt sich besonders augenfällig bei der Gründung der „Export- und Musterschau“ in Dornbirn.

Die erste „Export- und Musterschau“ in Dornbirn

Zur Image-Pflege wurde bereits im Februar 1946 auf Betreiben des Leiters der Dornbirner Stickereifachschule, Prof. Franz Winsauer¹⁰⁶, eine „Musterschau“ der Vorarlberger Stickerei-Industrie durchgeführt.¹⁰⁷

Drei Monate nach dieser „Musterschau“ waren Vorarlberger Produkte auf der berühmten Lyoner Messe ausgestellt.¹⁰⁸ Zur Vorbereitung wurde unter der Patronanz der französischen Behörden im Saale des Hotel „Hirschen“ in Dornbirn eine Textil-Ausstellung organisiert.¹⁰⁹

Doch nicht nur heimische Textilprodukte wurden wieder stolz im Inland — und sofern es die Militärbehörden ermöglichten — auch im Ausland präsentiert, unter dem Protektorat des französischen Ausländerdienstes wurde in Dornbirn auch eine „Ausstellung der Volksgruppen“ in die Wege geleitet: Ukrainische, afghanische, lettische, estische, litauische, armenische und ungarische Holz-, Metall- und Textilprodukte wurden im Frühjahr 1946 der Öffentlichkeit präsentiert. Die didaktische Absicht der Ausstellungsmacher war offensichtlich: Nicht einmal ein Jahr zuvor hatten die „Wirtschaftsführer“ im NS-Jargon — wie oben ausgeführt — von „Untermenschen im Osten“ gesprochen, nunmehr war die Rede davon, daß „gewerblicher Fleiß und technisches Können dort zu Hause sind.“ Insgesamt sei — so der VN-Schreiber —

„die Ausstellung ein wertvoller Beitrag zur Kenntnis von anderen Völkern und damit ein kleiner Baustein zum gegenseitigen Verständnis und zur gegenseitigen Achtung als Grundelement eines wirklichen Friedens.“¹¹⁰

An solche Traditionen konnten die „Gründungsväter“ der Dornbirner Messe anknüpfen.

Die Vorarlberger „Wirtschaftsführer“ erholten sich — so wie die gesamte Vorarlberger Wirtschaft — rasch von den Folgen der Nazi-Herrschaft. Bruno Amann — selbst „Schwerbelasteter“, dann Mitinitiator

und Pressechef der Dornbirner Messe — stellte 1949 nicht ohne Stolz fest:

„Die weder von Kriegsschäden noch von Demontagen betroffene Wirtschaft ist seit 1947 in raschem Aufstiege, der keine Arbeitslosigkeit entstehen ließ. Die Baumwollindustrie ist wieder voll beschäftigt, die Wollindustrie folgt in einigem Abstände vor der exportgehemmten Klöppelindustrie. Die Bauindustrie ist der Nachfrage nicht mehr gewachsen, die übrigen Sektoren weisen eine gute Beschäftigung nach.“¹¹¹

Am 19. November 1948 fand im Hotel „Hirschen“ die Gründungsversammlung des Verkehrsvereins Dornbirn statt. Bei dieser Versammlung wurde die Idee einer Export- und Musterschau artikuliert. Zum Leiter des „Ausstellungsausschusses“ wurde Hermann Rhomberg bestellt.¹¹²

Die erste Messe wurde vom 24. Juli bis zum 7. August 1949 durchgeführt. Sie war das augenfälligste Zeichen, daß der „Wiederaufbau“ voll im Gange war. Im Zentrum der Messe stand das Textilhaus in der Bundesrealschule in der Realschulstraße. Alle Branchen dieser Industrie stellten hier aus,

„die Spinner und Weber von Wolle, Baumwolle, Seide, Kunstseide, Flachs und sogar Hanf, die Sticker und Wirker, die Klöppler und die Konfektion von Wäsche und Kleidern... dazu österreichische Rohstoffproduzenten, wie die Lenzinger Zellwolle. Hier herrscht warenmäßig schon Frieden“.

versicherte der Korrespondent des „Vorarlberger Volkswillens“.¹¹³

Und in der Tat: Die Bedeutung dieser ersten Nachkriegsmesse mit 541 Ausstellern und rund 150.000 Besuchern bestand nicht zuletzt darin, daß neben 22 deutschen und 10 Schweizer Firmen auch zwei französische und eine amerikanische Firma vertreten waren und damit eine überregionale Ausstrahlung erreicht wurde. In einem „Österreich“-Sonderheft¹¹⁴ wurde die nunmehrige „Messe-Stadt“ ausführlich vorgestellt: Der bereits erwähnte Hans Nägele schrieb den Artikel über die Vorarlberger Textilindustrie. Vier Jahre nach Kriegsende und kurze Zeit nach der „Entnazifizierung“ hatten wirtschaftliche Zukunftsaspekte



Sozialistischer Maiaufmarsch in den fünfziger Jahren: für Planwirtschaft, gegen Arbeitslosigkeit und „Kantönligeist“.



Die Integration der „Ehemaligen“ ist vollzogen, vor allem in der Dornbirner Export- und Mustermesse. Postkarte zur 1. Dornbirner Messe 1949

im öffentlichen Diskurs die Erinnerung an die Mitverantwortung der heimischen „Wirtschaftsführer“ am NS-Unrechtsstaat fast völlig verdrängt. Kritische Anmerkungen fielen über die Protagonisten der Messe kaum mehr, auch im sozialistischen „Volkswillen“ nicht. Nur an einem Berichterstattungstag wurde die Jubelstimmung in den Medien etwas angekratzt:

„Von Ausstellungsgebäude zu Ausstellungsgebäude, von Koje zu Koje läßt man sich treiben. Traumhaft schöne Dinge gibt es zu sehen, Dinge, nach denen man sich schon lange sehnte und nach denen sich die meisten unter uns ewig sehnen werden müssen: Tüll, Samt und Seide, Schafwolle, Kammgarne, Elektroherde, modernste Radioapparate. Spaltenlang könnte man die Kostbarkeiten, die dem Verschönern und dem Mechanisieren unseres Lebens dienen, aufzählen. Manches Herz blutet, sein Besitzer denkt an das kleine, möblierte Zimmer und an den einzigen Anzug, den er sein Eigen nennt. Und dann erschrickst du: Eine alte Frau mit schlohweißem Haar putzt einem jungen Mann die Schuhe. Tief gebeugt kniet sie vor ihm, während er raucht. Er zahlt seine 90 Groschen, es ist alles in Ordnung, Ich denke, wenn meine gute Mutter einem fremden jungen Mann in aller Öffentlichkeit die Schuhe putzen müßte! ... Da Not und Elend und Alter. Und dort das Geld. ... Vor Arbeit wird man auch die Alten unter uns nicht bewahren können, vor Würdelosigkeit sollten wir sie schützen.“¹¹⁵

Diese sozialkritischen Anmerkungen blieben die Ausnahme. Die Initiatoren der Messe konnten in der Folgezeit ihren ökonomischen Aufstieg in der Nachkriegsgesellschaft jährlich in der Messewoche augenfällig demonstrieren. Im Dezember 1949 beschloß der Hauptausschuß des Verkehrsvereins, die Export- und Musterschau zu wiederholen. Dafür setzten sich besonders Hermann Rhomberg und Arthur Hämmerle ein.¹¹⁶

Diese Industriellen engagierten sich nach der „Entnazifizierung“ auf ihrem eigentlichen Gebiet, denn die wenigsten ehemaligen „Wirtschaftsführer“ drängte es in die Politik zurück. Dies blieb auch so, nachdem das „dritte Lager“ bei den Nationalratswahlen 1949 wieder wählen durfte und der VdU auf Anhieb 16 Mandate erreicht hatte.

Eine Ausnahme bildete in dieser Hinsicht Dipl. Ing. Rudolf Hämmerle von der Firma F. M. Hämmerle. Er setzte seine steile Politkarriere fort. Der ehemalige „NS-Wirtschaftsführer“ und „NS-Ratsherr“ wurde ÖVP-Nationalrat.¹¹⁵

Konjunktureinbruch: Die Krisenjahre 1951 - 1953

Das Interesse der Unternehmer besteht selbstverständlich darin, die Lohnkosten möglichst niedrig zu halten beziehungsweise sie in Verhandlungen mit der Gewerkschaft als möglichst hoch anzugeben — besonders in Krisenjahren wie 1951/52/53. Eine detaillierte Analyse der Industriesektion — 92% der gesamten Textilarbeiterschaft des Landes wurden erfaßt — zeigt, welchen Konjunktureinbruch die Textilbranche in diesen Jahren hinnehmen mußte. Allerdings waren nicht alle Zweige gleichermaßen betroffen. Betrug im November 1951 die Zahl der Arbeiter bei den erfaßten Firmen noch 9.241, so waren es zwölf Monate später nur mehr 7.668, also 17 Prozent weniger. In der Wollindustrie und in der Wirkerei/Strickerei betrug der Abbau circa 10 Prozent, in der Seidenindustrie „nur“ 6,8 Prozent.. Durchschnittlich waren im November 1952 15 Prozent weniger Arbeitskräfte in den Fabriken tätig als ein Jahr zuvor. Noch stärker als die Zahl der Arbeiter wurde in den vier Zweigen der Textilindustrie die Zahl der Arbeitsstunden eingeschränkt, denn sie nahm um 19 Prozent ab.

	Arbeiterzahl 1951	1952	Änderung
Baumwollindustrie:			
F. M. Hämmerle	2264	2037	-10,1
Textilwerke Schindler	879	611	- 30,5
Gebrüder Mathis	27	11	- 59,4
Josef Kirchberger	27	33	+ 22,2

	Arbeiterzahl 1951	1952	Änderung
Wollindustrie			
Kammgarn	685	555	- 19,0
Otten	77	57	- 26,0
Schöller	351	361	+ 2,8
Wirkerei und Strickerei			
Kommerell & Co	81	50	- 38,2
Josef Hubers Erben	605	517	- 14,5
Wolff u. Co. KG	157	150	- 4,4
Josef Fenkart	37	44	+ 18,9
Seidenindustrie			
F.M. Rhomberg	207	196	- 5,3
Richard Hämmerle	63	65	+ 3,2
Lauteracher Krawattenstoffweberei	70	47	- 32,8

Nach den Textilkrisenjahren 1951/53 — ohne Lohnabschlüsse! — änderte sich die Beschäftigungslage zum Positiven und damit auch der Spielraum der Gewerkschafter: Die günstige wirtschaftliche Entwicklung verbesserte die finanzielle Grundlage vieler Unternehmen, bedeutende Investitionen konnten durchgeführt werden. Zum größten Teil dienten diese Investitionen produktionsverbessernden Maßnahmen. Mengen- und wertmäßig wurden mehr Güter produziert, die Exportgeschäfte nahmen zu. Ab Mitte der fünfziger Jahre hatten die Betriebe derart viele Aufträge, daß Überstunden zur Dauereinrichtung wurden. Viele Textilbetriebe stellten vom Zweischicht- auf den Dreischichtbetrieb um. Zufrieden konnte Zentralsekretär Maximilian Tschurtschenthaler beim 4. Gewerkschaftstag 1958 resümieren:

„Die Vollbeschäftigung, die in den letzten vier Jahren zu verzeichnen war, hat auch die Möglichkeit geschaffen, auf wirtschaftlichem bzw. lohnpolitischem Sektor für die Arbeiterschaft der Berufsgruppen

*der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter wesentliche Verbesserungen durchzusetzen. In fast allen Berufen in der Industrie und im Gewerbe sind seit 1954 mehrmalige Lohnerhöhungen vereinbart worden.*⁴¹¹⁸

Ein Erfolgsbericht, der sich bei den kommenden Gewerkschaftstagen wiederholen sollte.

Harmonisierungsbedürfnis: Berichte der Landesleitung

Liest man die Berichte der Gewerkschaftslandesleitung, so könnte der Eindruck entstehen, daß bei den „Textilern“ Konfliktsituationen die große Ausnahme waren. Bereits im Bericht an den Ersten Gewerkschaftstag wird diese Haltung offenkundig. Die Landesleitung versuchte darin, den innerösterreichischen Gewerkschaftern die spezifische Lage in Vorarlberg zu erklären:

„Das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung zur Belegschaft kann durchwegs als gut bezeichnet werden. In den sogenannten Erzeugerbetrieben werden den Arbeitern auf Grund mündlicher Vereinbarungen in gewissen Zeitabständen selbsterzeugte Naturalien in bescheidenem Ausmaße ausgefolgt. Die sozialen Verhältnisse sind außerdem auch durch den Umstand stark beeinflusst, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft mit Angehörigen aus dem Bauernstand und von Gewerbetreibenden stark durchsetzt ist. Aus der Eigenart der oben geschilderten sozialen Verhältnisse dieses Landes ergibt sich auch die unterschiedliche Einstellung der Vorarlberger Arbeiterschaft zu den Gewerkschaftsfragen. Im Vergleich zu Innerösterreich gibt es in Vorarlberg — Einzelfälle ausgenommen — keine stichhaltigen Ursachen für Unzufriedenheit und Kampf Stimmung. Die Betriebsräte und Vertrauensmänner werden wiederum mit nur geringen Ausnahmen als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, deren Existenz gewünscht wird. Demgemäß werden die schwebenden Fragen fast ausnahmslos im Einvernehmen mit der

Betriebsvertretung geregelt, so daß die Arbeiterschaft die Notwendigkeit ihrer Zugehörigkeit, bzw. Mitarbeit in der Gewerkschaftsbewegung nicht jene Bedeutung beimißt, die ihr von Rechts wegen zukommt und auch gebührt. Dazu kommt das vielseitige Interesse der Mitglieder als Angehörige anderer Bevölkerungsschichten, aus denen sie stammen, die Inanspruchnahme durch Haus-, Stall-, Feld- und Gartenarbeit, der durch die heutige Ernährungslage obendrein noch erhöhte Bedeutung zukommt und die gewerkschaftliche Betätigung noch weiter in den Hintergrund drängt. Diese Ursachen sind keine Neuerscheinungen, sie sind aus der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung des Landes von früher schon bekannt, aber immer wieder zu wenig berücksichtigt worden."¹¹⁹

Die Gründe für die Schwäche der heimischen Arbeiterbewegung sind vielfältig und können an dieser Stelle nicht analysiert werden. Allerdings: So harmonisch und friktionsfrei wie in diesem und in anderen Landesleitungsberichten die Verhältnisse dargestellt werden, waren sie nicht. Zieht man die Wortprotokolle der Gewerkschaftstage oder erhaltene Betriebsratprotokolle zu Rate, dann zeigt sich, daß innerhalb der Gewerkschaft und in der Auseinandersetzung mit den Betriebsinhabern durchaus Konfliktpotential zum Tragen kam.

Die Minderheitenfraktion der „Gewerkschaftlichen Einheit“ und die Streikbewegungen im Jahre 1950 und 1951

Als gewerkschaftlicher Ableger der KPÖ fungierte in den Betrieben die „Gewerkschaftliche Einheit“. In ihr arbeiteten Linkssozialisten und Kommunisten zusammen. Die GE spielte innerhalb der VGTBL eine nicht zu vernachlässigende Rolle.

Der Konflikt um die Rolle der KPÖ eskalierte in Österreich nach dem 4. Lohn-Preisabkommen 1950. Die weitverbreitete Unzufriedenheit nützten die Kommunisten aus, um die Stimmung unter der Arbeiterschaft anzuheizen. Die von ihnen initiierte Streikbewegung Ende

September/Anfang Oktober — sie ist als sogenannter „Kommunistenputsch“ in die österreichische Geschichte eingegangen — wurde nicht zuletzt mit Hilfe der Bau- und Holzarbeiter-Gewerkschaft unter der Leitung von Franz Olah niedergehalten.

Eine von den Kommunisten ausgerufen und nicht autorisierte „gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz“ forderte am 30. September in Floridsdorf die Rücknahme des Lohn-Preisabkommens, andernfalls sollte der Generalstreik proklamiert werden. Die ersten diesbezüglichen Flugblätter tauchten in Vorarlberg am 2. Oktober auf. Die Landesleitung des ÖGB trat den Generalstreikparolen energisch entgegen:

„Der Gewerkschaftsbund betrachtet diesen Streik als einen wilden, nicht im Interesse der Arbeiter gelegenen Streik. Wer daran teilnimmt, tut dies auf eigene Gefahr und muß sich klar darüber sein, daß er damit nicht nur die Sache der Arbeiter- und Angestellten-schaft, sondern auch die des ganzen Volkes schädigt.“

Dennoch kam es zu örtlichen Arbeitsniederlegungen, vor allem bei den Bauarbeitern. Allerdings brach der Ausstand bereits nach einem Tag zusammen. Insgesamt folgten in Vorarlberg nur 1.357 Arbeiter der Generalstreikparole der KPÖ. Die Belegschaften von J. M. Fussenegger und Franz M. Rhomberg sprachen sich zwar einstimmig gegen den 4. Lohn- und Preisakt aus und forderten den Rücktritt der verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre, vor der Ausrufung eines Streiks schreckten sie jedoch zurück. In einer diesbezüglichen Resolution hieß es:

*„Die gesamte Belegschaft der Firma J. M. Fussenegger Dornbirn II (Hochveredelung) stellt mit tiefer Empörung fest, daß dieser Lohn-Preis-Pakt, der von uns entschieden abgelehnt wird, von unserer Gewerkschaftsleitung unter der Führung von Böhm unterschrieben wurde. Wir verlangen die sofortige Zurückziehung der Unterschrift und Absetzung all der Spitzenfunktionäre, die für diesen Schandpakt gestimmt haben, ob in Wien oder in Vorarlberg.“*¹²⁰

Der Zorn der Unterzeichner richtete sich vor allem gegen Anton Linder und Josef Kraft, die am 4. Oktober bei Landeshauptmann Ilg waren und ihm im Namen der Landesexekutive des ÖGB versichert hatten, daß

sich die Vorarlberger „Arbeiterschaft in anständiger Weise vom Mißbrauch des Streikrechts“ distanzieren würde.¹²¹

Am 5. Oktober 1950 faßte das Exekutivkomitee der gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz den Beschluß, den Streik abubrechen. In einer KP-Landesleitungssitzung, bei der das damalige ZK-Mitglied Hermann Langbein¹²² anwesend war, wurde die Niederlage eingehend analysiert und festgestellt, daß die Partei in den Betrieben zu wenig verankert sei,

„was sich daran gezeigt habe, daß in Dornbirner und Feldkircher Textilfirmen durchaus die Möglichkeit eines Streikeintritts vorhanden gewesen wäre, das Fehlen einer marxistischen Betriebsorganisation dies aber verhindert habe.“¹²³

Innerhalb der Gewerkschaften begann nach der Streikbewegung ein Großreinemachen: Zahlreiche Befürworter des Streiks wurden auch aus der Textilarbeitergewerkschaft ausgeschlossen, unter anderen auch der ehemalige Gewerkschaftszentralsekretär Egon Kodicek.

Im Mai 1951 — am Vorabend des zweiten österreichischen Textilarbeiterkongresses — brach in Vorarlberg der härteste Lohnkampf der „Textiler“ in der Nachkriegsgeschichte aus.¹²⁴ Die kommunistischen Gewerkschafter suchten daraus politisches Kapital zu schlagen. Aus der Sicht der sozialistischen und der christlichen Gewerkschaftsvertreter drohte ein „neuer Oktober“. Die internen Diskussionen der Landesleitung lassen sich jedoch leider nicht im Detail rekonstruieren: die entsprechenden Protokolle fehlen.¹²⁵

Nach zähen Verhandlungen hatten die Gewerkschaftsvertreter — entgegen ihrer Forderung nach einer zwanzigprozentigen Lohnerhöhung — einen Kompromiß von dreizehn Prozent akzeptiert. Wie weit die Vorstellungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zunächst auseinanderlagen, zeigen die ursprünglichen Verhandlungspositionen: Am 17. Mai boten die Unternehmer bei der Gesprächsrunde in Wien nur fünf Prozent an! Am darauffolgenden Tag begannen in Vorarlberg die Gespräche. Das Einstiegsangebot der Unternehmer — vertreten durch Kurt Gasser und Dr. Sperger — betrug zwölf Prozent. Nachdem sich beide Gruppen mehrmals zu Beratungen zurückgezogen hatten, kam es gegen 18 Uhr zum Abschluß mit dreizehn Prozent, rück-

wirkend ab 1. Mai. Außerdem wurde für April eine einmalige Entschädigung in Höhe von 35 bis 120 Schilling zugestanden. Der Abschluß in Wien erfolgte erst vier Tage später bei zehn Prozent Lohnerrhöhung ab 14. Mai, ohne Aprilentschädigung. Dennoch führte die Verkündung des Verhandlungsergebnisses unter der Vorarlberger Textilarbeiterschaft zu einer außergewöhnlichen Beunruhigung und zu einer eskalierenden Streikbewegung.

Angesichts der enormen Teuerung glaubte die Mehrheit der rund 500 Arbeiter und Arbeiterinnen des Hämmerle-Betriebes in Gisingen auf der ursprünglichen Forderung beharren zu müssen. Die Belegschaft legte am Samstag, dem 19. Mai, spontan die Arbeit nieder. Die Abstimmung, ob gestreikt werden solle oder nicht, erbrachte nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit für einen Streik. Am darauffolgenden Montag trat die Arbeiterschaft in den Ganahl-Betrieben um fünf Uhr zunächst zur Schicht an, doch eine Stunde später hörte der erste Saal auf zu arbeiten, die anderen folgten. Um acht Uhr begann der Ausstand in Frastanz, das Werk Tisis drohte am Dienstag mit Konsequenzen. Die dortige Belegschaft faßte jedoch den Beschluß, nur dann wirklich zu streiken, wenn die Gewerkschaft hinter der Streikbewegung stünde. Einen „wilden Streik“ wollte sie nicht.¹²⁶

Am Montag erschien in der kommunistisch orientierten „Neuen Tageszeitung“ ein Artikel, der die Verhandlungsergebnisse scharf attackierte:

„Die Belegschaft ist über das Vorgehen des Sekretärs der Textilarbeitergewerkschaft Kraft und des Vorarlberger Gewerkschaftspräsidenten Linder erbittert, die, statt die Beschlüsse der Dornbirner Textilarbeiterversammlung durchzuführen, diese in der Landesleitungssitzung zu Fall gebracht haben. Jeder Textilarbeiter versteht, daß die Durchführung der geplant gewesenen Protestkundgebung am Dornbirner Rathausplatz den Unternehmern eine ernste Warnung gewesen wäre, den Textilarbeitern weniger zu bieten als 20 Prozent. Statt diese Protestkundgebung zu organisieren, habe Linder selbst den Unternehmern das Stichwort gegeben, als er erklärte, die Arbeiter müßten zufrieden sein, wenn sie 12 bis 14 Prozent erhielten.“

Zu ebenso großem Unwillen habe — so der Schreiber in der „Tageszeitung“ — ein Rundschreiben des Gewerkschaftssekretärs Kraft an die Betriebsräte geführt. Kraft kündete darin an, daß nur Gewerkschaftsmitglieder mit mindestens halbjähriger Mitgliedsdauer auf eine Streikunterstützung rechnen könnten. Besonders kritisiert wurde, daß Kraft die von ihm selbst propagierte Urabstimmung in den Betrieben nicht durchführen ließ.¹²⁷

Bereits in der Februarsitzung der Dornbirner Ortsgruppenleitung hatten die Textilgewerkschafter Kampfmaßnahmen angekündigt, wenn ihre Lohnforderungen nicht erfüllt würden. Um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, berief die Gewerkschaftsspitze am Pfingstsamstag eine Versammlung im Dornbirner Vereinshaus ein. Der Andrang war selbst für die Einberufer überraschend, denn mehrere hundert Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen fanden sich ein. Auf der Tagesordnung stand „Stellungnahme zur Verschleppung der Lohnverhandlungen“. Das einleitende Referat hielt Landessekretär Josef Kraft. Er sprach von der eventuellen Notwendigkeit, „den Forderungen der Textilarbeiter durch eine öffentliche Kundgebung am Rathausplatz Nachdruck zu verleihen“. Damit ertete er einen Beifall, „wie er ihn bei den Textilarbeitern, die ihn in letzter Zeit öfter ausgepiffen als zugestimmt haben, seit langem nicht erlebt hat“ — so urteilte zumindest der Chronist der „Tageszeitung“.¹²⁸

Auch die anderen Redner betonten, daß die Lohn-Preis-Verhältnisse untragbar geworden waren und beharrten auf der vollen Erfüllung der Forderung nach einer zwanzigprozentigen Lohnerhöhung. Deshalb war die Erbitterung groß, als die Abmachung von dreizehn Prozent bekannt wurde, und die kommunistischen Gewerkschafter sahen eine Chance, diesen Unmut für die eigenen Absichten zu kanalisieren und zu demonstrieren, daß die sozialistischen und christlichen Gewerkschafter die „wahren Interessen“ der Arbeiterschaft schmählich verrieten.

Am Dienstag, dem 22. Mai, befanden sich bereits 1700 Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen im Ausstand. Im Fabrikshof des Ganahlbetriebes in Feldkirch fand eine Protestversammlung statt, bei der der aus Wien angereiste Gewerkschaftsvertreter Friedrich Hoffmann die Anwesenden zu beruhigen suchte. Er drohte damit, daß die Gewerkschaft einen „wilden Streik“ keinesfalls unterstützen würde und stellte sich voll-

inhaltlich hinter die Vorarlberger Beschlüsse, da die Unternehmer vereinbart hätten, keinesfalls die 13-Prozent-Marke zu überschreiten. Die Versammelten einigten sich nach mehreren turbulenten Stunden auf einen neuen Forderungskatalog:

- die Ganahl-Arbeiter bestanden auf einer achtprozentigen „Härtezu-
lage“
- unverzügliche Neuaufnahme der Verhandlungen
- der Streik sollte bei Bezahlung der Streiktage am Mittwoch abgebro-
chen werden
- der Gewerkschaftstag in Wien müsse sich den Forderungen anschlie-
ßen
- bei Ablehnung der Forderungen seitens der Unternehmer werde der
Streik fortgesetzt.

Mit diesem Maßnahmenkatalog solidarisierten sich bei einer Betriebs-
versammlung die Hämmerle-Arbeiter in der Spinnerei Gütle in Dornbirn.

Die Gerüchtebörse brodelte, die Angst vor einem „Sturm“ der Ar-
beiter auf die Ganahl- und Hämmerle-Fabriken ging um, sodaß das
Gelände des Hämmerle-Betriebes in Gisingen mit eisernen Ketten ge-
sichert wurde. Unisono griffen im Laufe der Woche die „Vorarlberger
Nachrichten“, das konservative „Vorarlberger Volksblatt“ und der sozial-
demokratische „Vorarlberger Volkswille“ die kommunistischen
„Drahtzieher“ der Textilarbeiterstreikbewegung an und diffamierten
sie als „Hetzer“ und „wilde Streiker“, die einen „KP-Rummel“ insze-
nierten wie im Oktober 1950, um die Gesellschaftsordnung zu verän-
dern. Als „Beweis“ diente ihnen der Auftritt des KP-Landespartei-
sekretärs Otto Nöckl bei der Ganahl-Versammlung. Obwohl er kein
Belegschaftsmitglied war, hatte er sich als Berichterstatter der „Neuen
Tageszeitung“ Zutritt verschafft und das Wort ergriffen. In der nicht-
kommunistischen Presse galt dieser Auftritt als Beleg dafür, daß die
Streikbewegung durch die Kommunisten gesteuert und manipuliert
wurde, und das „Volksblatt“ sparte nicht mit Ratschlägen:

*„Das Betriebsrätegesetz hat neben Rechten den Arbeitnehmern auch
Pflichten aufgebürdet. Es genügt nicht, die kommunistische Hetze
innerlich abzulehnen. Die Gewerkschaft wird gut daran tun, die
positive und vernünftige Mehrheit der Arbeiterschaft daran zu erin-*

nern, daß Einschleichhetzer — und seien sie auch KP-Landespartei-sekretäre — als Werksfremde vom Betriebsgelände zu entfernen sind und daß sich der Arbeiter nicht genügen lassen kann, bei einem KP-Rummel nur nicht mitzutun, sondern daß er mit seiner Stimme Stellung zu nehmen hat. An Stelle der kommunistischen Schlagworte muß die innerbetriebliche Schulung treten.“⁽¹²⁹⁾

Die Streikbewegung bei Ganahl und Hämmerle führte zu einem verschärften innergewerkschaftlichen Machtkampf. Die KPler wehrten sich gegen den gemeinsamen „Verleumdungsfeldzug der Lohndrücker“, und ihr Sprachrohr, die „Neue Tageszeitung“, veröffentlichte ausführliche Artikel über die Genesis dieses Lohnkampfes — die jedoch umgehend im „Volksblatt“ repliziert wurden.¹³⁰ Die Strategie der angegriffenen Gewerkschaftslandesleitung bestand darin, die „unverantwortliche Streikhetze der Kommunisten“ anzuprangern. In einem veröffentlichten Kommuniqué der Landesstelle Vorarlberg des ÖGB hieß es:

„Wie wir erfahren, wurden bereits letzte Woche ausgewählte Kommunisten von Wien nach Vorarlberg entsendet, die beauftragt sind, Verbindungen mit den Betrieben herzustellen, um einen allgemeinen Streik in der Vorarlberger Textilindustrie gegen den Willen der Gewerkschaft zu entfachen. ... Das Bestreben der Kommunisten geht nun dahin, auch die anderen Betriebe zur Stellung der gleichen Forderungen zu veranlassen und damit in einen wilden Streik zu hetzen. Dieser Versuch muß vereitelt werden! Wir warnen die Textilarbeiterschaft eindringlich, sich für Zwecke der Kommunisten, denen es nur um die Herbeiführung von Unruhen zu tun ist, mißbrauchen zu lassen. Wer sich trotz dieser Warnung an einem von der Gewerkschaft nicht genehmigten Streik beteiligt, tut dies auf eigene Gefahr und kann dabei weder auf eine finanzielle, noch auf eine moralische Hilfe des Gewerkschaftsbundes rechnen.“⁽¹³¹⁾

Bei den angesprochenen Kommunisten aus Wien handelte es sich um den Ex-Sekretär Egon Kodicek und um das KP-Zentralleitungsmitglied Franz West, die sich beide zu diesem Zeitpunkt in Vorarlberg aufhielten.

Der Gewerkschaftsaufruf wurde in der „Neuen Tageszeitung“ scharf zurückgewiesen:

„Diese Verwirrungsversuche sind so ungeschickt aufgezogen, daß es keinem Textilarbeiter und keiner Textilarbeiterin schwer fallen kann, sie zu durchschauen. Vor allem die Textilarbeiter in Dornbirn, die Hämmerle- und Ganahlarbeiter in Feldkirch, Frastanz, Tisis und Gisingen wissen sehr gut, was sich wirklich zugetragen hat. Sie wissen sehr gut: Nicht ‚kommunistische Streikhetze‘, sondern die Hartnäckigkeit der Textilfabrikanten und deren Agenten, die gegen die Abgeltung der Teuerung agitieren, ist Schuld an der Unruhe in den Betrieben.“¹³²

Auf dem österreichischen Gewerkschaftstag, der gleichzeitig in Wien abgehalten wurde, berichtete Paula Montibeller, die Betriebsratsobfrau bei Ganahl, von den Entwicklungen in Vorarlberg:

„Wir haben am vergangenen Freitag eine Lohnbewegung abgeschlossen. Von den 20 Prozent, die wir gefordert haben, haben wir 13 Prozent erreicht. ... Ich war zufällig als Vertreterin der Landesleitung bei diesen Lohnverhandlungen dabei. Es hat sich jeder redlich Mühe gegeben, das Möglichste aus dieser Verhandlung herauszuholen.

Ich bin aber auch Zentralbetriebsratsobmann bei dieser Firma in Vorarlberg, wo die Arbeiter in den letzten Tagen in Streik getreten sind. Nach Abschluß dieser Verhandlungen wurde in dem Betrieb, in dem ich Betriebsrat bin, ein Streik ausgerufen und eine Streikversammlung in Szene gesetzt. In dieser Versammlung, in der sich betriebsfremde Elemente, sogar der Zentralsekretär der Kommunistischen Partei eingeschmuggelt und zu dem Streik das Wort ergriffen haben, wurde gefordert:

- 1. die Bezahlung der Streiktage;*
- 2. die Bezahlung zusätzlicher Härtezulagen, also zu den Lohnerhöhungen noch 8 Prozent Härtezulage;*
- 3. sofortige Neuaufnahme der Lohnverhandlungen mit dem Unternehmen.*

... Ich will Ihnen ehrlich erklären: Ich habe bei dieser Versammlung wiederholt aufgefordert, sie sollen sich ein Streikkomitee bilden und diese Herren, die sich so warm für den Streik eingesetzt haben, mögen sich zu Verhandlungen mit dem Chef melden. Es hatte nun keiner,

auch diejenigen nicht, die den Streik angezettelt haben, den Mut gefunden, dies zu unternehmen. Sie haben verlangt, daß der Betriebsrat, der zurückgetreten war, wieder diese Verhandlungen aufnehme."¹³³

Nach der Rückkehr der Textilarbeiterdelegation aus Wien kam es in Feldkirch und Frastanz zu stürmischen Kundgebungen der Ganahl-Belegschaft. Die Betriebsleitung hatte angeordnet, daß separate Versammlungen abzuhalten waren. Der Feldkircher Versammlung gingen intensive Gespräche zwischen dem Eigentümervertreter einerseits und den Gewerkschaftsvertretern und dem Betriebsrat andererseits voraus. Hoffmann berichtete in dieser Sitzung, daß die Gewerkschaft weder die Forderung nach einer Härtezulage, noch die Bezahlung der Streiktage vertreten werde. Während Ganahl mit den Arbeitnehmervertretern verhandelte, erschien Otto Nöckl in der Nähe des Fabriksgeländes. Im Beisein des KP-Funktionärs wollten die aus Wien zurückgekehrten Gewerkschaftsvertreter ihren Bericht keinesfalls vortragen. Sie waren sich mit dem Fabriksherr einig, dem kommunistischen Landespartei-sekretär den Zugang zum Werksgelände nicht zu gestatten.

Die Strategie des Fabrikanten, die Versammlungen getrennt abzuhalten, wurde unterlaufen. Als die Feldkircher Belegschaft erfuhr, daß in Frastanz Arbeiter daran gehindert wurden, nach Feldkirch zu kommen, formierte sich — so die kommunistische Darstellung — ein Demonstrationszug von beträchtlicher Länge. Vor der Frastanzer Fabrik patrouillierten Gendarmen, die Nöckl ebenfalls den Zutritt verwehrten. Am Fabrikstor ergriff er das Wort. Kaum hatte er seine Rede begonnen, erschien ein Gendarmerieinspektor und forderte ihn auf, mit ihm zu kommen. Der Ordnungshüter erklärte ihm, daß er auf Weisung der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch nicht auf dem Firmengelände sprechen dürfe. Ein Teil der Arbeiterschaft zog nun mit Nöckl in ein nahegelegenes Gasthaus. Ganahl und Hoffmann erklärten, daß nur jenen Arbeitern der Arbeitsausfall bezahlt werde, die an der Versammlung auf dem Werksgelände teilnahmen. Hierauf kehrten sie zurück, und Hoffmann und Paula Montibeller berichteten nun von den gefaßten Beschlüssen. Sie verkündeten, daß sofort Verhandlungen über innerbetriebliche Lohnausgleiche aufgenommen würden.



*Otto Nöckl, Landesparteisekretär
der KPÖ, spielte beim
Textilarbeiterstreik im Mai 1951
eine wichtige Rolle.*

DER WEBSTUHL

Mitteilungsblatt für die Arbeiter der Hämmerle-Betriebe

Herausgegeben von der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit

Nr. 1/1. Jahrgang

AUGUST 1952

30 Groschen

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Das Euch vorliegende Mitteilungsblatt, welches von nun ab fallweise erscheinen wird, kommt gerade zu einem Zeitpunkt heraus, wo die Arbeiter unseres Betriebes von einer neuen schweren Sorge befallen sind. Es ist die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Diese neue Sorge kommt zu den bisherigen Sorgen noch dazu, zur Sorge um das tägliche Brot auf dem Familientisch, welches durch niedere Löhne und Preissteigerungen immer knapper wird, zu den Sorgen um die Zukunft der Kinder und die Furcht vor einem neuen Krieg.

Es wird also immer dringender notwendig, einen Weg zu finden, den die Arbeiterschaft gehen muss, wenn sie ihre Lage verbessern, ihre Existenz sichern, den Arbeitsplatz erhalten und vorallem auch den Frieden bewahren will.

"Der Webstuhl" stellt sich die Aufgabe, mit den Arbeitern der Hämmerle-Betriebe diesen Weg zu finden. Diese Betriebszeitung verfolgt den Zweck, verschiedene ...

„Als sie außerdem berichteten, daß Ganahl ‚großzügig‘ bereit sei, die seinerzeit versprochene ‚Maifeier‘ mit ‚Bewirtung‘ sofort in Geld abzulösen, rief man ihnen zu: ‚Jetzt gibt er uns die Paar Würste, die er uns schon hundertmal vom Lohn abgezwickelt hat!‘“¹³⁴

Nicht alle Anwesenden waren mit der offiziellen Gewerkschaftsposition einverstanden: Es formierte sich erneut ein Protestzug. Auf dem Sportplatz konnte Otto Nöckl endlich sprechen. Nöckl sagte laut Zeitung,

„die Arbeiter hätten an diesem Tag gesehen, daß sie nur etwas erreichen werden, wenn sie geschlossen bleiben. Sie haben gesehen, daß man sie wie Hunde hinter eiserne Gittertüren einsperren möchte, bloß um zu verhindern, daß ein Mensch zu ihnen spricht, zu dem sie Vertrauen haben. ... Es darf in dem Kampf um das tägliche Brot keinen Unterschied geben zwischen Sozialisten, Kommunisten oder Katholiken, denn jeder ist ein Mensch und muß essen, muß sich kleiden, seine Familie, seine Kinder ernähren.“¹³⁵

Kaum hatte Nöckl seine kurze Ansprache beendet, erschienen Gendarmen und untersagten ihm, weiterzusprechen. Laut ihrer Angaben waren auf dem Sportplatz nicht mehr als 80 Personen gewesen.¹³⁶ Die Versammlung löste sich schließlich friedlich auf.

Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen nahm den Bericht vom Gewerkschaftstag und die beschlossene Vorgangsweise nunmehr zur Kenntnis, die Streikbewegung in den Betrieben ebte ab, nachdem die Fabrikanten individuelle Zugeständnisse in den bestreikten Betrieben gemacht hatten. Der sozialistische „Volkswille“ sah darin eine „Abfuhr“ für die Kommunisten und dementierte gleichzeitig heftig, daß es in Feldkirch im Zuge der Streikbewegung zu irgendwelchen „Zusammenstößen“ gekommen sei.¹³⁷

Die Streikbewegung im Oktober 1950 bzw. im Mai 1951 markierte den Höhepunkt der Auseinandersetzung mit den kommunistischen Gewerkschaftern. In den kommenden Jahren nahm ihr Einfluß in den Betrieben rapid ab.

1955 machte die Vorarlberger „Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit“ einen Vorstoß, die im Jahre 1950 ausgeschlossenen Textilgewerkschafter wieder in den ÖGB aufnehmen zu lassen. Sie brachte

bei der Gewerkschaftslandeskonzferenz das Ersuchen ein, „die Kollegen Kodicek, Hess und Szabo wieder in unsere Gewerkschaft aufzunehmen“. Das Ansuchen wurde damit begründet, daß

„diese Kollegen — und besonders Kollege Kodicek — im Jahre 1945 mitten unter den ersten waren, die mit aller Kraft mitgeholfen haben, unsere Gewerkschaft einheitlich aufzubauen und sie zu einer Interessensvertretung der österreichischen Arbeiter, ohne Unterschied des politischen Bekenntnisses zu machen. Die Arbeit, die Kollege Kodicek als Zentralsekretär unserer Gewerkschaft in den harten Nachkriegsjahren unter den ungünstigsten Verhältnissen geleistet hat, hat sicherlich mit dazu beigetragen, daß wir eine starke Gewerkschaft geworden sind.“

Der Antrag der GE fiel durch: Gegen drei Stimmen wurde er mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.¹³⁸

Ein führender Kopf innerhalb der kommunistischen Gewerkschaftsfraktion war Albert Valentinelli, Textilarbeiter bei J. M. Fussenegger in Dornbirn. Als Mitglied des Zentralvorstandes der Textilarbeiter spielte er auch bei den österreichischen Gewerkschaftstagen keine unwesentliche Rolle: In den fünfziger und sechziger Jahren zählte er zu den eifrigsten Debattenrednern und vertrat die KP-Minderheitenposition sehr eloquent.

Der weltanschauliche Graben zwischen den SP/VP-Gewerkschaftern und den Kommunisten zeigte sich natürlich besonders bei Wahlgängen — etwa bei der Wahl des Landesobmannes im Jahre 1955. Die Kritik der KPlar richtete sich dagegen, daß „jede Diskussion“ sofort abgewürgt worden sei, „weil ja schon alles in den Fraktionen beschlossen war“. Deswegen hätten auch eine Reihe von Delegierten — darunter einige Sozialisten — die Tagung verlassen. Besonders die Art, wie nach dem Vorsitzwechsel von Franz Jungbauer zu Heinrich Gaßner die Landesleitung gewählt wurde — nämlich nach Proporz und nicht nach Stimmenanzahl —, erhitzte die Gemüter der linken Minderheit.¹³⁹

Mit der Arbeit und der Position der SP/ÖVP-Gewerkschafter in den Betrieben waren die Aktivisten der „Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit“ nicht einverstanden. Seit August 1952 erschien beim größten Vorarlberger Textilunternehmen — bei F.M. Hämmerle — ein

Mitteilungsblatt der Oppositionsgewerkschafter. Die Betriebsschrift „Der Webstuhl“ vermag einen guten Einblick zu geben, welche Sorgen und Nöte an der „Basis“ herrschten — auch wenn man die weltanschauliche Grundposition der GE nicht teilt:

„Die Hämmerle-Arbeiter brauchen Betriebsräte, die überall die Arbeiterinteressen vertreten, dies auch dann, wenn die Firmenleitung oder Gewerkschaftssekretär Kraft anderer Meinung ist. Mit Betriebsräten, die sagen: ‚Da kann ma' nix macha!‘ oder: ‚Mir müassend z'erschit warta was do ussarkut‘, mit solchen Betriebsräten ist den Arbeitern nicht geholfen. Die Hämmerle-Arbeiter, die rund 10 % aller österreichischen Textilien erzeugen, haben erwartet, daß sich ihre Betriebsräte bei der Landeskonzferenz der Textilarbeiter noch mit aller Entschiedenheit dafür einsetzen, daß die Textilarbeiter noch in diesem Jahr einen Urlaubszuschuß (1 bis 3 Wochenlöhne, je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit) ausbezahlt erhalten. Statt dessen haben Eure Betriebsräte Zündel, Zoppel, Huber mit einigen anderen dafür gestimmt, daß der Urlaubszuschuß ‚erst zu gegebener Zeit‘ gefordert wird. Ganz ähnlich war es auch bei der Fleischpreiserhöhung. ... Nicht viel anders war die Tätigkeit der bisherigen Betriebsräte in betrieblichen Fragen. Wann sind sie gegen die verstärkte Antreiberei, gegen die Prämienkürzungen, gegen die Punkteabwertung und Stoffpreisverteuerung, gegen die Mieten- und Essenverteuerung und andere soziale Verschlechterungen aufgetreten? Die Firma konnte so vorgehen, als ob es bei Hämmerle gar keinen Betriebsrat gäbe und die Arbeiter haben meist nur durch die Firma (und nicht durch ein Protokoll des Betriebsrates) am schwarzen Brett erfahren, daß ‚Oben‘ wieder etwas ausgehandelt wurde.“⁽¹⁴⁰⁾

Im „Webstuhl“ wurde die „Institutionalisierung“ der Sozialpartnerschaft scharf angegriffen:

„Wir Textilarbeiter genießen bekanntlich alle Wohltaten der von der SPÖ und ÖVP gepriesenen ‚Sozialpartnerschaft‘ zwischen Unternehmer und Arbeiter. Während der Sozialpartner Unternehmer in den Jahren der Hochkonjunktur phantastische Gewinne eingesteckt hat, wurde der Sozialpartner Arbeiter ständig zur Mäßigung

bei seinen Forderungen ermahnt, die notwendig sei, „damit die Konjunktur nicht gefährdet wird“. Heute, wo die Krise, von Amerika ausgehend, bereits ihre Schatten auf Österreich wirft, denken die Unternehmer keine Minute daran, von ihren horrenden Profiten etwas herzugeben. Die geringste Konjunkturschwankung und schon wird der Sozialpartner Arbeiter auf die Straße geworfen, so wie es auch einige Dutzend Kollegen unseres Betriebes erleben mußten.“¹⁴¹

Während in der Erdöl-, der Fahrzeug- und der Süßwarenindustrie bereits nur mehr 45 Wochenstunden gearbeitet wurde, mußten die Textiler auf die Einführung der Arbeitszeitverkürzung bis zum 1. Juli 1958 warten. Erst am 19. Dezember 1958 vereinbarte der ÖGB mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft einen Generalkollektivvertrag über die 45-Stunden-Woche.

Die Stimmung in den Betrieben war nicht nur deswegen angespannt. In der Kettspulerei Steinebach (F. M. Hämmerle) in Dornbirn legten die Arbeiter und Arbeiterinnen im April 1958 „wegen der unerträglichen Antreiberei“ spontan die Arbeit für zwei Stunden nieder. Dieser „wilde Streik“ war insofern von Erfolg gekrönt, als die Firmenleitung eine Erhöhung des Lohnsatzes zugestand.

Solche — mit der Gewerkschaftsspitze nicht akkordierten Arbeitsniederlegungen — waren Wasser auf die Mühlen der linkssozialistischen und kommunistischen Betriebsräte.

Im Jahre 1959 erzielten die österreichischen Textilarbeiter bei ihrem Kampf um die Angleichung der Rechte der Arbeiter an die der Angestellten einen Teilerfolg, da statt bisher eine Woche nun gesetzlich zwei Wochen Weihnachtsremunerationen ausbezahlt werden mußten. Diese Abmachung beruhte auf einem sozialpartnerschaftlichen Deal: Die großkoalitionären Gewerkschafter hatten — ohne die Basis zu befragen — den Unternehmern das Zugeständnis gemacht, daß dafür das seit Jahren gewährte innerbetriebliche Weihnachtsgeld gestrichen werden konnte. Durch das Nachgeben der Gewerkschaftsführer hatten die Unternehmer die Möglichkeit, den Arbeitern das, was sie mit der einen Hand geben mußten, mit der anderen gleich wieder wegzunehmen.¹⁴²

Tatsächlich fand die Haltung der Landesgewerkschafter bei den Betroffenen sichtlich wenig Gegenliebe. Als im F. M. Hämmerle-Be-

trieb „Sägen“ der Ausgang dieser Betriebsrätekonferenz bekannt wurde, legten die Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen die Arbeit für zwei Stunden nieder.¹⁴³

Daß nicht alle Angriffe der GE gegen die Spitzengewerkschafter völlig aus der Luft gegriffen waren, zeigt ein Antrag der Ortsgruppe Hohenems an die Landeskonzferenz: Die Hohenemser Gewerkschafter forderten,

„daß das Präsidium des Ö.G.B., alle sich Arbeitervertreter nennenden Nationalräte (innen) unter Führung des Ö.G.B. sich zu regelmäßigen Aussprachen und Beratungen treffen, um ein gemeinsames Vorgehen in allen wichtigen, die Arbeiterschaft betreffenden Probleme zu sichern und sich durchzusetzen“.

Dieser sehr allgemein gehaltene Antrag wurde folgendermaßen begründet:

„Trotzdem sich von 165 Abgeordneten im Nationalrat über 100 Arbeitervertreter nennen, blieben wichtige Probleme der Arbeiterschaft unerledigt, z.B.: Die Kodifizierung des Arbeitsrechtes, das neue Arbeitszeitgesetz, die Angleichung der Arbeiter an die Angestellten und damit die Abschaffung des Kastenunwesens. Abschaffung des Artikels, daß bei vierwöchiger Krankheit gekündigt werden kann usw. usw.“

Die Ortsgruppe ist der Auffassung, daß die Nationalräte, die sich Arbeitervertreter nennen, dies zuerst praktisch beweisen sollen, wozu hiemit die Möglichkeit gegeben wäre.“¹⁴⁴

Der Gewerkschaftsspitze war es sichtlich nicht gelungen, durch eine entsprechende Informationspolitik alle Mitglieder von der sozialpartnerschaftlichen Durchsetzungskraft zu überzeugen, ja nicht einmal davon, daß entsprechende Kontakte vorhanden waren — und dies, obwohl seit 1961 das sogenannte „Raab-Olah-Abkommen“ in Kraft war.¹⁴⁵

Um die Angriffe der „linken“ Gewerkschafter auf die ÖGB-Politik besser verstehen zu können, müßte an dieser Stelle eine Darstellung und Auseinandersetzung mit der Rolle der Textilgewerkschaft innerhalb der Sozialpartnerschaft erfolgen.¹⁴⁶ So beeindruckend in der Rückschau die

Erfolge der Sozialpartnerschaft auch sind¹⁴⁷, die berechtigten Einwände dürfen dennoch nicht übersehen werden.

Die Vertreter der „Einheitsliste“ — allen voran Albert Valentinelli — warfen der Gewerkschaftsspitze vor, sie ginge vor den Unternehmern zu rasch in die Knie. Artur Fischer — damals Betriebsratsobmann bei F. M. Fussenegger — erwiderte auf dem 5. Gewerkschaftstag (1961) die Angriffe so:

*„Ich glaube, wir alle können stolz sein auf die getätigten Erfolge, die wir erledigen konnten. Wir sind ganz besonders stolz, daß wir gerade auch in bezug auf Weihnachtsremuneration und Urlaubszuschuß unserer Forderung, unserem Ziel einmal näher kommen konnten, ich glaube, es berechtigt uns vollkommen, darüber zufrieden zu sein. Wir alle wissen, daß wir noch lange nicht an unserem Ziel angelangt sind. Wir alle haben ja noch viele Forderungen. Ich glaube, dazu braucht einer nicht unbedingt der gewerkschaftlichen Einheit anzugehören. ... Wir haben nun den Urlaubszuschuß und die Weihnachtsremuneration abgeschlossen. Kaum daß dieser Abschluß getätigt wurde, kommt man schon wieder mit neuen Zeitungen, mit Forderungen, nur um das Erreichte, das bis jetzt Erreichte, wieder zunichte zu machen. Unsere Aufgabe muß es sein, die Erfolge, die wir bis jetzt erzielt haben, auch dementsprechend zu würdigen. Wir dürfen aber auch nicht zu feige sein, vor die Arbeiterschaft hinzutreten und das den Kolleginnen und Kollegen in dem Betrieb zu sagen. Ich glaube, daß das der richtige Weg der Gewerkschaft ist, und nur auf diesem Wege werden wir unserm Ziele, unserer Gewerkschaft näherkommen.“*¹⁴⁸

Ein wiederkehrende Vorwurf der Fraktion der „Gewerkschaftlichen Einheit“ war, daß die innerbetriebliche Demokratie durch die Mehrheitsgewerkschafter blockiert werde.

Zwischen den Fronten: Die Betriebsräte

Soll das Bild von der konkreten Betriebsratarbeit vor Ort — etwa bei Kündigungen, Entlassungen, Betriebsumstrukturierungen etc. — nachgezeichnet werden, so ergeben sich diverse Schwierigkeiten: Viele Verhandlungen wurden mündlich geführt, die schriftlichen Protokolle — sofern welche vorhanden — sind zum Teil sehr oberflächlich abgefaßt und verschweigen die eigentlichen Abläufe.

Jeder Betriebsrat steht im Spannungsfeld zwischen der Firmenleitung und den zu vertretenden Betriebsangehörigen, er ist eine Art Prellbock zwischen den unterschiedlichsten Anliegen und Interessen. An einem Beispiel sollen diese Schwierigkeiten verdeutlicht werden. Es wurde ausgewählt, um ein Grundproblem besonders hervorzuheben: die Ungleichgewichtigkeit von Betriebsrat und Firmenvertretung.

Ein geschlossener Protokollbestand (von 1951 bis 1959) existiert vom Arbeiterbetriebsrat bei F.M. Hämmerle-Gisingen. Die Protokolle aus den Jahren 1958/59 spiegeln die innerbetrieblichen Spannungen am deutlichsten wider. Besonders das Auftauchen „eines Amerikaners“ — er sollte Vorschläge zu einer innerbetrieblichen Reorganisation ausarbeiten — beunruhigte die Arbeiterschaft. Am 30. Oktober 1959 wurde deshalb eine erweiterte Betriebsratsbesprechung abgehalten.¹⁴⁹

Das Protokoll zeigt, wer bei dieser Sitzung das Wort führte — Direktor Stüttler. Und der Eindruck, daß von einer ausgewogenen Partnerschaft Betriebsleitung — Betriebsrat keine Rede sein konnte, stellt sich nicht nur bei der Lektüre dieses Sitzungsberichtes ein.

In der nächsten Betriebsratssitzung, die vier Wochen später stattfand, übernahm es Ing. Rudolf Hämmerle, „seinen Arbeitern und Arbeiterinnen“ die Reorganisation für die Ringspinnerei zu erklären und schmackhaft zu machen. Zu dieser Sitzung wurde auch Gewerkschaftssekretär Heinrich Gaßner beigezogen, der versicherte, daß die Gewerkschaft nicht gegen die Reorganisation sei, wenn die Rechte der Arbeiter gewahrt würden.¹⁵⁰ Nach einer regen Diskussion, bei der mannigfaltige Bedenken vorgebracht wurden, sprach Direktor Stüttler ein Machtwort und meinte, „wir probieren einmal, dann können wir wieder miteinander besprechen.“¹⁵¹

In der Realität verblaßte sehr oft die verbale Stärke der Arbeitervertretung. Als Musterbeispiel dafür sei das gutgemeinte, jedoch wirkungslose „6-Punkte-Programm“ aus dem Jahre 1956 angeführt.

Das 6-Punkte-Programm 1956

Die Vorarlberger Textilarbeitergewerkschaft betonte immer wieder, daß sie eine besondere Verantwortung trüge, da in keinem anderen Bundesland die Textilindustrie eine so überragende Bedeutung habe wie in Vorarlberg und dies

*„nicht etwa deshalb, weil dieser Industriezweig zu den Schlüsselindustrien gehört wie beispielsweise die Bau- oder Metallindustrie, sondern lediglich darum, weil die Textilindustrie in Vorarlberg jedem anderen Industriezweig zahlenmäßig überlegen ist“.*¹⁵²

Für das Jahr 1953 ergaben sich folgende Relationen: In der Textilindustrie waren zu diesem Zeitpunkt 18.560 Personen beschäftigt, das entsprach ca. 9 Prozent der Einwohner, 18 Prozent der Erwerbstätigen, 30 Prozent der Unselbständigen und 70 Prozent der Industriearbeiterschaft.¹⁵³

Diese Vorarlberger Leitindustrie war jedoch keineswegs krisenfest. Ein Faktor der starken Krisenanfälligkeit dieser Branche besteht darin, daß der überwiegende Teil der Rohware aus überseeischen Gebieten eingeführt werden muß. Bis die Ware verkaufsfertig ist, vergeht eine verhältnismäßig lange Zeitspanne und damit sind gewisse Zahlungsrisiken verbunden. Daß ein solcher Industriezweig, der modeabhängig und einer starken Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt ist, Schwankungen unterliegt, versteht sich von selbst.

Das geflügelte Wort: „Floriert in Vorarlberg die Textilwirtschaft, so ist keine Not im Lande!“ trifft für diesen Zeitabschnitt vollinhaltlich zu. Daraus erwuchs nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die Gewerkschafter eine hohe Verantwortung, denn vom Erfolg oder Mißerfolg dieses Wirtschaftszweiges hing ein wesentlicher Teil der Vorarlberger Bevölkerung ab. Allerdings war die Notwendigkeit einer

starken Gewerkschaftsbewegung nur einem Teil der Beschäftigten einsichtig zu machen. Wie schwierig es war, durchsetzungsfähige und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Betriebsrattätigkeit zu gewinnen, zeigen die Schwierigkeiten bei Betriebsratswahlen, so auch im Jahre 1955. Die Landesleitung hielt dazu fest:

„Wenn man glaubt, die Arbeiter würden von der Einrichtung der Betriebsvertretung regen Gebrauch machen, so beweist die Tatsache das Gegenteil. Von den 270 Betrieben haben nur 45 einen Betriebsrat gewählt und die Gesamtzahl der Betriebsratsmitglieder beträgt 260. Dabei sind rund 100 Betriebe mit einer Belegschaft über 20, 75 zählen 11 - 20 und 95 Betriebe sind mit 5 - 10 Beschäftigten.

Aus dieser Tatsache geht wohl eindeutig hervor, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft den Sinn und Zweck der Berufsinteressenvertretung noch nicht erfaßt hat, denn sonst müßte ein anderes Ergebnis zustande kommen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Arbeiter so vieler Betriebe die Betriebsvertretung nicht notwendig haben. Immerhin war es möglich, anläßlich dieser Betriebsratswahlen in 3 Betrieben Eingang zu finden. ... Der Betriebsrat der Kleiderfabrik Egg hat sich aufgelöst, weil sich niemand für die Obmannstelle finden ließ. In dem neuen Spinnereibetrieb Otten in Hohenems, im Loriünser Kammgarnwerk in Klaus und verschiedenen anderen Betrieben, war es bis heute nicht möglich, gewerkschaftlich Fuß zu fassen oder einen Betriebsrat aufzustellen. Versuche, die von Außenstehenden in dieser Richtung gemacht werden, schlagen fehl, weil eine Organisation nur von den Angehörigen eines Betriebes aufgezogen und erhalten werden kann. ... Einige Betriebe haben wir im Lande, in denen wohl ein Betriebsrat gewählt wurde, aber keine oder nur eine unbedeutende gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist, weil der Betriebsrat selbst unorganisiert ist.“¹⁵⁴

In den Bereich der VGTBL fielen 828 Betriebe, davon hatten jedoch 558 weniger als fünf Beschäftigte. Von den verbleibenden 270 waren nur 68 gewerkschaftlich erfaßt. In diesen Betrieben arbeiteten 15.049 Menschen, von den 9.843 — das sind 65 Prozent — organisiert waren.

In vielen Orten waren die Mittel- und Kleinbetriebe, hauptsächlich die Gewerbebetriebe, gewerkschaftliches Brachland. Schuhmacher und Schneider, die es fast in jeder Gemeinde gab und die einst Motor der Gewerkschaftsbewegung gewesen waren, standen nun abseits.

Die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung in Vorarlberg muß bei der Bewertung der Relevanz ihrer Appelle ins Kalkül gezogen werden. Die Unternehmerschaft ließ sich von allgemeinen Aufrufen der Arbeitervertretung nur wenig beeindrucken. Als Beispiel sei das sogenannte „6-Punkte-Programm von 1956“ herangezogen.

Die am Freitag, dem 7. Juni 1956, in der Arbeiterkammer tagende Konferenz der Betriebsratsobmänner und deren Stellvertreter aus den Textil-, Bekleidungs- und Lederbetrieben und die am 7. September versammelte Gewerkschaftskonferenz nahmen „in schärfster Weise gegen die ständige Teuerung und die allmähliche Senkung des Lebensstandards der Arbeiterschaft Stellung“. Es wurde „klar zum Ausdruck gebracht, daß die Textilarbeiter nicht bereit sind, noch länger auf den ihnen schon längst gebührenden höheren Anteil an der Konjunktur und Produktivitätssteigerung zu verzichten“. Im „Sechs-Punkte-Programm der Vorarlberger Textilarbeiter“ wurden jene gewerkschaftlichen Forderungen auf den Punkt gebracht, die die Gewerkschaftsarbeit — nicht nur in diesem Jahr — bestimmten. Federführend war dabei die Ortsgruppe Dornbirn:

Die Gewerkschafter forderten, daß die stetigen Preiserhöhungen durch Lohnregulierungen wettgemacht werden sollten. Außerdem wollten sie „Löhne wie in den Nachbarländern — und höheren Lebensstandard“. Zu diesem Punkt hieß es wörtlich:

„Die Grenzgängerfrage und der herrschende Arbeitermangel kann nach Ansicht der Konferenz nicht durch erschwerende Bestimmungen für die Grenzgänger noch durch die Hereinnahme von ausländischen Arbeitskräften, sondern nur durch die Erhöhung des Lebensstandards bzw. Angleichung der Reallöhne unserer Arbeiter an die der Nachbarländer im Interesse unseres Landes gesteuert werden.“

Ein weiterer Punkt im Forderungskatalog war ferner eine Angleichung der Tarif- und Effektivlöhne an das steigende Produktionsergebnis. Die

sogenannten „freiwilligen Sozialleistungen“ sollten vertraglich gesichert werden, und der Ruf nach „Sicherung der Arbeitsplätze“ und die Schaffung von billigerem Wohnraum schlossen den Wunschzettel ab.

Solche Appelle waren vielleicht dazu angetan, die eigenen Mitglieder zu beruhigen, zur Lösung der gravierenden Probleme trugen sie kaum etwas bei. Daß es sich dabei weitgehend um folgenlose Verbalakrobatik handelte, zeigt auch die Tatsache, daß im Tätigkeitsbericht des Dornbirner Sekretariats (1956) diese Resolution mit keinem Wort Erwähnung fand.

Dieser Bericht zeigt auch, mit welcher Vorsicht die kolportierten Mitgliederzahlen der Gewerkschaft zu genießen sind. In der Standesmeldung von Sekretär Reifenauer an die Landesexekutive betrug die Gesamtzahl 11.221. Bei der Aufschlüsselung nach Sparten kamen 10.637 Mitglieder heraus. In der Wiener ÖGB-Zentrale waren nicht weniger als 14.130 (6.259 männliche und 7.871 weibliche Gewerkschaftsmitglieder) gemeldet. Somit gab es in diesem Jahr nicht weniger als drei unterschiedliche Zahlen, deren Differenz auch im Sekretariat nicht erklärt werden konnte.¹⁵⁵

Gewerkschaftliche Stiefkinder: Die Heimarbeiterinnen

Noch schwieriger als die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fabriken waren — und sind — jene gewerkschaftlich zu organisieren, die Heimararbeit ausüben. Seit Beginn der Industrialisierung sind besonders Frauen in diesem Bereich tätig. Sie unterliegen einem starken Lohndruck, weisen die niedrigsten Einkommen auf und sind arbeitsrechtlich besonders ungeschützt. Der Anteil an Heimararbeit ist in der Textil- und Bekleidungsbranche in Vorarlberg traditionell besonders hoch.

Um die Ausbeutungsmethoden und die Mißstände halbwegs in den Griff zu bekommen, wurde im März 1954 in Österreich ein Heimarbeitergesetz verabschiedet. Heimarbeiterkommissionen, die mit Vertretern der Auftraggeber und mit Vertrauensleuten der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen besetzt waren, sollten künftig die Lohn- und Arbeits-

bedingungen regeln. Damit sollte auch verhindert werden, daß verschiedene Textilproduzenten Arbeit aus den Betrieben in die wesentlich günstigere Heimarbeit verlagerten.

Im Juli 1955 fand in Dornbirn die konstituierende Sitzung der Heimarbeitskommission IV statt. In dieser Kommission spielte die Kettenstickerei und die Schiffli- und Handmaschinenstickerei die größte Rolle. 1964 zum Beispiel gab es in diesem Bereich 234 Auftraggeber und 2.551 Beschäftigte. Mit großem Abstand folgte der Bereich Trikotwäsche, Pyjamas, Schlafröcke mit 22 Auftraggebern und 300 Beschäftigten.¹⁵⁶

Der Heimarbeiterkommission gelang es in der Folgezeit, verschiedene Tarifverträge abzuschließen, doch blieben wesentliche Fragen ungelöst: Urlaubsentgelt, Urlaubsdauer, Kündigungsschutz.

Viele Arbeiterinnen fürchteten sich davor, der Gewerkschaft beizutreten, weil sie ihren Verdienst/Nebenverdienst nicht gefährden wollten: Die Angst, mit dem Auftraggeber in eine Konfliktsituation zu geraten, schreckte ab. Im Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer von 1964 wird diese Haltung als durchaus berechtigt angesehen:

„So können wir feststellen, daß Heimarbeiter, die sich beim Auftraggeber in irgend einer Form mißliebig gemacht haben, keine Aufträge mehr erhalten und dadurch in den meisten Fällen in sehr schwierige finanzielle Situationen gebracht werden. Es sind uns Fälle bekannt, daß Heimarbeiterinnen, die sich für ihre Heimarbeit eine Nähmaschine angeschafft haben, dann plötzlich von ihrem Auftraggeber keine Heimarbeit mehr erhalten haben, mit den Ratenzahlungen in Verzug geraten sind und dadurch finanzielle Verluste erlitten haben.

Auch bei der Durchsetzung berechtigter Forderungen der Heimarbeiter macht sich dieser Umstand störend bemerkbar. So konnten wir feststellen, daß von einem Auftraggeber Heimarbeitsentgelte nicht dem Heimarbeitsarifentsprechend berechnet wurden und sollte über das Arbeitsinspektorat die richtige Berechnung des Heimarbeitsentgeltes erzwungen werden. Die Angelegenheit scheiterte daran, daß die Heimarbeiterinnen, aus Angst die Heimarbeit zu verlieren, der Arbeitsinspektorin offenbar bewußt unrichtige Angaben gemachi

*haben und lieber den finanziellen Nachteil in Kauf nahmen, als die Heimarbeit sofort zu verlieren. Heimarbeit verrichten bekannterweise meistens Frauen, die auf einen Nebenverdienst angewiesen sind und infolge der Betreuung der Kinder ein Dienstverhältnis in einem Betrieb nicht aufnehmen können.*⁴¹⁵⁷

Vom „Wiederaufbau“ zum „Wirtschaftswunder“

Die Zeit nach dem Weltkrieg bis in die fünfziger/sechziger Jahre läßt sich in mehrere Gewerkschaftsentwicklungsphasen einteilen:

- 1) Von 1945 bis 1947 vollzog sich der organisatorische Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung.
- 2) Von 1948 bis 1950 folgte jener wichtige Abschnitt, in dem Kollektivverträge abgeschlossen und die betrieblichen Mitbestimmungsrechte verankert wurden.
- 3) Von 1951 bis 1953 erfolgte der Übergang von den Lohn-Preisabkommen zur freien Lohnpolitik.
- 4) Nach der „Wiederaufbauphase“ und den Krisenjahren anfangs der fünfziger Jahre begann die „Wirtschaftswunderzeit“, in der gewerkschaftliche Erfolge „leichter“ zu erzielen waren. Doch diese Aussage ist im Hochpreisland Vorarlberg besonders kritisch zu betrachten.

Gemeinsam mit Tirol scherte Vorarlberg deshalb mehrmals aus den allgemeinen Tarifbestimmungen aus und tätigte verschiedene Sonderabschlüsse. Denn die Vorarlberger Textilarbeiter fühlten sich nicht zu Unrecht nur mangelhaft am ökonomischen Aufschwung beteiligt: Während es „der Wirtschaft“ zusehends besser ging und die meisten Betriebe ihre Produktivität steigern konnten, kämpften die Gewerkschafter nicht nur um bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch um einen entsprechenden Anteil an der Wertschöpfung.

Entwicklung des Vorarlberger Lohnsystems im Vergleich mit dem Lebenshaltungskostenindex — ausgehend von der Lohngruppe VI, in der rund ein Fünftel der Textilarbeiterschaft eingestuft war :

Jahr	Lohn (in S)	Steigerung (%)	Index	Steigerung (%)
1945	0,45	—	107,0	
1946	1,06	135,5	143,7	34,3
1947	2,16	103,7	347,0	141,4
1948	2,29	6,0	432,7	24,7
1949	2,67	16,6	560,0	29,4
1950	3,73	39,7	598,3	6,8
1951	5,01	1,28	832,0	39,0
1952	5,01	0	823,8	-0,9
1953	5,01	0	785,0	-5,8
1954	5,39	0,38	808,3	-2,9
1955	5,65	0,26	830,1	-0,2
1956	5,65	0	854,0	-2,6
1957	6,04	7,0	860,5	3,4

Aus dieser Aufstellung ergibt sich eine Steigerung des Tariflohnes um 1.242 Prozent, während der Index um 704 Prozent gestiegen ist.¹⁵⁸ In diesen Zahlen spiegelte sich — so die Gewerkschaftsspitze — die erfolgreiche Tätigkeit der Arbeitnehmervertreter wider.

Daß nicht nur die immer mehr an den Rand gedrängten „Einheitslistler“ die mangelnde Durchsetzungskraft der Gewerkschaft innerhalb des ÖGB beklagten, zeigen Vorstöße — vor allem junger Gewerkschafter –, die ab und an einen Streik forderten, um ihre berechtigten Anliegen zu unterstützen. Bei seiner Abschiedsrede als Landesvorsitzender (1965) schlug deswegen sogar Franz Jungbauer kämpferische Töne an. Im Protokoll heißt es:

*„Zu den Preisen in unserem Lande sagte er, man sollte wohl auch einmal eine Demonstration gegen die Preise machen, die ähnlich ‚Fußach‘ wäre.“*¹⁵⁹

Anton Noisternig griff in der Debatte diesen Gedanken auf und wies darauf hin, daß „unsere Organisation eigentlich eine Kampforganisation sei, man sollte einmal eine Protestversammlung veranstalten“. Der anwesende Gewerkschaftsvorsitzende, Nationalrat Friedrich Hoffmann, rückte solche Ansinnen, die den sozialpartnerschaftlichen Rahmen tangierten, auf der Stelle zurecht und vertrat die offizielle ÖGB-Position. Er nehme es aber den jungen Kollegen nicht übel, daß sie die Meinung vertreten würden, daß man „einmal einen Aufmarsch“ machen sollte.

„Als er einmal ein junger Bursch war, vertrat er auch einmal dieselbe Meinung, es wird zu wenig gemacht. Erst als er dann als Funktionär näheren Einblick bekam und auch später am Verhandlungstisch gesessen hat, mußte er einsehen, daß es nicht so leicht ist, wie man sich das als junger Mensch vorstellt.“

Dann legte der Wiener Gast seinen Finger auf einen Punkt, den es bei Streikaufrufen zu bedenken galt: Streikunterstützungen konnten nur nach den geleisteten Beiträgen bezahlt werden — deshalb sein Appell, die Beitragswahrheit einzuhalten, denn es klappte ein Loch zwischen der Soll- und Ist-Zahl! Hoffmann schätzte die Möglichkeit, einen längeren Streik durchzuhalten, sehr gering ein. Daß solche Überlegungen eher theoretischer Natur waren, zeigte ein Antrag der Ortsgruppe Hohenems: Sie schlug vor, Mittel aus dem Streikfond — der in den letzten Jahren kaum genützt worden sei — für Wohnungsdarlehen zu verwenden.

Der Textilwirtschaft ging es in dieser letztgenannten Phase gut: Selbstverständlich gab es branchenmäßige Schwankungen, doch ab 1960 wurde bereits allgemein über Arbeitermangel geklagt. Anfangs der sechziger Jahre entlasteten zahlreiche Firmen den Vorarlberger Arbeitsmarkt durch Auslagerungen nach Ostösterreich: Der Strickwarenfabrikant Erich Gasser (nach Mureck/Steiermark), die Wirkwarenfabriken Josef Hubers Erben (nach Hollabrunn und Laa an der Thaya), Benedikt Mäser (nach Freistadt/Oberösterreich) und Josef Fenkart (nach Gleisdorf/Steiermark), die Kleiderfabrik Josef Peter Mayer und Söhne (nach Frauenkirchen/Burgenland) wären in diesem Zusammenhang anzuführen.

In den Betrieben führte die verstärkte Rationalisierung zu einem spürbar erhöhten Leistungsdruck. Unter der Überschrift „Textilarbeiter



Arbeiterinnen der Firma Kunert in Brederis, in den fünfziger Jahren.



Werbepostkarte der Firma Franz M. Rhomberg.

fühlen sich überfordert“ berichteten die „Vorarlberger Nachrichten“ von der Landeskonzferenz 1961:

„Die gestrige Landeskonzferenz der Vorarlberger Textilarbeitergewerkschaft in Bludenz stellte mit Bedauern fest, daß im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen in den Vorarlberger Textilbetrieben die Dienstnehmer in ihrer Leistungskraft vielfach überfordert werden. Wie es in einer einstimmig angenommenen Resolution heißt, scheine es notwendig, daß sich die zuständigen Organe mit diesem Problem befassen.“⁽⁶⁰⁾

Rationalisierungsmaßnahmen seitens der Firmenleitung und zunehmende Arbeitskontrolle bedingen einander und werfen Arbeitnehmerschutzprobleme auf — bis heute. Um dem Arbeitskräftemangel zu entkommen, erhoben Industrie und Gewerbe die Forderung nach der Hereinnahme von „Fremdarbeitern“ — nicht zur Freude der Gewerkschafter.

Als in der Textilbranche der Arbeitskräftemangel spürbar wurde, legten die Gewerkschafter Forderungen auf den Tisch, die von der Arbeitgeberseite „als undiskutabel und frivol“ bezeichnet wurden:

- „1. Krankheit unterbricht den Urlaub.*
- 2. Der § 82 lit. h der Gewerbeordnung ist nicht mehr anzuwenden.*
- 3. Anerkennung des Senioritätsprinzips für die österreichischen Arbeitskräfte.*
- 4. Einführung einer Abfertigung für die Arbeiter beim Ausscheiden aus dem Betrieb wegen Erreichung der Altersgrenze oder wegen Mutterschaft.*
- 5. Der Landesfeiertag (Josefitag) wird voll bezahlt.*
- 6. In Vorarlberg wird auf die Tariflöhne ein Zuschlag von S 1,- bezahlt.*
- 7. Bei Bereitstellung von weiterem Wohnraum an die Arbeitnehmer sind zuerst die österreichischen Arbeitskräfte zu berücksichtigen...*
- 8. Bei der gewerkschaftlichen Erfassung und Betreuung der Arbeitnehmer in Vorarlberg werden keine Schwierigkeiten bereitet.“⁽⁶¹⁾*

Es sollen nur zwei Punkte herausgegriffen werden: Der § 82 h ging auf die Gewerbeordnung 1859 zurück und gab den Arbeitgebern die Möglichkeit, Arbeitnehmer, die mehr als vier Wochen arbeitsunfähig waren, zu entlassen. Die Eliminierung dieses „Schandparagraphen“ wurde jahrelang in zahlreichen Anträgen gefordert. Erst während der SP-Alleinregierung wurde diese Bestimmung 1974 abgeschafft.

Punkt 8 zeigt, daß die gewerkschaftliche Organisation nach wie vor von einzelnen Unternehmern nicht gerne gesehen — ja behindert — wurde. Der Druck, der von Arbeitgeberseite — besonders in Klein- und Mittelbetrieben — ausgeübt wurde, hielt nach wie vor manche davon ab, der Gewerkschaft beizutreten und Betriebsräte zu wählen. Ein besonderes Problem stellte die im Betriebsrätegesetz mangelhaft geregelte Frage der Freistellung von Betriebsräten und Vertrauensleuten für Fortbildungsveranstaltungen dar. Die Firmenleitungen verlangten von den Gewerkschaftern immer wieder, daß sie für Kurse Urlaub nehmen müßten beziehungsweise bewilligten überhaupt keine Freistellungen.

Betriebsratswahlen am Beginn der „Wirtschaftswunderzeit“

Die politische Gewichtung bei Betriebsratswahlen veränderte sich Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre kaum, wie die folgenden Zahlen belegen. Namenslisten und Parteilose waren zahlenmäßig immer noch am stärksten, bei den politisch Organisierten dominierte die SPÖ — und damit auch in den Gremien. Die zweite Geige spielten die christlichen Gewerkschafter. SP- und ÖVP-Funktionäre standen sich circa im Verhältnis Zweidrittel zu einem Drittel gegenüber, der „Linksblock“ und die „Rechten“ spielten nur eine untergeordnete Rolle.

Betriebsratswahlen 1955 — 1962

Wahlen 1955/56, Zahl der Betriebe: 44

Beschäftigte: m 3.843; w 5.544; zusammen 9.387

abgegebene Stimmen: 7.062

SPÖ: 1.992 93 Mandate

ÖVP/ÖAAB: 484 62 Mandate

Einheitsliste: 252 2 Mandate

WdU: 1 Mandat

Parteilos/ Namenslisten: 4.334 94 Mandate¹⁶²

Wahlen 1957/58, Zahl der Betriebe: 47

Beschäftigte: m 5.315; w 7.269; zusammen 12.584

abgegebene Stimmen: 8.933

SPÖ: 3.274 101 Mandate

ÖVP/ÖAAB: 1.988 93 Mandate

Einheitsliste: 220 4 Mandate

Parteilos/ Namenslisten: 3.404 62 Mandate¹⁶³

Wahlen 1959/60, Zahl der Betriebe: 48

Beschäftigte: 12.477

abgegebene Stimmen: 8.843

SPÖ: 3.226 115 Mandate

ÖVP/ÖAAB: 1.463 81 Mandate

Einheitsliste: 321 5 Mandate

FPÖ: 209 6 Mandate

Parteilos/ Namenslisten: 3.604 69 Mandate¹⁶⁴

Wahlen 1962

abgegebene Stimmen: 8.850

SPÖ: 3.142 124 Mandate

ÖVP/ÖAAB: 1.544 80 Mandate

Einheitsliste: 311 5 Mandate

FPÖ: 134 4 Mandate

Parteilos/ Namenslisten: 3.704 60 Mandate¹⁶⁵

Nimmt man die Zahlen vom 31. März 1960 als Grundlage, so ergeben sich folgende Relationen: 70,9 Prozent der Beschäftigten nahmen an den Betriebsratswahlen teil. Von diesen wählten 59,2 eine politische Gruppierung. Die stärkste politische Fraktion, die der SPÖ-Gewerkschafter, kam auf 36,5 Prozent der abgegebenen Stimmen, auf 61,5 Prozent der eindeutig politisch zuzuordnenden. Die ÖVP/ÖAAB-Fraktion konnte sich auf 16,5 Prozent dieser Stimmen stützen. Diese Zahlen belegen, daß die Verankerung der weltanschaulich gebundenen Gewerkschafter in den Betrieben recht gering war. Für die politisch und gewerkschaftlich engagierten Kollegen und Kolleginnen stellte diese Tatsache ein dauerndes Ärgernis dar: Die „Unorganisierten“ waren aus ihrer Sicht „Schmarotzer“, die zwar ständig über die mangelnden Erfolge der Arbeitervertretung motzten, jedoch selbst nichts dazu beitrugen, die Lage der Arbeiter zu verbessern.

Die große Fluktuation in den Betrieben (im Durchschnitt zu diesem Zeitpunkt 33%¹⁶⁶) setzte von vornherein Schranken bei der Organisation der Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen. Auch der hohe Frauenanteil erleichterte die gewerkschaftliche Mobilisierung nicht. Allerdings gab es nach 1945 eine Anzahl von hervorragenden Gewerkschafterinnen innerhalb der VGTBL.

Frauen als Gewerkschafterinnen

In den ersten Nachkriegsjahren spielte Paula Montibeller als Zentralbetriebsratsobfrau bei der Firma Ganahl eine wichtige Rolle. Von ihr war in Zusammenhang mit der großen Streikbewegung im Jahre 1951 bereits die Rede. Paula Montibeller war jedoch nicht die einzige Betriebsratsobfrau.

Einen Einblick in die Tätigkeit zweier Betriebsratsobfrauen gewährt der nachfolgende Artikel aus dem Mitteilungsblatt der AK:

„Sozusagen aus einer Betriebsratsdynastie stammt Frau Anna Konzett, die Betriebsratsobfrau bei Ganahl in Feldkirch. Schon ihr Vater und ihr Bruder waren dort Betriebsräte. 27 1/2 Jahre ist schon Frau Konzett bei Ganahl beschäftigt, seit zehn Jahren ist sie Mit-

glied des Betriebsrates und schon ungefähr sieben Jahre Vorsitzende des Betriebsrates.

Auf Antrag des Betriebsrates wurde ein Heim für weibliche Betriebsangehörige errichtet. Es steht für alle Frauen im Betrieb offen, die nicht in Feldkirch beheimatet sind. Die Kosten für Wohnen und Beheizung betragen 400 Schilling pro Monat. Ein Ferienhaus für Kinder untersteht der Verwaltung des Betriebsrates. Ein Mindestlohn von 12 Schilling ist Ziel bei den Lohnverhandlungen, die mitunter, na sagen wir, recht abwechslungsreich verlaufen. Wir besuchten unter der Führung eines Angehörigen der Fabrikleitung einen Saal, in dem Maschinen zum Aufspulen von Grobwolles stehen. Die Beschäftigten waren über und über mit feinen Wollfäden, die wie Watte aussehen, bedeckt. Zum Unterschied von Seidenstaub bilden aber diese Wollfäden keine Gefahr für die Atmungsorgane. Bevor wir Frau Konzett beim Gespräch mit einer Kollegin aufnehmen, will der Herr von der Betriebsleitung der Arbeiterin den ‚Schnee‘ vom Mantel kehren. ‚Warum?‘ fragt Frau Konzett, ‚so sieht man eben bei dieser Arbeit aus.‘

Die Fahrt geht weiter zu Frau Tucny nach Frastanz. Ungefähr 520 Personen sind in der dortigen Textilfabrik Ganahl beschäftigt. Frau Maria Tucny arbeitet in der Fabrik seit 1946 und gehört auch seit dieser Zeit dem Betriebsrat an, und zwar von 1950 bis 1960 als stellvertretende Vorsitzende und seit 1960 als Vorsitzende. Ihre langjährige Erfahrung als Betriebsrätin kann auch die Gewerkschaft nicht missen: Frau Tucny ist Vorsitzende des Landesfrauenausschusses des ÖGB, Kammerrätin und Vorstandsmitglied der Vorarlberger Gebietskrankenkasse. Frau Tucny hob hervor, daß sie harte Lohnverhandlungen zu führen habe. Zur Zeit werden die Weihnachtspakete für die Kinder von Betriebsangehörigen zusammengestellt und mit der Verteilung wurde der Betriebsrat betraut. Auf Anregung des Betriebsrates wurde eine Betriebsbibliothek eingerichtet und 1967 wird mit dem Bau einer neuen Werksküche begonnen. „167

Eine Ausnahmeerscheinung als Gewerkschafterin und Arbeiterkammerfunktionärin war auch Lotte Eß. Sie leitete seit 1950 das Frauenreferat der Landesexekutive des ÖGB, war Vorsitzende des Sozialpolitischen



Anna Konzett (rechts), langjährige Betriebsobfrau der Firma Ganahl in Feldkirch.



Ehrung langjähriger Mitglieder der Gewerkschaft TBL, 1989

Ausschusses der Arbeiterkammer, Kammerrätin seit 1954, Mitglied der Heimarbeiterkommission, wurde 1964 als erste Frau in den Kammervorstand gewählt und war 1967 die erste weibliche Kammer-Vizepräsidentin in Österreich.

Solche Frauen bildeten jedoch die Ausnahme von der Regel: 1960 waren 59,6 Prozent der Beschäftigten in der Textilbranche Frauen. Bei den Betriebsräten sah es jedoch anders aus: Die Frauen stellten zu diesem Zeitpunkt nur 86 von 276 gewählten Betriebsräten, das sind 31,2 Prozent. Dabei gab es parteimäßige Unterschiede: Knapp ein Drittel der SP-Vertreter war weiblich, jedoch nur ein Fünftel bei den Christlichen Gewerkschaftern. Die „Einheitsliste“ war rein männlich. Zum 6. Gewerkschaftstag (1964) entsandte die KP-Fraktion allerdings zwei Frauen (Heidi Kern und Paula Wessely) und nur einen Mann. Die 16-köpfige SP-Delegation wies hingegen nur eine Frau auf (Erna Wondreys), die Fraktion Christlicher Gewerkschafter fünf Männer und eine Frau (Josefine Längle).

Betrachtet man die Delegationen zu den österreichischen Gewerkschaftstagen, so wird der geschlechtsspezifische Auslesemechanismus innerhalb der Organisation besonders deutlich. Nehmen wir den 5. ordentlichen Gewerkschaftstag 1961 her: Im Zentralvorstand befanden sich mit Franz Jungbauer (Bludenz), Johann Dünser (Dornbirn) und Albert Valentinelli (Dornbirn) drei Männer, die Sekretäre waren männlich, und die Delegation bestand aus 27 Männern und vier Frauen (Martha Mathis, Rankweil; Herta Salzmann, Bregenz; Josefine Längle, Götzis und Ida Wäger, Götzis). Dieser Befund ließe sich bei anderen Gewerkschaftstagen in ähnlicher Form treffen. Auch die Landesleitung war fast ausschließlich Männersache.

Zwei „Textiler“ kämpfen um die Arbeiterkammer: Von Heinrich Gaßner zu Bertram Jäger

Die enge Verflechtung von Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterkammer rechtfertigen diesen kleinen Rückblick in die sechziger Jahre, als die Vorarlberger Arbeiterkammer „schwarz“ geworden ist.

Erstmals seit der Wiedererrichtung der Arbeiterkammer gewannen die sozialistischen Gewerkschafter 1964 bei Wahlen die absolute Mehrheit. An der Spitze der Kammer stand damals der Eisenbahnergewerkschafter Karl Graf, der 1956 Anton Linder nachgefolgt war. Die mit ihm vereinbarte Ablöse durch einen Kandidaten aus den Reihen der Textilgewerkschafter erfolgte bereits 1967, zwei Jahre früher als geplant. Damit sollte dem „neuen“ Mann — Heinrich Gaßner — Gelegenheit gegeben werden, sich für die kommende Arbeiterkammer-Wahl entsprechend einzuarbeiten. Vom 7. April 1967 bis zum 3. November 1969 leitete er die Arbeiterkammer.¹⁶⁸

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern amtierte er nur kurz als Kammerpräsident: Anton Linder stand zehn Jahre an der Spitze der Arbeiterkammer (1946 bis 1956), Karl Graf elf Jahre (1956 bis 1967). Am 3. November 1969 endete jedoch bereits die Leitungstätigkeit von Heinrich Gaßner, nachdem Bertram Jäger als erster ÖVP-Mann in Österreich Chef einer Arbeiterkammer geworden war.¹⁶⁹

Dieser politisch bedeutsame Wechsel an der Spitze wurde durch ein Zusammengehen des ÖAAB mit den Freiheitlichen ermöglicht. Obwohl eine Arbeiterkammergesetznovelle (1968) — die Mandatszahl der Angestelltenvertreter wurde gegenüber jener der Arbeiter erhöht — und eine neue Wahlordnung die Chancen der Konservativen von vornherein vergrößert hatten, verloren beide Großparteien Stimmen. Die SP-Fraktion büßte jedoch zwei Mandate ein und damit die absolute Mehrheit, die ÖVP konnte ihre zwanzig Mandate gerade noch halten. Damit war die FPÖ zum Zünglein an der Waage geworden:

SPÖ	45,7%	(24 Mandate)	FPÖ	12,9%	(6 Mandate)
ÖVP	38,5%	(20 Mandate)	KPÖ	1,2%	

Mitglieder der Landesleitung nach der Wahl vom 10. März 1961

1. Obmann:	Franz Jungbauer (SP), Getzner Mutter & Cie.
2. Obmann:	Arthur Spagolla (Chr), Getzner Mutter & Cie.
3. Obmann:	Franz Pilz (SP), Kunert
4. Obmann:	Bernhard Vogel (SP), F.M. Hämmerle
Beisitzer:	Artur Fischer (SP), J.M. Fussenegger
	Franz Vonach (SP), Schindler-Kennelbach
	Bruno Giradelli (SP), Kammgarnspinnerei Hard
	Armin Bazzanella (SP), Benedikt Mäser Dornbirn
	Anna Konzett (SP), Carl Ganahl
	Reinold Mähr (SP), F.M. Hämmerle
	Julius Zimmermann (SP), Ing. Kastner Thüringen
	Hermann Mayer (SP), Herrburger & Rhomberg
	Johann Dünser (Chr), Herrburger & Rhomberg
	Ernst Fels (Chr), Franz Martin Rhomberg
	Oskar Lakowitsch (Chr), Hofer/Bösch Lustenau
	Anton Peter (Chr), Hans Sachs Hohenems
	Ida Wäger (Chr), Heuß Götzis
	Josefine Längle (Chr), Peter Mayer Götzis
Kontrolle:	Herbert Gaßner (SP), Otten Hohenems
	Josef Schäfer (Chr), Gebrüder Wolff Hard
	Albert Valentinelli (GE), J.M. Fussenegger
Schriftführer:	Karl Reifenauer (SP), Sekretär

Mitgliederzahlen 1963

Im Dezember 1963 erfolgte eine interne Reorganisation. Einzelne Fachgruppen wurden aufgelöst und mit der Gruppe der Baumwollspinner und -weber zusammengeschlossen:

Baumwollspinner und -weber	7585
Stricker und Wirker	2068
Schneider und Schneiderinnen	200
Textildrucker und Teppichreiniger	195
Schuharbeiter	151
Wäsche-, Mieder-, Krawatten- und Schirmarbeiter	129
Chemischputzer, Wäscher, Färber, Appreteure,	
Textilveredler, Hartfaserspinner und -weber,	
Leinen-, Decken- und Plachenerzeuger	57

Zusammengelegt wurden (Mitgliedzahlen von 1962):	
Wolle-, Roßhaar und Vigognesspinner	869
Seidenweber und Nähseidenerzeuger	667
Teppich-, Möbelstoff-, Vorhangstoff- und Gardinenspitzenerzeuger	53
Posamentierer, Sticker, Band- und Flechtenwarenerzeuger, Lampenschirm- erzeuger, Kunststopfer, Handweber,	
Gummibandweber	15
Lederarbeiter	4
Nicht organisiert waren:	
Kürschner, Kappenmacher und Zurichter	
Hutarbeiter und Modistinnen	
Kunstblumen- und Schmuckfedernarbeiterinnen	
Watte- und Verbandsstoffarbeiter, Kunst- und Putzwollerzeuger	
Einzelzahler:	8
Gesamtzahl:	10.340

Delegierte für den 7. ordentlichen Gewerkschaftstag vom 22. bis 24. Mai 1967

Sozialistische Gewerkschafter:	Fraktion Christlicher Gewerkschafter:
Capovilla Quido (Weber)	Begle Friedrich (Veredelung)
Gaßner Herbert (Wollweberei)	Fäßler Oskar (Veredelung)
Lammer Johann (Weber)	Schäfer Josef (Wirkerei)
Mähr Reinold (Spinnerei)	Schwendinger Franz (Weberei)
Orler Anny (Wirkerei)	Zech Josef (Weberei)
Pilz Franz (Wirkerei)	
Rusch Edmund (Weber)	KPÖ:
Schacherl Willi (Textil)	Pignitter Andreas
Thaler Eduard (Bekleidung)	Vonach Paula
Tucny Maria (Weberei/Spinnerei)	
Ulbing Emma (Weberin)	
Vent Josef (Wolle)	
Vogel Bernhard (Weber)	

Mit der Bestellung des Präsidenten ließ man sich Zeit: Man wollte zunächst die Landtagswahlen abwarten. Diese setzten den Trend der Arbeiterkammerwahlen fort. Die beiden Großparteien verloren Stimmen, die FPÖ legte zu. ÖVP-Landeshauptmann Herbert Kessler konnte mit 50,03 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit nur denkbar knapp halten.

Nach der Oktoberwahl stand der Deal um die Arbeiterkammer fest. Die FPÖ ermöglichte die erste „bürgerliche“ Arbeiterkammer in Österreich.¹⁷⁰ Auch der spätere Landtagspräsident Jäger war „Textiler“: Er trat 1950 in die Firma Getzner, Mutter & Cie. in Bludenz ein. 1956 wurde er dort in den Angestelltenbetriebsrat gewählt, vier Jahre später zum Obmann. Seine Wahl zum Arbeiterkammerpräsidenten stieß verständlicherweise auf den vehementen Widerspruch der Sozialisten, die damit eine Bastion der Arbeiterbewegung fallen sahen. Bei der entscheidenden Sitzung am 3. November 1969 führte Karl Falschlunger — der nachmalige SP-Obmann — ins Treffen, daß es bisher demokratische Gepflogenheit gewesen sei, die stärkste Fraktion mit der Nominierung des Präsidenten zu betrauen:

„Jetzt soll diese demokratische Spielregel nicht mehr eingehalten werden. In diesem Land wird von der politischen Mehrheit sehr viel von Demokratie gesprochen und trotzdem soll nunmehr jene Fraktion, welche bei den letzten Wahlen die größten Verlierer waren (sic), den Präsidenten stellen. Es ist einmalig, daß es geschickten Parteimanagern gelungen ist, eine Koalition zustande zu bringen, welche aus einer Wahlniederlage einen Wahlsieg machte.“

Der scheidende Präsident Heinrich Gaßner meinte abschließend, „er habe es nicht angestrebt, sich unter dem Bruch von Vereinbarungen und der Schützenhilfe von Vorarlberger Unternehmern zum Präsidenten wählen zu lassen“.¹⁷¹

Der Wechsel von Gaßner zu Jäger veränderte die politische Landschaft in Vorarlberg nachhaltig: Die „Roten“ konnten die Arbeiterkammer bei den folgenden Wahlen nicht mehr zurückerobern.

Vom Fachgruppensystem zu den Sektionen

Eine wesentliche Veränderung der Gewerkschaftsstruktur erfolgte im Jahre 1969: Ein außerordentlicher gesamtösterreichischer Gewerkschaftstag beschloß im Herbst eine Konzentration der Kräfte und machte den Schritt vom Fachgruppensystem zum Aufbau von Sektionen. Damit sollte die Schlagkraft bei Lohnverhandlungen vergrößert, die Mitgliederwerbung intensiviert und die Betriebsbetreuung verbessert werden. Mit Jahresbeginn 1971 wurden die bestehenden Fachgruppen aufgelöst. Die nunmehrige Einteilung lautete: „Sektion Textil“, „Sektion Bekleidung“, „Sektion Schuh-Leder“.

Beim 9. ordentlichen Gewerkschaftstag im Jahr 1973 wurde die Bilanz dieser Umstrukturierungsmaßnahme positiv bewertet. Eine detaillierte Aufstellung des Zentralsekretariates gibt einen Einblick in die Arbeitsbelastung und die Aktivitäten des hiesigen Sekretariats während dieser Phase: Im Berichtszeitraum 1970 bis 1972 hielten die Sekretäre Huber (bis zum 30.6.1971), Sturm und Fischer 133 Versammlungen ab, wovon letzterer allein 111 bewältigte. 2 300 Sitzungen und Besprechungen, 10 Lohnverhandlungen, 11 Interventionen bei Behörden, 24 Interventionen in Betrieben, 2 Sitzungen bei Körperschaften, 84 Rundschreiben, 10 850 Mitgliederkontakte, 148 Sprechtage und 10 Betriebsratswahlen werden angeführt.¹⁷²

Die Betriebsratswahlen ergaben nach der Neueinteilung zu Beginn der Kreisky-Ära in Vorarlberg folgende politische Konstellation (Stichtag 31. Dezember 1972): In der Sektion Textil stellten die Sozialisten 120 von 192 Vertretern (62,5 Prozent), die Christlichen Gewerkschafter 72 (37,5 Prozent). In der Sektion Bekleidung dominierten die ÖVP-Vertreter: Sie hatten 18 Betriebsräte, die SPÖ nur 9 aufzuweisen. In der Sektion Schuh-Leder lautete die Bilanz 9 SPÖ, 4 ÖVP, FPÖ und KPÖ waren in allen drei Sektionen nicht mehr vertreten.¹⁷³

Franz Pilz: Gewerkschaftsobmann von 1969 bis 1983

Vierzehn Jahre lang stand Franz Pilz der Gewerkschaft vor. Der in Heidenreichstein (Niederösterreich) geborene Maschinenrichtschlosser kam nach dem Krieg nach Vorarlberg und arbeitete bei der Firma Kunert in Rankweil. 1950 wurde er dort Vorsitzender des Betriebsrates und bekleidete in der Folgezeit nicht weniger als 24 verschiedene Funktionen in der Gewerkschaft, in der Arbeiterkammer, in der Gemeinde, bei der Unfallversicherungsanstalt und bei der Pensionsversicherung. Einige seien herausgegriffen:

1954 Zentralvorstandsmitglied

1962 Fraktionsobmann in der TBL

1962 Zentralbetriebsratsobmann

1963 Gemeinderatsmitglied in Rankweil

1964 Kammerrat

1964 Vorstandsmitglied der Vorarlberger Gebietskrankenkassa

1964 Landesstellenausschußmitglied der Pensionsversicherungsanstalt

1969 Landesobmann der TBL

1972 Obmannstellvertreter der Landesexekutive des ÖBG

1973 Landesstellenausschußmitglied der Unfallversicherungsanstalt

1974 Kammervorstandsmitglied

In diesen verschiedenen Funktionen und Arbeitsgebieten erlebte Franz Pilz die Aufstiegsphase und die sich abzeichnenden Probleme in der Textilindustrie aus nächster Nähe mit. Am 7. Oktober 1982 endete die „Ära Pilz“. Der neue Obmann Josef Hassler „sprach im Namen der ganzen Landesleitung dem Kollegen Pilz Franz für die 32 Jahre gewerkschaftliche Tätigkeit Dank und Anerkennung für alle diese Arbeit aus“. ¹⁷⁴ In seiner Rede betonte er, daß Pilz „alle Höhen und Tiefen in der langen Zeit miterlebt habe“.

Am Beginn der Obmannschaft von Franz Pilz erfolgte eine verstärkte Zuwanderung von Gastarbeitern, und die Belegschaftsvertreter mußten sich — wie der Vorsitzende — mit der neuen Situation auseinandersetzen. Denn nunmehr wurde das Gastarbeiterproblem zu einem vorrangigen Thema in der Gewerkschaftsarbeit.

Arbeitsmarkt und Arbeitskräfte: „Fremd- und Gastarbeiter“

Die boomende Textilindustrie benötigte in den sechziger Jahren neue Arbeitskräfte, denn durch die Grenzlage Vorarlbergs entstand ein besonderes Arbeitsmarktproblem: Der Arbeitsmarkt wurde durch das benachbarte Ausland „ausgetrocknet“. Dies brachte den Ruf der Unternehmer nach Gastarbeitern mit sich: Mit „einer sehr geschickten Pressekampagne aller bürgerlichen Blätter des Landes wurde die Aktion ‚Fremdarbeiterimport‘ eingeleitet“. (Bericht aus Vorarlberg auf dem 4. Gewerkschaftstag 1955). Zunächst war die Textilbranche davon noch wenig betroffen, die Arbeitskräfte fehlten vor allem in der Baubranche, denn für gewisse manuelle Hilfsarbeiten (Arbeiten im Kanal-, Künetten- und Straßenbau, im Pflasterergewerbe und Dachdeckergerwerbe) ließen sich immer schwerer einheimische Arbeitskräfte finden.

Die Frage nach der Hereinnahme von „Fremdarbeitern“ stand in engem Zusammenhang mit der Grenzgängerproblematik. Im Jahre 1960 gab es in Vorarlberg 5.700 Grenzgänger (1.300 nach Liechtenstein, 3.700 in die Schweiz und 700 nach Deutschland). Diese Zahl war hauptsächlich auf das bestehende Lohngefälle zurückzuführen. Für viele Textilfacharbeiter war Vorarlberg nur eine Durchgangsstation auf dem Weg in die Schweiz.

Die Sozialpartner einigten sich schließlich auf sogenannte „Kontingierungsvereinbarungen“ für „Fremdarbeiter“. Das Gesamtkontingent betrug am 15. August 1967 7.211 „Fremdarbeiter“, davon entfielen 2.800 auf die Textilbranche, die damit den Löwenanteil einnahm. 39% der Beschäftigten im Rahmen des Fremdarbeiterkontingentes waren somit in der Textilindustrie tätig, 24% entfielen auf das Baugewerbe.¹⁷⁵ Die Arbeitnehmer aus dem ehemaligen Jugoslawien dominierten zunächst im Textilbereich. 70 Prozent der Kontingentarbeiter stammten aus diesem Raum, 17 Prozent aus der Türkei. Der Ausländeranteil erreichte in diesem Jahr erstmals die 10%-Grenze. Im Bundesdurchschnitt lag damals der Wert bei drei Prozent.¹⁷⁶

Zunächst wurden ausländische Arbeitskräfte, die zum Teil mit starken Vorurteilmustern konfrontiert waren, noch als „Fremdarbeiter“

bezeichnet. Erst allmählich setzte sich der Name „Gastarbeiter“ durch. In den „Vorarlberger Nachrichten“ konnte man 1969 lesen:

„Die Gastarbeiter. Früher nannte man sie Fremdarbeiter. Aber sie machten in einer Welt, die gegen Diskriminierung empfindlich geworden ist, die gleiche Karriere wie die unterentwickelten Länder, die zu Entwicklungsländern geworden sind. Die Fremdarbeiter heißen nun Gastarbeiter. Das kann man begrüßen und für richtig empfinden. Nur sind sie auch in unserem Land dadurch noch lange nicht Gast geworden. Wohl arbeiten viele von ihnen, aus Spanien, Jugoslawien oder gar der Türkei, für unsere Wirtschaft brav und fleißig, aber in dem anderen Bereich, im Wohnen und in ihrer Freizeit, sind sie Fremde, oft auch wie Ausgestoßene.“¹⁷⁷

Die Neuankömmlinge, die in den Textilfabriken des Landes Arbeit fanden, hatten es schon immer schwer: Die Trentiner und Trentinerinnen, die im Zuge der Industrialisierung im ausgehenden 19. Jahrhundert ins „Ländle“ kamen, die Südtiroler und Südtirolerinnen, die während des Zweiten Weltkrieges „optierten“, nach dem Krieg die „Innerösterreicher“ — vorwiegend aus Kärnten und der Steiermark —, die erst allmählich aufgenommen und integriert wurden. Auch die „Jugoslawen“ und „Türken“ sowie die anderen „Südländer“, die in geringerer Zahl Aufnahme fanden, wurden nicht mit offenen Armen empfangen — schon gar nicht von den Arbeitnehmervertretern, die nicht zu Unrecht die Funktion dieser Arbeitskräfte als Lohndrücker fürchteten.

Erst langsam vollzog sich ein Umdenken. Zunächst waren die Stellungnahmen der Gewerkschaft zu den „Fremdarbeitern“ durchwegs negativ. Man befürchtete, daß durch sie die Arbeitsplätze der Österreicher gefährdet, das Grenzgängertum gefördert, die Löhne gedrückt und sozialpolitische Schutzmaßnahmen umgangen würden. Mitte der sechziger Jahre änderte sich diese Grundposition. Nunmehr wurde die Solidarität mit den ausländischen Arbeitern betont:

„Die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund sind für alle Arbeiter und Angestellte des Landes da; ohne Unterschied der Nation, der Rasse, des religiösen Bekenntnisses und der politischen Weltanschauung.“



32. Landeskonzferenz der TBL, 1988. Präsidium (von links): Franz Hötzeneder, Landessekretär; Manfred Feuerstein, Landesvorsitzender; Johanna Strießnig, Betriebsratsobfrau von Benedikt Mäser; Hubert Wachter, stellvertretender Landesvorsitzender; Karl Sturm, Sekretär.



Ehrung türkischer Mitarbeiter bei F.M. Hämmerle, 1990.

Ja, die Arbeiterkammer ist gesetzlich dazu verpflichtet, die Interessen der Dienstnehmer zu vertreten und fördern. Auch Ihre Interessen. Wenn Sie also Rechtsschutz in Fragen des Arbeits- oder Sozialrechtes suchen, wenden Sie sich an uns. Und die Gewerkschaften wären keine echte Vertretung der Arbeitenden, wollten sie Unterschiede zwischen In- und Ausländern machen. Für die Gewerkschaften gelten nur die Interessen ihrer Mitglieder.“

Aus einsichtigen Gründen waren diese Arbeitskräfte gewerkschaftlich besonders schwer zu erfassen und zu betreuen. Die diesbezüglichen Berichte des Gastarbeiterreferates und des Zentralsekretariates gleichen und wiederholen sich:

„Die Tatsache, daß die beschäftigten Gastarbeiter nicht nur sozialrechtlich sondern auch gewerkschaftlich den einheimischen Arbeitskräften völlig gleichgestellt sind, stellt die Organisation vor große Schwierigkeiten. Vorerst ist es eine sprachliche Schwierigkeit, die es zu überwinden gilt. Natürlich hat die Organisation versucht, mit fremdsprachigen Rundschreiben, Zeitungsartikeln und Plakaten die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern für die gewerkschaftliche Organisation zu interessieren und sie zu informieren. Aber diese Publikationen sind nur in sehr großen Zeitabständen möglich und werden daher niemals den notwendigen Anforderungen gerecht werden. Zum anderen liegt die Schwierigkeit auch darin, daß die Arbeitskräfte, die aus anderen Ländern zu uns kommen, sich erst mit den Gegebenheiten des Gastlandes vertraut machen müssen und nicht immer leicht Verbindung zu den einheimischen Arbeitskräften finden. Über die verschiedenen Konsulate und in Zusammenarbeit mit den Sozialattachés der einzelnen Länder, aus denen Gastarbeiter kommen, hat die Organisation immer wieder versucht, den Gastarbeitern klar zu machen, daß die gewerkschaftliche Organisation, und vor allem die Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter, ihre Interessen in jeder Hinsicht wahrnehmen kann und wahrnehmen will. Sie hat versucht, ihnen klar zu machen, daß nur der Zusammenschluß aller Arbeitskräfte in einer starken Organisation ihnen die Gewähr eines auskömmlichen Lohnes bietet und daß sie, wenn sie der Gewerk-

*schaft ferne sind, den Interessen der Arbeitgeber in jeder Hinsicht ausgeliefert sind.*¹⁷⁸

Viele Vorarlberger und Vorarlbergerinnen sahen durch die Zuwanderung dieser Arbeitskräfte das „Wesen der Alemannen“ bedroht, und führende Publizisten und Politiker schürten die Angst vor der „Überfremdung“.¹⁷⁹

Bezüglich der Herkunft ausländischer Arbeitskräfte können verschiedene Phasen unterschieden werden. Mitte der sechziger Jahre kamen verstärkt Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien zu uns. In diesen Jahren wanderte auch eine geringe Anzahl von Italienern, Spaniern und Griechen zu. Rasch stieg jedoch der Anteil der aus der Türkei stammenden Arbeitnehmer an.

Die stärkste Zunahme an Gastarbeitern erfolgte in den Jahren 1968 bis 1973: 1968 wurde in Vorarlberg die Zehntausender-Marke überschritten. Mit 24.513 Personen, das entspricht einem Anteil von 22,7 Prozent an den unselbständig Beschäftigten, erreichte die Zahl der in Vorarlberg arbeitenden Ausländer 1973 ihren Höhepunkt. Danach nahm der Zuzug ab. Dieser Rückgang hing mit dem ersten „Ölschock“ zusammen.

Zu Beginn der siebziger Jahre wurden in Vorarlberg pro Jahr mehr als fünftausend neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Erdölkrise — ausgelöst durch den Krieg im Nahen Osten im Herbst 1973 — führte 1974 zu einem Stagnieren der Beschäftigungszahlen, 1975 fehlten erstmals seit den fünfziger Jahren wieder Arbeitsplätze. Im Vergleich zu heute war die Arbeitslosenrate mit 1,3 Prozent allerdings noch gering. 1978 verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation als Folge der zweiten Erdölkrise abermals. 1983 kletterte die Arbeitslosenmarke erstmals über drei Prozent.

33,35 Prozent der insgesamt 24.823 Beschäftigten im Textilbereich (Stand November 1979)¹⁸⁰ waren zu diesem Zeitpunkt Gastarbeiter: Das zugestandene Kontingent von 8.100 wurde damit leicht überzogen (8.279).

Nach der durch den „Ölschock“ einsetzenden Rezession wurde die bis dahin recht liberale Zuwanderungspolitik geändert. Das Arbeitsamt setzte strengere Maßnahmen gegen die illegal einwandernden „Tour-

sten“ durch. 1976 wurde ein neues Ausländerbeschäftigungsgesetz in Kraft gesetzt. Ausländer durften nur mehr dann beschäftigt werden, wenn sie eine behördliche Bewilligung besaßen, und die Familienzusammenführungen wurden erschwert. Der Ausländeranteil in Vorarlberg betrug damals 17,7% der Beschäftigten. Nach einem Absinken auf 12,9 Prozent im Jahre 1988 (15.463) stieg der Anteil wieder rasch an: 1991 waren in Vorarlberg 130.690 unselbständig Beschäftigte tätig, davon 22.903 ausländische Arbeitskräfte (17,5%). Die Ausländerbeschäftigung in Vorarlberg hängt eng mit den Entwicklungen in der heimischen Textilindustrie zusammen: Während zu Beginn der achtziger Jahre in der Textilindustrie nur rund ein Drittel der Beschäftigten Ausländer waren, so waren es am Beginn der neunziger Jahre fast zwei Drittel!¹⁸¹

Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen

	1984		1988		1991	
	Beschäftigte	Ausländer	Beschäftigte	Ausländer	Beschäftigte	Ausländer
Textil	18.725	5.556 (29,6%)	15.771	9.878 (62,6%)	14.966	9.091 (60,7%)
Bekleidung	2.372	459 (19,3%)	1.708	1.283 (75,1%)	1.609	1.220 (75,8%)
Leder	72	16	44	28	43	27
Gesamt	21.169	6.031 (28,5%)	17.523	11.189 (63,9%)	16.618	10.333 (62,2%)

Diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wurde von der Landestextilgewerkschaft nicht begrüßt: Sie setzte sich für ein schärferes Ausländerbeschäftigungsgesetz ein. Im letzten Landeskonferenzbericht (1992) hieß es dazu:

„Die Novellierung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes brachte aus der Sicht unseres Bundeslandes leider nicht den gewünschten, geordneten Zuzug von Ausländern. Die Probleme in Vorarlberg, im Wohnungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt, haben sich enorm verschärft.“

Das Überleben und der Erhalt einer starken Branchenkonzentration im textilen Bereich bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein hängen mit dem „Vorarlberger Weg“ zusammen, dem Weg, „sich durch niedrige Lohnkosten trotz geringer Modernisierungsinvestitionen die

internationale Konkurrenzfähigkeit zu sichern“.¹⁸² Dazu war eine zunehmende Ausländerbeschäftigung notwendig. Die Auslagerung von Betrieben wurde durch den Import von „Dritte-Welt-Bedingungen“ abgewendet. Jugoslawische und türkische Arbeitskräfte dienten als Lohn-drücker, die Einsparungen bei den Arbeitskosten sollten die Produkte auf dem Weltmarkt erschwinglich machen. Aber selbst der Import von einem „Dritten-Welt-Szenarium“ gewährte auf Dauer nur ungenügenden Schutz: In den achtziger Jahren wurde zunächst die Bekleidungs-herstellung an „Billiglohn-Länder“ abgegeben, andere Produkte folgten.

Die derzeitige Umbruchsituation ist eine Folge dieses „Vorarlberger Weges“. Elmar Kuhn, der die Industrialisierungsgeschichte rund um den Bodensee eingehend analysiert hat, kommt zum Schluß, daß die Fixierung auf den Textilbereich als eine „historische Verspätung“ zu betrachten sei. 1984 schrieb er:

*„Von den wenigen Industriestädten des Bodenseeraums wird nur Dornbirn von der Textilindustrie beherrscht. Die anderen Industriezentren Friedrichshafen, Singen, Arbon, verdanken ihr oft explosives Wachstum im wesentlichen Großbetrieben der Metallindustrie. Die alten großen Städte der Region Konstanz, St. Gallen, Ravensburg (m. E. Bregenz und Feldkirch) werden bis heute trotz ihrer Industrieansiedlungen durch ihre Dienstleistungs- und Versorgungsfunktion geprägt, die sie behalten und ausgebaut haben.“*¹⁸³

Wie rasch sich der Wandel heute vollzieht, zeigt das Beispiel des Flaggschiffes der heimischen Textilindustrie, F. M. Hämmerle. 1986 wurde das 150jährige Firmenjubiläum gefeiert. In der Festschrift wurde die überragende Bedeutung der Firma als Arbeitgeber herausgestrichen. Damals beschäftigte die Firma noch 2.150 Mitarbeiter, davon 59% Arbeiter und 41% Angestellte, 58% Österreicher und 42% Ausländer, 63% Männer und 37% Frauen.¹⁸⁴ Rund 1.000 Mitarbeiter wohnten noch in Firmenwohnungen. Die 1864 errichtete Spinnerei Gütle war damals eine Spezialitätenspinnerei, in der auf Dref-Spinnmaschinen und Ring-spinnmaschinen mit Sonderausstattung Effektgarne hergestellt wurden.

Heute ist die Fabrik Gütle¹⁸⁵ geschlossen, die Mitarbeiterzahl, die 1992 noch 1.200 betragen hat, wird im Laufe des Jahres 1995 auf 580

„abgespeckt“.¹⁸⁶ Doch nicht nur „Ausländer“ werden heute „abgebaut“: Die an der Maschine stehenden Mitarbeiter wurden bereits „weg-rationalisiert“, nun sind von der Umstrukturierung hauptsächlich die Büro- und Verwaltungsjobs betroffen.

Der Tod des Gewerkschafters Josef Hassler

Gegen die Einführung des Vierschichtbetriebes und gegen eine geplante Verlagerung von Betriebsteilen in den EG-Raum stellte sich im „Jubiläum 1986“¹⁸⁷ der Zentralbetriebsratsobmann von F.M. Hämmerle, Josef Hassler.

Josef Hassler, Jahrgang 1942, stammte aus der Steiermark. Er gehörte damit zu jenen Menschen der Nachkriegsgeneration, die in Vorarlberg im Textil- und Baugewerbe als Zuwanderer das wichtigste Arbeiterpotential stellten. Diese Zuwanderungserfahrung ließ Josef Hassler als Sozialist in der Gewerkschaft aktiv werden. Sein Aufstieg als Arbeiter- und Angestelltenvertreter erfolgte rasch: 1978 war er bei F.M. Hämmerle Obmann des Arbeiterbetriebsrates sowie des Zentralbetriebsrates, im folgenden Jahr wurde er Obmann der Textilarbeitergewerkschaft und Kammerrat bei der Vorarlberger Arbeiterkammer, im Jahre 1984 Vorstandsmitglied. 1983 war er stellvertretender Vorsitzender der Landesexekutive des ÖGB-Vorarlberg geworden.

Hassler war nicht jener Typ von Betriebsrat, der um jeden Preis mit der Firmenleitung koalierte. So nützte er jede rechtliche Möglichkeit aus, wenn es um Kündigungen von Arbeitnehmern ging. Er war ein häufiger Streitpartner beim Einigungsamt in Feldkirch. Sein Gegenüber dort war Hämmerle-Personalchef Dr. Kremmel, gegen den er in vielen Fällen rechtlich erfolgreich blieb.

Im Sommer 1986 — die Textilkrise warf ihre düsteren Schatten voraus — erfolgten die ersten massiven Angriffe auf den Betriebsratsobmann: Josef Hassler wurde vorgeworfen, er verhindere notwendige Investitionsvorhaben der Firma. Die Betriebsleitung empfahl, gemeinsam am „Hämmerle-Strang“ zu ziehen. Hassler wehrte sich. Per Anschlag am „schwarzen Brett“ ließ er wissen, daß er bei der Ausübung

seiner Betriebsrattätigkeit an keine Weisung gebunden sei und daß er entsprechend dem Arbeitsverfassungsgesetz seine Aufgaben im Interesse der Arbeitnehmer wahrzunehmen habe. In einem Inserat in den beiden Vorarlberger Tageszeitungen wurde der Konflikt in die Öffentlichkeit getragen.

Der Konflikt eskalierte, als Hassler seinerseits mit Presseaussendungen antwortete. Die Firma beschuldigte nunmehr den Gewerkschafter öffentlich, sich firmenschädigend zu verhalten und sich persönlicher Verfehlungen schuldig gemacht zu haben.

In der Nacht vom 3. auf den 4. November 1986 nahm sich der Spitzen-gewerkschafter das Leben. Sein Tod löste in der Vorarlberger Öffentlichkeit sehr heftige Reaktionen und Emotionen aus. Schuldzuweisungen wurden getroffen, innerhalb der Gewerkschaft bildeten sich unterschiedliche Auffassungen und Fraktionen.

Dieser Freitod hat neben einer tragischen persönlichen Komponente, die hier außer acht gelassen werden kann, auch eine politische Dimension. Der Konflikt um Hassler fand in einem Umfeld statt, das als Ausdruck der Strukturkrise in der Textilindustrie angesehen werden muß. Wenige Tage vor dem Ableben des Gewerkschaftsobmannes stand in Großbuchstaben auf der Titelseite der „Neuen“ vom 24. Oktober 1986 zu lesen: „Ganahl-Pleite: 620 Arbeiter stehen bald auf der Straße“. Der Bericht im Blattinneren war noch deutlicher:

„Die größte Pleite von 1986 ist fix. Vorweihnachtliche Hiobs-Botschaft für die 600 Beschäftigten von Ganahl Textil in Feldkirch und Frastanz: Bei der gestrigen Sitzung des Kontaktausschusses im Landhaus in Feldkirch entpuppte sich als Gewißheit, was wochenlang befürchtet worden war — Ganahl Textil ist am Ende, alle Sanierungsversuche sind fehlgeschlagen, 600 Leute stehen demnächst ohne Job da.“

Daß unter solchen Rahmenbedingungen die Arbeit der Gewerkschafter eine bis dahin in der Zweiten Republik nicht gekannte Erschwernis erfuhr, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Bildungsauftrag

Zu den grundsätzlichen Aufgaben der Gewerkschaft zählt auch das Bemühen, den Arbeitnehmern die Bedeutung der Arbeitnehmervertretung bewußt zu machen und die Funktionäre mit jenem Wissen auszustatten, das ihnen eine wirksame Vertretung ihrer Interessen ermöglicht. In der Zeit von 1945 bis 1995 besuchten über 3000 Kollegen und Kolleginnen, Betriebsräte und Vertrauensleute Kurse des ÖGB oder des Bildungsreferates.

Das Kursangebot der GTBL ist bedarfsorientiert, das heißt, es werden grundsätzlich nur Kurse angeboten, die als Rüstzeug für die tägliche Arbeit im Betrieb von Nutzen sind. Es waren und sind dies Kurse mit arbeits- oder sozialrechtlichen Themen, Informationsveranstaltungen über die Kollektivvertragsauslegung, über den Vorarlberger Lohnvertrag, über die Gestaltung von Betriebszeitungen, Veranstaltungen zum Betriebsräte- bzw. Arbeitsverfassungsgesetz, zur Mitwirkung in sozialen sowie wirtschaftlichen Angelegenheiten, Kurse zur Verhandlungstechnik und vieles mehr. Über die gewerkschaftliche Bildungsarbeit sollen alle „schöpferischen Kräfte“ der Gewerkschaft mobilisiert werden.¹⁸⁸

Bei der 33. Landeskonzferenz im Jahre 1992 konnte die Landesleitung auf Veranstaltungen zu folgenden Themenbereichen verweisen:

„Organisation - Werbung, Organisationsentwicklung, Landeskonzferenz, Pensionsversicherung, Neue Arbeitszeitformen - Arbeitszeitverkürzung, Frauenstammtische.

Weiters fanden eine Betriebsbesichtigung bei der Firma ERBA TVW, Wangen/Allgäu, Fa. TAG, Landeck/Tirol und eine Kulturfahrt in das Südtirol statt.“¹⁸⁹

Ein Blick zurück zeigt, daß die gewerkschaftliche Bildungsarbeit lange Zeit in Westösterreich ein Stiefkind war. Rudolf Gebauer, Bildungsreferent der GTBL, beklagte auf dem 7. Gewerkschaftstag 1967 die mangelnde Effizienz und das Ost-West-Gefälle in der Ausbildung der Betriebsräte:

„Ist Ihnen klar, Kolleginnen und Kollegen, daß es uns praktisch aber nur möglich ist, 10 Prozent in Schulungen zu bilden? Wenn wir das



Landesleitung Vorarlberg, 1973 (jeweils von links): 1. Reihe: Artur Fischer, Landessekretär; Bernhard Vogel, Landtagsabgeordneter; Eveline Griesebner; Franz Pilz, Landesobmann; Reinhold Mähr; Siegmund Klammer; Emma Ulbing. 2. Reihe: Karl Sturm; Friedrich Begle; Hubert Reinsberger; Josef Malang; Eduard Thaler; Marianne Rohner; Martha Schnall. 3. Reihe: Manfred Feurstein; Erwin Regensburger; Kurt Bolter; Erich Mauracher; Hubert Wachter; Josef Schäfer; Willi Schacherl; Jakob Schwarz.



Dornbirner Frauenstammtisch der TBL, 1990

in einem Jahr auf 15 Prozent gesteigert haben, so ist das ein sehr großer Erfolg gewesen. Ist Ihnen auch die Konsequenz daraus klar? Daß 85 bis 90 Prozent der Betriebsräte, der Betriebsratsmitglieder ohne die notwendige Schulung bleiben?

Ich habe vor drei Jahren hier auf dem Verbandstag festgestellt, daß aus dieser einen Gewerkschaftsschule in der Zwischenzeit bereits 16 Gewerkschaftsschulen in Österreich geworden waren — und derzeit sind es 28. Was ist nun das Problem dabei? Der Großteil dieser Gewerkschaftsschulen liegt im Osten Österreichs. Wenn Sie sich die Liste durchsehen: der überwiegende Teil ist in der Steiermark, in Niederösterreich, auch noch in Salzburg, wenn ich mich nicht irre. Aber dann beginnt für die Gewerkschaftsschule eine Demarkationslinie.“

Der Referent betonte,

*„daß Gewerkschaftsschulen unserer Auffassung nach für Tirol und Vorarlberg genauso, ja, vielleicht von noch größerer Bedeutung wären, als es die Gewerkschaftsschulen im Osten Österreichs sind. Denn dort haben wir einen großen Teil der Schwierigkeiten in der Bildungsarbeit“.*¹⁹⁰

Heute nützen die Gewerkschafter nicht nur Kurse und Schulungen der GTBLV, sondern die Betriebsräte bilden sich in der Sozialakademie, in der Gewerkschaftsschule oder in der Arbeiterkammer weiter, manchmal auch mittels Fernkursen.

Langjährige Gewerkschaftsmitglieder

70 Jahre und mehr:

Seit nunmehr 76 Jahren gehört Anna Mischa (Ortsgruppe Gisingen; Jg. 1904) der Gewerkschaft an. Bereits im Jahre 1989 konnte sie für ihre siebzugjährige Mitgliedschaft geehrt werden. Sein fünfundsiebzugjähriges Jubiläum feiert heuer Gebhard Fessler (Ortsgruppe Hörbranz, Jg. 1903).

74 Jahre lang gehört Theresia Huber (Ortsgruppe Dornbirn, Jg. 1903), die Schwester des ehemaligen Gewerkschaftsobmannes Roman Huber, der GTBL an.

Über 70 Jahre ist auch Amalia Campestrini (Ortsgruppe Bregenz, Jg. 1900) dabei.

60 Jahre und mehr:

Paulina Reis (Ortsgruppe Hohenems, Jg. 1909) kann auf 68 Jahre Mitgliedschaft zurückblicken.

Im letzten Jahr feierte Johann Wolf (Ortsgruppe Gisingen, Jg. 1909) sein 60-Jahr-Jubiläum.

Genau 50 Jahre gehört Marian Cukrowitz (Ortsgruppe Hard, Jg. 1904) dem ÖGB an.

Der Wunsch nach einem „größeren Wirtschaftsraum“

Mit Jahresbeginn 1995 haben sich die Rahmenbedingungen für die Textilindustrie durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union entscheidend verändert. Die österreichischen Textilindustriellen und die Textilgewerkschafter haben diesen Schritt vehement gefordert und begrüßt. Die Diskussion um den „Weg nach Europa“ war lang und intensiv und mit mancher Kehrtwendung versehen.

Bereits anfangs der fünfziger Jahre war die europäische Integration ein Thema. Bei einem Vortrag vor einem Kreis von Industriellen und Bankfachleuten bei der United States Austrian Chamber of Commerce führte Direktor Rudolf Seidl (F. M. Hämmerle) im Jahre 1954 bei seinem Bericht über die Nachkriegsentwicklung der österreichischen Textilindustrie aus, daß die Chancen dieser exportorientierten Branche nur in der Schaffung eines größeren Marktes zu sehen seien:

„Es wäre ungeheuer wertvoll, wenn sich eine Integration Europas realisieren würde, da dies auch für die kleine österreichische Textilindustrie einen großen Markt erschließen würde, welcher immerhin ca. 350 Millionen Menschen umfaßt, welcher einen hochgebildeten Industriearbeiter besitzt, sowie gute industrielle Anlagen und auch wertvolle Bodenschätze. Nur unter solchen Voraussetzungen kann es uns gelingen, wirtschaftlich und sozialpolitisch in Eu-

*ropa eine Lage zu schaffen, welche der amerikanischen allmählich ebenbürtig werden könnte. ... Die führenden Wirtschaftler Europas, und besonders auch Österreichs, werden für jeden Impuls dankbar sein, welcher diesbezüglich von Amerika ausgeht. Wir wissen, daß der Weg zu einer wirtschaftlichen Vereinigung Westeuropas ein langer und schwieriger ist.*¹⁹¹

Als Ende der sechziger Jahre die EWG-Assoziierungsverträge auf dem Tapet standen, waren die heimischen Textilgranden keineswegs einig. Auf ihrer Fachtagung im April 1967 flogen die sprichwörtlichen „Fetzen“: Während die offizielle EWG-Politik der Bundesregierung durch den Obmann des Textilverbandes, Kommerzialrat Oskar Rhomberg, verteidigt wurde, opponierte Dr. Josef Otten aus Hohenems vehement gegen diesen Kurs. Der Wortführer der Skeptiker argumentierte damit, daß in der Bundesrepublik Deutschland renommierte Betriebe in Schwierigkeiten geraten seien. Kommerzialrat Armin Mayer, Inhaber des gleichnamigen Kleiderwerkes in Götzis, und Ing. Heinz Hämmerle von F.M. Hämmerle teilten diese Bedenken und hielten einen Assoziierungsvertrag mit Brüssel zu diesem Zeitpunkt für unzumutbar, da der Fall österreichischer Zollschränken den Inlandsmarkt mit deutschen Waren überschwemmen würde.

Ähnliche Bedenken hatte die Gewerkschaftsleitung. Zentralsekretär Maximilian Tschurtschenthaler verfaßte in der Gewerkschaftszeitung „Der Aufstieg“ zu Jahresbeginn 1967 einen Artikel, in dem er zur Frage des „größeren Marktes“ Stellung bezog:

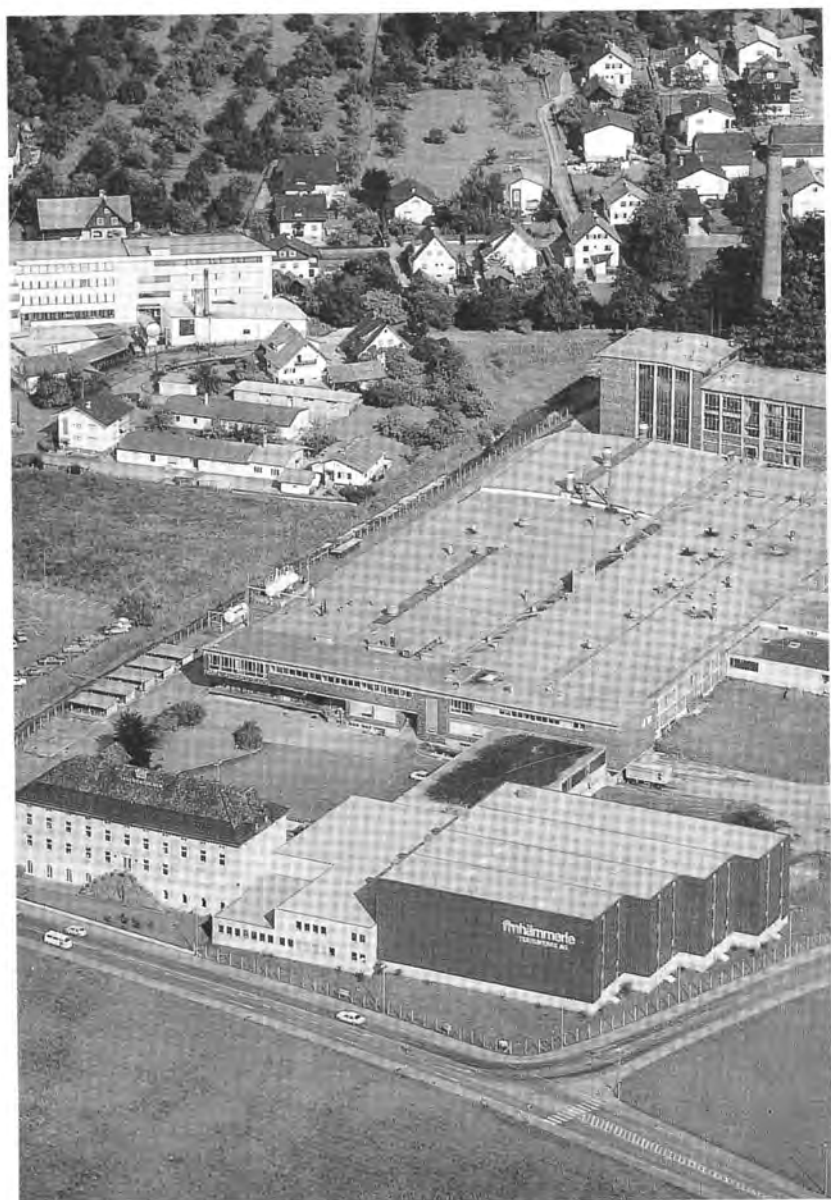
„Ob und in welcher Form es zu einer Vereinbarung zwischen Österreich und der EWG kommen wird, steht noch nicht fest. Im Rahmen dieser Betrachtung sei darauf hingewiesen, daß die Vertreter der Industrie vor Jahren kaum den Tag erwarten konnten, daß Österreichs Wirtschaft mit der EWG in irgendeiner Weise im gleichen Akkord erklingen würde. Je näher nun die Zeit rückt, in der die Aussicht besteht, daß es vielleicht doch zu einem Arrangement mit der EWG kommen könnte, um so mehr verstummen die Stimmen der Vertreter der österreichischen Wirtschaft. Ganz einfach aus dem Umstand, weil im Rahmen eines größeren Wirtschaftsbereiches so manche Schwierigkeiten für Österreichs Wirtschaft aufscheinen

werden, die in der Folge sicher eine Änderung der gesamten Struktur und eine förmliche Umschichtung nach sich ziehen wird. ... Bei der Verwirklichung eines Wirtschaftsvertrages mit der EWG werden sich vor allem für die Textilwirtschaft, im besonderen für die Textilindustrie und für die ledererzeugende und verarbeitende Industrie besondere Probleme ergeben, deren Lösung nicht leicht sein wird. Aber auch die Hut- und die Bekleidungsindustrie werden mit ähnlichen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Unsere Besorgnis soll nicht bedeuten, daß wir uns der notwendigen Schaffung großer Wirtschaftsräume verschließen. Die Frage ist nur, daß die Nachteile, die eine Eingliederung in einen großen gemeinsamen Markt in allen Fällen mit sich bringt, gesamtwirtschaftlich gesehen, nicht größer sind als deren Vorteile.¹⁹²

Im Jahre 1973 meinte die Landesleitung in ihrem Bericht an den 9. Gewerkschaftstag zu den Erfahrungen der heimischen Textilindustrie mit den neuen Handelsrahmenbedingungen nach dem Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und der EWG (1972) :

„Die Zuwachsraten in der Wirtschaft lagen in den meisten Sparten zumeist über dem österreichischen Durchschnitt. Die positive Entwicklung ist vor allem eine Folge der günstigen Exportlage. Die Vorarlberger Wirtschaft ist in hohem Maße exportorientiert und konnte sich bestens auf ausländischen Märkten halten und ausweiten, insbesondere im EFTA-Bereich. Im Jahre 1972 war man bestrebt, aus der EWG-Assoziierung Nutzen zu ziehen und dort (vor allem in der Bundesrepublik Deutschland) neue Kunden zu gewinnen; dies gelang verschiedentlich, so daß auch die weitere Entwicklung trotz erhöhter Konkurrenz und wachsendem Importdruck nicht ungünstig sein dürfte.“¹⁹³

Diese Prognose erfüllte sich nur teilweise.



Schwierige Zeiten für die Vorarlberger Textilindustrie — auch für F.M. Hämmerle.



Vor allem harte Zeiten für die Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter...

Entwicklungstendenzen: Die schwierigen achtziger und neunziger Jahre

Die Entwicklung, die sich in den beiden letzten Jahrzehnten in der Textilbranche vollzog, läßt sich auf einige wenige Generallinien reduzieren:

- Der fortschreitende Rationalisierungsdruck und die Modernisierung führten zu einem Verlust von Arbeitsplätzen. Seit dem Jahre 1973 gingen im Bereich Textil, Bekleidung, Leder mehr als 10.000 Arbeitsplätze verloren.
- Der Mitgliederstand in der Gewerkschaft war noch aus anderen Gründen rückläufig: Immer mehr Arbeiter wurden in das Angestelltenverhältnis übernommen. Daraus erwuchsen verstärkte Probleme für die Arbeiterorganisation.¹⁹⁴
- Die Textilbranche büßte ihre führende Stellung im Lande ein; 1988 beschäftigte die Metallbe- und -verarbeitung mehr Arbeitnehmer als der Textilsektor.
- Trotz konjunktureller Schwierigkeiten nahm die Produktivität zu: 1990 erwirtschaftete die Textil-, Stickerei- und Bekleidungsindustrie 14,3 Milliarden Schilling (34,4% der gesamten Vorarlberger Industrieproduktion).
- Große, alte Firmen schlossen ihre Tore: Unter anderen Herrburger & Rhomberg (1983), Ganahl (1986), Sannwald, Peter Mayer oder Franz M. Rhomberg (1993).
- Heimische Arbeitnehmer wanderten aus der Textilbranche in besser bezahlte Sparten bzw. in das benachbarte Ausland ab. Besonders eklatant macht sich dadurch der Facharbeitermangel bemerkbar.
- Obwohl die Gesamtbeschäftigtenzahlen rückläufig waren, nahm die Ausländerbeschäftigung zu. Junge, leistungsfähige und relativ billige „Ausländer“ wurden eingestellt, während im Gegenzug „leistungsschwache und unangenehme entlassen bzw. auf ungeliebte oder schlechter bezahlte Arbeitsplätze versetzt wurden“.¹⁹⁵
- Der Druck auf die Arbeitnehmer nahm zu. Arbeitskräfte, die den hohen Anforderungen der Akkordarbeit nicht mehr gewachsen waren, wurden vermehrt freigesetzt. Dies betraf in hohem Maße ältere Arbeiter und Arbeiterinnen, auch viele Ausländer.

Nachtschicht

Der Bregenzer Journalist Hans Peter Martin arbeitete als Akkordarbeiter in der Nachtschicht bei F.M. Hämmerle. Seine Erfahrungen und Eindrücke hielt er in einer Betriebsreportage fest:

„Ich bin zu einem widerwillig funktionierenden Bestandteil der Maschine geworden. Nicht ich bewege mich, sondern mein Körper bewegt sich. Mechanisch schiebe ich meine Behälter an der Maschine entlang, mechanisch gleiten auch die Köpse durch meine Hände in die Maschinenlöcher. Dann kommt der Laufkopf. Ich nenne ihn ‚Bestie‘, weil er die eingelegten Köpse gnadenlos in sich hineinfrißt und 68 hungrige Mäuler hinterläßt, die ich immer wieder aufs Neue stopfen muß. Köpse rein, Spulen runter, so geht das Runde um Runde, Stunde um Stunde. Um durchzuhalten, muß ich mich ablenken. Das ist nicht einfach. Verlieren sich nämlich meine Gedanken, merke ich nicht, wenn die Bestie Fadenenden nicht mehr knotet, sondern mitzieht und deshalb oft ein Dutzend unfertiger Spulen aus der Maschine schlägt. Das bringt mich nicht nur um wichtige Akkordpunkte; die Reinigung der Spulen kostet auch wertvolle Zeit, die dann beim Einlegen der Köpse wieder fehlt. Da ich mich immer wieder konzentrieren muß, zerhackt die Maschine meine Gedanken, die deshalb oft stundenlang um dieselbe Sache kreisen, genauso wie der Laufkopf immer um dieselbe Maschine seine Runden dreht. Singe oder schreie ich — wie viele andere Kollegen auch — ein Lied vor mich hin, komme ich selten über die erste Strophe hinaus.

Verbinden kann ich Ablenkung und Konzentration nur, wenn ich mich auf den Akkordzähler einlasse. Da er in den Laufkopf eingebaut ist, zieht er alle viereinhalb Minuten an mir vorbei und lockt mich, meinen Zählerstand mit dem meiner drei anderen Arbeitskollegen zu vergleichen. Liegen meine Kollegen vor mir, spornt mich der Zähler zum Aufholen an, liege ich vor ihnen, muß ich trachten, meinen Vorsprung zu halten. Erhöhe ich mein Arbeitstempo, wird der Konkurrenzkampf für mich spannend: Um wieviel Punkte werde ich in der nächsten Runde meinen schärfsten Rivalen abhängen können, wann wird es mir gelingen, die Führung endgültig zu übernehmen? Manchmal spitzt sich ein Zweikampf in den letzten Runden

noch zu. Verbissen lege ich die Köpse in Rekordgeschwindigkeit in die Maschine, um möglichst viel Zeit zur Reinigung der herausgeschlagenen Spulen herauszuschinden. ...

Beim Verlassen des Betriebsgeländes spricht mich ein älterer Kollege an. „Hast du dir schon einmal überlegt, womit wir hier arbeiten?“ fragt er mich zuerst. „Mit Baumwolle“, gibt er sich selbst gleich die Antwort. „und schau, früher gab’s halt in Amerika die Sklaven auf den Baumwollfeldern. Heute sind wir es an den Maschinen. Aber eins ist sicher: Sklaven sind wir geblieben.““

Die Entwicklung in der Textilbranche machte die Arbeit der Betriebsräte äußerst schwierig. Bei der 32. Landeskonzferenz am 22. April 1988 faßte Landessekretär Franz Hötzeneder die Situation für die vier abgelaufenen Berichtsjahre wie folgt zusammen:

„Die Arbeit der Betriebsräte war außerordentlich schwierig. In fast allen Betrieben galten die Bestrebungen der Erhaltung der Arbeitsplätze, der Sicherung der erreichten betrieblichen Sozialleistungen, sowie der Einhaltung der kollektivvertraglichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen. An die Betriebsräte, die nicht von den viel diskutierten Privilegien begünstigt sind, sondern fast immer Puffer zwischen den Interessen sind, wurden große Anforderungen gestellt.““

Diese Bestandsaufnahme schien dem Landesvorsitzenden Manfred Feuerstein auch noch 1992 gültig zu sein. Er übernahm den letzten Satz in seinem Vorwort zur 33. Landeskonzferenz wörtlich und fügte hinzu:

„Es braucht fürwahr Mut, sich für die Sache der Arbeitnehmer einzusetzen, in einer Zeit, die doch sehr geprägt ist von Eigennutz und Streben nach persönlichen Vorteilen.““

Wichtige Etappen auf dem Weg zum „Sozialstaat“

Eine detaillierte Darstellung der gewerkschaftlichen Arbeit ist an dieser Stelle nur bedingt möglich. Es müßte aufgezeigt werden, welche Erfolge die zähen Bemühungen für die soziale Besserstellung der Arbeiterschaft in den Jahren seit der Wiedergründung der Gewerkschaft 1945 gebracht haben:

1945	Arbeiterkammergesetz Feiertagsruhegesetz Opferfürsorgegesetz
1946	Arbeitslosenfürsorgegesetz Arbeitsgerichtsgesetz Arbeiterurlaubsgesetz
1947	Kollektivvertragsgesetz Betriebsrätegesetz Sozialversicherungsüberleitungsgesetz Arbeitsinspektionsgesetz
1949	Arbeitslosenversicherungsgesetz Kinderbeihilfegesetz
1951	Mindestlohn tarifgesetz Wohnungsbeihilfegesetz
1954	Heimarbeitsgesetz
1955	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG)
1957	Mutterschutzgesetz
1960	Rentenreform
1961	Karenzurlaub Krankenpflegegesetz
1968	Arbeitsmarktförderungsgesetz
1969	Arbeitszeitgesetz Nachtarbeitsgesetz für Frauen
1972	Arbeitnehmerschutzgesetz Arbeitsverfassungsgesetz
1974	Arbeitsinspektionsgesetz Entgeltfortzahlungsgesetz
1975	Ausländerbeschäftigungsgesetz

- 1979 Arbeiterabfertigungsgesetz
Gleichbehandlungsgesetz
- 1981 Nachtschicht-Schwerarbeitergesetz
- 1984 Ein langersehnter Wunsch der Arbeiter geht in
Erfüllung: Die Abfertigung für Arbeiter wird jener der
Angestellten angeglichen.
- 1986 Etappenweise Anhebung des Urlaubs für Arbeiter und
Angestellte von 4 auf 5 Wochen abgeschlossen. Bei
25-jähriger Betriebszugehörigkeit auf 6 Wochen.
Insolvenzicherungsgesetz wird an jenes der
Angestellten angeglichen.
- 1987 Verlängerung der Funktionsperiode für Betriebs- und
Zentralbetriebsräte auf 4 Jahre mit gleichzeitiger
Anpassung der Bildungsfreistellung.
Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz
Neues Elternkarenzurlaubsgesetz
- 1989 Lohnsteuerreform bringt Entlastungen für die
Arbeitnehmer
- ab 1990 Novellierung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes
Novellierung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes
Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes

Landesvorsitzende

1945/46	Roman Huber
1947/49	Roman Huber
1950/52	Herbert Gaßner
1953/55	Franz Jungbauer
1955/58	Heinrich Gaßner
1959/65	Franz Jungbauer
1965/68	Artur Fischer
1969/80	Franz Pilz
1981/86	Josef Hassler
1987	Reinold Mähr
1987/94	Manfred Feurstein
1994	Karl Höfer

Landessekretäre und Sekretäre

1947 – 1958	Josef Kraft Landessekretär
1952 – 1962	Karl Reifenauer Sekretär
1959 – 1969	Roman Huber Landessekretär
1962 – 1968	Heinrich Gaßner Landessekretär
1969 – 1973	Artur Fischer Landessekretär
1969 – 1971	Roman Huber Sekretär
1973 – 1986	Eduard Thaler Landessekretär
1971 –	Karl Sturm Sekretär
1974 – 1988	Erich Mauracher Sekretär
1986 –	Franz Hötzeneder Landessekretär

Entwicklung des Mitgliederstandes der Gewerkschaft TBL in Vorarlberg

1945	1765	1974	6132
1946	6832	1975	6395
1947	7591	1976	7008
1948	9849	1977	6925
1949	11031	1978	6567
1950	9959	1979	7304
1951	10084	1980	7218
1952	9885	1981	6559
1953	10419	1982	5060
1954	10673	1983	5669
1955	11658	1984	6040
1956	14130	1985	5612
1957	12895	1986	6180
1958	12735	1987	5151
1959	12009	1988	4644
1960	11920	1989	4415
1961	11240	1990	4229
1962	10870	1991	4022
1963	10340	1992	4050
1964	10672	1993	3645
1965	9991	1994	3251
1966	9091		
1967	8691		
1968	8970		
1969	8860		
1970	8972		
1971	6945		
1972	6538		
1973	6129		

Quellen (Auswahl)

Berichte und Protokolle der österreichischen Gewerkschaftstage der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter

Protokolle und Berichte des Landessekretariates der Gewerkschaft der Textil-Bekleidungs- und Lederarbeiter

Sozial-Bericht der Wollgarn-Spinnerei Schoeller Bregenz 1939 f.

Tätigkeitsberichte der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg 1946 ff.

Berichte der Landesstelle Vorarlberg des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Feldkirch 1945 ff.

Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, 1945 ff.

Firmenzeitschriften („Dreihammer“/ „Die Einheit“/ „Der Webstuhl“ u.a.)

Zeitungen:

Neue Vorarlberger Tageszeitung

Neue Tageszeitung, Organ der kommunistischen Partei

Vorarlberger Nachrichten

Vorarlberger Oberland

Vorarlberger Tagblatt

Vorarlberger Volksblatt

Vorarlberger Volkswille

Anmerkungen

¹ Franz M. Rhomberg vergrößerte zum Beispiel die Belegschaft im Zeitraum vom 12. März 1938 bis zum 12. Dezember 1938 von 680 auf 1.003 „Gefolgschaftsmitglieder“.

² Der „Betriebsführer“ dieser Firma, der nachmalige Ehrenbürger von Dornbirn, Dipl.-Kaufmann Hermann Rhomberg, machte vor, während und nach dem Krieg Karriere. Gegen Ende der austrofaschistischen Ära vertrat er die Industrie im Vorarlberger Landtag, obwohl er als „Illegaler“ bekannt war. Während des Krieges wurde er zum „Luftwaffenbeauftragten“ des Reichsluftfahrtministeriums und zum Bezirksbeauftragten des Rüstungskommandos im Wehrkreis XVIII ernannt. In dieser Eigenschaft konnte er seiner Firma Aufträge zuschanzen. Seit Februar 1943 war Hermann Rhomberg auch Vizepräsident der Gauwirtschaftskammer Tirol-Vorarlberg.

³ Am 3. Mai 1938 erwarben Franz M. Rhomberg und F.M. Hämmerle zu einem Spottpreis gemeinsam die Wiener Firma A. Herzmansky KG. Dieses florierende „jüdische“ Warenhaus beschäftigte circa 730 Personen, der Umsatz übertraf den Voranschlag des Landes Vorarlberg für das Jahr 1938 um das Doppelte! Geschäftsführer wurde der nachmalige Messepräsident Oskar Rhomberg. Nach Kriegsende mußten die beiden Dornbirner Textilfirmen allerdings das Kaufhaus wieder an den rechtmäßigen Besitzer Max Delfiner zurückgeben.

⁴ Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 105.

⁵ Zur Situation in Vorarlberg siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 46 ff.

⁶ Hartmann, Hedwig: Meine Zeitgeschichte, S. 13.

⁷ Siehe dazu Walser, Harald: „Arbeit für den Endsieg“, S. 79 ff. und Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, S.154 ff.

⁸ Hartmann, Hedwig: Meine Zeitgeschichte, S. 16.

⁹ Siehe dazu grundsätzlich die Arbeiten von Harald Walser, besonders „Bombengeschäfte“. Hier zitiert nach S. 51.

Am 22. Oktober 1939 hieß es im Lagebericht: Wegen beschränkter Rohstoffzuteilung sind Entlassungen bei Carl Ganahl & Co, Feldkirch; Johann Heuss, Götzis; Josef Hubers Erben, Götzis; Neumanns Söhne, Hohenems; Franz M. Rhomberg, Dornbirn; F. M. Hämmerle, Dornbirn; Schindler & Co., Kennelbach; Kammgarnspinnerei Schoeller, Hard; Wilhelm Bengers Söhne, Bregenz eingetreten. Mit Betriebsstillegungen sei bei der Seidenbandweberei C. Boss, Bregenz, sowie bei der Seilerei Lotteraner, Wüstner & Co. in Mellau zu rechnen. Walser, ebenda, S. 96.

¹⁰ Siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 147 ff.

¹¹ Wie brutal diese Arbeiter und Arbeiterinnen zum Teil auch in Vorarlberg behandelt wurden, hat Harald Walser in seiner Untersuchung über die heimische Wirtschaft während der NS-Zeit aufgezeigt. Er hat seiner Studie den Titel „Bombengeschäfte“ gegeben, und Bombengeschäfte machten die Textilfirmen zum Teil tatsächlich: Die Textilfirma Hubers Erben beschäftigte zum Beispiel in den Werken Schlins, Gais (in der stillgelegten Bleicherei Degerdon) und Götzis im Eisen- und Metallbereich zusammen beinahe 900 Personen – davon 283 Ausländer und Ausländerinnen – und war damit einer der wichtigsten Rüstungsbetriebe im Lande.

Am 3. Juni 1943 wurde die Firma Joseph Hubers Erben – Schlins neu gegründet und nahm zwei Fertigungsstätten in Schlins (2.943 m²) und

Gais (5.760 m²) in Betrieb. Die Firma galt als Wehrwirtschaftsbetrieb und „übernahm“ die Weberei von J.G. Reis, die beschlagnahmt worden war (Auskunft von Adolf Reis, 3.2.1994). Die Webstühle wurden herausgerissen und zerstört, sodaß nach Kriegsende der Textilbetrieb nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Im Werk waren im Juli 1944 225 Personen beschäftigt, davon 118 Frauen. Von den 58 ausländischen Arbeitskräften waren 30 italienische Militärinternierte, je acht kamen aus Liechtenstein oder Frankreich. Außerdem arbeiteten italienische, polnische und tschechische Zivilarbeiter/innen hier. Die Arbeitszeit betrug in der Regel 64 und mehr Stunden. Im letzten Kriegsjahr nahm die Zahl der Arbeitskräfte ständig zu und betrug schließlich 395 Personen, davon 131 Kriegsgefangene oder Fremdarbeiter. Die Firma Hubers Erben übernahm hauptsächlich Aufträge von der Luftwaffe. Das Werk fertigte in erster Linie Zellenersatzteile für die Me 262 an. Diese gingen an die Messerschmitt A.G. in Augsburg oder an die Hentschel Flugzeugwerke A.G. in Schönefeld/Berlin. Außerdem wurden monatlich 200.000 Zuzündler für das Heer hergestellt. Siehe dazu auch Albrich, Thomas/ Gisinger, Arno: Im Bombenkrieg, S. 183.

¹² Alle Zitate aus: Denkwürdigkeiten aus 100 Jahren der Spinnerei Kennelbach, S. 77 ff.

¹³ Getzner, Manfred: Getzner, Mutter & Cie, Teil B, S.125 f.

¹⁴ Sozialbericht der Wollgarn-Spinnerei Schoeller Bregenz für das Kalenderjahr 1940.

¹⁵ Dreihammer, März 1942.

¹⁶ Denkwürdigkeiten aus 100 Jahren der Spinnerei Kennelbach, S. 81.

¹⁷ Zur Rolle der Frau während der NS-Zeit siehe Harald Walser: „Im Gleichschritt in die Emanzipation?“

¹⁸ Siehe dazu Greber, Gebhard: Die Südtiroler Umsiedler in Vorarlberg. In: Montfort, 31. Jg., Heft 4, 1979, S. 259-294 und Greber, Gebhard: „Sie sollen uns willkommen sein.“ - Die Südtiroler Umsiedler in Vorarlberg. In: Bludenzer Geschichtsblätter, Jg. 1990, Heft 6, S. 11-64.

¹⁹ 1985 veröffentlichte die „Johann-August-Malin-Gesellschaft“ (der Name stammt von dem in München-Stadelheim im Jahre 1942 hingerichteten Satteinser Widerstandskämpfer Johann August Malin) die Studie „Von Herren und Menschen. Widerstand in Vorarlberg 1933 – 1945“. Diese Forschungsergebnisse ließen die dunkelste Epoche der Landesgeschichte in einem neuen Licht erscheinen:

– Nachweislich wurden 115 Personen aus Vorarlberg in ein KZ eingewiesen, 36 dort zu Tode gebracht, zehn weitere mit hoher Wahrscheinlichkeit.

– Insgesamt sind heute 80 Personen nachgewiesen, die aus politischen Gründen entweder von Gerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet, in KZs umgebracht, im Widerstand und auf der Flucht getötet oder sich der Einlieferung durch Freitod entzogen haben.

– Über 300 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger wurden Opfer des NS-„Euthanasie“-Programmes.

²⁰ Siehe Pichler, Meinrad: Individuelle Opposition. In: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, S. 132.

²¹ Siehe Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 264 ff.

²² Zitiert nach Pichler, Meinrad: „Deutsches Leben heißt Arbeit“, S. 292.

²³ Zur Zerschlagung der KPÖ in Vorarlberg siehe Weber, Jürgen und Wolfgang: „Jeder Betrieb eine rote Festung!“, S. 157 ff.

²⁴ DMG, Schachtel VIII/2, DÖW 8197; ausführliche Darstellung der Dornbirner Widerstandsgruppe bei Pichler, Meinrad: Widerstandsgruppen, S. 85 ff.; Bundschuh, Werner: Heimat Dornbirn, S. 236 f.

²⁵ DMG, Schachtel VIII/2, DÖW 8197. Siehe Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, S. 349.
Josef Schmid wurde am 17. Jänner 1897 in Schlins geboren. Am 7. April 1939 wurde er von der Firma Kastner in Thüringen wegen „kommunistischer Propaganda“ entlassen, am 27. Juni deswegen festgenommen und am 15. März 1940 von der Anklage der „Vorbereitung zum Hochverrat“ freigesprochen. In Zusammenhang mit der AKO wurde er erneut angeklagt.

²⁶ Johann Gutensohn hat in den letzten Jahren als „Zeitzeuge“ diverse Interviews mit dem Autor geführt. Siehe ORF-Hörfenster vom 11.9.1993.

²⁷ Ausschnitt aus einem Artikel des Verfassers im „Vorarlberger“, 7.9.1994.

²⁸ Siehe Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, S. 175 f.

²⁹ VT, 24.12.1943. Zu Spindler siehe u.a. Dreier, Werner: Ein Gedicht und ein Freitod: Zwei Seiten einer Tradition – Zum Tod des Samuel Spindler. In: Kultur, Jg. 3, Nr. 1, Februar 1988, Dornbirn 1988, S. 14–16.

³⁰ Zu Hans Nägele siehe Bundschuh, Werner: Kreist das „Blut“ der Ahnen?, S. 29 ff.

³¹ Siehe dazu Bundschuh, Werner: Heimatgeschichte als Ideologie, S. 382 ff.

- ³² Nägele, Hans: Das Textilland Vorarlberg, S. 63.
- ³³ Siehe dazu Klenner, Fritz: Hundert Jahre österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 232 ff.
- ³⁴ Gewerkschaft der TBLÖ, Bericht an den ersten Gewerkschaftstag in Wien vom 16. bis 18. April 1948, S. 6 f.
- ³⁵ Gewerkschaft der TBLÖ, Bericht an den ersten Gewerkschaftstag in Wien vom 16. bis 18. April 1948, S. 11 f.
- ³⁶ Zur politischen und wirtschaftlichen Situation in Vorarlberg im Jahre 1945/46 siehe Löffler-Bolka, Sieglinde: Vorarlberg 1945, S. 168 ff.
- ³⁷ Zu Anton Linder siehe Bundschuh, Werner: Anton Linder im Schweizer Exil (1934-1945). In: Montfort, 43. Jg., 1991, Heft 4, S. 311-325.
- ³⁸ Siehe dazu Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg 1946-1985, S. 56 ff.
- ³⁹ Vgl. Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg 1946-1985, S. 53 ff.
- ⁴⁰ Erst eine Woche vor der Wahl erschienen die Landesorgane der drei Parteien – das „Vorarlberger Volksblatt“ der ÖVP, der „Vorarlberger Volkswille“ der SPÖ und die „Tageszeitung“ der KPÖ. Für die ÖVP war es das Ziel, angesichts der bestehenden Probleme keine politische Diskussion zu führen: „Wenn ein Schiff in Seenot gerät, dann gibt es darüber keine Debatte, ob alle Mann an Bord mit Hand anlegen müssen oder nicht. In einer solchen Diskussion wäre es völlig verfehlt, darüber zu diskutieren, welchen Kurs dieses Schiff nach Beendigung dieses Sturmes einzuschlagen hat.“
- Die SPÖ knüpfte an Traditionen der Arbeiterbewegung an. Sie war gegen Faschismus, für einen demokratischen Aufbau des Staates unter der Führung der Arbeiter und Bauern, für die Verstaatlichung „volksfeindlichen Vermögens“, die Trennung von Staat und Kirche und den Zusammenschluß aller Länder. Im Wahlkampf erinnerte sie an die christliche Diktatur von 1934 – 38, die von den führenden Repräsentanten der ÖVP als die „andere Art der Demokratie“ ausgegeben wurde. Während die Sozialdemokraten einen klaren Zusammenhang zwischen dem „Austrofaschismus“ und dem Nationalsozialismus sahen, pflegte die Volkspartei den Dollfuß-Mythos weiter. Die KPÖ stellte die Säuberung des Landes von Nazismus und jeder Art von Faschismus in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes und hoffte auf eine geeinte Arbeiterpartei, um den Kampf gegen die „Reaktion“ schlagkräftiger führen zu können. Die SP ging auf diese Avancen nicht ein.

- ⁴¹ Zur Rolle der KP – die mit Max Haller kurzfristig einen Landesrat stellte – siehe die Arbeit von Jürgen und Wolfgang Weber, hier S. 172.
- ⁴² Sein Stellvertreter war Landesstatthalter Dr. Martin Schreiber (ÖVP). Für die Volkspartei amtierten weiters Eduard Ulmer, Adolf Vögel und Andreas Sprenger. SP-Landesräte waren Jakob Bertsch (Landesparteioibmann) und Hans Draxler.
- ⁴³ Zur Rolle der KP siehe Weber, Jürgen und Wolfgang: „jeder Betrieb eine rote Festung!“, S. 172 ff.
- ⁴⁴ Siehe dazu Greussing, Kurt: Schichtwechsel - Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang 1945/46.
- ⁴⁵ Neben den Betriebsräten und Vertrauensleuten aus den Betrieben und Dienststellen konnte der Vorsitzende Hans Ciresa als Gäste den französischen Kommandanten Dellestre, Landeshauptmann Ulrich Ilg, den Feldkircher Bürgermeister Mähr und zahlreiche andere Personen des öffentlichen Lebens begrüßen.
Als erster Redner sprach der Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Anton Linder, hierauf der Textilgewerkschaftssekretär Josef Kraft, der die Neustrukturierung des ÖGB erklärte. Siehe Vorarlberger Volkswille, 11. Dezember 1945.
- ⁴⁶ ÖGBBV, 1945, S. 8 f.
- ⁴⁷ Allerdings wurden auch weitergehende Zielsetzungen formuliert:
„1. Der ÖGB fordert als stärkste wirtschaftliche Organisation des Landes, die heute schon 500.000 Arbeiter und Angestellte umfaßt, von der neuen Regierung die möglichste Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Agenden in einem Wirtschaftsministerium, auf dessen Führung der ÖGB maßgeblichen Einfluß beansprucht.
2. Der ÖGB fordert im Zuge des Neuaufbaues eine zweckentsprechende Bodenreform, die Verstaatlichung des Bergbaus, der Schlüsselindustrien, der Energiewirtschaft, sowie jener Unternehmungen und Betriebe, deren Verstaatlichung im Interesse der gesamten Wirtschaft und Bevölkerung liegt...
4. Der ÖGB verlangt die Selbstverwaltung bei allen Sozialversicherungsträgern, in der Arbeitslosenversicherung sowie in den Arbeitsämtern...
8. Der ÖGB erwartet von der Regierung die intensivsten Bemühungen zur Verbesserung der Ernährungslage der Arbeiter und Angestellten und eheste Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot.“
Zitiert nach: Dokumente zur österreichischen Zeitgeschichte 1945-1955, S. 61 f.

- ⁴⁸ Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg (Hg.): 100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg, Feldkirch 1952, S.27.
- ⁴⁹ Siehe Klenner, Fritz: Hundert Jahre österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 205 ff.
- ⁵⁰ Zur grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Rolle des ÖGB in der Nachkriegsphase siehe die Arbeit von Hans Prader.
- ⁵¹ Siehe dazu Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften, Bd. 2, S. 1709 ff.
- ⁵² ÖGBBV, 1946, S. 11. Es handelt sich hierbei um den angegebenen Mitgliederstand, der Mitgliederstand nach Beitragsleistungen belief sich auf 5.776.
- ⁵³ ÖGBBV, 1947, S. 11.
- ⁵⁴ Berichte an den Ersten Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter Österreichs in Wien vom 16. bis 18. April 1948, S. 31.
- ⁵⁵ Berichte an den Ersten Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter Österreichs in Wien vom 16. bis 18. April 1948, S. 32.
- ⁵⁶ Tätigkeitsbericht 1948 bis 1950 der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter beim 2. ordentlichen Gewerkschaftstag (25.-27. Mai 1951 in Wien), S. 265.
- ⁵⁷ Protokoll des Ersten Gewerkschaftstags der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter Österreichs in Wien vom 16. bis 18. April 1948, S. 50.
- ⁵⁸ Vorarlberger Volkswille, 20.4.1948.
- ⁵⁹ Zur Entwicklung der KPÖ in Vorarlberg nach 1945 siehe den Abschnitt „Die KPÖ-Vorarlberg und der Wiederaufbau der Zweiten Republik 1945-1956“ von Wolfgang Weber in „Jeder Betrieb eine rote Festung!“, S. 167 ff.
- ⁶⁰ Protokoll des Ersten Gewerkschaftstags der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter Österreichs in Wien vom 16. bis 18. April 1948, S. 95.
- ⁶¹ Stenographisches Protokoll des Zweiten Gewerkschaftstages der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter (25.-27. Mai 1951 in Wien), S. 39.
- ⁶² Prader, Hans: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf, S.27.
- ⁶³ ÖGBBV, 1946, S. 7.

- ⁶⁴ ÖGBBV, 1947, S.13 f.
- ⁶⁵ AK-Bericht 1947, S. 25.
- ⁶⁶ ÖGBBV, 1947, S.15.
- ⁶⁷ Vgl. dazu Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg 1946-1985, S. 60 f.
- ⁶⁸ Tätigkeitsbericht 1948 bis 1950 der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter beim 2. ordentlichen Gewerkschaftstag (25.-27. Mai 1951 in Wien), S. 263 f.
- ⁶⁹ Greussing, Kurt: Schichtwechsel - Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang 1945/46, S. 354.
- ⁷⁰ Siehe das Harder Beispiel in Bundschuh, Werner/ Dreier, Werner/ Mittersteiner, Reinhard: Sozialdemokraten im Dorf. 100 Jahre SPÖ Hard, S. 58 f.
- ⁷¹ ÖGBBV, 1946, S. 14.
- ⁷² ÖGBBV, 1946, S. 15 f.
- ⁷³ ÖGBBV, 1946, S. 17.
- ⁷⁴ VN, 18. Juli 1946.
- ⁷⁵ AK-Bericht 1947, S. 15.
- ⁷⁶ Am 29. Mai 1947 sandte der ÖGB an den Alliierten Rat ein Memorandum, das nach Meinung der Gewerkschafter jene Punkte ansprach, die für die österreichische Entwicklung entscheidend waren:
- „1. Rascheste Abschaffung aller Zonengrenzen, Beseitigung der Zensur und Rückgabe der Rundfunkstationen an Österreich,
 2. Bereitstellung einer genügenden Lebensmittelmenge, um den 1550-Kalorien-Satz bis zur neuen Ernte zu garantieren,
 3. Herbeischaffung von Kohle, um der Industrie, den Bundesbahnen, Gas- und Elektrizitätswerken die Ausnützung der Kapazität zu ermöglichen,
 4. Die gesamte österreichische landwirtschaftliche Produktion und der Industrie soll ausschließlich der österreichischen Volkswirtschaft zum Konsum oder zum Export bereitstehen,
 5. Stabilisierung der Preise und Löhne. (Voraussetzung ist die Währungsreform, die von der Frage der Alliierten Guthaben abhängt.)
 - Rückerstattung der von Deutschland beschlagnahmten Gold- und Devisenbestände,
 6. restlose Rückführung österreichischer Kriegsgefangener,
 7. Abschaffung der Militärregierung, Beschränkung der Tätigkeit der Militärpolizei auf Angehörige der Alliierten Mächte, entsprechende Bewaffnung der österreichischen Exekutive, eheste Evakuierung der DP

- und Feststellung, daß Österreich nicht verpflichtet ist, für die Versorgung der DP aufzukommen.
8. Herabsetzung der Besatzungskosten, Freigabe der Wohnräume, Abstandnahme von weiteren Forderungen.“ Nach: Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1945-1955, S. 173.
- ⁷⁷Mappe Landeskonzferenzprotokolle (1945-1960) im Sekretariat.
- ⁷⁸Zu seiner Person siehe Weber, Wolfgang: „Die KPÖ-Vorarlberg und der Wiederaufbau der Zweiten Republik 1945-1956“ in „Jeder Betrieb eine rote Festung!“, S. 176.
- ⁷⁹Protokoll des Ersten Gewerkschaftstages der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter Österreichs, 16. bis 18. April 1948, S. 92 f.
- ⁸⁰Protokoll des Ersten Gewerkschaftstages der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter Österreichs, 16. bis 18. April 1948, S. 175.
- ⁸¹VTZ, 16.2.1948.
- ⁸²Vorarlberger Volkswille, 15.3.1948.
- ⁸³Tätigkeitsbericht 1948 bis 1950 der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter beim 2. ordentlichen Gewerkschaftstag (25.-27. Mai 1951 in Wien), S. 259 f.
- Gewerbestatistik (S. 259): 162 Betriebe, 524 Arbeiter; Industriebereich (S.260): 424 männliche, 37 weibliche Arbeitskräfte und 167 Lehrlinge.
- ⁸⁴Zur Geschichte der „Klärefabrik“ (heute im Besitz der Firma Collini) siehe Stender, Detlef (Hg.): Industriekultur am Bodensee, S. 217 f.
- ⁸⁵Siehe dazu Prader, Hans: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf, S. 93 ff.
- ⁸⁶Protokoll des Ersten Gewerkschaftstages (1948), S. 180.
- ⁸⁷VTZ, 13.5.1948.
- ⁸⁸Siehe dazu Stiefel, Dieter: Entnazifizierung in Österreich, S. 81 ff.
- ⁸⁹VN, 12. Februar 1946.
- ⁹⁰Eisterer, Klaus: Französische Besatzungspolitik, S. 163. Zur Entnazifizierung in Vorarlberg siehe S. 164 ff.
- ⁹¹Eisterer, Klaus: Französische Besatzungspolitik, S. 214.
- In Vorarlberg wurden fast alle von den alliierten Behörden verhaftet. In jedem Bezirk gab es ein großes Internierungslager: bei Lochau (Bregenz), in Brederis (Feldkirch) und in Rungelin (Bludenz). Daneben existierten kleinere Anhaltelager mit Arbeitskommandos, so beim Rodund-Werk der Illwerke oder im Wirtatobel (Langen bei Bregenz).
- ⁹²Eisterer, Klaus: Französische Besatzungspolitik, S. 221.

⁹³ In Vorarlberg vertraten Landeshauptmann Ulrich Ilg und Eduard Ulmer, der Wirtschaftsreferent der Landesregierung gegenüber den „Ehemaligen“ eine weiche Haltung, denn sie waren der Meinung, daß besonders die Industriellen – und sie gehörten fast durchwegs zur Kategorie der „Schwerbelasteten“ – für den Wiederaufbau benötigt würden. Siehe Gespräche in: Österreichischer Rundfunk (Hg.): Ende und Anfang. Erinnerungen an die Maitage 1945. Niederschrift von Radiointerviews, die 1965 für eine Hörfunk-Dokumentation über die Bildung einer provisorischen Landesregierung im Mai 1965 aufgenommen worden sind.

Siehe auch Ilg, Ulrich: Lebenserinnerungen, S. 49.

⁹⁴ Im Jahre 1946 ging ihre Durchführung auf die österreichische Regierung über, allerdings behielt sich der Alliierte Rat das Recht vor, unter bestimmten Voraussetzungen selbst Personen aus Staat und Wirtschaft zu entfernen. Zum Druck der Alliierten auf die österreichische Politik siehe Knight, Robert: „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“, S. 26 ff.

Nach dem Verbotsgesetz vom 5. Mai 1946 waren alle in Österreich registrierungspflichtig, „die zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 27. April 1945 der NSDAP oder einem ihrer Wehrverbände (SS, SA, NSKK, NSFK) angehört haben“. Meldezeit war in Vorarlberg vom 25. März bis zum 17. April 1946.

⁹⁵ Dazu wurde begonnen, einfache Mitglieder ganzer Organisationen (zum Beispiel des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps) von der Registrierung auszunehmen, ein Verfahren, das bei den NS-Gesetzen vom 6. Februar 1947 erweitert wurde.

⁹⁶ Vgl dazu Weber, Wolfgang: „Wirtschaftssäuberung“, S. 6.

⁹⁷ „Aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, wie sehr die aufgewendete Arbeit in keinem Einklang mit dem erwarteten Ergebnis steht. War auch die Auswirkung des Nationalsozialistengesetzes für die Beurteilung sehr günstig und darf auch mit der Erlassung einer Amnestie für Jugendliche in absehbarer Zeit gerechnet werden, so wäre es doch hoch an der Zeit, das ganze Problem einer ehesten Liquidierung zuzuführen. Dies könnte dadurch geschehen, daß man jene, die wirklich schuldig geworden sind und sich Verbrechen schuldig gemacht haben, vor Gericht stellt, allen anderen aber, also allen Minderbelasteten, die Wohltat einer allgemeinen Amnestie zuteil werden läßt.“ ÖGBBV, 1947, S. 64.

⁹⁸ Vgl. Bundschuh, Werner: Heimat Dornbirn, S. 252 ff.

⁹⁹ Getzner, Manfred: Getzner, Mutter & Cie, Teil B, S. 152.

¹⁰⁰ Sie war über 70 Jahre lang bei der Firma!

¹⁰¹ Ebenda, S. 156.

¹⁰² VTZ, Nr. 247, 25.10.1946.

¹⁰³ Der Abschnitt über Maria Stromberger stammt aus: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, S. 186-189. Siehe dazu Walser, Harald: „Der Engel von Auschwitz“. Zum Wirken der Krankenschwester Maria Stromberger. In: Montfort, 40. Jg., 1988, Heft 1, S. 70-78.

¹⁰⁴ Nachdem sie das Vertrauen der zahlreichen im SS-Revier beschäftigten Häftlinge erworben hatte, half sie, wo sie nur konnte: zweigte Lebensmittel ab, verschaffte den Häftlingen Medikamente, versteckte fleckfieberkranke Gefangene, um sie vor der Liquidierung zu bewahren. Daneben betreute sie auch die gefangenen Frauen der SS-Schneiderei, die sie vor allem mit Medikamenten und Informationen zur Frontlage versorgte. Schließlich näherte sich Schwester Maria immer mehr der Widerstandsgruppe innerhalb des Lagers, für die sie im Jahre 1944 gefährliche Aufträge ausführte. Über sie liefen die wichtigsten Außenkontakte, mit dem von ihr aus dem Lager geschmuggelten Material wurden in Wien beispielsweise die ersten illegalen Flugblätter über die unmenschlichen Zustände in Auschwitz hergestellt. Nach einem Besuch in Bregenz brachte sie sogar zwei Revolver mit nach Auschwitz, die sie an führende Widerständler verteilte.

¹⁰⁵ Dreihammer, Heft 2, 1955.

¹⁰⁶ Von Franz Winsauer stammen auch zahlreiche Darstellungen der Vorarlberger Stickerei.

¹⁰⁷ VN, 14. Februar 1946.

¹⁰⁸ VN, 3. Mai 1946.

¹⁰⁹ VN, 23. März 1946.

¹¹⁰ VN, 9. März 1946.

¹¹¹ Amann, Bruno: Industrieführer von Vorarlberg, S. 4. Zu Amann siehe Dreier, Werner: „Rücksichtslos und mit aller Kraft“. Antisemitismus in Vorarlberg 1880-1945. In: Dreier, Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Bregenz 1988, S. 199 ff.

¹¹² Zur Gründungsgeschichte siehe den Artikel „Die Gründung der Export- u. Musterschau Dornbirn“ von Alwin Abmann in Kaufmann, Herbst (Hg.): Porträt '73 Dornbirn, S. 67 ff.

¹¹³ Vorarlberger Volkswille, 23. Juli 1949.

- ¹¹⁴ Zeitschrift für Kultur, Wirtschaft, Export und Fremdenverkehr hrsg. in Wien.
- ¹¹⁵ Vorarlberger Volkswille, 2. August 1949.
- ¹¹⁶ Kaufmann, Herbert (HG.): Porträt '73 Dornbirn, S. 71.
- ¹¹⁷ Walser, Harald: Bombengeschäfte, S. 40 f.
- ¹¹⁸ Tätigkeitsbericht vom 4. ordentlichen Gewerkschaftstag (23.-25. Juni 1958 in Wien), S. 27.
- ¹¹⁹ Berichte an den Ersten Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter Österreichs in Wien vom 16. bis 18. April 1948, S. 33 f.
- ¹²⁰ Neue Tageszeitung, 6. Oktober 1950.
- ¹²¹ Zitiert nach Weber, Wolfgang: „Die KPÖ-Vorarlberg und der Wiederaufbau der Zweiten Republik 1945-1956“ in „Jeder Betrieb eine rote Festung!“, S. 207.
- ¹²² Hermann Langbein (geb. 1912), war in Dachau und Auschwitz in Lagerhaft. In Auschwitz gehörte er zur Führungsgarnitur des Lagerwiderstandes. Er verfaßte wichtige Bücher über Auschwitz, u.a. „Menschen in Auschwitz“. Heute lebt Hermann Langbein als freier Schriftsteller in Wien und ist Mitglied zahlreicher internationaler KZ-Verbände. Er distanzierte sich nach dem Ungarn-Aufstand 1956 von der KP und trat aus der Partei aus.
- ¹²³ Weber wie Anm. 121, S. 208.
- ¹²⁴ Diese Streikbewegung ist Wolfgang Weber bei seiner KP-Analyse entgangen.
- ¹²⁵ In der Protokollmappe der Landesleitung fehlen die entsprechenden Unterlagen ab April 1951!
- ¹²⁶ Vorarlberger Volkswille, 25. Mai 1951.
- ¹²⁷ Neue Tageszeitung, 21. Mai 1951.
- ¹²⁸ Neue Tageszeitung, 1. Juni 1951.
- ¹²⁹ Vorarlberger Volksblatt, Nr. 117, 25. Mai 1951.
- ¹³⁰ Vorarlberger Volksblatt, Nr. 119, 28. Mai 1951.
- ¹³¹ Vorarlberger Volkswille, 28. Mai 1951.
- ¹³² Neue Tageszeitung, 28. Mai 1951.
- ¹³³ Stenographisches Protokoll des zweiten Gewerkschaftstages (25. bis 27. Mai 1951), S. 159 f.
- ¹³⁴ Neue Tageszeitung, 31. Mai 1951.
- ¹³⁵ Neue Tageszeitung, 31. Mai 1951.
- ¹³⁶ Vorarlberger Nachrichten, Nr. 121, 30. Mai 1951.
- ¹³⁷ Vorarlberger Volkswille, 31. Mai 1951.

- ¹³⁸ Antrag der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit vom 5. August 1955, Mäppe Landeskonzferenzprotokolle (1945-1960) im Sekretariat.
- ¹³⁹ Neue Tageszeitung, Nr. 182, 9. 8. 1955.
- ¹⁴⁰ Der Webstuhl, September 1955.
- ¹⁴¹ Der Webstuhl, April 1958.
- ¹⁴² Siehe dazu: Die Einheit, Dezember 1959.
- ¹⁴³ Der Webstuhl, Dezember 1959.
- ¹⁴⁴ Ordner I, 101, Landeskonzferenzprotokolle (1961-1967); Sekretariat der Gewerkschaft.
- ¹⁴⁵ Weil die Koalitionsparteien ÖVP/SPÖ bei der Erstellung des Budgets 1962 den Gewerkschaftspräsidenten Franz Olah übergangen hatten, legte dieser sein Abgeordnetenmandat im Nationalrat und damit gleichzeitig die Funktion des Zweiten Präsidenten des Nationalrats zurück. Während Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach (ÖVP) das Budget mit Mühe und Not über die Bühne brachte, unterzeichneten Olah und der Präsident der Bundeswirtschaftskammer, Ing. Julius Raab, ein Abkommen zur Festigung der Sozialpartnerschaft. Als Anton Benya 1963 Olah an der Gewerkschaftsspitze ablöste, schloß Raab auch mit seinem neuen Pendant ein Abkommen, um das Instrument der Paritätischen Kommission wirksamer zu gestalten.
- ¹⁴⁶ Am 27. März 1957 fand die konstituierende Sitzung der auf Anregung des Präsidenten des ÖGB, Johannes Böhm, ins Leben gerufenen „Paritätischen Kommission“ statt. Dieses wichtigste Instrument der Sozialpartnerschaft wurde von den Sozialwissenschaftlern eingehend erforscht. Siehe dazu Kapitel IV in: Handbuch des politischen Systems Österreichs, S. 335 ff.
- Neben der Heraushebung des ökonomischen Erfolgs gab es von vielen Seiten mehr oder weniger fundamentale Kritik. Dabei lassen sich vier Hauptkritikansätze feststellen: Aus einer klassisch-liberalen Position heraus wird die Vertretung des einzelnen durch Kammern und Verbände als Entmündigung des Bürgers und Degeneration des Staates zum „Kammernstaat“ beklagt; die rechtsstaatliche Position beklagt, daß durch die Sozialpartnerschaft die gewählten gesetzgebenden Körperschaften in der Ausübung ihrer Rechte beschnitten werden; die demokratische Kritikposition weist auf das Demokratiedefizit innerhalb des Entscheidungsprozesses hin, und aus marxistischer Sicht bedeutet Sozialpartnerschaft die Negierung des unaufhebbaren Klassengegensatzes zwischen Arbeiterschaft und Kapitalisten.

¹⁴⁷ Der „Gewerkschaftshistoriker“ Fritz Klenner stellte 1981 zur „Wirtschaftspartnerschaft“ grundsätzlich fest: „Für die Gewerkschaften ist die Zusammenarbeit im Rahmen der Wirtschafts- oder Sozialpartnerschaft eine Zweckmäßigkeitsfrage, deren zeitliche Begrenzung vom Verhalten der Wirtschaft abhängig ist. Nach Auffassung der Gewerkschaften werden die Interessensgegensätze durch die Wirtschaftspartnerschaft weder aufgehoben, noch sollen sie aufgegeben werden, sondern ihre Austragung sollte in einer möglichst geregelten Form erfolgen. Hierzulande wird der Begriff der Sozialpartnerschaft vielfach mit Wohlstand, sozialer Sicherheit, sozialem Frieden und dem Eintritt Österreichs in die Gruppe der fortschrittlichen Industrieländer identifiziert.“ Klenner, Fritz: Hundert Jahre österreichische Gewerkschaftsbewegung, S. 224.

Und noch Mitte der achtziger Jahre konnte der Historiker Willi Krula bei einem Vortrag über die Bedeutung des ÖGB im Staate, in der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik mit einer gewissen Berechtigung ausführen:

„Keine andere Vereinigung in unserem Staate kann sich heute auf so viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, wie die große Organisation des ÖGB, stützen. Über den ‚verlängerten Arm‘ der Betriebsräte ist der ÖGB mit dem Betriebsgeschehen eng verbunden, wobei die Betriebe der verstaatlichten Wirtschaft und andere Großbetriebe eine dominierende Stellung einnehmen. Die ‚Sozialpartnerschaft‘ (Paritätische Kommission) verbindet den ÖGB mit allen Zweigen der Wirtschaft – Industrie, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft –, und er übt hier praktische, überbetriebliche Mitbestimmung, wobei betont werden muß, daß er in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung leider der schwächere Wirtschaftspartner ist. Durch seine ‚Überparteilichkeit‘ steht er über die einzelnen Fraktionen mit Parteien und Gesetzgebung in Verbindung. Hier wirkt er mit dem ‚verlängerten Arm‘ der Arbeiterkammer bei der Begutachtung der Gesetze wesentlich mit. Die fünfzehn Gewerkschaften, die heute im ÖGB vereinigt sind, und deren Kollektivvertragstätigkeit, welche oft den Motor für gesetzliche Regelungen bildet, erstrecken die Tätigkeit des ÖGB auf alle Sparten unseres gesellschaftlichen Lebens. Hier wäre auch das Wirken des ÖGB in den verschiedenen Kommissionen zu erwähnen. Kaum eine andere gesellschaftliche Organisation kann auf eine so breite Streuung ihrer Einflußnahme verweisen. Obwohl der ÖGB im Interesse der 80% Unselbstständiger wirkt, fühlt er sich für das ‚Ganze‘ verantwortlich und seine ‚Solidarität‘

geht über diese Unselbständigen hinaus.“ Krula, Willi: Die Entwicklung des österreichischen Gewerkschaftsbundes seit 1970 und seine gesellschaftspolitischen Tendenzen, S. 164.

¹⁴⁸ Protokoll des 5. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter (5.-7. Juni 1961), S.100.

¹⁴⁹ An ihr nahmen „Direktor Stüttler, Ing. Schöch, Amerikaner Leno, Landesgewerkschaftsvertreter Heinz, Sekretär Huber und Reifenauer, die Angestellten-Betriebsräte, Obmann Gisinger Edmund, Bobleter Hans, Dür Josef, Fehr Josef, Jutz Emil, Mähr Reinhold“ teil. Daß der Protokollant orthographische Schwierigkeiten hatte und eine mangelnde sprachliche Wendigkeit aufwies, ist offensichtlich. Das folgende Zitat wurde nicht verändert, um die Bildungsunterschiede zwischen dem „Direktor“ und der Belegschaftsvertretung zu veranschaulichen. Dieses Beispiel zeigt auch, wie wichtig ein Grundanliegen der Landesleitung war: Die Betriebsräte sollten in den Gewerkschaftsschulungskursen die Fähigkeit erhalten, der Unternehmenseite möglichst Paroli bieten zu können:

„Dir. Stüttler begrüßte Alle aufs herzlichste und erklärt, daß bei uns an der Klima etwas gemacht werden müsse, wohl sei es doch schon viel besser, die Leute sollen mehr Lohn durch diese Arbeitsumstellung erhalten, wobei aber vermerkt werden soll die Arbeitsbelastung nicht bis auf die 80% übersteigen soll. Es soll auch nicht amerikanisch werden, wie sich die Leute immer vorstellen. Der Amerikaner erklärt wie es in einer Fabrik zugeht, Hämmerle Ware sei 1. Kwalität in der ganzen Welt. Er meint nun weiters, daß man sich zuerst solch ein Betrieb anschauen muß und Er müsse betonen, daß es sich hier in dieser Fabrik um eine gute Einstellung handle, aber man müsse immer wieder trachten wie kann mans leichter machen, was kann man besser machen, zuerst muß man Versuche machen, damit es dem Betrieb und dem Arbeiter Früchte tragen soll. Dazwischen meint Dir. Stüttler man habe bis jetzt einen Fehler gemacht, von nun an werde Er trachten mehrmals mit dem Betriebsrat zusammen Besprechungen abhalten, damit wir vielleicht so auf einen gemeinsamen Nenner kommen könnten und somit das verlorene Vertrauen wieder in der Belegschaft zu gewinnen, dann würden wir schon den 1. und wichtigsten Punkt erreicht haben. Zum Schluß dieser Besprechung meint Dir. Stüttler, daß die Arbeiter nach dieser Reorganisation dem Amerikaner die Hand geben und dafür danken würden.“

- ¹⁵⁰ Er versicherte nach dem Protokoll, „daß Er stets immer an der Arbeiterseite stehen werde. Weiters erklärte Er, daß die Gewerkschaft nicht gegen die Reorganisation zu kämpfen, sondern dafür eintreten müsse, nur dürfen die Arbeiter gesundheitlich und mit Kündigungen nicht zu Schaden kommen. Er erklärt, daß wir doch mit den Löhnen von heute etwas machen könnten, nur gibt es leider eine Umstellung das zum Teil etwas Unmut bei den älteren Arbeitern gibt.“
- ¹⁵¹ Protokolle des Betriebsrats von F.M. Hämmerle-Gisingen, Landesbüro der Gewerkschaft.
- ¹⁵² Geschäftsbericht der Gewerkschaftslandesleitung, 1955. Mappe Landeskonzferenzprotokolle (1945-1960) im Sekretariat
- ¹⁵³ Ebenda. Zu diesem Zeitpunkt waren 25.677 im industriellen Sektor beschäftigt.
- ¹⁵⁴ Ordner Landeskonzferenz (1945-1960); Sekretariat der Gewerkschaft. Geschäftsbericht der Landesleitung 1955.
- ¹⁵⁵ Ordner Landeskonzferenz (1945-1960); Sekretariat der Gewerkschaft.
- ¹⁵⁶ Siehe dazu Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg 1946-1985, S. 145 f.
- ¹⁵⁷ Tätigkeitsbericht der Arbeiterkammer 1964, S. 47. Zitiert nach Wanner, Gerhard, ebenda, S. 146.
- ¹⁵⁸ Tätigkeitsbericht vom 4. ordentlichen Gewerkschaftstag (23.-25. Juni 1958 in Wien), S. 277.
- ¹⁵⁹ Sekretariat, Ordner I, 101; Landeskonzferenzen 1961-67.
- ¹⁶⁰ VN, 11. März 1961.
- ¹⁶¹ Tätigkeitsbericht der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter (Zeitraum 1958-1960) an den 5. ordentlichen Gewerkschaftstag, S.292.
- ¹⁶² Tätigkeitsbericht 1954-57, S. 32 ff.
- ¹⁶³ Tätigkeitsbericht 1958-60, S. 24. Die Zahlen von ÖVP und ÖAAB werden dort getrennt angeführt.
- ¹⁶⁴ Ebenda, S. 27 f.
- ¹⁶⁵ Ordner I, 101, Landeskonzferenzprotokolle (1961-1967), Sekretariat.
- ¹⁶⁶ Bericht an den 6. ordentlichen Gewerkschaftstag (1961-1963), S.257.
- ¹⁶⁷ Mitteilungsblatt der Arbeiterkammer, Nr. 6, Dezember 1966.
- ¹⁶⁸ Der Bludescher Heinrich Gaßner (Jahrgang 1925) trat nach Kriegsende in die Firma Kastner in Thüringen ein. Bereits 1950 war er Betriebsratsobmann, drei Jahre später wurde der ausgebildete Schlosser in die Landesleitung der Textilarbeitergewerkschaft gewählt. Im Jahre des Staatsvertrages, 1955, wurde er Obmann. Er übte diese Funktion

vier Jahre lang aus. 1962 wurde er Sekretär der Textilarbeitergewerkschaft, nachdem er in Mödling die Sozialakademie der Arbeiterkammer besucht hatte.

In der Arbeiterkammer übte er seit 1954 Funktionen aus: zunächst als Kammerrat, von 1956 bis 1967 als Vizepräsident, für zwei Jahre als Präsident, schließlich bis 1974 wieder als Vizepräsident. Der Landesexekutive des ÖGB gehörte er von 1959 bis 1975 an, von 1968 bis 1975 als Obmann.

¹⁶⁹ Jäger behielt dieses Amt bis 1986.

¹⁷⁰ Sie lehnte jedoch zunächst Bertram Jäger ab. Die Freiheitlichen favorisierten den Dornbirner Landtagsabgeordneten Alfons Stadelmann. Schließlich stimmten sie jedoch auch für den aus Bürs stammenden Bertram Jäger.

¹⁷¹ Tätigkeitsberichte der AK, 1969, S. 21 ff.

¹⁷² Bericht zum 9. ordentlichen Gewerkschaftstag (19. bis 21. November 1973), S. 28 f.

¹⁷³ Bericht zum 9. ordentlichen Gewerkschaftstag (19. bis 21. November 1973), S. 32 f.

¹⁷⁴ Protokoll der GTBL, 7. Oktober 1982.

¹⁷⁵ Von den übrigen Branchen erhielten die Metallindustrie, das Gastgewerbe, die Bekleidungsindustrie (249), die chemische Industrie sowie die Holz- und papierverarbeitende Industrie bedeutendere Kontingente.

¹⁷⁶ VWSS, XXIV. Jahrgang, Heft 7, S. 424 ff.

¹⁷⁷ Zitiert nach Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte 1945-1985, S.90.

¹⁷⁸ Bericht zum 9. ordentlichen Gewerkschaftstag (19. bis 21. November 1973), S. 27 ff.

¹⁷⁹ Siehe dazu Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers, S. 451 ff.

¹⁸⁰ Unselbständig Erwerbstätige in Vorarlberg im Jahre 1979:

Gesamt	115.028
davon Textil	20.475
davon Bekleidung	4.196
davon Leder	152

¹⁸¹ Zum Ausländeranteil in der Wohnbevölkerung:

Im März 1992 waren 49.534 Ausländer in Vorarlberg gemeldet, das sind 14,2 Prozent der Wohnbevölkerung des Bundeslandes. 43,3 Prozent stammten aus der Türkei, 35,5 Prozent aus dem ehemaligen Jugoslawien.

- ¹⁸² Siehe dazu Kuhn, Elmar: Die Industrialisierung des Bodenseeraums, S. 195.
- ¹⁸³ Kuhn, Elmar, ebenda, S. 198.
- ¹⁸⁴ Festschrift F.M. Hämmerle 1836-1986, S. 16.
- ¹⁸⁵ Zur industriegeschichtlichen Bedeutung siehe Stender, Detlef (Hg.): Industriekultur am Bodensee, S. 212.
- ¹⁸⁶ VN, 16. November 1994.
- ¹⁸⁷ In diesem Jahr wurde die Firma 150 Jahre alt.
- ¹⁸⁸ Karl Sturm, Bildungsbericht TBL, 30.1.1995.
- ¹⁸⁹ Bericht der 33. Landeskonferenz für den Zeitraum 1. Jänner 1988 bis 31. Dezember 1991, vorgelegt am 24. April 1992, o. S.
- ¹⁹⁰ Protokoll vom 7. ordentlichen Gewerkschaftstag, abgehalten vom 22. bis 24. Mai 1967, S. 111 bzw. 115.
- ¹⁹¹ Dreihammer, Heft 1, 1954.
- ¹⁹² Zitiert nach: Protokoll des 7. Gewerkschaftstages der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter (22.-24. Mai 1967), S. 78 f.
- ¹⁹³ Protokoll zum 9. Gewerkschaftstages der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter (19. bis 21. November 1973), S. 213.
- ¹⁹⁴ Siehe Protokoll des 8. ordentlichen Gewerkschaftstages (15.-17. Juni 1970), S. 65. Wortmeldung von Siegmund Klammer: „Ich verweise hier auf eine Situation in einem Vorarlberger Betrieb, der in der nächsten Zeit einige hundert Arbeiter in das Angestelltenverhältnis übernehmen wird. Ein Betriebsrat hat mir gesagt, daß wahrscheinlich auch der gesamte Betriebsrat dabei sein wird. Es ist lobenswert, daß das getan wird, was schließlich einer Angleichung der Rechte der Arbeiter an die der Angestellten gleichkommt. Sie können sich aber vorstellen, welche Schwierigkeiten das in der Zukunft für unsere Arbeiterorganisation bringen wird.“
- ¹⁹⁵ Bericht der 33. Landeskonferenz für die Zeit vom 1. Jänner 1988 bis 31. Dezember 1991, Berichtjahr 1990.

Literatur

(Auswahl)

- Albrich, Thomas: „Es gab keine jüdische Frage“. Zur Aufrechterhaltung des österreichischen Opfermythos. In: Rolf Steininger (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa-USA-Israel. (=Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems, Bd. 1) Innsbruck 1994, S.147-166.
- Albrich, Thomas/ Giesinger, Arno: Im Bombenkrieg. Tirol und Vorarlberg 1943-1945, (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 8) Innsbruck 1992.
- Altenburger, Erwin: 25 Jahre Christlicher Textilarbeiter Verband. Wien 1930.
- Amann, Bruno: Industrieführer von Vorarlberg. Dornbirn 1949.
- Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert. Bregenz 1988.
- Bellaggio, Andrea / Tanner, Albert: Von Stickern, ihren Frauen und Kindern. In: Arbeitsalltag und Betriebsleben. Zur Geschichte der industriellen Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Schweiz. 2. Auflage Dießenhofen 1982.
- Bericht über die Tätigkeit der Union der Textilarbeiter Österreichs in den Jahren 1927 bis 1930. Wien 1931.
- Berichte der Gewerbeinspektoren über ihre Amtstätigkeit im Jahre ... (1923-1936), Wien 1924 ff.
- Böckle, Eveline: Landfremd, sozialdemokratisch, jüdisch. Die dreifache Ausgrenzung des Samuel Spindler. In: Kurt Greussing (Hg.): Die Roten am Land. Arbeitsleben und Arbeiterbewegung im westlichen Österreich. Steyr 1989, S. 114-125.
- Borscheid, Peter: Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert). Stuttgart 1978.
- Bundschuh, Werner: Kreist das „Blut“ der Ahnen? Zum Bild der Dornbirner Unternehmer im Werk von Hans Nägele. In: Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Dornbirn 1987, S. 29-82.
- Bundschuh, Werner: Heimatgeschichte als Ideologie. Studie zur Darstellung der Geschichte Dornbirns (1850-1950). Dissertation Innsbruck 1988.
- Bundschuh, Werner: Bestandsaufnahme Heimat Dornbirn 1850-1950. (= Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs Bd. 8) Bregenz 1990.
- Bundschuh, Werner/ Dreier, Werner: 125 Jahre Gewerkschaft Bau-Holz. Landesorganisation Vorarlberg 1893-1992. Feldkirch 1992.

- Bundschuh, Werner/Dreier, Werner/Mittersteiner, Reinhard: Sozialdemokraten im Dorf. 100 Jahre SPÖ Hard. Bregenz 1994.
- Dachs, Herbert u. a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1991.
- Dokumente zur österreichischen Zeitgeschichte 1928-1938. Hg. v. Christine Klusacek und Kurt Stimmer. Wien-München 1982.
- Dreier, Werner: Gegen Sozialisten und Nazis. Der Vorarlberger Heimatdienst als Vertreter bürgerlich-konservativer Interessen. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 51-73.
- Dreier, Werner: Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in Vorarlberg. Diss. Universität Innsbruck 1984.
- Dreier, Werner: Konjunktur der Hoffnung — Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918-1934. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 158-224.
- Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und „Führer“. Vorarlberg im Umbruch 1918-1938. Bregenz 1986.
- Dreier, Werner: „Rücksichtslos und mit aller Kraft“. Antisemitismus in Vorarlberg. In: Dreier, Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung. Bregenz 1988.
- Eisterer, Klaus: Französische Besatzungspolitik in Tirol und Vorarlberg. (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 9) Innsbruck 1992.
- Egger, Gernot: Integration und Widerstand. Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934-1938. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 259-280.
- Fehlinger, Hans: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Wien 1925.
- Fink, Barnabas: Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg. In: Vorarlberger Landesmuseum (Hg.): Heimatkunde von Vorarlberg, Heft 6, Wirtschaft und öffentliches Leben. Leipzig-Wien-Prag 1931, S. 7-182.
- F. M. Hämmerle Textilwerke AG (Hg.): F. M. Hämmerle 1836-1986. Festschrift. Dornbirn 1986.
- Frommelt, Hansjörg (Hg.): Fabriklerleben. Industriearchäologie und Anthropologie. Vaduz 1994.
- Geiger, Peter: Spinnen, Weben, Sticken. In: Frommelt, Hansjörg (Hg.): Fabriklerleben. Industriearchäologie und Anthropologie. Vaduz 1994, S. 139-156.

- Getzner, Manfred A.: Getzner, Mutter & Cie, Bludenz und die Entwicklung der Textilindustrie im Vorarlberger Oberland. Bd. II, Teil B: Mensch und Maschine. Feldkirch 1990.
- Getzner, Manfred A.: Getzner, Mutter & Cie, Bludenz und die Entwicklung der Textilindustrie im Vorarlberger Oberland. Bd. II, Teil C: Filialen — Firmenmitbegründungen. Feldkirch, 1990.
- Gewerkschaft der Privatangestellten (Hg.): 100 Jahre Angestellte. Eine Dokumentation der Angestellten in Österreich. Wien 1990.
- Greber, Gebhard: Die Südtiroler Umsiedler in Vorarlberg. In: Montfort, 31. Jg., Heft 4, 1979, S. 259-294.
- Greber, Gebhard: „Sie sollen uns willkommen sein.“ - Die Südtiroler Umsiedler in Vorarlberg. In: Bludener Geschichtsblätter, Jg. 1990, Heft 6, S. 11-64.
- Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984.
- Greussing, Kurt: Schichtwechsel - Vorarlberger Arbeiterbewegung im Neuanfang. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 341-357.
- Hanni, Werner: Zur Geschichte der Arbeitskämpfe in Tirol und Vorarlberg 1870-1918. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Tirols und Vorarlbergs. Diss. Innsbruck 1983.
- Hartmann, Hedwig: Meine Zeitgeschichte - Erinnerungen. Rankweil 1993.
- Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen. Dornbirn 1985.
- Jandraschitsch, Franz: Die Textilindustrie in Vorarlberg. Separatabdruck des Sonderberichtes im Jahresbericht der Arbeitsinspektion 1947 (Wien o.J.).
- Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985.
- Johler, Reinhard: „Jeatzt würds heall, jeatzt würds liacht“. Sozialistische Maifeiern in Vorarlberg 1890-1933. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 225-258.
- Johler, Reinhard: Mir parlen Italiano und spreggen Dütsch piano. Italienische Arbeiter in Vorarlberg 1870-1914. Feldkirch 1987.
- Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg (Hg.): 100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg. Feldkirch 1952.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hg.): Wirtschaftsberichte (1928-1932). Feldkirch 1928ff.
- Kaufmann, Herbert (Hg.): Porträt '73 Dornbirn. Innsbruck 1973.
- Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften. 2 Bd. Wien 1953.

- Klenner, Fritz: Hundert Jahre österreichische Gewerkschaftsbewegung. Entstehung und Entwicklung. Wien 1981.
- Knight, Robert: „Ich bin dafür die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden. Frankfurt am Main 1988.
- Krula, Willi: Die Entwicklung des österreichischen Gewerkschaftsbundes seit 1970 und seine gesellschaftspolitischen Tendenzen. In: Fröschl, Erich/Zoitl, Helge: Der österreichische Weg 1970-1985. Wien 1986, S. 163-175.
- Küng, Heribert: Rheingrenze 1945. St. Gallen, Liechtenstein und Vorarlberg am Ende des Zweiten Weltkrieges. Buchs 1989.
- Kuhn, Elmar L.: Industrialisierung am See. In: Schott, Dieter/Trapp, Werner (Hg.): Seegründe. Beiträge zur Geschichte des Bodenseeraumes. Weingarten 1984, S. 167-209.
- Leidenfrost, Josef: Die Nationalratswahlen 1945 und 1949: Innenpolitik zwischen den Besatzungsmächten. In: Bischof, Günter/Leidenfrost, Josef: Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949 (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 4) Innsbruck 1988, S. 127-153.
- Löffler-Bolka, Dietlinde: Vorarlberg 1945. Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Vorarlberg im Jahre 1945. Bregenz 1975.
- Martin, Hans Peter: Nachtschicht. Eine Betriebsreportage. 2. Auflage. Wien 1979.
- Matthes, Reinard: Das Ende der Ersten Republik Österreich. Studien zur Krise ihres politischen Systems. Diss. FU Berlin 1979.
- Mayr, Ulrike: Stillgelegt!?. In: Frommelt, Hansjörg (Hg.): Fabriklerleben. Industriearchäologie und Anthropologie. Vaduz 1994, S. 11-35.
- Mittersteiner, Reinhard: Wachstum und Krise — Vorarlberger Arbeiterbewegung 1890-1918. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 73-132.
- Mittersteiner, Reinhard: Die „Wälschen“ bleiben „sozirein“. Sozialdemokratie und italienische Arbeitsmigration im Vorarlberg der Jahrhundertwende. In: Ardel, Rudolf G./Thurner, Erika: Bewegte Provinz. Arbeiterbewegung im mitteleuropäischen Raum vor dem Ersten Weltkrieg. Wien-Zürich 1992, S. 381-394.
- Mittersteiner, Reinhard: „Fremdhäßige“, Handwerker & Genossen. Die Entstehung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg. Bregenz 1994.

- Nägele, Hans: Die Vorarlberger Textilindustrie. Wien 1947 (= Der Bindenschild. Darstellungen aus dem Gebiete der materiellen Kultur und Wirtschaft Österreichs Heft 2).
- Nägele, Hans: Das Textilland Vorarlberg. Dornbirn 1949.
- Nägele, Rainer: Pfabregg. In: Frommelt, Hansjörg (Hg.): Fabriklerleben. Industriearchäologie und Anthropologie. Vaduz 1994, S. 175-182.
- Pelinka, Anton: Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933-38. Wien-München-Zürich 1972.
- Pichler, Meinrad: „Deutsches Leben heißt Arbeit.“ Arbeiteropposition in Vorarlberg während der NS-Zeit. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 281-298.
- Pichler, Meinrad: Politische Verfolgungen der ersten Tage/Widerstandsgruppen. In: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 71-84/85-102.
- Pichler, Meinrad: Verfolgung und Widerstand: Eine Bilanz. In: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 258-261.
- Pichler, Meinrad: Von der braunen Macht ergriffen. Vorarlberg im März und April 1938. In: Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988, S. 15-31.
- Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988.
- Prader, Hans: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945-1950 (=In Sachen I) Wien 1975.
- Rape, Ludger: Die Vorarlberger Heimwehr und die bayerische Rechte. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 74-95.
- Redler, Ferdinand: Das öffentliche Leben in Vorarlberg. In: Vorarlberger Landesmuseum (Hg.): Heimatkunde von Vorarlberg, Heft 6, Wirtschaft und öffentliches Leben. Leipzig-Wien-Prag 1931, S. 183-226.
- Schindler & Cie. (Hg.): Denkwürdigkeiten aus 100 Jahren der Spinnerei Kennelbach. Kennelbach 1938.
- Sinz, Egon: Kennelbach. Die Geschichte einer Industriegemeinde. Kennelbach 1987.
- Specker, Louis: Textilarbeiter diesseits und jenseits des Rheins. Weshalb unter den Stickern im österreichisch-schweizerischen Grenzgebiet mehr Konkur-

- renz als Solidarität gedieh. In: Ardelt, Rudolf G./ Thurner, Erika: *Bewegte Provinz. Arbeiterbewegung in mitteleuropäischen Regionen vor dem Ersten Weltkrieg*. Wien-Zürich 1992, S. 395-408.
- Stärk, Wilhelm: *Geschichte der Dornbirner Realschule*. Bregenz 1991.
- Stender, Detlef (Hg.): *Industriekultur am Bodensee. Ein Führer zu den Bauten des 19. und 20. Jahrhunderts*. Konstanz 1992.
- Stiefel, Dieter: *Entnazifizierung in Österreich*. Wien 1981.
- Uhlig, Otto: *Schwabenkinder aus Tirol und Vorarlberg*. Innsbruck 1978.
- Uhlig, Otto: *Späte Schwabenkinder*. In: *Montfort* 32, Heft 1, Dornbirn 1980, S. 29-43.
- Ulmer, Ferdinand: *Volk und Wirtschaft*. In: Schwarz, Artur (Hg.): *Heimatkunde von Vorarlberg*. Bregenz 1949, S. 145-180.
- Vorarlberger Landesregierung (Hg.): *Grundlagen und Probleme der Raumplanung in Vorarlberg*. Bregenz 1983.
- Walser, Harald: *Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP*. In: Pichler, Meinrad (Hg.): *Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte*. Bregenz 1982, S. 96-106.
- Walser, Harald: *Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938*. Wien 1983.
- Walser, Harald: *Anspruch und Wirklichkeit. Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft*. In: Greussing, Kurt (Hg.): *Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946*. Bregenz 1984, S. 308-340.
- Walser, Harald: *Die letzten Tage des Krieges*. In: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.): *Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945*. Bregenz 1985, S. 214-233.
- Walser, Harald: *Der Stoff, aus dem Profite wurden. Das Textilland Vorarlberg nach dem „Anschluß“*. In: Pichler, Meinrad/Walser, Harald: *Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit*. Bregenz 1988, S. 32-58.
- Walser, Harald: „Arbeit für den Endsieg“. *Arbeitsalltag im „Nationalsozialismus“*. In: Pichler, Meinrad/Walser, Harald: *Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit*. Bregenz 1988, S. 73-108.
- Walser, Harald: *Im Gleichschritt in die Emanzipation? Vorarlbergs Frauen im NS-Staat*. In: Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: *Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit*. Bregenz 1988, S. 59-72.
- Walser, Harald: „Der Engel von Auschwitz“. *Zum Wirken der Krankenschwester Maria Stromberger*. In: *Montfort*, 40. Jg. 1988, S. 70-78.

- Walser, Harald: Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit. Bregenz 1989.
- Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg 1921-1938. Feldkirch (1978).
- Wanner, Gerhard: Vorarlberg. In: Erika Weinzierl/ Kurt Skalnik: Österreich 1918-1938. Geschichte der Republik. Wien 1983, S. 1011-1041.
- Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte in Vorarlberg 1946-1985. Feldkirch (1985).
- Wanner, Gerhard: Kinderarbeit in Vorarlberger Fabriken im 19. Jahrhundert. 2. Auflage Feldkirch 1986.
- Weber, Wolfgang: „Wirtschaftssäuberung“: Eine quantifizierende Untersuchung zur Geschichte der Entnazifizierung im Bezirk Feldkirch 1945-1947. In: Vorarlberger Oberland, Heft 1, 1991, S. 5-16.
- Weber, Jürgen und Wolfgang: „Jeder Betrieb eine rote Festung!“ Die KPÖ in Vorarlberg 1920-1956. Feldkirch 1994.
- Wiesler, Ingeborg: Wirtschaftliche und technische Probleme der Kammgarnspinnerei Österreichs, dargestellt am Beispiel der Vorarlberger Kammgarnspinnerei Ges.m.b.H., Hard. Diplomarbeit Wien 1973.
- Winsauer, Franz: 200 Jahre Vorarlberger Stickerei. Dornbirn 1965

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
AK	Arbeiterkammer
AKO	Aktionistische Kampforganisation
Anm.	Anmerkung
b(e)zw.	beziehungsweise
BDC	Document Center
BDM	Bund Deutscher Mädel
BH	Bezirkshauptmannschaft
DAF	Deutsche Arbeitsfront
Dipl. Ing.	Diplomingenieur
DMG	Dokumentensammlung der Malin-Gesellschaft im VLA
DÖW	Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes
DP(s)	Displaced Person(s)
EFTA	Europäische Freihandels-Assoziation
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GBIFr	Gemeindeblatt Frastanz
GE	Gewerkschaftliche Einheit
Hg.	Herausgeber
HJ	Hitlerjugend
Jh.	Jahrhundert
KdF	Kraft durch Freude
Koll.	Kollege
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KZ	Konzentrationslager
Ma	Mappe
m. E.	mit Einschränkungen
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
NVT	Neue Vorarlberger Tageszeitung
ÖAAB	Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
ÖGBBV	Österreichischer Gewerkschaftsbund Bericht Vorarlberg

ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖVP	Österreichische Volkspartei
Pg	Parteigenosse
RM	Reichsmark
SA	Sturmabteilung
Sch	Schachtel
SDAP(Ö)	Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Österreichs)
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
V	Vereine
Verf.	Verfasser
VF	Vaterländische Front
VGTL	Vorarlberger Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder
VLA	Vorarlberger Landesarchiv
VLZ	Vorarlberger Landeszeitung
VN	Vorarlberger Nachrichten
VT	Vorarlberger Tagblatt
VTZ	Vorarlberger Tageszeitung
VWuSS	Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik
WdU	Wahlpartei der Unabhängigen
Zl	Zahl
ZLK	Zentrale Lohnkommission

Bildquellen

Dokumentensammlung der J.-A.-Malin-Gesellschaft: S. 91, 99 u., 107, 115, 127, 159, 165, 171, 175, 219
F.M. Rhomberg 1832-1932, Dornbirn 1932: S. 139
Gemeindearchiv Hard: S. 35 u.
Getzner, Manfred: Getzner, Mutter & Cie, Bludenz, Teil C, S. 164: S. 83
Getzner, Manfred: Getzner, Mutter & Cie, Bludenz, Teil B, S. 443: S. 85; S. 269: S. 107 u.; S. 457: S. 141
Gewerkschaft TBL: S. 6, 255 u., 265, 273
F.M. Hämmerle, Dornbirn (Prospekt): S. 278
Herrburger u. Rhomberg 1795-1945, Dornbirn 1949: S. 185
Dr. Reinhard Mittersteiner, Wien: S. 11, 17, 22, 25, 30, 53
Thomas Nöckl, Doren: S. 233
Schoeller Bregenz GmbH, Hard: S. 35 o.
Stadtarchiv Dornbirn: S. 40, 41, 56, 99 o., 219 u., S. 249
Textildruckmuseum Hard: S. 34
Vorarlberger Landesarchiv: S. 47
Wanner, Gerhard: Die Kammer für Arbeiter und Angestellte 1945-1985: S. 249, S. 255

Reinhard Mittersteiner

Zwischen Verzagen und Hoffen. Über den schwierigen Aufbau von
gewerkschaftlichen Textilarbeiterorganisationen im kaiserlichen Vorarlberg

Werner Dreier

1918 - 1938: Die Freiheit versucht...

Werner Bundschuh

Von der „Betriebsgemeinschaft“ zur Sozialpartnerschaft — 1938 - 1995

ISBN 3-900754-17-9

V O R A R L B E R G E R A U T O R E N G E S E L L S C H A F T